NR. 13 1/84 4.– DM

schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT



BAKTERIOLOGISCHE KRIEGSFÜHRUNG

THOREAUS »GEWALTFREIHEIT«

US-STRATEGIE

S. GESELL-KRITIK

LIBERTÄRE PÄDAGOGIK

J. AGNOLI - INTERVIEW

EDITORIAL

Manchmal wird es offensichtlich, daß unsere Selbstbezeichnung "Anarchistische Vierteljahresschrift" nicht verstanden wird. Wir merken es an der Art, wie bestimmte Leute versuchen, uns auf ein Anarchismusverständnis festzulegen, von dem sie glauben, daß es Anarchismus sei. Einige dieser Leute nennen sich Anarchisten, einige Individualisten, einige Antiimperialisten und einige schlichtweg Beamte.

Alle haben gemeinsam, daß sie einen *festen* Begriff von Anarchismus im Kopf haben; in diesem Sinne betrachten wir uns *nicht* als Anarchisten. Wenn ein Staatsbeamter meint, er könne Menschen, die am SF mitarbeiten, aufgrund ihres Bekenntnisses zum Anarchismus beurteilen, – dabei aber nicht von den Menschen, sondern von seinen eigenen Klischeevorstellungen über Anarchismus ausgeht, so ist dies nichts mehr als gut bezahlte Dummheit. Wenn die Mackay-Gesellschaft meint, daß wir unseren Anspruch, Diskussionsforum sein zu wollen, längst verwirkt hätten, weil wir im SF nicht ihr Konzept zur Bodenreform diskutiert hätten (das erst bei uns eintraf, nachdem sie uns böse Briefe geschickt hatten), bzw. weil wir das FLI gegründet haben, ohne sie ausdrücklich einzuladen, so hängt auch dies an einem ganz bestimmten Anarchismus-Verständnis, mit dem fortlaufend versucht wird, andere Menschen im eigenen Tun einzuengen. Etwa nach dem Motto: wer sich zum Anarchismus bekennt, muß sich nach folgendem Schema verhalten, muß so und so schreiben, denken etc.

Wer unter Anarchismus eine Bewegung ohne Toleranz versteht, wie die Hamburger GROSSE FREIHEIT, wer fanatisch seine Feindbilder pflegt und sich zudem mit jedem, der mit den Gegnern auf seine eigene Art umzugehen versucht, unsolidarisch anlegt, bzw. auch sie zu den Feinden rechnet, tut dies sicherlich mit dem gleichen Klischee im Kopf, wie es auf der anderen Seite der Staatsvertreter tut.

Wir halten von all diesem verengten Denken überhaupt nichts, deshalb rufen wir einige "Selbstverständniserklärungen" deutscher anarchistischer Zeitschriften ins Gedächtnis zurück und erklären uns ausdrücklich für Anarchisten in deren Sinn:

"Ich werde aber alle diejenigen zu Wort kommen lassen, die für freiheitliche Bewegungen, welcher Art auch immer, eintreten, seien es politische oder ethische, wirtschaftliche oder abstrakt wissenschaftliche, stehen sie auf pädagogischer und künstlerischer Grundlage. Das eben soll das Kriterium unserer unabhängigen Zeitschrift sein."

SENNA HOY, 1904 für den "KAMPF"

"Der ARME TEUFEL ist ein allen Parteiprogrammen und Bestrebungen fernstehendes Blatt. Ein Franktireur, der auf eigene Faust gegen Staat, Kirche, Partei und Politik ins Feld zieht. Ein Tummelplatz aller anti-philiströsen Elemente, gleichviel ob sie auf Stirner, Marx, Nietzsche, Häckel, Angelus Silesius tutti quanti ein wenig mehr oder weniger versessen sind."

ALBERT WEIDNER, 1902 für den "ARMER TEUFEL"

"Nennt man mich aber Naturalist, Atheist, Demokrat, Sozialist oder Anarchist, so lasse ich mir das gefallen, jedoch mit der Bemerkung, daß ich es keineswegs dulde, auf dem Prokrustesbett gestreckt und von irgendeinem Parteibegriff vergewaltigt zu werden und daß daher nicht jede Folgerung aus jenen Begriffen für mich gelten darf."

BRUNO WILLE, 1890



Titelphoto: Medienwerkstatt Freiburg 1983
A. Souchy und Miguel Tores Erera auf dem Dorfplatz von Molinos (Aragon)

INHALT

REDAKTIONSSCHLUß: NR.14, 2/84: 1.4.84

IMPRESSUM

Herausgeber: FLI - Forum für libertäre Informationen.
V.i.S.d.P.: Horst Blume, Schleusenweg 10, 4700 Hamm; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
AUFLAGE: 1600 Exemplare; Satz: Trotzdem-Verlag; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Erscheinungsweise: vierteljährlich; Anzeigenpreise: 1/4 Seite: 80.-; 1/2 Seite:150.-; eine Spalte:100.- Nachdrucke gegen Quellenangabe und Belegexemplar ausdrücklich erwünscht. ISSN:0722-8988. SF-Konto: F.Kamann; Ktonr.574 63 - 703 Postscheckamt Stuttgart; Redaktionsanschrift: Obere Weibermarktstr. 3, 7410 Reutlingen; Tel. 07121/370494.

Übrigens: für alle, die sich ähnlich intensiv über den Stand der Zeitschrift Gedanken machen wie wir: am 28.12. hatten wir immerhin 1175 Abonennten, unser Ziel: 3000 Auflage rückt allmählich näher!!!

****

SPENDENLISTE:

A.M., Langenfeld 10.-; H.F., Weil 20.- M.H.,Heidesheim 5,20; R.S., Heidelberg 40.-; M.B.,Lübbecke 5.-; K.F.B.,Clausthal 5.-; B.G., Ispringen 12.-; H.B., Ludwigsburg 10.-; P.H., Bensheim 50.- K.S., Berlin 5.-; I.W., Berlin 20.-; E.K., Eitorf 40.- (die Sterne kommen noch); G.O., Heidelberg 150.- (bist jederzeit willkommen); U.K., Rheine 20.-; N.K., Bremen 5.-; Willy: Postkarten; Otto: Bücher über Rechtsradikalismus, Staatstheorie, u.v.a.m.
Diese Spendenliste ist erfreulich lang geworden, deshalb an alle herzlichen Dank. Die Spenden helfen uns sehr, den Umfang der Zeitschrift zu halten und die Qualität zu verbessern.

****

ZEIT-ECHO

EINE NEUE RUBRIK?

Vierteljahre lassen sich nicht kommentieren, schon gar nicht, wenn jedes einzelne genug Stoff bringt, um den Beobachter per Herzschlag ins Jenseits zu befördern. Artikel für jeden "Mist" lohnen sich nicht, dafür ist uns der Platz im SF zu schade; den Mantel des Schweigens darüberzubreiten, das hätten SIE zu gerne - und: dazu betrifft's zu sehr.

Was bleibt sind polemische Schlaglichter - und damit dürften die Ereignisse ja auch mehr als genug "gewürdigt" sein. Bevor wir loslegen, grüßen wir die befreundeten Zinzinianer in den Wäldern und Bergen bei Marseille, die etwas ganz ähnliches machen.

1984
Orwell or well?

Das ist keine Frage für CDU-Wähler. Sie sind für well (gut).

Samstag, 31. Dezember 1983
im
SCHWÄBISCHEN TAGBLATT

Wir erinnern uns, daß vor kurzem falsche Hitlertagebücher rechte Chefreadakteure ins Brot setzten und eine sexistische, aber lesbare Wochenzeitschrift zur Regenbogenpresse degradierten. Daß nichts auf Zufall beruht, bewies der "Neue" - Peter Scholl-Latour - am 20.10.83. In "Deutscher Zweifel an der NATO" macht er den Vorschlag, daß Europa unter der Führung von Westdeutschland verteidigt werden sollte.

Wir wissen, daß die Türkei 'demokratische Wahlen' abhielt und, daß sich ausländische Beobachter vom regulären Ablauf überzeugen konnten, - nur: ins ehemals linke Falsa kam niemand rein.

Es dürfte jedem einleuchten, daß ein Volk, das invasiert wird, ein Recht auf bewaffneten Widerstand hat. Der UN ist das auch ganz einsichtig, bei 2 Gegenstimmen: USA und Großbritannien. Die BRD überlegt noch.

Der konsequente Nicht-Arbeiter ppz hält die Aktion gegen den Libertären Maurice Bishop für einen stalinistischen Putsch, der schnell von selbst zusammengebrochen wäre. Er fragt die USA, warum sie nicht ihre am Flugplatz spazierengehenden Studenten um Photos gebeten hat, anstatt durch Satellitenbilder die kubanischen Billigakkordarbeiter zur US-Bedrohung hochzustilisieren. Ein Gespräch mit einem der Studenten hätte die US-Luftwaffe vielleicht sogar von der Existenz der Psychiatrischen Klinik in St.George unterrichtet, die bombadiert werden mußte, weil...?

Die UNO-Abstimmungen zeigen auch daß die BRD-Riege die Neutralismus Diskussion längst in die Tat umsetzt. Über die genaue Zahl der Enthaltungen legt sie vorsichtshalber am 1.April 84 Rechenschaft ab.

Während Kohl u. Co. bei der nächsten US-Invasion vorher informiert werden wollen, um die Gründe rechtzeitig schmackhaft zu machen, will Franz-Josef Strauss dies nur, damit er seine Schmetterlingssammlung ergänzen kann; er liebt solche "Expeditionen" über alles. (Und ob ihr's glaubt oder nicht: dieser Satz war lange vor dem 28.12. formuliert, als bekannt wurde, daß besagter 'Herr' seinen Weihnachtsurlaub auf Grenada verbringt; hm, er wird dort ppz treffen, dabei wollte der doch keine Deutschen mehr sehen...)

Verteidigungsminister Manfred Wörner gehört mit zu den beeindruckendsten Politikern auf der Bonner Bühne. Er verfügt über Sachverstand und weiß, was er will, z.B. kein Vetorecht beim Einsatz von Nuklearwaffen und die ERMUNTERUNG der USA zu einem möglichst frühen Atomeinsatz im Konfliktfall.

Obwohl mann/frau ja weiß..., führt THE DAY AFTER einem das Szenario nach einem Atomschlag eindringlich genug vor Augen; besonders realitätsnah, der Appell des US-Präsidenten, der beweist, daß auch danach gerade die noch leben, gerade die Aufrechterhaltung der "Ruhe und Ordnung" das oberste Gebot bleibt. Etwas zum Nachdenken jedenfalls; - für die dümmliche Arroganz der deutschen Intellektuellen steht ZDF-Aspekte, das da nichts anderes zu sagen wußte als "Ein schlechtgemachter Film bewirkt selten etwas Gutes."

Derweil spielen die New Yorker "Nuclear War" - "Ein lustiges Kartenspiel mit Holocaust". Man muß nur aufpassen, daß man nach einem geglückten Atomangriff die entsprechenden Menschenmillionen vom Spielgegner einfordert.

Aber Hauptsache die Kasse stimmt, denkt sich die FDP um Graf Lambsdorff und studiert die, und studiert die...
und inzwischen kümmert er sich noch um die Umstrukturierung der Parteienfinanzierung, um die Diätenerhöhung, um den EG-Haushalt, um die Kürzungen der Arbeitslosenhilfe um 2%, um...

Und der Siegerländer Flick versteht sich auf den Umgang mit dem Staat: 1932 unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise mußte er die Aktienmehrheit seines 470-Millionen-schweren Stahltrusts (damals der 2.größte der Welt) ans Reich verkaufen, das als einziger Käufer die Mittel aufbringen konnte. Es darf darüber spekuliert werden, wie er es schaffte, daß ausgerechnet die staatsfanatischen Nazigrößen ihm 1937 die Gelsenkirchner Bergwerks AG reprivatisierten.

Nun gut, "Öffentlichkeit" war noch selten sie Stärke dieses demokratischen Staates, so blieben auch trotz der Anfrage der GRÜNEN die Lagerplätze für Giftgas (bei Fischbach, eventuell: Hanau, Pirmasens, Miesau bei Landstuhl, Weilerbach bei Kaiserslautern, Viernheim...) weiterhin geheim.

Immerhin war Dr.Feldmann (FDP) in derselben Debatte so frei uns zu verraten, daß "die Aufnahme der Produktion binärer C-Waffen in den USA nicht heißt, daß diese Waffen auch bei uns stationiert werden. Es gibt keinen AUTOMATISMUS zwischen einer amerikanischen Produktionsentscheidung und der MODERNISIERUNG der in der Bundesrepublik lagernden chemischen Waffen."

Übrigens ist das mit der "Öffentlichkeit" auch im Sozialismus a la Frankreich nicht so einfach; so erfuhr die werte Gefolgschaft der Ex-Resistance-Kämpfer nicht, daß diese sich bei der UNO-Abstimmung für das Recht auf Widerstand bei Invasionen der Stimme enthalten hatten.

Zum Schluß können wir den Palästinensern Arafats nur wünschen, daß sie Juden wären, denn dann dürften auch die Deutschen für sie protestieren.

Bis zum nächsten Heft
und laßt euch nicht erschrecken

der rotschwarze

ERICH



FOTO: Adolf Altgaßen, Bonn

Das Chaos organisiert sich doch



2. FLI-Treffen

Am 16. bis 18. Dezember 1983 fand das zweite FLI-Treffen in Emmerich an der holländischen Grenze statt. Es mußte auf diesen Termin verschoben werden, da die berliner Gruppe zu dem erst ins Auge gefassten Termin das Treffen inhaltlich nicht vorbereiten konnte. Leider hat die Post die Beförderung der Einladung um ca. eine Woche verzögert, sodaß sie erst nach dem Treffen ankam. Die aus allen Teilen der BRD angereisten 25 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über verschiedene Themen.

Einen kürzeren Zeitraum nahm die Diskussion über die Analyse und Bewertung der Sowjetunion ein. Vor allem ging es um die umstrittenen Thesen von Castoriadis, der in den letzten Ausgaben des Schwarzen Fadens öfters zitiert und erwähnt worden ist. Die Anwesenden waren der Meinung, daß unsere Analyse der Sowjetunion noch bedeutend genauer gefaßt werden muß und man kam überein, hierfür einen Arbeitskreis und eine Kontaktstelle einzurichten, sowie wichtige Artikel im FLI-Rundbrief zu verschicken.

Intensiver diskutiert wurde unser Verhältnis zu den linken Nationalrevolutionären. Neben der grundsätzlichen kritischen Hinterfragung ihres Nationalismusverständnisses wurde von mehreren Seminarteilnehmern hervorgehoben, daß die linken Nationalrevolutionäre fast durchweg sensibler und konsequenter als viele Anarchos oder undogmatische Sozialisten Position für das Selbstbestimmungsrecht von Minderheiten bezogen haben. Die Bezugnahme der Nationalrevolutionäre auf Proudhon und Sorel, um Gemeinsamkeiten mit den Anarchisten zu signalisieren, wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen, da diese beiden Theoretiker in der anarchistischen Bewegung nicht unumstritten sind. Entgegen den teilweise unsachlichen und demagogischen Vorwürfen gegen den Schwarzen Faden von einigen autonomen Zeitschriften wurde eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Nationalrevolutionären im Schwarzen Faden als sinnvoll und nützlich angesehen.

Ausführlich besprochen wurde ein von den berliner Genossen vorgelegtes Papier "Verfall und Auflösung der Arbeit" (aus:"Anschläge"). Es geht davon aus, daß Automation und Computertechnologie bald ganze Produktionsbereiche auflösen und es zu einer Arbeitslosigkeit nie dagewesenen Ausmaßes kommen wird. Die aus dem Produktionsprozeß herausgedrängten werden als das neue Subjekt der zukünftigen Auseinandersetzungen gesehen, indem sie sich auf subversive Weise der neuentstandenen Möglichkeiten bedienen und nicht mehr einer traditionellen Arbeit nachgehen. Bis zuletzt war die Frage nach den Möglichkeiten und Gefahren eines solchen Denkansatzes umstritten. Auch die Rolle der Technik und Automation in einer sich befreienden Gesellschaft wurde von den Teilnehmern unterschiedlich beurteilt. Die mehr am Ökoanarchismus interessierten sahen in einer übersteigerten Technisierung der Produktion Gefahren des Machtmißbrauchs und eine unzumutbare Einengung der kreativen Betätigungsmöglichkeiten bei der Arbeit. Eine Selbstverwaltungsgesellschaft würde ihrer Meinung nach durch das übermäßige Gewicht der Technik eher in Frage gestellt, als dadurch erst möglich gemacht. Diese letztere Möglichkeit wurde von anderen Seminarteilnehmern bevorzugt. Die Umorientierung gesellschaftlicher Wertvorstellungen - hin zu dem Recht auf Faulheit, hin zu völlig neuen Entfaltungsmöglichkeiten der Beziehungen der Nichtarbeitenden - sehen sie als mögliche Folge der sich anbahnenden Komputerisierung. Andere Seminarteilnehmer erwarten unter diesen Bedingungen jedenfalls nicht das neue goldene Zeitalter der Anarchie, wenn sie an die ins Gerede gebrachten 20 bis 30 Millionen Arbeitslosen denken, die dann als lästige Bittsteller sich bei den Sozialämtern anstellen können.

Die Emmericher Anarcho-Gruppe hat am letzten Tag noch einen ausführlichen Film über die niederländische Aktionsgruppe "Unkraut" gezeigt und als gastgebende Gruppe kümmerte sie sich verantwortungsvoll um die organisatorischen Probleme.

Das nächste Treffen wird von der Berliner Gruppe ausgerichtet und findet vom 4. bis 6. Mai 1984 in Lutter (zwischen Braunschweig und Göttingen) statt. Bis zum 30. Januar 1984 sollen Beiträge, interessante Artikel usw. für einen ersten Rundbrief nach Berlin geschickt werden. An den FLI-Beitrag von 20 DM für das Jahr 1984 sei an dieser Stelle noch einmal erinnert!

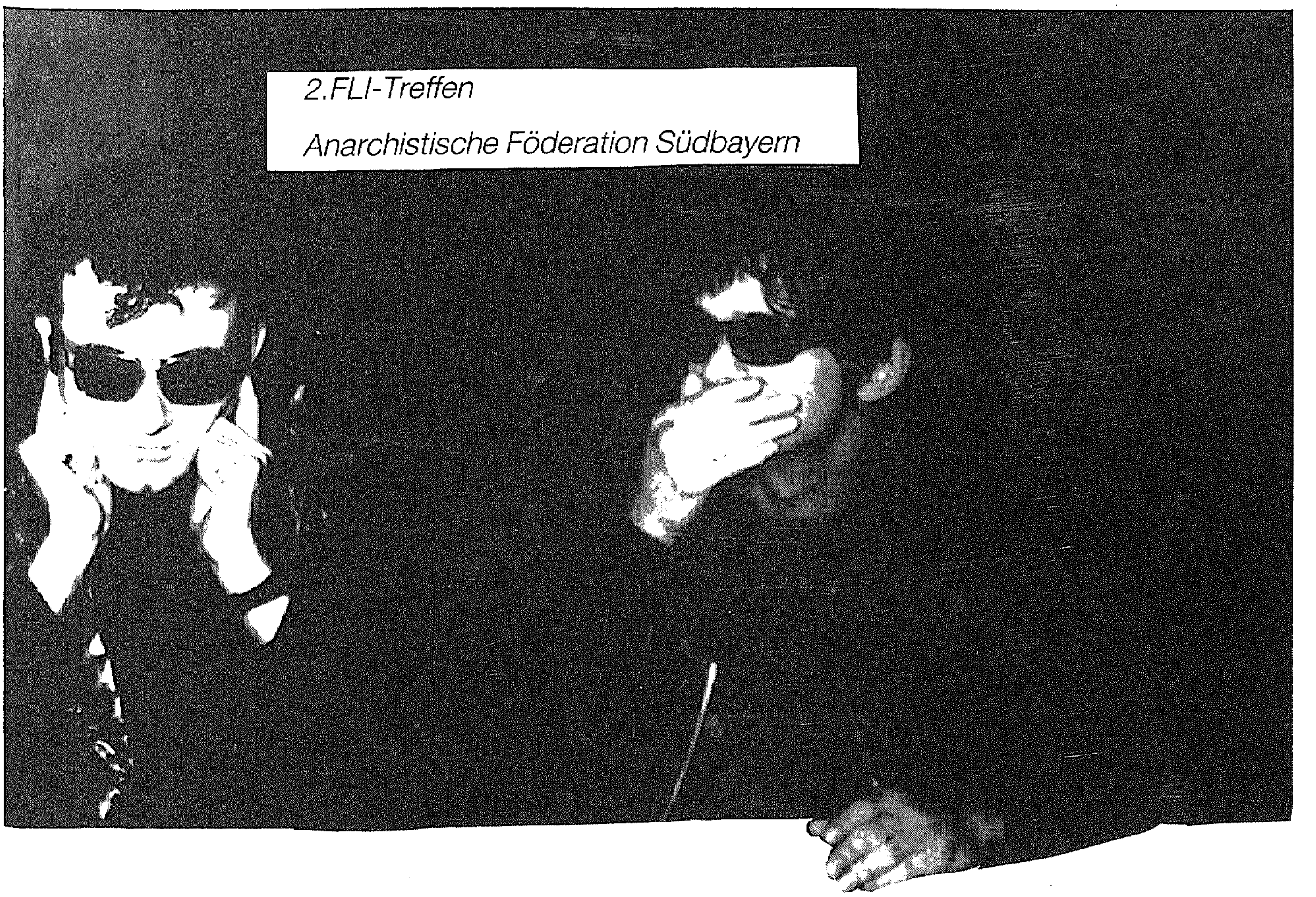
* Rundbrief und Anmeldung für das nächste FLI-Treffen: Antiquariat, Oranienstraße 39, 1 Berlin 36.

* Sowjetunion-Arbeitsgruppe und Kontaktstelle: Ulli Mamat, Keplerstr. 7a, 6000 Frankfurt/Main

* FLI-Konto: Volksbank Reutlingen, H. Blume, W.Haug usw., Kontonummer: 140 649 000 (BLZ 640 901 00)

von Horst Blume

2.FLI-Treffen
Anarchistische Föderation Südbayern



Anarchistische Föderation Südbayern

Am Freitag, den 2.12.1983 fand in München die Gründungsversammlung für eine "Anarchistische Föderation Südbayern" statt. Dies war der zweite Anlauf, im bundesrepublikanischen München eine anarchistische "Organisation" zu gründen; die 1979 gegründete "Anarchistische Liga München" war nämlich nach wenigen Jahren buchstäblich "im Sande" verlaufen.

Mit über 150 Anwesenden aus ganz Südbayern übertraf die Gründungsversammlung dann alle Erwartungen, aber auch die Fähigkeiten der Initiatoren, was nämlich dann stattfand, war das "organisierte Chaos". Die Vorstellungen waren nämlich sehr unterschiedlich; einige wollten mit grundsätzlichen inhaltlichen Diskussionen anfangen, wie über das leidige Thema "Gewaltfreiheit" usw., andere sahen den Schwerpunkt in der Gründung eines Vereins "Arbeit in Freiheit e.V.", der durch gezielte Förderung von Selbsthilfeprojekten arbeitslose Jugendliche unterstützen sollte, wieder andere sahen Aktionen im Vordergrund, was angesichts der gegenwärtig äußerst lebensgefährlichen Politik verständlich ist. Anwesend waren mit Augustin Souchy (91) und mit dem etwas weniger bekannten Hans Popper (73) auch 2 "Alt-Anarchisten, die von den kontroversen und teilweise unsolidarischen Redebeiträgen sichtlich betroffen waren. Das Problem war wohl, das anscheinend jeder, der den Gründungsaufruf in die Hände bekommen hatte, mit seiner persönlichen Vorstellung von Anarchismus gekommen war, die er dann sofort verteidigen wollte.
So war es kein Wunder, daß der ganze Konsens des Abends die Vertagung um eine Woche war.

Am darauffolgenden Freitag war Stimmung und Atmosphäre dann wesentlich besser, was zum Teil daran lag, daß nur noch etwa die Hälfte der Anwesenden der Vorwoche da waren, was wohl jenen Teil ausmachte, der ernsthaft eine Organisationsform finden wollte; zum Teil war auch jedem klar, daß es so wie beim letzten Mal auf keinen Fall weitergehen konnte.
Nach einigen Diskussionen einigte man sich in die Aufteilung in Arbeitsgruppen; es war wohl Konsens, daß sich das Plenum nur noch ca. jeden Monat treffen sollte, ansonsten die Aktivitäten in kleinen Gruppen ablaufen sollten, ein Teil der Leute war sowieso schon in "gewaltfreien" oder "autonomen" Gruppen organisiert.
Eine Gruppe will sich um die Herausgabe einer Zeitung für die Föderation kümmern, eine andere will theoretische Fragen erörtern, andere wollen sich um die freie Arbeitsgenossenschaft "Arbeit in Freiheit e.V." kümmern.
Die FAU (Freie Arbeiter Union/Anarcho-Syndikalisten) hat jetzt genug Leute für eine Ortsgruppe München zusammen und will sich ebenfalls regelmäßig treffen, außerdem hat sich eine autonome Hochschulgruppe gebildet.
Alles sehr erfreulich, wenn nur nicht das leidige Problem Räume/autonomes Zentrum wäre, das ZOFF (Zentrum organisierter Freaks & Fantasten) muß auf staatlichen Druck zumachen und neue Räume sind noch nicht in Aussicht - und Hausbesetzer hatten in München noch nie länger als 24 Stunden durchgehalten...

Jedenfalls will sich eine Arbeitsgruppe um den bereich "Autonomes Zentrum" kümmern. Sonst schwirren noch Ideen herum wie eine Wahlboykottkampagne, Alternativen zum staatlichen Geld, eine "Schweinedemo zum Jahr der Schweine 1984" sowie Demonstrationen und Aktionen zum Jahrestag der Niederschlagung der Münchner Räterepublik (2.Mai 1984 = 65 Jahre).
Das alles läßt auf einen heißen Winter und einen noch heißeren Frühling für den "Freistaat" hoffen.

Christian Luppatsch



Kabel-fern-sehen

von Franz-Joseph Marx

Wie ich bereits am Ende meines letzten Artikels in SF - Nr.10; 1/83 kurz anriß, wurde das Herzstück der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, der Computer zuerst zu militärischen Zwecken eingesetzt. Zuerst geschah dies während des 2.Weltkrieges. Die Nazis benutzten den Computer 1941 zur Verbesserung der Flugeigenschaften von Kampfflugzeugen und zur besseren Steuerung ferngelenkter fliegender Bomber ab 1939.

Die Briten setzten Computer ein um das Geheimnis der deutschen Nachrichtencodes zu entschlüsseln. In den USA wurden Computer ab 1943 zur Aufstellung ballistischer Tabellen (Berechnung der Flugbahn) gebraucht, genauso wie zum zielsicheren Einsatz neuer Waffensysteme.

"Die entwickelten Rechnersysteme wurden ausschließlich militärisch verwandt. Sie wurden beispielsweise für Zwecke der Kriegsführung, der ballistischen Bahnberechnung von Geschossen, der Feuerleitkontrolle für die Flugabwehr, der nautischen Längenbestimmung für die Maßnahmen zur U-Boot-Abwehr und nach Kriegsende für den Bau der Wasserstoffbombe eingesetzt. Für die oben genannten Anwendungen mußten komplexe Berechnungen durchgeführt werden, wobei zum grossen Teil erst durch den Computereinsatz die dafür erforderliche Rechnerkapazität zur Verfügung stand." (1)

Was hat dies jetzt mit "Kabelfernsehen" zu tun?

Zur Wiederholung: die Bezeichnung "Kabelfernsehen", wie sie von Politikern gern gebraucht wird, ist unzulänglich. Im Allgemeinen wird daher der Begriff "Neue (Computer-) Medien" oder noch spezieller "Neue Informations-und Kommunikationstechniken" gebraucht. Unter diesem Titel ist auch der Zwischenbericht der gleichnamigen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages erschienen. Hierin wird einer der vielen "VORZÜGE" der neuen Glasfasertechnologie wie folgt beschrieben:

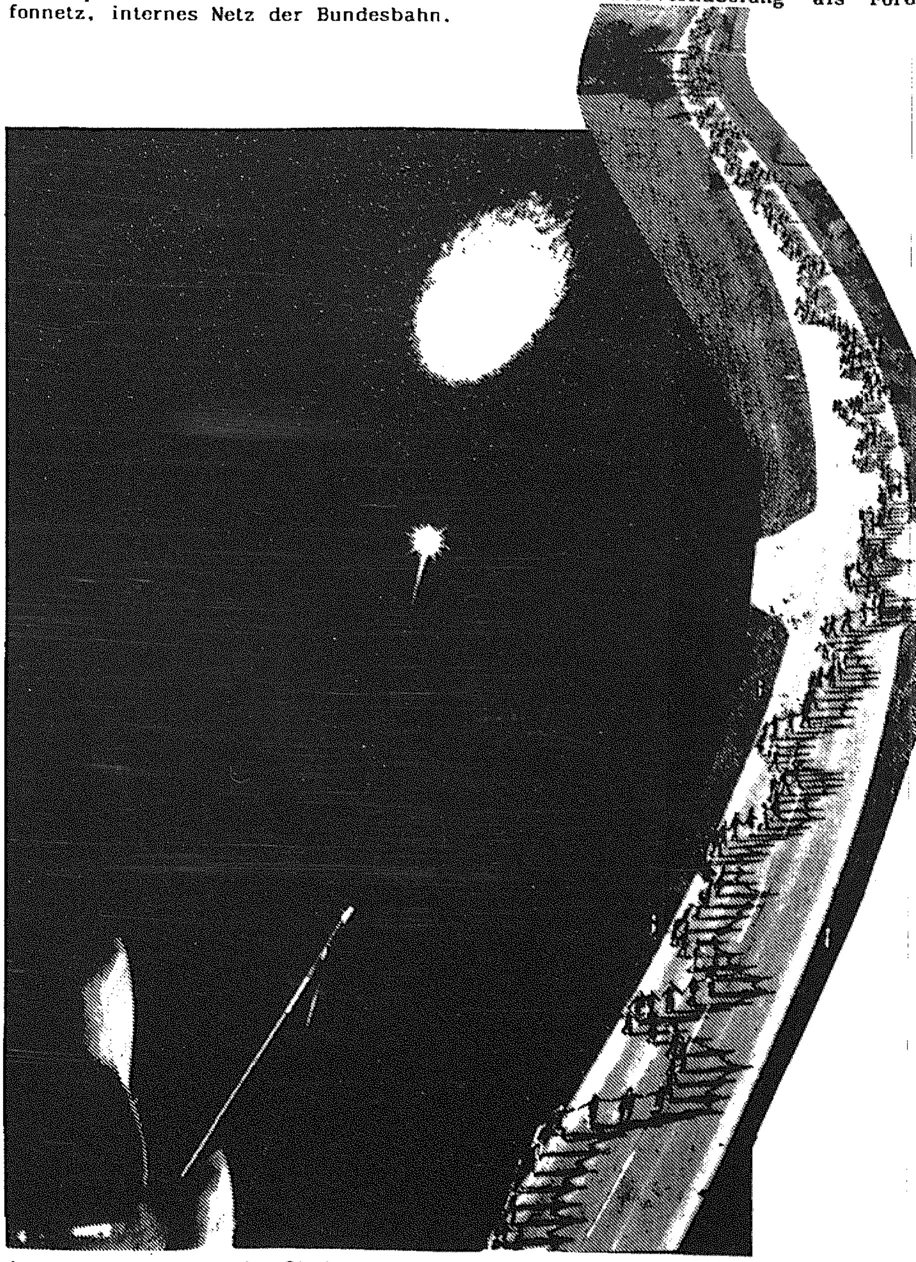
"Glasfasern sind hervorragende elektrische Isolatoren, die immun sind gegen elektrische und hochfrequente Störungen. Es gibt keine Probleme mit Erdrückleitungen oder elektromagnetischen Impulsen." (Unterstr.v.A.) (2)

DEFINITION EMP (elektromagnetic pulsation):
Der EMP ist der unheimliche, bei Wasserstoffbomben-Explosionen ausgelöste Superblitz, der mit einem Einzigen einzigen Schlag die ganze, über Halbleiter gesteuerte Elektronik (Anm.: Halbleiter sind der Hauptbestandteil der neuen I+K Technik: ein Halbleiter bringt auf Kristallplättchen von wenigen Quadratmillimetern viele tausend sogenannte Transistorfunktionen unter.) stillegt. Keine Lichtleitung, keine Nachrichtenverbindung geht dann mehr, keine Rakete kann mehr gestartet-gesteuert werden, Flugzeuge fielen vom Himmel, alle Befehlszentralen wären ausgeschaltet. (3)

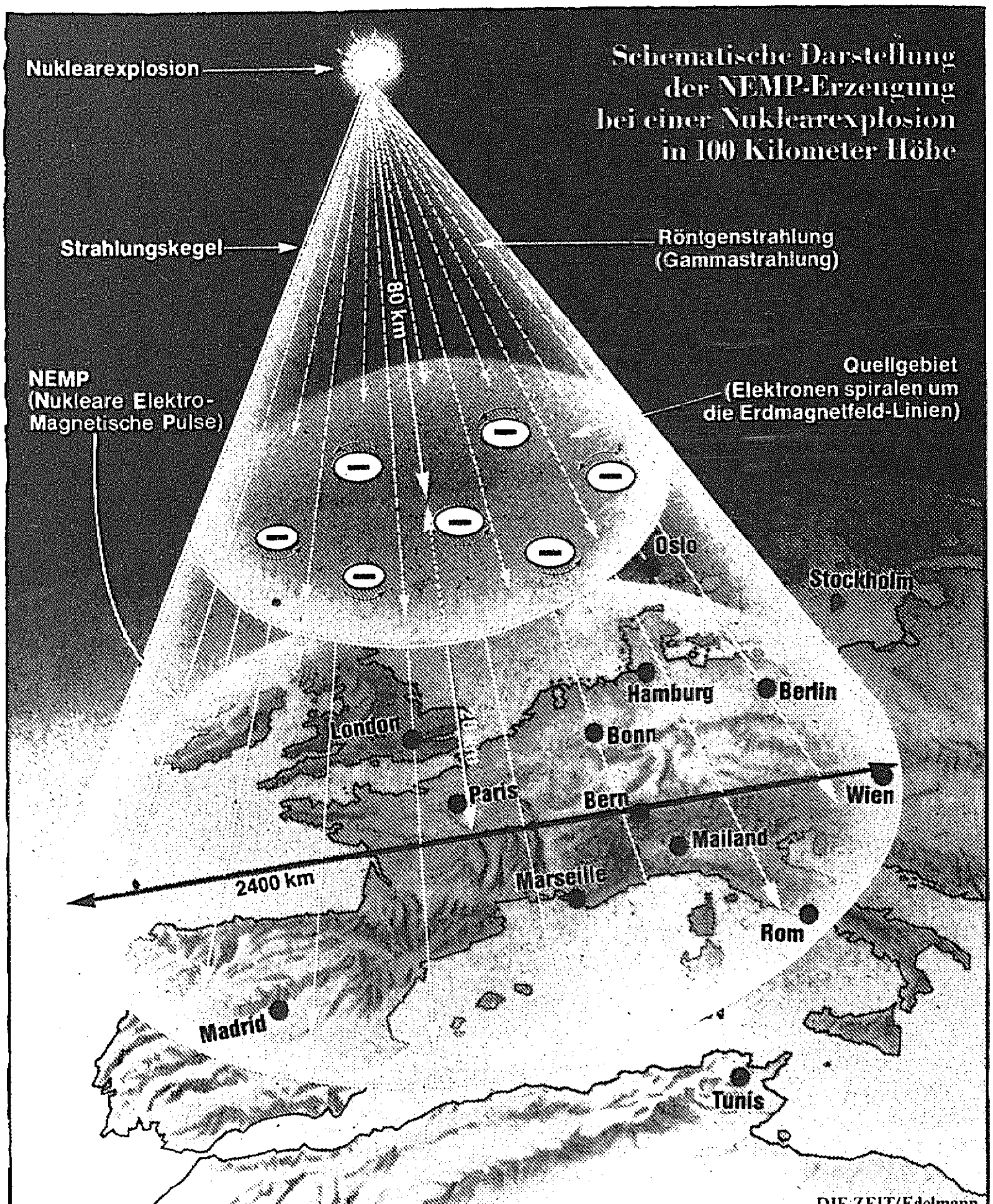
Dies ist jedoch nur ein Grund für eine Glasfaserverkabelung. Genauso wichtig in nicht Atombomben-Zeiten ist die Zusammenlegung von zivilen und militärischen Fernmeldeeinrichtungen. Gab (und gibt) es bisher noch 3 verschiedene, teilweise miteinander verknüpfte Telefonnetze (normales Telefonnetz, internes Netz der Bundesbahn, internes Netz der Bundeswehr), so wird es in Zukunft nur noch ein GLASFASERNETZ geben. Dies läuft dann unter dem Namen "Breitbandig integriertes Glasfaser-Fernmelde-Ortsnetz (BIGFON)" Über dieses Kabel laufen dann sowohl Telefon, Btx, Fernsehen, Rundfunk sowie die anderen Dienste der Bundespost, wie Fernschreiber, Fernkopierer etc., was heute noch über das Telefonnetz läuft. Freudig vermeldet denn auch die o.g. Kommission noch einen weiteren Vorzug:

"Elektrische und/oder magnetische Ankoppelungen zum Zwecke eines unerlaubten Abhörens sind unmöglich." (U.d A.)" (vgl.2)

Wohlverstanden: die UNERLAUBTE Abhörung ist unmöglich - von der erlaubten Abhörung schweigt die Kommission in ihrem Bericht. Jedoch selbst wenn die Abhörung der Leitung unmöglich wäre, so laufen alle diese Kommunikationen immer über den Computer - und da sitzen Militär/Polizei/Verfassungsschutz allemal drin. Dies alles hat die NATO so sehr begeistert, daß die Glasfaserverkabelung als Forde-



An haarfeinen lichtleitenden Glasfasern hängt die Nachrichtentechnik der Zukunft. Das Foto zeigt eine durch ein Nadelöhr geführte lichtdurchflossene Glasfaser. Deutlich zu erkennen sind der Punkt des Lichtaustritts und der "Lichtfleck".
Foto: SEL



Quelle: J. Gut/u.a. DIE ZEIT/Edelmann

Superblitz aus dem Weltraum: Bei einer Atomexplosion entsteht Röntgenstrahlung. Wo sie auf die Atmosphäre trifft (im „Quellgebiet"), schlägt sie aus den Luftmolekülen Elektronen heraus. Der so erzeugte Elektronenstrom, der NEMP, lähmt die elektrischen Nervenstränge der Zivilisation

EMP

„Mit der Auswertung der Erkenntnisse des Johnston-Tests ließen sich die Amerikaner Zeit. Es schien kein Grund zur Eile vorhanden, denn der militärische Fernmeldeverkehr war kaum beeinträchtigt worden. Die damalige Generation von Geräten arbeitete ausnahmslos mit Elektronenröhren und die sind – wie man mittlerweile weiß – bis zu 10 Millionen mal widerstandsfähiger gegen EMP als die jüngste Errungenschaft der Halbleiter-Generation – die miniaturisierten integrierten Schaltkreise (chips). Moderne Mikroprozessoren arbeiten mit einer Betriebsspannung von nur einem zehntel Volt; eine Beaufschlagung mit einem Volt setzt sie außer Betrieb, bei 100 Volt schmelzen die hauchdünnen Halbleiterplättchen nach Auskunft von Experten, regelrecht in sich zusammen. Ein EMP-Schlag brächte mithin industrielle Produktionsprozesse ebenso zum Stillstand, wie die Erstellung von Steuerbescheiden, rechnergesteuerte Ampelanlagen in Ballungsgebieten würden lahmgelegt und damit der Straßenverkehr, moderne Eisenbahnstellwerke fielen ebenso aus wie elektronische Telefonvermittlung und Post, Unternehmen oder Militär. Stereoanlagen und Fernseher verwandeln sich in Konsumschrott. In Hochspannungsleitungen kann der EMP-Wert eine Million Volt erreichen; die Schutzschalter im europäischen Verbundnetz werden bei einer Überschreitung der Normalspannung um 1000 Volt „ruiniert" – in Europa gingen die Lichter aus!

Obwohl sie selbst bereits 1971 etwa 250 Millionen Dollar für EMP-Tests ausgaben, informierten die USA ihre NATO-Verbündeten, aus unerfindlichen Gründen, erst 1977 über EMP und die verheerenden Schläge, die dem Lebensnerv der Industriegesellschaft – Telekommunikation – drohen. Sie verbanden die Unterrichtung mit der Präsentation eines ganzen Katalogs von Forderungen, die unter der Rubrik „Verbesserungen des Fernmeldewesens" auch in das 1978 verabschiedete „Langfristige-Verteidigungsprogramm" der Allianz Eingang gefunden hat. Bisher sieht die NATO-Planung allerdings nur einen einzigen EMP-gehärteten Fernmeldestrang „von Bayern zur Ostsee" vor; so weit wie möglich verläuft er westlich des Rheins.

Die Forderungen der Amis ließen prompt Streit um den „rechten" Weg zum EMP-Schutz aufkommen. Um wichtige Anlagen mit einem schützenden „Faraday'schen Käfig" auszustatten, plädierten die Amerikaner für das Einziehen von Stahlgerippen. Die Deutschen setzen darauf, einzelne Räume mit Kupferfolie auszuschlagen. Gemacht wird – typischer NATO-Kompromiß – beides. Die Kosten dafür sind enorm.

rung 1978 unter der Rubrik "Verbesserungen des Fernmeldewesens" in das "Langfristige Verteidigungsprogramm" aufgenommen wurde. (vgl.3)

Zu allem, was bisher gesagt wurde kommt noch ein weiterer, ebenfalls wichtiger Aspekt: die Glasfaser ist eine Lichtleitung, d.h. es fließen keine Ströme, sondern Lichtwellen durch diese Leitung. Dies bedeutet aber, daß zuerst die Information umgewandelt werden muß - in Zahlencode. Dieses Verfahren nennt man DIGITALISIERUNG. Im Endeffekt bedeutet dies: alle Informationen laufen über das gleiche Netz, egal ob Fernsehen oder Telefon (sofern man dann beim Fernsehen oder Radiohören umschaltet, ist dies eine Dienstleistung der Bundespost - wird ebenfalls gespeichert; somit kann man immer nachprüfen, was jeder Einzelne wann gesehen oder gehört hat). Dies bedeutet eine unbegrenzte Möglichkeit der Datenspeicherung. Setzt man dies nun in Beziehung zu den betrieblichen Personalinformationssystemen, die erfassen, wie gut, schnell, zuverlässig jemand im Betrieb arbeitet, so heißt das, daß ein jeder, der an das BIGFON-Netz angeschlossen ist, Tag und Nacht selber Daten zu seiner eigenen Überwachung liefert - verglichen damit ist Georg Orwells 1984 fast nur noch harmlos zu nennen. Die Anzeichen dafür sind bereits jetzt in der Unterhaltungselektronik zu erkennen: im Moment läuft eine Riesenpropaganda für die Digitalisierung, die eine wesentliche Steigerung der Klang - und Bildqualität darstellt - aber auch eine wesentliche Voraussetzung für Digitalisierung bedeutet.

ÜBERWACHUNG RUND UM DIE UHR UND AUSWERTUNG DER BEOBACHTUNGEN!

Quellenverzeichnis:

(1) Was der Computer außer rechnen noch kann: Informatik zwischen Krieg und Krieg; (Hg. Friedensinitiative am FB 20 der TU Berlin: Informatiker für Frieden - Informatik für Krieg

(2) Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken", Bundesdrucksache 9/2442 vom 28.3.1983, Sachgebiet 9

(3) Verkabelung - für den Krieg; in: Wochenzeitung "Die Grünen", vom 7.5. 1983; Bezugsadresse: "Die Grünen", PF 202422, 8000 München-2; (auf diesen Artikel gehen viele Informationen zurück)

Anm.:
Die Bürgerinitiative "Stop Kabelfernsehen" ist an der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und/oder Einzelpersonen, die ebenfalls an diesem oder damit verwandten Themen arbeiten, interessiert. Wir treffen uns jeden Montag im Turmzimmer der Heilig-Kreuz Gemeinde, Kreuzstr./Ecke Liebigstr. in Dortmund. Wer mich anrufen/schreiben will: Franz-Josef Marx, Heinrichstr.37, 4600 Dortmund; Tel. 0231/160232.



Vom Containment zur Enthauptung der Sowjetunion - Rezension

von Friederike Kamann

Noch rechtzeitig zum Ende des Jahres verkündet die Wende-Regierung am 30.12.1983 ihren schutzbefohlenen Bürgern die neue Qualität ihrer militärischen Sicherheit: die ersten Pershing II in Mutlangen, bald auch Waldheide/ Heilbronn, Frankfurt-Hausen, Neu-Ulm und Neckarsulm sind einsatzbereit. Die umsorgten Bürger werden diese staatliche Sicherheitsgarantie gegen die SS 20 zu schätzen wissen, erleben sie in den deutschen Kinos doch gleichzeitig die Anziehungskraft amerikanischer Minuteman III Raketenstützpunkte auf sowjetische SS 18 und SS 19 und die filmisch kaum noch nachvollziehbare Realität des "Day After".

Der "Heiße Herbst", der lau blieb mit all seinen phantasie- und liebevollen Symbolaktionen, mit seinen Menschenketten und Prominentenblockaden, seinen Massendemonstrationen und Petitionen, seinen Diskussionen und juristischen Einwürfen - machte nur in den hitzigen Redeschlachten im Bonner Parlament seinem Namen Ehre, während der aufgebrachte Protest "der Straße" draußen im eisigen Wasserwerferregen erstarrte.

Die Genfer INF-Verhandlungen wurden nach dem erwarteten Votum aus Bonn wie geplant abgebrochen, und die Militärstrategen in West und Ost mauern sich erleichtert in die Stellungen ihres Kalten Krieges ein; dessen Kälte vor allem die Friedensbewegung hier wie drüben spüren wird - während er selbst, mit allmählichem Vollzug der westlichen Aufrüstung immer gefährlicher an die Schwelle zum Heißen Krieg gerät.

Eine - nicht nur aus deutscher sondern gesamt-westeuropäischer Sicht nach 1945 bisher einmalig massenhafte Protestbewegung hat es nicht vermocht, die zu verhindern: Denn die Politiker und Militärs, die mit dem in diesem Ausmaß noch nicht dagewesenen Protest in ihren Entscheidungen beeinflußt werden sollten, zeigten der Volksbewegung mit einer ebenfalls kaum dagewesenen Arroganz die kalte Schulter. Nach allen Regeln der Demokratie sitzen sie, in England wie Italien und Deutschland für mehrere Jahre fest im Sattel der Regierungsmacht.

Es besteht die Gefahr, daß sich Ohnmacht breit macht, Resignation. Und das nicht nur, weil dumme Fehler gemacht wurden, als sich die Bewegung auf die innere Logik des NATO-Doppelbeschlusses einließ und vor allem auf die Raketen und die nicht stattfindenden "Bewegungen" bei den Regierenden in London, Bonn, Genf, Rom, Washington und Moskau starrte. Man appellierte in Krefeld und sonstwo und überließ die Initiative brav demokratisch den Machtträgern.

Aber so einfach, daß man nun nur auf eine neue Taktik umspringen müßte, ist es eben nicht. Denn die Ohnmacht ist nicht nur ein Gefühl: Sie ist real.

Wir besitzen keine Macht der Welt, die Atommächte dazu zu zwingen, ihre Vernichtungsarsenale zu verschrotten. Wenn nicht einmal das Votum von 108 Ländern in der UNO-Vollversammlung vom 15.12.83 (vgl.FR v. 16.12.83) die USA und andere westliche Atommächte veranlassen konnte, sich auf den Weg des beiderseitigen Einfrierens von Atomwaffen zu begeben, wenn sich die USA und 19 weitere Staaten (darunter nicht ! die UdSSR) gegen 95 Länder stellen, die einen Atomkrieg verurteilen, wenn es den USA keine Probleme bereitet, sich als einziges Land in der UNO gegen eine Resolution gegen den Rüstungswettlauf im Weltall auszusprechen, wenn die Atommächte China, Frankreich, Großbritannien und USA gegen 117 andere Staaten (darunter die UdSSR) stimmen, die für einen Atomteststop eintreten, - dann wird deutlich, daß unsere Ohnmacht nicht mit einigen aufmunternden Kraftsprüchen oder mit militantem Gehabe wegzufegen ist.

"The Day After"

Das Entsetzen nimmt zu, läßt man die Realität des Atomkriegs an sich heran - und sei es auch nur im Film "The Day After". Auch wenn ich mich mit der Möglichkeit eines Atomkrieges schon oft befaßt habe, versetzte mich die Tatsache in Panik, daß wir - die Bevölkerung - niemals irdendwelchen Einfluß auf den Einsatz von Atomwaffen haben werden sondern ihnen stets unvorbereitet, "aus heiterem Himmel" ausgesetzt sein werden. Bei aller möglichen Kritik an dem Film kam dieses doch deutlich heraus: daß es nicht etwa Ziel der Atomkrieg führenden Staaten ist, das Überleben der Menschen zu sichern (dann dürfte schon allein die Möglichkeit eines Atomkrieges nicht erwogen werden), sondern ihr eigenes: den funktionierenden Einsatz ihrer Waffen und die Überlebensfähigkeit ihrer Kommandozentralen und ihres politischen Systems.

Während es für den Staat ausschlaggebend ist, unter allen Umständen seine Raketen noch abzufeuern, bevor der Angriff des Gegners zum Ziel kommt, ist es für uns - auf der Schwäbischen Alb, in Frankfurt, Neu-Ulm oder sonstwo - egal, ob uns ein Erst- oder Zweitschlag trifft oder dessen Fall-Out.

Stationierte Raketen müssen unter allen Umständen einsetzbar sein; daher richten sich die Überlegungen der Militärtechniker darauf, ihre Militätbasen unverwundbar zu machen - nicht das Land und die darin lebende Bevölkerung.

So setzte sich im amerikanischen Senat bei der Frage der MX-Stationierung letztendlich auch die kostengünstigste Variante durch: statt einer Stationierung im "dense pack" (d.h. engen Bündeln unterirdischer, verbundener Silos, die von sowjetischen Langstreckenraketen nur über eine einzige Einflugschneise angeflogen werden könnten, dann oberhalb detonieren und sich dabei gegenseitig im "Brudermord" /"fractricide" zerstören würden, der starke Fall Out auf ein enges Gebiet begrenzt bliebe und der größte Teil der MX unverletzt noch zum Gegenschlag aufsteigen könnte) - entschied man sich für die Stationierung in den vorher spezialgehärteten MinutemanIII Silos, obwohl doch gerade deren angebliches "Fenster der Verwundbarkeit" durch die MX - Entwicklung geschlossen werden sollte. Bei einer angenommenen Zielungenauigkeit der SS 18 und SS 19 von zwischen 300 und 500 m ist

die Chance für ein Aufsteigen der MX auch nach einem sowjetischen Erstschlag noch groß genug - "The Day After" zeigt, wie es um das Überleben der drumherumwohnenden Bevölkerung steht.
Schärfer als in solchen atomaren Planspielen tritt die Eigendynamik des Staates gegenüber dem Volk nur selten hervor.

Amerikas letztes Gefecht

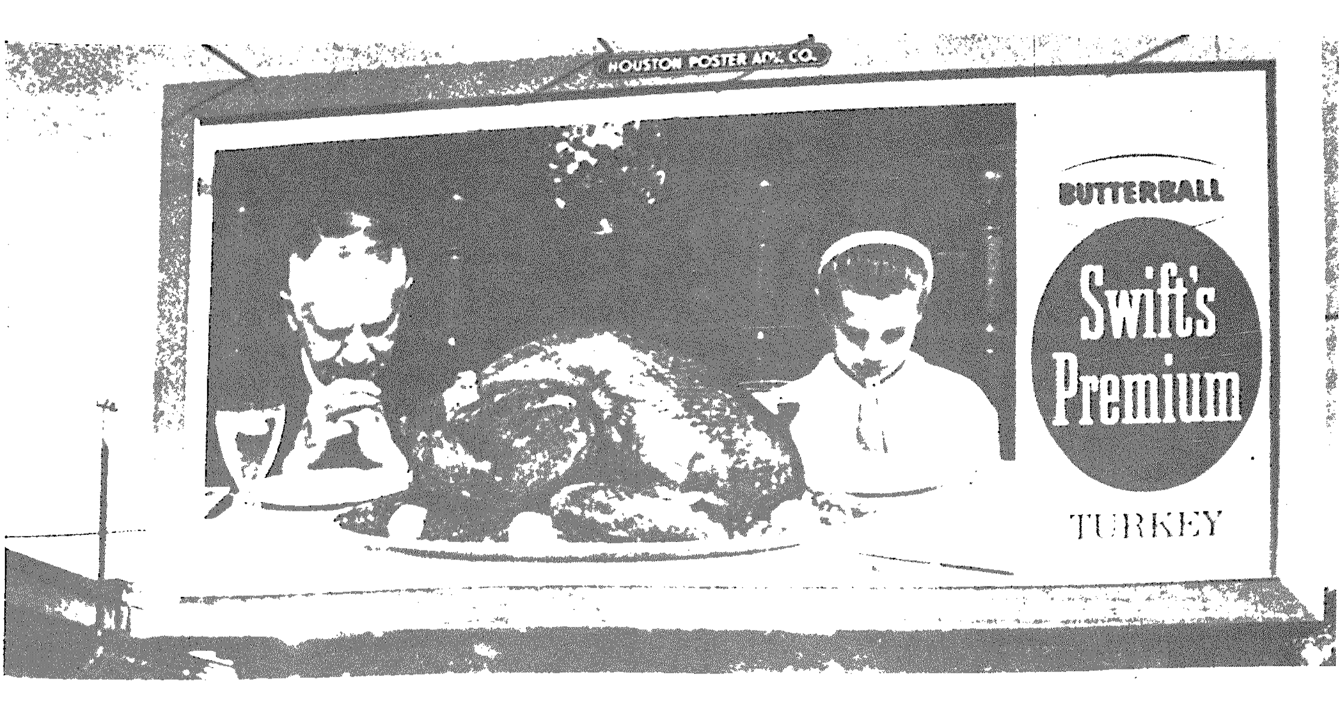
Um nicht bei solchem Beschreiben und daraus resultierendem Erschrecken stehenzubleiben, ist es wichtig, sich näher mit der Geschichte der US-amerikanischen Kriegsführungsstrategie und ihren außen- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu beschäftigen. Nur so wird man sinnvolle Ansatzpunkte für eine Anti-Kriegsbewegung finden können. Einen wichtigen Beitrag dazu liefert Jürgen Bruhn in seinem Ende 1983 erschienenen Buch "Schlachtfeld Europa oder Amerikas letztes Gefecht", einer Studie zu "Gewalt und Wirtschaftsimperialismus in der US-Außenpolitik seit 1840". Bruhn, heute SPIEGEL Mitarbeiter, hat in Kalifornien studiert, war 1966 Course Developer beim Defense Department in Monterey, 1968 Lehrbeauftragter an der Universität in Santa Cruz und 1970 Assistant Professor am Monterey Institute of International Studies. Er konnte seine Untersuchungen also quasi "vor Ort" vornehmen und sich auf eine Fülle authentischer Unterlagen stützen. Ich möchte dieses Buch, das im Verlag J.H.W.Dietz Nachf. erschienen und mit 12.80 DM für jeden erschwinglich ist, allen Lesern empfehlen, weil es sowohl einen Überblick über die wichtigsten Stationen der US-Außenpolitik der letzten 150 Jahre bietet, sowie die atomare Aufrüstung des NATO-Doppelbeschlusses in diesem Rahmen betrachtet.
Die Stationen sind:
1) "Manifest Destiny", d.h. die von Gott gegebene Berufung der Vereinigten Staaten, welche sich im wirtschaftlichen Erfolg erweist (puritanisch-protestantische Wirtschaftsreligion), ihrem politischen und wirtschaftlichen System - notfalls auch mit Gewalt und Krieg - zunächst in Nordamerika, dann Mittel- und Südamerika und schließlich der ganzen Welt zum Sieg zu verhelfen; erste Opfer waren somit die nordamerikanischen Indianer, weitere die "Latinos" in Mittel- und Südamerika. Für dieses Gebiet entwickelte man die
2) "Big Stick"-Diplomatie, die sich in den heutigen "Rapid Deployment Forces" (Schnellen Eingreiftruppen) der Marines etwa auf Grenada fortsetzt. "Sprecht sanft, tragt immer einen großen Knüppel bei Euch, und ihr werdet es weit bringen", empfahl Teddy Roosevelt 1903 den amerikanischen Investoren; sein Außenminister präzisierte, daß eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten überall in Mittelamerika "dann gerechtfertigt ist, wenn das in diesen Ländern investierte amerikanische Kapital bedroht ist."

Eine Intervention 1909 in Nicaragua mutet wie das Drehbuch für die Grenada Intervention an. Als der nicaraguanische Präsident Zelaya ein US-Darlehen über 15 Mio Dollar und die damit verknüpften wirtschaftspolitischen Bedingungen ablehnte, die Nicaragua in totale Abhängigkeit von den USA gebracht hätten, ließ Washington einen Aufstand gegen Zelaya organisieren. Die USA entsandten "zur Aufrechterhaltung der Ordnung" einen Kreuzer an die Küste Nicaraguas und schickten unter dem Vorwand, "Gut und Leben der amerikanischen Staatsangehörigen zu schützen" ihre Marines an Land. (vgl. Bruhns, S. 24)

Nächste Station war die Zerstörung der Mexikanischen Revolution, wobei sich ein General John Pershing, genannt "Black Jack Pershing", berüchtigter "Indian Fighter" und späterer Befehlshaber des US-Expeditionskorps in Frankreich, das den 1. Weltkrieg zugunsten der westlichen Alliierten entschied, besonders verdient machte. In der militärischen Karriere dieses Namensgebers der Pershing II spiegelt sich ironischerweise die Stringenz der amerikanischen Außen- und Wirtschaftspolitik, die nach dem Engagement im 1. Weltkrieg auch endlich in Europa Fuß faßte. Die riesigen Kriegsschulden, die Frankreich und England nur mittels deutscher Reparationen an die USA zurückzahlen konnten, machten die USA zum "Bankherren der Welt" (vgl. Bruhn, S. 47).

Kreuzzüge

Der Eintritt in den 2. Weltkrieg macht die Argumentations- und Rechtfertigungslinien für US-amerikanisches militärisches Eingreifen besonders deutlich. In der ersten Phase des Krieges beschränkte man sich wie schon im 1. Weltkrieg auf "gewinnbringende Neutralität". Deren Ende war erst da abzusehen, wo Japan und Deutschland militärisch und wirtschaftlich durch ihre Siege zu große Konkurrenten wurden. "Beide Nationen würden nach einem 'Endsieg' die Rohstoffe in Asien und Afrika kontrollieren und Deutschland würde zudem noch den größten US-Absatzmarkt, Europa, beherrschen." (vgl. Bruhn, S.50)
Wie schon bei der "Big Stick"-Diplomatie waren die Interessen wirtschaftlicher Investitionen für ein Eingreifen ausschlaggebend. Vor der Weltöffentlichkeit wie vor der inneramerikanischen Öffentlichkeit konnte man sich diese Blöße des nackten Interesses nicht geben. Getreu ihres "Manifest Destiny" führen die USA nur "gerechte Kriege", Kreuzzüge. So zwang Roosevelt mit dem Ultimatum an Japan von 1941, das die Androhung eines Ölembargos enthielt (die USA waren bis dahin der wichtigste Öllieferant Japans), dieses zur Eröffnung des Krieges mit dem Angriff auf Pearl Harbor.
Washington wußte über den japanischen Angriff im voraus genau Bescheid. Aber die amerikanischen Flotten- und Armeekommandeure in Pearl Harbor wurden nicht unterrichtet. Man ließ sie "bewußt im Dunkeln, damit der japanische Angriff auch wirklich erfolgreich ablaufen konnte" (vgl. Bruhn, S.53); 3.219 Tote und Vermißte reichten dann aus, um die amerikanische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Kriegseintritts zu überzeugen. "Wir stehen vor dem delikaten Problem, unsere diplomatische Spiegelfechterei so elegant zu vollführen, daß Japan ins Unrecht gesetzt wird und die erste feindselige Handlung unternimmt", notierte Roosevelt in sein Tagebuch. Und sein Innenminister meinte: "Die erste auf Pearl Harbor abgeworfene Bombe mußte das Problem lösen, Amerika in den Kreuzzug gegen Hitler hineinzumanövrieren zu einer Zeit, da die halbe Nation den Frieden will." (vgl. Bruhn, S.55)



Vom Containment zur Enthauptung

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs rückte die Sowjetunion in die Rolle des anti-marktwirtschaftlichen Anti-Christen, den Amerika getreu dem "Manifest Destiny" bekämpfen mußte; zunächst, in den 50er - 70er Jahren durch "Eindämmung" (Containment).1950 gründete James B. Conant das "Committee on the Present Danger", aus dessen Kreisen, zu denen damals schon Paul Nitze gehörte, jener Chefunterhändler bei den jetzt gescheiterten INF-Verhandlungen in Genf, das NSC 68-Memorandum vom 7.4.1950 maßgeblich inspiriert wurde. Darin heißt es u.a.: "Was die Politik der Eindämmung betrifft, so ist sie mit allen Mitteln bis hin zum Krieg bestrebt,
erstens: eine weitere Expansion der sowjetischen Macht zu blockieren; (darunter fällt nach amerikanischer Ansicht das Auftreten von Befreiungsbewegungen innerhalb der amerikanischen Einflußsphäre überhaupt; Anm. d.V.)
zweitens: die wahren sowjetischen Absichten aufzudecken;
drittens: eine Zurücknahme der Kontrolle und des Einflusses des Kremls herbeizuführen;
und viertens: ganz allgemein die Saat der Zerstörung innerhalb des sowjetischen Systems so zu fördern, daß der Kreml schließlich dahin gebracht wird, sein Verhalten so zu ändern, daß es mit den allgemein akzeptierten internationalen Maßstäben übereinstimmt."
Und: "Ohne überlegene militärische Gesamtstärke ...ist eine Politik der Eindämmung, - die in ihrer Wirkung eine Politik des kalkulierten und graduellen Drucks ist -, nichts mehr als Bluff". (vgl. Bruhn, S.61/61)
Von diesem Vorhaben ist es nur ein kleiner Schritt zur Strategie der "Enthauptung" der Sowjetunion, die die Reagan-Administration in offenen militärischen Planspielen einübt.
"Die Zivilisation wird sich des Kommunismus entledigen als eines traurigen, bizarren Kapitels der Menschheitsgeschichte, dessen letzte Seiten just in diesem Augenblick geschrieben werden. Die westliche Welt wird den Kommunismus nicht eindämmen, sie wird ihn überwinden. Wir werden uns nicht damit abgeben, ihn anzuprangern, wir werden uns seiner entledigen."
So US-Präsident Ronald Reagan in einer Rede an der Notre Dame-Universität am 17.5.1981.

Mittel ist die Atombombe.
Schon im Korea-Krieg (vgl. Bruhn, S.64-86) wurde die Nähe zwischen Containment und offenem atomaren Angriff auf die Sowjetunion deutlich. General MacArthur, der US-Oberbefehlshaber im Pazifik und im Fernen Osten erörterte schon vor dem Ausbruch des Korea-Konflikts die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland in Asien. Im Besitz der Atombombe, dabei die Wasserstoffbombe zu entwickeln und in der Lage zur industriellen Fertigung beider Typen, glaubte man sich der UdSSR weit überlegen, standen sie doch gerade erst am Anfang der Versuche. MacArthurs Pläne gingen dahin, nach einem Sieg über Nordkorea China zum Krigseintritt zu provozieren, was Ende November 1950 auch gelang, und über China in einem "all out war" gleich die Sowjetunion mit aufzurollen.

Gegen diese Pläne aber gab es in der US-Administration und im Kongreß Widerstand. In der sog. Truman-MacArthur-Kontroverse wurde eine US-Invasion in China und der Einsatz von Atombomben abgelehnt; und zwar ausschließlich aus Gründen der Furcht: nach Informationen der amerikanischen Geheimdienste war die UdSSR 1951 ebenfalls zu industrieller Fertigung von Atomwaffen in der Lage und besaß bereits Langstreckenbomber, um ihre Atombomben nach Amerika zu transportieren.
Aus dieser Entscheidung der demokratischen Regierung bastelte MacArthur eine neue 'Dolchstoßlegende' (parallel setzte McCarthys Kommunistenhetze ein) die in einer Brandrede des republikanischen Senators Taft ihren Ausdruck fand. Darin deutete er der Öffentlichkeit an, daß MacArthurs Pläne eines alles entscheidenden 3. Weltkrieges nicht die einzigen und ersten seien. (vgl. Bruhn, S.76) Zwischen 1948-49 waren bereits 10 Kriegspläne für einen atomaren Angriff auf die Sowjetunion ausgearbeitet worden. In immer neuen Pentagon-Kriegsführungs-Szenarios war es oberstes Ziel, mittels Atombomben das Transportwesen und die Schlüsselindustrieen der UdSSR weitgehend zu zerschlagen. Danach sollte dann in einer großen NATO-Offensive die UdSSR besetzt und die Führung ein für alle Mal ausgeschaltet werden (= "Enthauptung"). Da die Sowjetunion aber auch nicht müßig war und moderne Abwehrwaffen entwickelte, konzentrierten sich die Überlegungen der amerikanischen Kriegstechniker immer mehr auf eine Verbesserung der Atomwaffen-Trägersysteme, die die feindliche Verteidigung ausschalten könnten. Der NATO-Doppelbeschluß ist der vorläufige Endpunkt in dieser Linie.

Eins ist an dieser Stelle noch zu betonen: die Eskalation des Korea-Krieges wie später die Weiterführung des Vietnamkrieges wurden in Amerika verhindert. Die Angst vor den Folgen eines Atomkrieges im eigenen Land und das Risiko unverhältnismäßiger Verluste amerikanischer Truppen in Übersee haben bislang immer noch die totale Eskalation verhindert. Die Bedenken der demokratischen Präsidentschaftskandidaten Mondale und Jackson gegen die US-Truppen im Libanon sind Ausdruck einer nicht unerheblichen öffentlichen Meinung in den USA mit der Friedensbewegung an der Spitze, die sich nicht mit dem Gedanken der Vormacht um jeden Preis abfindet, auch wenn sie das amerikanische Lebensgefühl der Überlegenheit an sich nicht hinterfragt.

Defense Guidance

Bruhn betont in seinen letzten Kapiteln, in denen er vor allem auf das neueste US-Kriegsführungsszenario "Defense Guidance" (Verteidigungsleitlinie) eingeht, daß die westeuropäische Friedensbewegung den NATO-Doppelbeschluß viel zu begrenzt betrachtet. Dieser erschöpft sich nicht in Cruise Missiles- und Pershing II Stationierung. In den kommenden 5 Jahren will die gegenwärtige US-Administration 1.900.000.000.000 Dollar (= 1.900 Milliarden) für ihre Rüstung ausgeben. Diese umfaßt: MX, Trident II, Midgetman, Killersatelliten und, wie Defense Guidance ausführt, "C-3":

" Wichtigste Voraussetzung, um einen längeren Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen und zu gewinnen, ist die sofortige Modernisierung und Bereitstellung eines Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssystemes (Pentagon-Begriff "C-3"). Das "C-3"-System müsse so verbessert und modernisiert werden, daß es nicht nur einem atomaren Erst- oder Gegenschlag der UdSSR standhält, sondern unter den 'Bedingungen eines längeren Atomkrieges zumindest ein halbes Jahr lang funktionieren' könne. Das jetzige "C-3"-System sei gegenwärtig dazu nicht in der Lage und könnte höchstens 15 Minuten überdauern, wodurch es kein Befehls- und Computer-Zentrum für einen längeren Atomkrieg geben würde. ... Da bei jeder Atombomben-Explosion der sogenannte "EMP"-Faktor, der elektromagnetische Puls, zur Auswirkung kommt, ... ist denn auch die Ausschaltung dieses "EMP"-Faktors bei der Aufstellung des neuen "C-3"-Systems eine der Prioritäten, an denen amerikanische Forscher derzeit fieberhaft arbeiten ... ." (vgl.Bruhn, S.202; siehe dazu auch den Beitrag von F.J.Marx in dieser Nummer)

Schon jetzt in Panik über einen mit der Stationierung jederzeit möglichen Beginn eines Atomkriegs in Mitteleuropa zu geraten, scheint angesichts der immensen amerikanischen Rüstungsanstrengungen für die nächsten 5-10 Jahre verfrüht. Sicherlich ist die Gefahr eines Präventivschlags der UdSSR bei dieser Bedohung nicht auszuschließen. Die Pershing II und Cruise Missile Stationierung hat die militärische Lage in dieser Hinsicht eben doch entscheidend verunsichert. (Leider kommt die UdSSR und ihre ebenfalls aktive Rolle beim Rüstungswettlauf in Bruhns Darstellung so gut wie nicht vor; ein nicht unwichtiger Mangel, der allerdings mit der Themenstellung zu erklären ist.)

Diese Stationierung wird im Moment jedoch erst in Ansätzen durchgeführt. Die Hauptanzahl der Raketen steht uns noch bevor. 1984 bleibt genügend Zeit, den Protest dagegen "zum gewaltlosen, zivilen Ungehorsam (zu) eskalieren,indem ... z.B. die Zufahrtsstrassen zu den Stationierungsorten, Waffendepots und Abschußrampen ... mit Massen von Menschenleibern blockiert (werden)." (Bruhn, S.206/7) Gerichtliche Verfolgung, Kriminalisierung sind für ein Konzept des gewaltfreien Widerstands nicht auszuschließende persönliche Risiken. Aber der massive Protest ist die einzige Chance - auf militärischem Gebiet ist uns der Staat inzwischen auch innenpolitisch weit überlegen. Martialische Gebährden können da über die eigene Ohnmacht nicht hinwegtäuschen.

Die Aktionen der Friedensbewegung müssen sich noch mehr auf direkte Aktionen verlagern, an den Orten der Stationierung; sie müssen handelndes Eingreifen sein - nicht länger nur symbolischer Ausdruck einer inneren Bereitschaft dazu.


Die nuklearen Waffen geben den Menschen eine riesige Chance.
Der Tübinger CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Todenhöfer in einer Fernsehdiskussion mit dem SPD-Politiker Erhard Eppler

Bakteriologische Kriegsführung – wie es anfing

von Bo Gunnarson

übersetzt von Jürgen Wierzoch



Der 88jährige Aquarellmaler Sadamichi Hirasawa hat 32 Jahre in der Todeszelle des Gefängnisses in Sendai gesessen, nachdem er, trotz seiner gegenteiligen Beteuerungen, in einer sensationellen Rechtssache, dem sogenannten Teikoku-Bankdrama, für schuldig erklärt wurde.

Am 26.1.1948, kurz nach Geschäftsschluß, klopfte ein Mann mittleren Alters heftig an die Tür der Teikoku Bank und verlangte Einlaß. Er behauptete Gesundheitsinspektor zu sein, und, daß er allen in der Bank Medizin gegen eine Ruhr-Epidemie geben müsse, die in diesem Viertel grassiere. Er kippte eine Flüssigkeit in 16 Teetassen und forderte alle auf, den Trank in einem Schluck runterzukippen, weil es sehr unbehaglich schmekke.

Sekunden danach wanden sich alle in Schmerzen auf dem Boden. Die Vaccination war Zyankali. Als der "Doktor" anfing die Geldschränke zu leeren waren 12 schon tot.

Der Giftmord erregte enormes Aufsehen im ganzen Land. Dennoch durfte der Henker Hirasawa nicht strangulieren. Die Öffentlichkeit konnte nicht von seiner Schuld überzeugt werden. Man konnte sich ihn, der 7 Monate nach dem Mord festgenommen wurde, nicht als gefühllosen, zynischen Mörder vorstellen.

In einem Protestbuch gegen das Todesurteil schrieb ein Polizist:

"Der Bankmörder muß schon früher viele Menschen getötet haben und ein solcher Mörder läßt sich nur in Verbindung mit der EINHEIT 731 finden."

So hörte das japanische Volk zum ersten Male von der EINHEIT 731. Ein paar Jahre später, 1950, nahmen gespenstische, ausgewischte Spuren Form an: Vor einem Gericht in Khabarosk in Sibirien, mußten sich 12 ehemalige japanische Militärs und Mitglieder der EINHEIT 731 dafür verantworten, bakteriologische Kampfmittel in China hergestellt und angewendet und in Experimenten mit Menschen, etwa 4000 Kriegsgefangene ermordet zu haben.

Der Fernsehjournalist Haruko Yoshinga hat 7 Jahre an dem "Projekt 731" gearbeitet und legte Enthüllungen vor, die in mehreren Ministerien, unter Ärzten und in der Medizin-Industrie in Japan Schockwellen ausgelöst haben.

Die EINHEIT 731 lag 20 km von der Stadt Harbin entfernt in der Mandschurei, im nordöstlichen China. Ihr offizieller Auftrag: Forschung zur Verhinderung von Epidemien und Verseuchung von Gewässern. Ihr wirklicher Auftrag: die Vorbereitung des bakteriologischen Krieges.

Man führte Hungerexperimente durch, versuchte die tödlichen Dosen von Röntgenstrahlen herauszukriegen, Kälteeinwirkung und verschiedene Seren auszuprobieren. Man spritzte Kriegsgefangenen Viren und brachte die Bakterien unter die Zivilbevölkerung, man testete Bakterienbomben und stellte enorme Mengen tödlicher Stoffe her.

Yoshinga berichtet: "Im letzten Kriegsjahr arbeiteten 3000 Ärzte und Soldaten in der Todesfabrik. Der Kern waren einige hundert hervorragende Pathologen und Bakteriologen. Es ist uns nur gelungen an 50 von ihnen heranzukommen. Sie halten ziemlich dicht, nur einige wagen, etwas zu erzählen. Die gemeinen Soldaten und Krankenpfleger sind von Schuldgefühlen und Gewissensqualen geplagt, während viele der Verantwortlichen heute hohe Stellungen in der Gesellschaft einnehmen."

Das Großjapanische Imperium war Realität, als der Gedanke einer bakteriologischen Kriegsführung auftauchte. Japan herrschte über Korea, Formosa und die Mandschurei und warf hungrige Blicke auf Nanking in China. Im Jahre 1933 sagte der Chef der Ärzteschule des Heeres, Shiro Ishii, der die Idee während einer Europareise bekam:

"Wir können nicht unsere Rohstoffversorgung sichern und die Langnasen (die weiße Rasse) besiegen, wenn wir uns nicht einer Waffe bedienen, die den Feind vollständig überrascht. Mit der biologischen Waffe werden wir unserer Zeit voraus sein..."

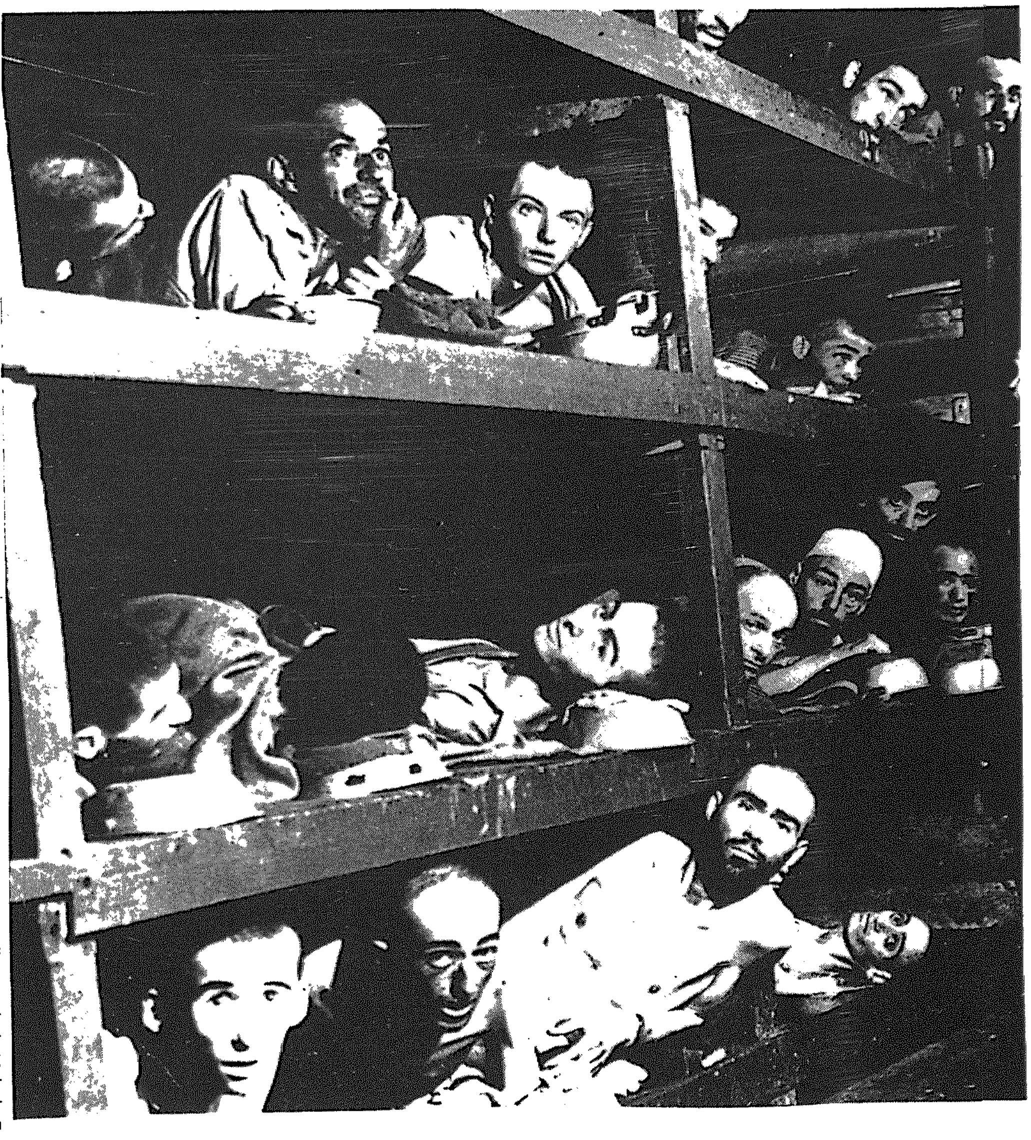
Unter Ishiis Oberkommando wurden 2 Forschungseinheiten mit den Codenamen Togo und Kamo errichtet. 1940 wurde die EINHEIT 731 in Harbin etabliert. Die Militärpolizei säuberte die umliegenden Dörfer von allen politisch "Unzuverlässigen". Japanische Arbeiter, die meisten aus Ishiis Heimatstadt Kamo, bauten einen Ziegelsteinkomplex unter den unglaublichsten Sicherheitsvorkehrungen.

Die Rekonstruktion der Aktivitäten basiert auf Dokumenten des Militärgerichts in Khabarovsk und Zeugenaussagen einzelner, die Yoshinga und sein TV-Team aufgespürt haben. Viele Mitglieder der EINHEIT 731 haben jegliche Spur ihrer Vergangenheit verwischt, die meisten behaupteten, einfach nichts mit der Einheit zu tun gehabt zu haben.

Masaji Kitano, 84 Jahre, war stellvertretender Kommandeur von 731. Er ist der ehemalige Präsident der japanischen Blutbank, Mitglied des antarktischen Komitees, Großfunktionär im Gesundheitswesen - alles das, seit er aus Harbin zurückkehrte.

Er zog sich in seine Luxusvilla zurück und wollte nicht reden. Der frühere Generalmajor Kiyomoto Kawashima, der maßgeblich in den Jahren 1941-43 an der Herstellung von Bakterien und Produktion von Impfstoffen beteiligt war, begann als Erster zu reden. Er ist gerade als Arzt pensioniert, und er hat 11 Jahre von 25 Strafarbeit hinter sich, zu denen er im Kriegsverbrecherprozeß in Khabarovsk verurteilt wurde.

"Unsere Medizinindustrie zieht noch immer Nutzen aus unserer damaligen Arbeit" sagte er in einem Interview.



"Die Ernährungsforschung machte große Fortschritte. Wir hatten alle Möglichkeiten für selbständige Arbeit. Das war eine stimulierende Aufgabe. Ich verstehe nicht, warum sie dies alles herausstellen und nur Japan anklagen. Die USA machten dasselbe auf den Phillipinen. Die Atombombe war viel schlimmer. Die Gefangenen behandelten wir gut, viele bekamen besseres Essen als wir...Experimente mit Menschen? Ich habe lediglich Bakterien gezüchtet Ich habe keine Experimente gemacht. Ich will nicht mehr darüber reden..."

Die EINHEIT 731 bestand aus 8 Forschungsabteilungen. Eine beschäftigte sich mit Forschung über Pest, Cholera, Kohlbrand, Milzbrand, epidemische Blutfieber, Typhus und Ruhr. Eine andere "experimentierte im Feld", eine dritte mit Schutzmaßnahmen und eine vierte stellte Bakterien und Schutzimpfstoffe her.
Die Produktionskapazität pro Monat - die man jedoch nie ganz erreichte - war 300kg Pestbakterien, 800kg Typhus und eine ganze Tonne Cholera! Ein anderer der Verurteilten von Khabarovsk, der Soldat Yuji Kurushima, besitzt heute eine Tankstelle. Er sagt:

"Nach 3 Monaten Dienst im Sanitätsbüro wurde ich in die bakteriologische Abteilung versetzt, die stark bewacht war und zu der niemand ohne spezielle Erlaubnis Zugang hatte. Da gab's eine große Anlage zur Züchtung von Läusen, Mäusen und Ratten. Wir hatten spezielle Schutzanzüge. Die Läuse wurden in 4000 kleinen Stahlbehältern hergestellt. Jeder Käfig enthielt 15gr. Läuse und jeden Monat schleppten wir viele Millionen Läuse heraus."

In einem Bericht vom Februar 41 empfahl Ishii General Tojo, die Läusezucht auf 200kg/Monat zu verdreifachen. Er drückte seine Enttäuschung über die Experimente mit den Bakterienbomben aus und beschrieb in Details die mißlungenen Abwürfe von Läusebomben: "Die Läuse krepieren an der Wärme, die durch die Reibung zwischen Metallhülse und Kern entsteht".

Ein halbes Jahr später war eine Porzellanbombe klar, die die Läuse beschützte. Sie wurde in 5km Entfernung von der Todesfabrik getestet.15 Kriegsgefangene wurden an Pfähle kreisartig gebunden und die Bombe aus 120 Meter Höhe auf sie herabgeworfen. Die pestübertragenden Läuse infizierten die Wunden, die durch die Explosion entstanden und japanische Soldaten kämmten das Gelände danach durch, wie weit die Läuse verteilt waren.

Ein Soldat, der die Reporter anflehte, nicht seinen Namen zu nennen, berichtete von "Felddübungen" 1943. Flaschen mit Pest-, Cholera- und Paratyphusbakterien wurden auf Dämme und Reisfelder verteilt. Chinesen wurden versuchsgeimpft und danach zu präparierten Kuchen eingeladen. Typhusbakterien wurden in reife Tomaten auf den Feldern gespritzt.
"Das ging alles auf Befehl und da gabs nichts zu verweigern", sagte er. Im Gefängnis von 731 saßen ständig 4-5000 Kriegsgefangene. Ein einziger Weg führte von einem großen Tor zum Gefängnis und das war ein geheimer Tunnel. Hierhin führte die Spezialpolizei TOKUMO politisch gefährliche Elemente und Kriegsgefangene, die immer in verkleideten, dunklen Lastwagen transportiert wurden und aus Sicherheitsgründen "Material" hießen. In der Todesfabrik hießen sie dann "marutas", was soviel wie Stämme bedeutet. Ein rassistischer Ausdruck, der sich vergleichen läßt mit "Äxten", den die schwedischen UNO-Soldaten über 20 Jahre für Congolesen, Zyprioten und Araber benutzten.

Niemand verließ die Todesfabrik lebend, mit Ausnahme einiger weniger, die von den Japanern im Rahmen ihrer Experimente freigelassen wurden. Diese wurden mit Typhus oder Cholera injiziert und durften gehen, um den Ansteckungseffekt beobachten zu können. Die meisten von ihnen sind nach kurzer Zeit ergriffen und zurückgebracht worden.

Die vielfältigen Experimente wurden so weit getrieben, daß der Tod als ein Befreier für die Betroffenen wirkte.

Die Hungerexperimente hatten zum Ziel, auszuforschen, wo die Grenzen eines "aktiven Lebens" bei minimaler Ernährung liegen. Die Gefangenen waren in drei Versuchsgruppen eingeteilt und erhielten zwischen 900 und 1800 Kalorien pro Tag. Tag für Tag mußten sie 100 Mal den Hof mit einem 30 kg Gepäck umrunden. Wenn sie aus Erschöpfung hinfielen, schlugen Gewehrkolben auf ihre Rippen.

Ein Forschungsassistent, heute pensionierter Arzt, berichtet: "Ich sah das von meinem Fenster aus. Das waren lebende Skelette."

Die Gefangenen, die an den Bakterienexperimenten teilnahmen, wurden materiell besser behandelt. Volle Ernährung jeden Tag, und sie durften sich in einem kleinen abgesperrten Garten sonnen. Die bakteriologische Waffe mußte ja effektiv gegenüber Menschen sein, die fit sind, feindlichen Soldaten in guter Form.

Dr. Sueo Akimoto, 71 Jahre, aus Yokohama, ist allgemein als ein progressiver Arzt bekannt. Als die TV-Reporter den Tip erhielten, daß er bei 731 dabei war, zweifelten sie zunächst daran. Doch Akimoto bestätigte: "Ich war zu feige, um hervorzutreten", sagte er. "Ich werde das bis zu meinem Tode bedauern. Das Schuldgefühl nagt an mir Tag und Nacht. Ich hätte vor Gericht stehen müssen, wie die Anderen..."

Gesundheitsgründe zwangen Akimoto ein Interview mit mir abzusagen. Aber in einem Telefongespräch bestätigte er alles, was er in dem TV-Interview gesagt hatte:

"Ich wurde im Mai 1944 angestellt. Reingetrickst, dachte es ist gut, Erfahrungen mit Epidemievorsorge zu sammeln. Wurde geschockt, als ich verstand. Doch ich durfte nicht aufhören. Mein Job war es, die Veränderungen im Blut und Serum zu untersuchen. Bald verstand ich, woher das Material stammte. Jeden Monat gab es ein Treffen der Forscher mit Diskussion und Filmen von den verschie-



denen Experimenten. Einmal wurde gezeigt, wie Ärzte Pferdeblut, 100-150 cc, in Kriegsgefangene pumpten. Sie wollten wissen, wieviele Antistoffe sich sich bilden und wie der Körper reagiert. Sie spritzten Tag um Tag, bis die "Patienten" unter fürchterlichen Schmerzen starben. Man versuchte die Effekte von Röntgenstrahlen auf innere Organe zu beobachten und ob sie ähnlich wie Ratten reagierten. Gab man ihnen tödliche Dosen, geschah es oft, daß die Opfer, bevor sie starben, zergliedert wurden..."

Der Forschungsassistent:

"Der Korridor war von roten Lampen beleuchtet und rote Gardinen sorgten dafür, daß von außen nicht reingeschaut werden konnte. Wir nannten ihn den roten Tunnel. Von meinem Fenster sah ich, wie man Leichen zu den Verbrennungsöfen schleppte und da verstand ich, warum die Schornsteine so hoch waren..."

Man rechnet damit, daß ungefähr 4000 Kriegsgefangene ihr Leben als Versuchstiere für die Todesfabrik ließen. Als General Ishii sah, daß der Krieg für Japan nicht zu gewinnen war, gab er Befehl, alle Spuren der EINHEIT 731 zu zerstören. Ein heute pensionierter Wachmann erzählt:

"Es war am 9. oder 10.August 1945. Wir wurden frühmorgends geweckt Alle "marutas" waren tot. Wir erhielten Befehl, sie auf den Hof zu tragen. Dort waren schon zwei große Gräber gegraben und wir goßen Öl über die Leichen und zündeten sie an. Zwei Tage brannten sie....Dann sprengten wir die Fabrik und kurz darauf sollten wir heim nach Japan kommen. Während der reise erfuhr ich, daß die "marutas" mit dem Frühstück damals vergiftet wurden. Einige, die sich weigerten zu essen, wurden in der Baracke vergast."

Die Mitglieder der EINHEIT 731 durften von den anderen japanischen Soldaten nach Hause reisen. Von Harbin fuhren sie mit dem Zug nach Pusan in Korea und von dort mit dem Schiff in die kleine Hafenstadt Hagi in Südjapan. Dort trafen sich über 1000 von ihnen, um die letzten Befehle zu erhalten.

"Und wenn ihr mit dem Tod bedroht werdet, dürft ihr niemals etwas von 731 erzählen, auch nicht zu euren allernächsten Angehörigen", sagte General Ishii. "Versucht nicht hohe Stellungen einzunehmen, sonst werdet ihr entdeckt..."

Alle haben ihr Geheimnis gut bewahrt. Keines der vielen hundert Bücher, die um den Krieg geschrieben wurden, hat die Existenz von 731 auch nur erwähnt. Keiner der Leiter von 731 wurde vor Gericht gestellt, als die amerikanische Besatzungsmacht bei Kriegsende die Gerechtigkeitsinstanz spielte. Im Gegenteil, es wurde Schutz garantiert für gute Zusammenarbeit. Ishii, Kitano und mindestens 12 andere Verantwortliche arbeiteten mit amerikanischen Experten in der sogenannten FORT DERRICK GRUPPE zusammen. Alle nicht zerstörten Dokumente bekamen die Amerikaner. Von den 180 000 Seiten geheimer Dokumente, die in den letzten Jahren in Amerika freigegeben wurden, ist nicht eine Seite, Zeile, über 731 dabei. Vermutlich werden diese Berichte niemals für Historiker freigegeben werden. Wahrscheinlich enthalten sie zu heißes Material über die bakteriologische Kriegsführung im Koreakrieg.

Der sensationelle Giftmord in der Teikoku Bank in Tokio enthüllte, daß die EINHEIT 731 und 3 ähnliche Gruppen - Ishiis EINHEIT 100 in Sinkiang und Nr.6 und Nr.9 des technischen Instituts im Heer - existierten. Doch trotz des Verdachts der Beteiligung einiger bekannter Personen, hat die Regierung nichts unternommen, diese "Forschungsaktivitäten" zu untersuchen Keine der großen Tageszeitungen hat in der Affäre nachgebohrt, möglicherweise aus nationalem Schamgefühl.

Dr. Akimoto: "Die EINHEIT 731 handelt nicht nur von Grausamkeiten in der Mandschurei. Man sehe nur die Haltung der Ärzte gegenüber Opfern der verschiedenen Umwelt-und Medizinvergiftungen. Folgen sie den üblichen ethischen und moralischen Normen? Hat man Expertenwissen und die Möglichkeit sein Gewissen zu verdrängen,kann sich 731 unter verschiedenen Formen wiederholen. "Experimente" in privaten Pyschiatrien und in Jugendgefängnissen - wo viele der Verdächtigen arbeiten - lassen nicht länger verdrängen."

General Shiro Ishii starb 1959 in einem Tokioer Krankenhaus, 66jährig. Er nahm viele Geheimnisse der Mandschurei und des Koreakrieges mit ins Grab.

Die EINHEIT 731 spielte im 2.Weltkrieg nicht die Rolle, die ihr von Ishii zugedacht war. Offenbarer Grund war die Tatsache, daß die Japaner ihre eigenen Soldaten in einem Bakterienkrieg nicht beschützen konnten. Doch mehr als 20 Jahre nach Ishiis Tod geistert die EINHEIT 731 weiter. Mitten während der Reisernte 1975 in Südkorea brach ein epidemisches Blutfieber aus - das im Volksmund "der rote Tod" genannt wurde. Tausende wurden angesteckt, eine unbekannte Anzahl starb.

Südkoreanische Forscher isolierten den Virus, der dem ähnlich ist, der das Fieber in der Mandschurei auslöste. Doch die Gesundheitsbehörden teilten auch mit, daß der Virus "degeneriert" war. Das kann bedeuten, daß er aktiv manipuliert war, doch es bleibt ungewiß, was die Forscher mit diesem Ausdruck meinten. Plötzlich war es ganz still um die Epidemie und den Virus.

2 Wochen später klagte Nordkorea die USA wegen Experimenten mit bakteriologischer Kriegsführung in Südkorea und Vorbereitungen zu einem neuen Krieg an. In Pyörnjang sprach man von "Ishiis Waffen".

Bakteriologen in Tokio sind vorsichtig mit Kommentaren. Sie behaupten, daß der betreffende Virus so kräftig ist, daß eine kriegführende Macht ihre eigenen Soldaten nicht vor ihm beschützen kann. Es existiert keine Vaccination dafür.

Das epidemische Fieber hat sich in Südkorea festgebissen und ist nun auch in Japan aufgetreten.

P.S. Auch um das spanische "Olivenöl" ist es allzu ruhig geworden, obwohl die Ärzte "ihm" nichts entgegenzusetzen hatten/haben.

**

Thoreau war gar nicht so gewaltfrei



HENRY DAVID THOREAU

von Wolfgang Haug

Henry David Thoreau (1817-1862) wird in den etwas konsequenteren Reihen der Friedensbewegung zu Recht rezipiert; daß auch Gandhi, die frühe US-Bürgerrechtsbewegung und die Yippies von seinen Thesen lernten, mag ein zusätzlicher Anreiz sein, Thoreau abermals neu zu entdecken. Zuletzt druckte sogar DIE ZEIT (21.10.83; Nr. 43) einen Ausschnitt aus "Civil Disobedience" (Über die Pflicht zum Ungehorsam) nach.

Thoreaus Essay "On the Duty of Civil Disobedience" (1848) ist so etwas wie die Verteidigung des Individuums gegen den Staat. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt in den USA, zu dem der Staat noch keineswegs allgegenwärtig oder allmächtig war. Verglichen mit den meisten Staaten der Welt, weisen die USA 1848 sogar mit die am meisten demokratische Verfassung auf, die bis dahin politisch realisiert wurde. Trotzdem sieht Thoreau die Souveränität des Individuums stark gefährdet. Die Regierungsform des Parlamentarismus ist für ihn genauso abzulehnen wie jede andere Regierung, weil sie z.B. die Menschen über Gesetze zum Wohlverhalten zu zwingen versucht und dies für Thoreau kein Weg sein kann, zu einer natürlichen und gerechten Gesellschaftsordnung zu kommen. Die Konsequenz und Qualität seiner Aussagen rücken Thoreau in unmittelbare Nähe zu anarchistischen Positionen.

"On the Duty of Civil Disobedience" ist diejenige Schrift Thoreaus, die am meisten Aufschluß über seinen politischen Standpunkt vermittelt. In ihr ist nicht nur die Verweigerung der Wahlsteuer (1) begründet, sondern die grundsätzliche Ablehnung der amerikanischen Regierung aufgrund der Sklaverei im Süden der Union und des Mexikokrieges (2), der in Thoreaus Augen nur der Ausdehnung dieser Zustände diente. Daß Thoreaus Argumentationsgang auch noch grundsätzlicher aufgefaßt werden kann, nämlich als Ablehnung von Staat bzw. von einer regierenden Zentralgewalt, die über abstrakte Gesetze etc. herrscht, beweist die bis heute andauernde Rezeption dieser Schrift durch libertäre Individuen und Gruppierungen.(3)

On the Duty of Civil Disobedience

Daß sich 'ziviler Ungehorsam' grundsätzlich gegen ein etabliertes Normensystem richtet, um dieses zur Veränderung herauszufordern - und daß in Deutschland ein solches Normengefüge eindeutig identisch gesehen werden muß mit "DEM Staat", scheint den deutschen Übersetzer W.E.Richartz gleich zu einer Verschärfung des Titels veranlaßt zu haben; so heißt der Text hierzulande: "Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat." (4)

Thoreau schreibt zu Beginn, er habe sich "den Wahlspruch zu eigen gemacht: "That government is best which governs least." (Die Regierung ist die beste, die am wenigsten regiert.) Diesen Wahlspruch der Jeffersonschen Demokraten verschärft er zu der auch von Anarchisten (5) geteilten Meinung: "That government is best which governs not at all" (überhaupt nicht). Regierungen sind für Thoreau eine überfällige Tradition, die den Menschen lediglich noch als Beweis dienen können, wie leicht man Menschen betrügen kann. Eine Regierung steht dem handelnden Volk öfter im Weg, als daß sie ihm nützlich ist. Thoreau setzt also zunächst das Volk in Gegensatz zum Staat. Um zu konkretisieren, kommt er auf die zeitgenössische Regierungsform zu sprechen. Aus Gründen der JUSTICE (Gerechtigkeit) muß er gerade auch das parlamentarische Mehrheitssystem ablehnen. Stattdessen setzt er das menschliche GEWISSEN (CONSCIENCE) als entscheidungsfähige Instanz und fordert dessen Ausbildung in der Erziehung. Gelänge dies in der Realität, wäre für ihn der Gesetzgeber überflüssig, der ja nur mit Gewalt das durchsetzen will, was bei der Erziehung der Individuen versäumt wurde. Thoreau will Erziehung zur Gerechtigkeit, nicht zur Gesetzestreue, bzw. Angst vor Strafe.

Die Gesetzeshörigkeit, z.B. des Militärs, würde nur weitere Ungerechtigkeit hervorbringen. Thoreau erklärt dies am Beispiel der Soldaten, die durch die Unzahl der Gesetzesvorschriften statt zu besseren Menschen zu Maschinen werden, die lediglich funktionieren - ohne Eigenwillen Befehle ausführen. Mit der steigenden Zahl der Gesetze, Vorschriften, Befehle legt der Mensch lediglich endgültig sein eigenes Verantwortungsgefühl ab, verzichtet auf die eigene Bewertung der Situation und degradiert sich zum ausführenden Organ einer als übergeordnet anerkannten Gewalt. Einen solchen Menschen begreift Thoreau nicht mehr als Mensch, sondern als Stück Holz und er fragt, ob es nicht einfacher wäre, solche Holzmänner gleich serienmäßig herzustellen. Er fordert einen Menschen, der lebt und dabei sein Leben zu einem - wenn auch vielleicht kleinen - Gegengewicht gegen die Staats-"Maschine" macht.

Dieses grundsätzliche Votum will Thoreau gerade auf die historische Situation der USA seiner Gegenwart angewendet wissen. "Ich kann keinen Augenblick lang eine politische Organisation als meine Regierung anerkennen, die gleichzeitig eine Regierung über Sklaven ist." - "Ich denke, daß es nicht zu früh für einen Ehrenmann ist zu rebellieren und sich für die Revolution einzusetzen." Daß Thoreau meint, was hier anklingt, unterstreicht er in seinen weiteren Ausführungen, in denen er die Abolitionisten-Bewegung (6) davor warnt, zu warten bis sie über Wahlen die Mehrheit im Staat gewonnen hätten. Warten und passiv sein, bedeutet für ihn, die Unterstützung der ablaufenden Politik. Er verwirft jedes Bürgerverhalten, das mit schönen Reden, Zeitungsartikeln oder Wahlen den Problemen beikommen will, stattdessen verlangt er aktive Umsetzung der Überzeugung durch den einzelnen. Als ein Beispiel nennt er die Verweigerung jeder Regierungsunterstützung, was auch bereits einer Minderheit Gehör verschafft.

Die Minderheit muß dabei allerdings beachten, daß sie sich keines-

falls der Majorität anbiedert; d.h. die Aktionen dürfen nicht nur auf das Verständnis der Mehrheit zielen, sondern müssen auch die eigenen Anliegen als andersartige Qualität sichtbar machen, um zu wirken.
Für das Individuum bedeutet dies, wirkliche Konsequenzen auf sich zu nehmen:
"Unter einer Regierung, die irgend jemanden unrechtmäßig einsperrt, ist das Gefängnis der angemessene Platz für einen gerechten Menschen."
Wird dieses am Gewissen orientierte Verhalten massenhaft, so besteht die Chance zur "peaceable revolution". Die beispielgebende Tat eines einzelnen unterminiert die Autorität des Staates, mehr noch die Legitimität seiner Aktionen. Die Taten vieler untergraben das Fundament des Staates, der sich seiner "Untertanen" nicht mehr sicher sein kann.
Thoreau sieht die Veränderungen, die solches Verhalten mit sich brächte zunächst vor allem für den Handelnden positiv, der sich von der Manipulation frei gemacht hat, selbstverantwortlich lebt und nach seinem Gewissen entscheidet. Ein solches Individuum ist für ihn Grundlage der Gesellschaft und hat somit größere Bedeutung als der Staat selbst.

Historischer und sozialökonomischer Hintergrund für Thoreaus Staatskritik

Thoreaus Forderungen an einen idealen "Staat" ließen sich nicht mit den expansiven Absichten der USA vereinbaren. Bereits 1836 hatte die amerikanische Minderheit in Texas sich unabhängig erklärt und über einen kurzen siegreichen Krieg gegen Mexiko diesen Status durchgesetzt. Aufgrund des zögernden Verhaltens der Nordstaaten, die in Texas einen weiteren Verfechter der Sklaverei sahen, wurde Texas erst 1845 unter dem expansionistischen Präsidenten James K. Polk als Bundesstaat anerkannt. Schwieriger wurde die Legitimation für die USA bei der Annexion Kaliforniens und Neu-Mexikos. Bis 1845 lebten ganze 700 Amerikaner in Kalifornien, während Mexiko etwa das zehnfache an Siedlern dorthin verpflanzt hatte. Die Schwäche der mexikanischen Regierung legte es jedoch nahe ohne viel Risiko einen imperialistischen Konflikt vom Zaun zu brechen. Ein Zwischenfall am Rio Grande, einem von beiden Seiten beanspruchten Gebiet, diente Präsident Polk zur Kriegserklärung - als "Rache für den Überfall" deklariert, stimmte der Kongreß mit 174 gegen 14 Stimmen diesem Krieg zu!
General Zachary Taylor, der spätere US-Präsident, schlug die Mexikaner 1846 und 1847 mehrmals, so daß den USA Kalifornien, Neu-Mexiko und die Rio Grande-Grenze zufielen.

Aus diesen wenigen Fakten läßt sich ersehen, daß der mexikanische Krieg moralisch keinesfalls zu rechtfertigen war. In sicherlich noch stärkerem Maße ist Thoreaus Aufforderung zum ZIVILEN UNGEHORSAM von der Sklavenfrage motiviert:

"1810 zählte man im gesamten sklavenhaltenden Süden 2,2 Millionen Weiße und 1,2 Millionen Sklaven. 1860 war das Verhältnis mit 7 Millionen Weißen gegenüber 3.8 Millionen Sklaven noch fast dasselbe." (7)

Dieses Verhältnis deutet bereits auf die Tatsache hin, daß beileibe nicht alle Weißen in den Südstaaten Sklaven 'hielten'; dies beschränkte sich vor allem auf die rund 8000 Familien starke Pflanzeraristokratie, die jeweils über 50 Skalven 'besaßen' und ca. 30 000 weitere Familien, die zwischen 20 und 50 Sklaven 'halten konnten'. Neben dem finanziellen Nutzen der Sklaverei, bedeutete dieses System vor allem eine gesellschaftliche Privilegierung aller Weißen; - eine rassistische aber wesentliche Grundlage für das System, da für weiße Arbeiter ein schwarzer Sklave objektiv je eine lohndrückende Rolle spielte, und er dieses System deshalb eigentlich hätte ablehnen müssen.

Die Formierung der Sklavereigegner begann 1831 mit dem Erscheinen des "LIBERATOR". Der Herausgeber W. L. Garrison organisierte in der "antislavery-societey" bis 1840 bereits 200 000 Mitglieder. Dennoch täuscht gerade diese Zahl darüber hinweg, daß die Rassisten selbst im Norden oft weitaus stärker vertreten waren. Thoreaus Einschätzung, daß es sich um eine Minorität handle, ist also richtig.

In den 40er Jahren gewann das Sklavenproblem zunehmend politische Brisanz und verquickte sich nicht zuletzt mit dem Mexiko-Krieg. Bis dahin nämlich hatte es in der Union eine ausgeglichene Balance zwischen sklavenhaltenden Südstaaten und 'sklavenfreien' Nordstaaten gegeben. Das Gleichgewicht von jeweils 12 Staaten, bei einer Sonderstellung für Louisiana - das in sich selbst eine Nord-Süd-Trennung vollzog - wurde durch die Annexion neuer sklavenhaltender Staaten entscheidend gestört. Um dem entgegenzuwirken wurden vom Norden Verfassungen für diese Länder ausgearbeitet, die von vornherein festlegten, ob in dem betreffenden Staat die Sklaverei erlaubt sein sollte oder nicht. Dies widersprach u.a. der Verfassung, die es ja jedem Amerikaner freistellte, wo und wie er sich niederlassen wollte.

Die Polarisierung steigerte sich mit den Veränderungen, die die Industrialisierung und die steigenden Einwanderungszahlen mit sich brachten. Als Stichworte sollen an dieser Stelle dienen: Arbeitskräftepotential im dichtbesiedelten Nordosten (8), Verstädterung (9), Strukturwandel in der Industrie (10), Transport (11), Erfindungen (12) etc. Damit einher ging der Strukturwandel in der Landwirtschaft; es wurde nun nicht mehr für den Eigenbedarf produziert, sondern gezielt für den Markt der Großstädte; der Beginn der Großproduktion wurde durch landwirtschaftliche Maschinen, der neu entstandenen Industrie (z.B. McCormick in Chicago) entscheidend vorangetrieben. Vom Klima bedingte Monokulturen entstanden; - zum für den Süden bedeutungsvollsten Devisenbringer entwickelte sich die Baumwolle, die zudem intensiv von Menschenhand gepflegt werden mußte, so daß im Süden die wirtschaftliche Erklärung für die Sklaverei trotz der Maschinen bestehen blieb.

Diesen Entwicklungen stellten sich verschiedene Reformbewegungen entgegen, darunter etwa die Frauenbewegung, die kommunitäre Siedlungsbewegung oder die Transzendentalisten (Emerson, Thoreau etc.), die zu der materialistisch-kapitalistisch geprägten Entwicklung der USA ein geistiges, moralisches und religiös begründetes Gegenbild entwarfen.



Gespeist aus philosophischer, religiöser und US-traditionalistischer Quelle hätte dies entweder dazu führen können, daß bei allem Strukturwandel die vorhandene amerikanische Religiosität und der ebenso vorhandene individuelle Freiheitswille bewahrt geblieben wären oder, daß der kapitalistischen. Entwicklung tatsächlich eine andere Entwicklung entgegengesetzt worden wäre. Der Beginn der zahlreichen Reformversuche (13) deutet auf die vielfältigen Interessengruppen hin, denen an einer Veränderung der Verhältnisse gelegen war, bzw. die der sich verändernden Umwelt eine eigene Utopie entgegensetzen wollten. Der sozialökonomische Umbruch (Parallelen zu heute dürfen gezogen werden) in den USA war Bedingung und Möglichkeit zugleich für das Entstehen dieser Bestrebungen.
Möglichkeit insofern, als gerade auch der Staat vor dem Bürgerkrieg noch nicht die integrierende nationalistische Kraft besaß, um den Reformbewegungen entgegenzutreten. Zum anderen, daß die Möglichkeit bestand, sich in einen Winkel des riesigen Landes zurückzuziehen, um dort mit praktischer Arbeit abseits der großen Gesellschaft zu beginnen. D.h. die Energie und Kraft, die in den Bewegungen steckte und die die Unzufriedenheit mit den staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen symbolisierte, konnte sich auf evolutionärem Weg einige Freiräume schaffen. Die gesellschaftlichen Strukturen wurden letztlich aber nur sehr wenig beeinflußt, am ehesten gelang dies noch den auf einen bestimmten Bereich spezialisierten Bewegungen. Als Beispiel könnte man anführen, daß bis 1848 immerhin 9 Staaten die 'Schuldhaft' abschafften und so einer Forderung der Bewegung zur Re-

formierung der Gefängnisse nachgaben. Andere Kreise, wie die Transzendentalisten, hatten weniger direkte Einflußmöglichkeiten. Ihre primäre Wirkung geht vor allem in intellektuelle und literarische Kreise, die sekundäre Wirkung - etwa der Bücher - kam wohl häufiger in einer aufgeklärten Geisteshaltung zum Ausdruck, als in konkreten Handlungen, - obwohl dieser Einfluß ja bis heute reicht und deshalb nicht abschließend beurteilt werden kann.

Die Entwicklung der sozialreformerischen Gruppen abseits der Großgesellschaft brachte es jedoch mit sich, daß diese Gruppen und Oppositionsbewegungen den Kontakt und Einfluß zu den neu entstehenden Protestpotentialen der proletarischen Industriearbeiterschaft verloren. Eine Problematik, die auch auf die frühen individualistisch gesinnten Anarchisten (15) zutraf, so daß sich in den Industriezentren ein weitgehend unabhängiger kollektiver - später kommunistischer - Anarchismus entwickelte. Ein Parallelfall ist die Frauenbewegung, die neben ihren intellektuellen Anfängen (M.Fuller, M.Wollstonecraft, Konferenz von Seneca Falls mit L.Mott, E.C.Stanton und L. Stone) bald eine Arbeiterfrauenbewegung ausbildeten: ab 1845 unter Textilarbeiterinnen mit Sarah Bagley. Dabei ging es zum Beispiel um den Kampf der Frauen überhaupt in die Gewerkschaften aufgenommen zu werden, um gleichen Lohn etc.

Während so die einen für das Frauenwahlrecht stritten, setzten sich die anderen für die Beseitigung akuter Probleme ein.

Um die Bedeutung klarzustellen, nur ein Faktum: 1866 bekamen die Schwarzen das Wahlrecht, 1869 die Frauen, allerdings nur in Wyoming, bis 1910 folgten nur weitere 3 Staaten nach.

Thoreaus "A Plea for Captain John Brown"

Diese Rede hielt Thoreau am 30. 10. 1859. Er verteidigte darin einen Mann, der die Sklaverei durch einen gewaltsamen Aufstand im Süden zu beenden versucht hatte, dabei gescheitert und zum Tode verurteilt worden war. Brown glaubte nicht an eine friedliche Lösung des Sklavenproblems und versuchte von Virginia aus einen Aufstand zu inszenieren. Er selbst sah sich dabei als auserwählten Führer und war so von seiner moralischen Mission überzeugt, daß er weder Verstecke, Kontakte, Nachschub oder Fluchtmöglichkeiten organisierte. Am 16.10.1859 überfiel er mit einer kleinen Schar das Waffenarsenal von Harper's Ferry. Nachdem sein Aufstand sehr schnell durch Marines niedergeschlagen worden war, wurde er am 2.12.1859 hingerichtet.

Schon zum Zeitpunkt seiner Tat hatte im ganzen Land eine Distanzierungswelle eingesetzt. Im Süden verdammte man Brown und forderte seinen Kopf; im Norden versuchten die Abolitionisten und Kreise der Republikaner um Lincoln Brown für verrückt zu erklären.

Daß Thoreau für ihn Partei ergriff, bedeutete deshalb, gegen den weitaus größten Teil der Öffentlichkeit anzutreten; - und ebenso, die eigenen Prinzipien zu verschärfen.

Eine wesentliche Ursache für seinen Umdenkungsprozess, die Betonung des passiven Widerstands eines in sozialer Verantwortung lebenden Individuums abzuschwächen, lag in der Verabschiedung des "Fugitive Slave Laws". Mit diesem Gesetz wurde auch die Unterstützung von entflohenen Sklaven im Norden unter Strafe gestellt; d.h. der Süden konnte seinen Machtbereich über die eigenen Grenzen hinaus ausdehnen. Gegenüber dieser Entwicklung ist Thoreau zu einem aktiven kollektiven Widerstand bereit, d.h. um noch mehr Gewalt gegen Sklaven zu verhindern, darf Gewalt gegen die Sklavenhalter angewendet werden. In der Verteidigung Browns stellte er heraus, daß dieser "einen Krieg für die Freiheit" geführt habe, damit sei Brown den "Helden des Unabhängigkeitskrieges überlegen", da er nicht nur gegen äußere Feinde, sondern auch gegen den ungerecht handelnden eigenen Staat vorgegangen sei; - und zwar aufgrund seiner Ideen und Prinzipien, nicht aus Eigennutz oder Fremdinteresse.

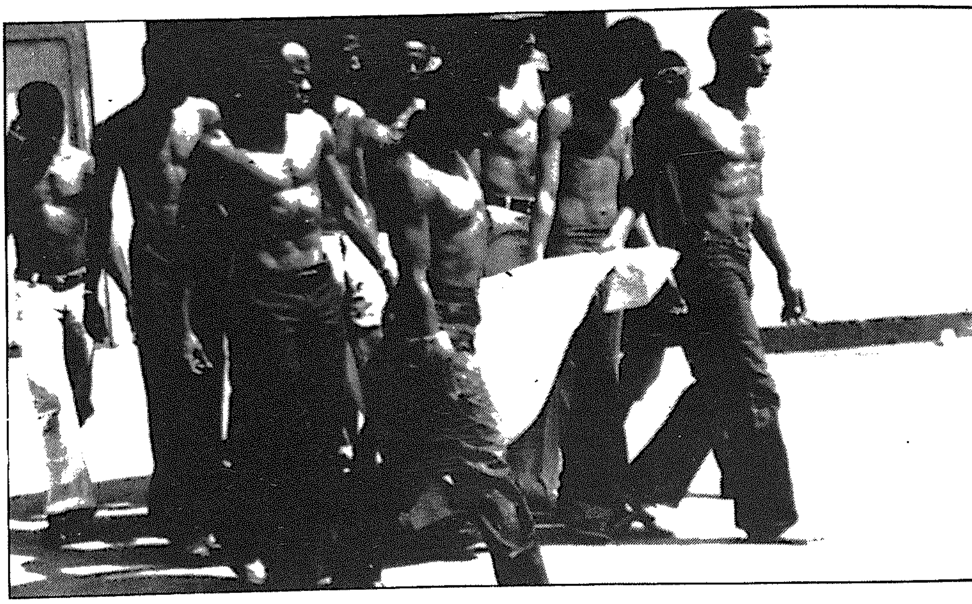
Die Reaktion der Presse ("Verrückter" etc.) prangert er als "Nützlichkeitsdenken" an, das sich der oberflächlichen Meinung der Lesermassen anschließe. Brown stehe moralisch weit über ihnen und könne nicht von ihnen

Menschliche Gesetze contra Fortschritt der Menschheit

Ein Vergleich mit einem der ersten explizit anarchistischen Denker, William Godwin (1793 veröffentlichte er "Untersuchung über das Wesen der Politischen Gerechtigkeit") verdeutlicht Thoreaus Grundansatz. So findet z.B. seine Argumentation "die Regierung der USA sei nichts weiter als eine umständliche Maschine, die dem Fortschritt der Menschheit im Wege ist" seine Entsprechung bei Godwin:

"Mit welchem Entzücken muß der wohlunterrichtete Menschenfreund jener glücklichen Zeit entgegensehen, wo der Staat verschwunden sein wird, diese rohe Maschine, welche die einzige fortwährende Ursache der menschlichen Laster gewesen ist und so mannigfache Fehler mit sich führt, die nur durch ihre völlige Vernichtung beseitigt werden können."

Auch die entscheidende Bedeutung von "Truth" (Wahrheit) streicht Godwin heraus: "Die beste Garantie eines glücklichen Resultats (den Staat zu beseitigen, A.d.A.) liegt in freier, unbegrenzter Diskussion. In dieser Kampfarena muß immer die Wahrheit siegen....Daher müssen wir jede Gewalt mit Abneigung betrachten. Wenn wir das Schlachtfeld betreten, verlas-



angeklagt werden. Im Gegensatz zur Presse folgt Thoreau den Verteidigungsreden Browns und stellt die Ankläger auf die Seite von Tyrannen. Für Thoreau entlarvt sich in dieser Affäre der Charakter der USA. Da diese ganze Gesellschaft auf Gewalt begründet sei, könne er sich vorstellen, daß er selbst Täter oder Opfer dieses Staates werden könne, und er steigert seine Rede, in dem er erklärt, "das größte Kompliment, das der Staat Brown und seinen Männern machen konnte, war, daß er sie umbrachte."

Daß Brown menschliche Gesetze gebrochen hat, wird dabei für ihn bedeutungslos, weil seine Tat für die gesamte Menschheit von Wichtigkeit war, und weil Brown in Übereinstimmung mit seinem Gewissen und inneren moralischen Gesetzen aktiv geworden war.

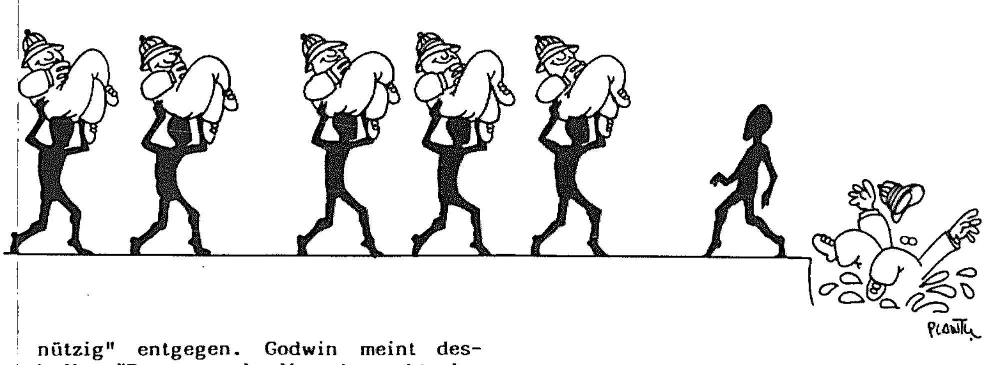
sen wir das sichere Gebiet der Wahrheit und überlassen der Laune des Zufalls die Entscheidung. Die Phalanx der Vernunft ist unverletzlich; sie bewegt sich vorwärts, ruhig, sichere Schritts, und nichts kann ihr widerstehen."

Thoreau verwirft eine Mehrheitsentscheidung aus Gründen der JUSTICE, weil die überstimmte Minderheit bei der Entscheidung keinerlei Einfluß mehr besitzt. JUSTICE ist der zentrale Begriff, auf dem Godwins Kritik an den politischen Zuständen ansetzt:

"Die Gerechtigkeit ist diejenige Basis unseres Verhaltens, welche dem Wohle der Gesamtheit in jeder Beziehung das Maximum beisteuert."

Die JUSTICE konstituiert sich wesentlich aus dem Willen zur Beziehung des ICHS zur GEMEINSCHAFT mit anderen. D.h. Godwin geht davon aus, daß das

Glück des Individuums darin wurzelt, für das Ganze der Gemeinschaft zu wirken, daß darin das Wohl der Gemeinschaft und die Selbstfindung des ICH begründet liegt. Je mehr nun das Individuum für sich und die Gemeinschaft handelt, desto näher rückt es seinem Glücksbedürfnis, desto vollkommener wird der Mensch. Die Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen ist ein notwendiger Bestandteil dieses Menschenbildes, denn dem IDEAL "der Mensch ist gut" steht zunächst die Realität "der Mensch ist z.B. eigennützig" entgegen. Godwin meint deshalb: "Der normale Mensch sucht das Licht gerade so, wie die Blumen es suchen. Ein Mann, den man nicht zu sehr stört, wird für sich selbst das beste Milieu schaffen und seine Kinder in die richtigen Verhältnisse bringen, weil der Instinkt für Friede und Freiheit in seiner Natur tief eingewurzelt ist. Kontrolle durch andere hat zur Empörung geführt, und die Empörung führte zur Unterdrückung, und die Unterdrückung verursacht Schmerz und Schwäche, denen Striemen und Verzerrungen folgen. Wenn wir die Menschen betrachten, sehen wir nicht den wahren und natürlichen Menschen, sondern ein entstelltes, bemitleidenswertes Produkt, zerstört durch die Laster derer, die es der Natur zuvortun wollten und ihr Leben dazu gestalteten, daß sie Eitelkeit und Üppigkeit einiger weniger zu Diensten sein sollen. Bei unseren Plänen sozialer Verbesserung wollen wir an den gesunden und ungefesselten Menschen denken, und nicht an den durch Einmischung und Zwang hervorgebrachten Krüppel..."



In seinem Essay "Life without Principle" (1863) kritisiert Thoreau ausführlich die auf Arbeitsethos und Gewinn abgestellten Werte der bürgerlichen Gesellschaft. Anhand seiner Negativbeispiele (u.a. Unternehmertum, Goldrausch, "Klatsch-Kommunikation", Handel etc.) versucht er deren Scheinwert, ihre Oberflächlichkeit und letztlich den Schaden, den sie den Menschen zufügen, aufzudecken. Sein Verlangen, sich trotz aller Hindernisse als Menschen zu verständigen, hat als Hintergrund eben die These von der VERVOLLKOMMNUNGSFÄHIGKEIT des Menschen.

Was er in "Walden" beschrieben hat, nämlich die Arbeit an sich selbst, die Suche nach der eigenen Identität,nach dem Kontakt und letztlich der Identifikation mit dem "Geistigen", ist als Gegenbild vorhanden, obwohl zunächst nur der erste Schritt verlangt wird: sich die Hohlheit der Wertvorstellungen einzugestehen, denen man bisher nachgeeifert hat. Hat der Mensch diesen Lernschritt geschafft, gibt es kein zurück.

Im Gegensatz zu Thoreaus Selbstreflexion (ein fernöstlich-indischer Einfluß auf seine Gedankenwelt) stellt Godwin die These auf, daß der Mensch ohne Ideen zur Welt kommt und unaufhörlich durch Anregungen und Erfahrungen lernt. Darin liegt nun Stärke und Schwäche des Menschen zugleich.

Schwäche, weil diese Grundtatsache es den Regierungen erleichtert über Erziehung, Propaganda, Geld und Macht etc. ihren Einfluß auf das Denken und Handeln der Menschen auszuüben.

Stärke, weil der Mensch lernen kann, daß zur friedlichen Gesellschaft, zur Gemeinschaft mit Mitmenschen kein Zwang nötig ist.

Im Unterschied zu Thoreau klammert Godwin auch die Sexualität nicht aus; da er Eigentum als Mittel zur Förderung und Ausnutzung der menschlichen Schwäche ablehnt (14), verwirft er auch die Familie und die aus ihr notwendig resultierenden Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnisse.

In den politischen Konsequenzen sind sich Thoreau und Godwin jedoch wieder einig. Das bisher Gesagte läßt die gemeinsame Basis für die Gesellschaftskritik der Transzendentalisten und Anarchisten erkennen und erklärt Thoreaus Bedeutung als 'Anarchist'. Die Trennungslinie zwischen Transzendentalismus und Anarchismus liegt vor allem in der Zielrichtung der eingebrachten Kritik:

Wenn es den Transzendentalisten wesentlich um eine Erneuerung des Menschen ging, die über eine Selbstbestimmung zu erreichen wäre, ging es den Anarchisten mehr um die radikale Beseitigung aller Hindernisse, die den Menschen an seiner natürlichen Entwicklung hinderten.

Wenn der Transzendentalist R.W.Emerson mehr auf Reformen der bestehenden Gesellschaft Wert legte, so war die Abschaffung des Staates (also der Regierung, der Bürokratie, der Gefängnisse, des Militärs etc.) feste Voraussetzung der Anarchisten für das Gelingen einer herrschaftsfreien Gesellschaft. H.D.Thoreau vollzieht diese Konsequenz in seinem eigenen Denken weitgehend nach und steht dadurch den Anarchisten von Seiten der Transzendentalisten bei weitem am nächsten.

NACHTRAG: <u>Thoreau's Standort in der anarchistischen Tradition</u>

In der bisherigen Darstellung deutet sich an, daß Thoreau durchaus als einer der Urheber von Anarchismus angesehen werden kann. Daß er, sieht man von Godwins Werk ab, keine explizit anarchistische Tradition (wohl aber das "Naturrecht" als gemeinsame Wurzel) und keine anarchistischen Gruppen kannte, auf die er hätte zurückgreifen können, läßt ihn zunächst ohne Beziehung zum Anarchismus erscheinen. Dem widerspricht die Tatsache, daß diese Bewegung zu seiner Zeit noch völlig in den Anfängen steckte und ihre ersten eindeutigen Ausformungen erst mit dem Werk Proudhons (1809-1865) und der Auseinandersetzung zwischen Marx-Bakunin auf der 1.Internationale 1864 bekam.

Von einer anarchistischen politischen Bewegung kann somit im eigentlichen Sinn erst nach 1864 gesprochen werden. Alles vorhergehende blieb auf der Stufe politischer Analyse oder alternativer Experimente von einzelnen Individuen. Daß das Gedankengut vorher wirksam war, und daß sich aus ihm in der Geschichte immer wieder Ansätze entwickelten, die konstruktiv den Staat kritisierten oder ihn völlig in Frage stellten, zeigt, daß es sich beim Anarchismus gerade nicht um eine bloße Ideologie handelt.

Obwohl der Begriff der Anarchie geläufig war, wird der Begriff "Anarchismus" für die politische Bewegung erst viel später akzeptiert. Unter der anarchistischen Bewegung darf man sich allerdings von Anfang an nichts einheitliches vorstellen - das hätte ihrem Wesen widersprochen -, so gab es sofort den Unterschied zwischen Proudhonisten, Bakunisten oder Individualanarchisten. D.h. der Anarchismus tritt in seiner Geschichte zu keinem Zeitpunkt einheitlich auf und kann deshalb auch nicht als eine "Lehre" begriffen werden - eher als EINE LEBENSEINSTELLUNG mit einigen - der Autorität zuwiderlaufenden - Grundprinzipien.

In diesem Sinn ist auch Thoreau ein "Anarchist" (15). Seine andauernde Rezeption belegt, daß seine Aussagen für die 'Eigenentwicklung' von Individuen von zentraler Bedeutung sind. Unter diesem Begriff ist nach allem bisher Gesagten zu verstehen, daß sich das Individuum frei von allen Zwängen macht, um zu seiner eigenen Identität zu gelangen. Aufgrund der Selbstfindung des Ichs ist dem Individuum dann ein Leben in sozialer Verantwortung möglich, - auch wenn dies lediglich bedeuten sollte, sich "zum Sand im Getriebe zu machen"; bzw. mit Thoreaus Worten: "Let your life be a counter friction to stop the machine."

****

ANMERKUNGEN:

(1) "...im Jahre 1846 wurde Thoreau.. ..verhaftet, weil er seit vier Jahren die Wahlsteuer nicht bezahlt hatte." aus: H.D.Thoreau: Über die Pflicht des Ungehorsams gegen den Staat (Hg. W.E.Richartz, Zürich 1973

(2) Im Amerikanisch-Mexikanischen Krieg (1846-1848) gelang den USA aufgrund der militärischen Schwäche Mexikos, die Staaten Neu-Mexiko, Arizona Californien, Utah und Nevada durch gewaltsame Annexion und Kauf von Mexiko abzutrennen. siehe unter Historischer Hintergrund.

(3) z.B.: Gandhi, Camus/Sartre, Civil Rights-Bewegung; oder auch: Paul

Goodman: Notizen eines Steinzeitkonservativen (Ausführungen zur Steuerverweigerung sowie Thoreaus Rezeption in der Yippie-Bewegung; in:Staatlichkeitswahn, Münster 1980)
(4) Dazu ist anzumerken, daß T.'s Erstfassung den der deutschen Übersetzung eher entsprechenden Titel "The Resistance to Civil Government" trug.
(5) Der Individualanarchist B.R.Tucker (1854-1939) nennt die Anarchisten seiner Richtung auch "simply unterrified Jeffersonian Democrats". Tucker wiederholte im übrigen T.'s Weigerung Steuern zu zahlen; am 9.8.1875 kündigte er öffentlich an, die Kopfsteuer der Stadt Princeton,Mass. nicht mehr zu bezahlen - auch er landete im Gefängnis und wurde wie T. von Freunden gegen Kaution freigekauft.
(6) Abolitionisten-Bewegung: im 18.Jh. von den Quäkern eingeleitete Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei. Organisiert in W.L.Garrisons "anti-slavery-society".
(7) U.Sautter: Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 1976
(8) Einwanderer während der 40er Jahre: 1,7 Millionen;während des Jahrzehnts vor dem Bürgerkrieg: 2,6 Mil. - davon die meisten aus Deutschland und Irland.
(9) vgl.: Philadelphia, 1820: 137 000 Einwohner, New York: 130 000;
1840: Philadelphia: 260 000, New York 350 000, Baltimore: 102 000, Boston: 93 000;
1860: Phil.: 590 000; N.Y.: 1 000 000; Balt.: 212 000; Boston: 178 000.
(10) Beginn der Spezialisierung
(11) z.B.Bau der Nationalstraße, Erie-Kanal etc.; Benutzung der Dampfkraft und damit zentrale Funktion der Eisenbahn: 1830 wurde die erste Strecke eröffnet; 1836 lagen bereits 2000 km Strecke in 11 Staaten.
(12) U.a.Morsetelegraph, Rotationspresse, mechanische Baumwollspinnerei...
(13) Gründung der Mormonenkirche 1830 und Zulauf bei Baptisten, Methodisten
* 1825 Albert Brisbane, der die Ideen des Franzosen Fourier zu verwirklichen versuchte und ca. 40 Farmen gründete-darunter "Brook Farm" an der sich auch Transzendentalisten (Hawthorne, Ripley) beteiligten.
* Beispiele für Reformbewegungen richteten sich für Frauenemanzipation, Wahlrecht für Schwarze, gegen das Gefängniswesen, gegen Alkoholismus
(14) Vertreter etwa: Josiah Warren (1798-1874), Stephan Pearl Andrews (1812-1886), William B. Greene (1819-1878), Lysander Spooner (1808-1887) oder Benjamin R. Tucker.
(15) Thoreau stellt sich zur Eigentumsfrage eher pragmatisch: weil Eigentum die Menschen über Steuern etc. erpreßbar macht, plädiert er - im heutigen Staat - für Eigentumslosigkeit, als individuelle Selbstschutzmaßnahme.
(16) Thoreau als Anarchist zu interpretieren sollte allerdings dann hinterfragt werden, sobald der Verdacht besteht, daß aufgrund einzelner Zitate vorschnell für eine bestimmte festumrissene Richtung vereinnahmt werden soll. Mir war es nicht möglich die zu diesem Thema existierenden Veröffentlichungen zu überprüfen; wen's interessiert:
Joseph L.Blau: H.D.Thoreau: Anarchist in:Men and Movements in American Philosophy, New York 1953
George Catlin: Individualists and Anarchists; in: Story of Political Philosophers, New York 1960
Richard Drinnon: The Politics of the Upright Man; in: Thoreau in Our Time Amherst 1966
Staughton Lynd: H. Thoreau: The Admirable Radical; in: Liberation 7/1967
John Morris: Th. America's Gentle Anarchist; in: Religious Humanism 3/1967

****

FOTO: W.Knapp, Karlsruhe





FOTO: Nando, Köln

Begründung und Entwicklung libertärer Pädagogik

von Uli Klemm

Freiheitliche Gedankengänge in der Pädagogik werden derzeit in der Regel nur mit einer "Anti-Pädagogik" oder einer antiautoritären Erziehungslehre liberaler und sozialistischer Prägung in Zusammenhang gebracht. Daß wir Quellen einer "freien Erziehung" – wie sie heute im Zusammenhang mit der Suche nach alternativen pädagogischen Begegnungsformen und Alternativen zur traditionellen Schule diskutiert werden – jedoch wo ganz anders suchen müssen, wird weithin übersehen.

Fragen wir nach den Quellen freiheitlicher Pädagogik, so müssen wir zunächst nach den Ursprüngen freiheitlicher Gedanken schlechthin fragen.

In diesem Zusammenhang stoßen wir dann zwangsläufig auf die anarchistischen oder libertären Denker des 18. und 19. Jahrhunderts.

Mit Namen wie William Godwin (1756-1836), Robert Owen (1771-1858), Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865), Max Stirner (1806-1856), Alexander Herzen (1812-1870) oder schließlich Michail A. Bakunin (1814-1876) verbindet sich erstmals in der Geschichte der Gedanke an eine radikale Freiheit des Individuums durch die Aufhebung jeglicher Herrschaft über den Menschen sowie durch die Beseitigung staatlicher Autorität. Zweifellos gab es bereits vor diesen Denkern libertäre Gesellschaftskritiker – denken wir nur an den Franzosen Etienne de la Boetie aus dem 16. Jahrhundert – jedoch entwickelte sich erst im 19.Jahrhundert, nicht zuletzt wegen der Proletarisierung und Radikalisierung der Massen, eine ernstzunehmende anarchistische Bewegung, die mit ihrer "Propaganda der Tat" zu einer treibenden revolutionären Kraft im letzten Jahrhundert und noch zu Beginn dieses Jahrhunderts (Rußland, Spanien) wurde.

Eine radikale Pädagogi, d.h. eine Pädagogik, die jeglichen Zwang in der Erziehung und Bildung ablehnt, muß letzten Endes seinen Ursprung in einer radikal-freiheitlichen Antropologie haben. Jedoch weder J.J.Rousseau noch A.S.Neill oder sonstige bürgerliche Reformpädagogen zu Beginn des 20.Jahrhunderts, durchbrachen das Ideal einer bürgerlichen Freiheit, die letzten Endes in eine Freiheit des Stärkeren mündet und wo Gleichheit lediglich zu einer Gleichheit innerhalb einer bestehenden Klasse verkümmert.

Die Voraussetzung einer freiheitlichen Pädagogik ist ein freiheitliches Verständnis vom Menschen und die Forderung nach einer herrschaftsfreien und diskursfähigen Gesellschaftsform.

In diesem Sinne müssen wir die Ursprünge einer freiheitlichen oder anarchistischen Erziehung und Bildung in den libertären Gedankengängen vergangener Jahrhunderte suchen.

Obwohl es im Laufe der letzten zweihundert Jahre zu einer ganzen Reihe von libertären Schul- und Bildungsexperimenten kam – denken wir an R.Owens Musterkolonien "New Lanark" (1812-1824) und "New Harmony" (1825-1829), an L.N.Tolstois Bauernschule "Jasnaja Poljana" (1859-1862), an F.Ferrers "Escuela Moderna" (1901-1906) oder auch an B.Russels Gegenstück zu A.S-

.Neills "Summerhill" – "Beacon Hill" (1927-1943), wurden sie in der etablierten Pädagogik nur sporadisch diskutiert und als utopisch verworfen.

Besonders in Deutschland können wir eine starke Zurückhaltung bei der Rezeption einer anarchistischen Pädagogik beobachten. Lediglich in der Weimarer Zeit erwachte für wenige Jahre eine ausgeprägte anarchistisch-proletarische Erziehungsbewegung [1], die untrennbar mit Otto und Alice Rühle, Siegfried Bernfeld, Ernst Friedrich, Willy Steiger oder Walter Borgius verbunden ist.

In den romanischen Ländern Italien, Spanien und Frankreich entwickelte sich bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts eine weit verbreitete – und anerkannte – anarchistische Erziehungsbewegung im Anschluß an Francisco Ferrer und seiner "Rationalistischen Erziehung"[2].

Auch in Rußland finden wir im Zusammenhang mit der libertären Reformpädagogik Leo N. Tolstois [3] und seinen Schülern I.I. Gorbunov-Posadov, K.N. Ventcel und S.T. Sackij eine freiheitliche Erziehungsbewegung, die nach 1917 in einer frühsowjetischen Revolutionspädagogik von N.K. Krupskaja und P.P. Blonskij weiterlebte.

Zu erwähnen bleibt noch die nordamerikanische "Free-School-Bewegung" seit Ende der sechziger Jahre, in welcher wesentliche Elemente einer libertären Pädagogik mit eingeflossen sind. Die auch bei uns inzwischen bekannten Vertreter dieser Alternativpädagogik, Paul Goodman, George Dennison, John Holt, Johnatan Kozol [4] verstehen sich in der.Tradition von L.N. Tolstoi, F.Ferrer und M.Stirner. Vor allem G.Dennison bezieht sich in seinem – schon zum Klassiker gewordenen Bericht über die "First Street School"[5] explizit und ausführlich auf L.N. Tolstois Reformpädagogik.

Prinzipien libertärer Pädagogik

Worin unterscheidet sich nun eine freiheitliche Erziehungslehre von anderen?
Joel Spring schreibt in seinem Buch "Erziehung als Befreiung": *Die Verbindung von revolutionären Gedanken mit einer radikalen Pädagogik hat ihrem Ursprung in einem starken Pessimismus, einem Gefühl, daß revolutionäre, soziale und ökonomische Veränderungen im 20.Jahrhundert in einem totalitären Staat geendet haben, zum Beispiel der Sowjetunion, in der auf die revolutionären Impulse eine Periode konservativer Diktatur folgte. (1982, S.118)*

J.Spring deutet hier die zentrale Kritik an einer orthodox-sozialistischen Erziehungslehre an, die einmal Erziehung erst im Zuge veränderter ökonomischer Verhältnisse verwirklichen kann. Zum Zweiten impliziert dies, daß eine so verstandene Pädagogik politischen Zielen untergeordnet wird, daß also nicht primär das zu bildende Individuum im Mittelpunkt der Pädagogik steht, sondern politische Ziele Entwicklungs- und Erziehungsziele übergestülpt werden.

Besonders deutlich wurde dieses Verständnis von Pädagogik während den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts, als sozialistische Erzieher in Deutschland (E.Hörnle, O.F.Kanitz) und in der Sowjetunion (W.I.-.Lenin) Pädagogik in den Dienst des Klassenkampfes stellten, wo bereits Kinder zu kleinen "Klassenkämpfern" und Revolutionären erzogen wurden, ohne ihrer Individualität und Entwicklung einen Freiraum zu lassen.

Von einer solchen Richtung in der Pädagogik unterscheidet sich eine libertäre Erziehungslehre ebenso, wie von einer Pädagogik liberal-antiautoritärer Prägung. Für A.S-.Neill, dem wichtigsten Vertreter dieser Richtung, wurde ein individuelles, hedonistisches Glück des Zöglings zum letzten Erziehungsziel. Der zu Erziehende befindet sich hier, ähnlich J.J.Rousseaus Emile, auf einer "pädagogischen Insel", isoliert von jeglichen Umwelteinflüssen und damit abgeschnitten von der realen Lebenswelt.

Auch von diesem anderen Extrem einer scheinbar freiheitlichen Erziehung müssen wir eine anarchistische Pädagogik unterscheiden.

J. Spring drückt die Intention jener freiheitlicher Erziehungslehren folgendermaßen aus: *"In der Zukunft muß ein Erziehungssystem ge-*



sucht werden, daß das individuelle Bewußtsein auf eine Ebene führt, auf der die sozialen und historischen Kräfte erkannt werden, die unsere heutige Gesellschaft bestimmt haben. Dies muß durch eine Kombination von Theorie und Praxis geschehen, die sich wechselseitig ergänzt, wenn alle Menschen für eine befreite Gesellschaft arbeiten. Es sollte keinen Plan für eine zukünftige Veränderung geben, sondern eher einen konstanten Dialog über Mittel und Ziele. Erziehung sollte das Herzstück eines solchen revolutionären Bestrebens sein"(1982, S.131). Mit solchen Forderungen an eine zukünftige, freie, bzw. befreite Pädagogik, rückt J.Spring in die Nähe einer "kritischen Erziehungstheorie", wie sie von den Vertretern der Frankfurter Schule (Th.W. Adorno, M.Horkheimer) seit den dreißiger Jahren propagiert wurde.

Es ist schwierig, eine libertäre Erziehungstheorie auf einen Nenner zu bringen. *Die* libertäre Erziehungsvorstellung gibt es schlechthin nicht. Die wenigsten anarchistischen Pädagogen haben ihre Ansichten in einem geschlossenen pädagogischen System vorgelegt. Sie waren vielmehr alle "Männer der Praxis" und entwickelten *aus* der Praxis *für* die Praxis, verbunden mit ideologiekritischen Reflexionen, ihre Programme. O. Rühle sprach 1919 in seinem pädagogischen "Manifest" von vier Fundamenten einer Erziehung zum freiheitlichen Sozialismus: "*Erziehen wir sie im Geiste des Sozialismus frei, selbständig, wahr und solidarisch als Menschen und Kämpfer, denkend, wollend, handelnd.*" (Erziehung zum Sozialismus. Ein Manifest. Berlin 1919, S.22) Ähnlich drückt dies L.N. Tolstoi 1861 aus, als er schrieb: "*Wir wissen, daß unsere Grundüberzeugung darin besteht, daß die einzige Grundlage der Erziehung die ERFAHRUNG und ihr einziges Kriterium die FREIHEIT ist*" (Gedanken über Volksbildung. In: Th. Rutt (Hg.) Paderborn 1960, S.27).

Diese beiden Prinzipien: Freiheit des Individuums in einer freien, lebensoffenen Gemeinschaft und Erfahrung als Grundlage einer freien Bildung und Erziehung, scheinen mir die zentralen Momente einer libertären Pädagogik zu sein.

Wie schon angedeutet, war und ist libertäre Pädagogik in erster Linie eine radikale Schulkritik, der es um eine Veränderung bestehender autoritärer Zwangsschulsysteme geht. Mit aller Deutlichkeit drückt dies F. Ferrer aus: "*Zwei Wege stehen jenen offen, die es unternehmen wollen, die Erziehung der Kinder zu erneuern: Sie können versuchen, die Schule dadurch zu verändern, daß sie die Anlagen des Kindes studieren und wissenschaftlich nachweisen, daß das bestehende Unterrichtsschema mangelhaft ist und verändert werden muß, oder sie können neue Schulen gründen nach den Grundsätzen und im Dienst jenes Ideals, das aufgestellt worden ist von all jenen, die die Bestimmung, die Grausamkeit, den Betrug und die Unwahrheit, die die Basis der modernen Gesellschaft geworden ist, ablehnen.*" (Die Moderne Schule. Berlin 1923).

Für Ferrer kam nur der zweite Weg in Frage. In diese alte Tradition libertärer Schulkritik (sie beginnt mit R. Owens kommunistischen Mustersiedlungen) müssen wir auch die US-Amerikaner P. Goodman, J. Holt, J. Kozol und G. Dennison einordnen, die – wie schon gesagt – seit Ende der sechziger Jahre für eine "Free-School-Bewegung" eintraten und zu Mentoren einer Renaissance libertärer Schulkritik in den USA und schließlich auch in der Bundesrepublik geworden sind.

Entwicklungsgeschichte der libertären Pädagogik

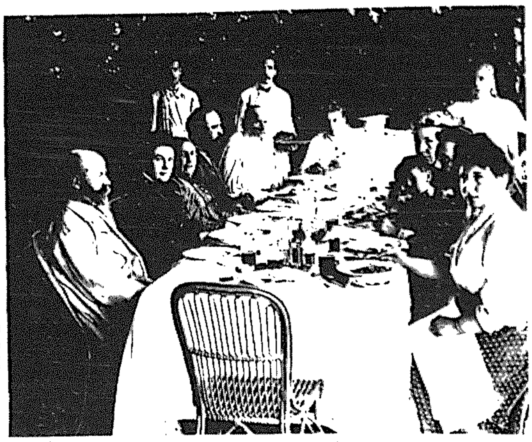
Zu den ersten Klassikern einer libertären Erziehungslehre zählen zweifellos W. Godwin, R. Owen, Ch. Fourier und M. Stirner, die sich alle mit Fragen der Pädagogik auseinandersetzten. Hervorzuheben sind hier die praktischen Experimente von R. Owen und Ch. Fourier in ihren kommunistischen Gemeinschaften zu Beginn des 19.Jahrhunderts. R. Owen wurde mit seinem Erziehungssystem in einer Kolonie "New Lanark" wegweisend für die Reform des englischen Elementarschulwesens im 19.Jahrhundert. Owen und Fourier versuchten ihre freiheitliche Utopie nicht durch radikal-revolutionäre Veränderungen der Verhältnisse zu verwirklichen, sondern über den Weg einer zwangslosen und "harmonischen" (Ch.Fourier) "Charakterbildung" (R.Owen).

Dieser "Vorfrühling" einer libertären Erziehungsbewegung wird ab Mitte des 19.Jahrhunderts durch eine "Blütezeit" freiheitlicher Erziehungslehren fortgesetzt, die erst Mitte

Leo Tolstoi mit seinen Enkelkindern Sonja und Ilja in Jasnaja Poljana



Tolstoi im Kreise von Verwandten und Gästen im Park von Jasnaja Poljana



Leo Tolstoi zu Pferde in der Umgebung von Jasnaja Poljana im Jahre 1908







Leo Tolstoi mit Bauern und deren Kindern in Jasnaja Poljana im Jahre 1909

Der Dichter mit seinem Sekretär Nikolai Gussew, 1909, in Jasnaja Poljana

Der 81jährige Tolstoi im Arbeitszimmer seines Hauses in Jasnaja Poljana

Leo Tolstoi mit seinem Sekretär Valentin Bulgakow im Park von Jasnaja Poljana, 1910

der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts langsam verdrängt wurde. In diesen Zeitraum fallen die großartigen Schulprojekte von L.N.Tolstoi (1859-1862), F.Ferrer (1901-1906) oder B.Russel (1927-1943(, die zum Beispiel für freiheitliche Schulen wurden und bis heute exemplarisch als Beweis der Richtigkeit libertärer Erziehungsvorstellungen stehen.

In der gleichen Zeit treten eine ganze Reihe von Praktikern hervor, die sich in Wort und Tat für eine radikal-demokratische und humanistische Erziehung einsetzten. Der bekannteste unter ihnen ist Mahatma Gandhi, der mit seinem Prinzip des gewaltlosen Widerstandes, das er von L.N.Tolstoi und Henry David Thoreau übernommen hat, ein Fanal für eine herrschaftsfreie und gewaltlose Zukunft setzte. Obwohl M.Gandhi nie eine größere und systematische Arbeit über Erziehung schrieb, setzte er sich intensiv – praktisch wie theoretisch mit den Fragen der Bildung und Erziehung auseinander (vgl. W.Molt, 1970).

O.Rühle, E.Friedrich, W.Borgius und S.Bernfeld sind weitere Personen, mit denen wir zu jener Zeit eine freiheitliche Erziehungslehre verbinden müssen. O.Rühle beispielsweise, der zunächst der KPD angehörte, aus ihr jedoch wegen "Untreue" ausgestoßen wurde, wurde zusammen mit seiner Frau Alice zu einem der wichtigsten Pädagogen eines "freien Sozialismus". In seinem schon zitierten Manifest zur Erziehung von 1919 und seiner, zusammen mit seiner Frau Alice herausgegebenen Zeitschrift "AM ANDEREN UFER-Blätter für eine sozialistische Erziehung" (1924/25), trat er für die Prinzipien FREIHEIT, SELBSTÄNDIGKEIT, WAHRHEIT und SOLIDARITÄT als Pfeiler einer freien Erziehung ein.

Leo Tolstoi und Maxim Gorki in Jasnaja Poljana im Jahre 1900



Nach dem erzwungenen "Dornröschenschlaf" in den dreißiger und vierziger Jahren erwachte erst zu Beginn der sechziger Jahre erneut radikal-freiheitliches Gedankengut in der Pädagogik. Es waren hier in erster Linie die schon genannten nordamerikanische Pädagogen, die sich um eine Renaissance bemühten. Diese Gegenschulbewegung erreichte Anfang der siebziger Jahre schließlich auch Deutschland, wo jene radikale Schulkritik – begründet durch eine radikale pädagogische Anthropologie – aufgenommen wurde und seitdem antiautoritäre Projekte sozialistischer Prägung abgelöst hat. In dieser derzeitigen deutschen Alternativschulbewegung erinnert man sich jedoch nur selten an die eigentlichen "geistigen Väter" jener radikalen Anthropologie aus dem 19.Jahrhundert, die diese Freiheitspädagogik ermöglichte und hervorbrachte.

ANMERKUNGEN:

1 vgl. hierzu die Arbeit von Ulrich Linse: Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1918-1933, Frankfurt 1976

2 F.Ferrer: Die Moderne Schule. Nachgelassene Erklärungen und Betrachtungen über die rationalistische Lehrmethode. Berlin 1923 (Reprint: 1970, 1975).
P. Ramus: Francisco Ferrer. Sein Leben und Werk. Wien 1910.
P.Ramus/W.Archer/D.Poole: Francisco Ferrer. Über den Begründer der anarchistischen modernen Schule. Anzhausen 1982.

3 Leo N.Tolstoi: Pädagogische Schriften. 2 Bände. Hg. v. R.Löwenfeld. Leipzig 1907, 1911).
L.N.Tolstoi: Ausgewählte pädagogische Schriften. Hg. v. Th.Rutt. Paderborn 1960.
L.N.Tolstoi: Die Schule von Jasnaja Poljana. Mit einer Einleitung über den Beitrag Tolstois zur Theorie und Praxis anarchistischer Pädagogik. Telgte-Westbevern 1976, 1980.
Uli Klemm: Leo Tolstoi – ein vergessener Pädagoge. in: Paderborner Studien, Jg. 1983, Heft 1/2, S.59-64

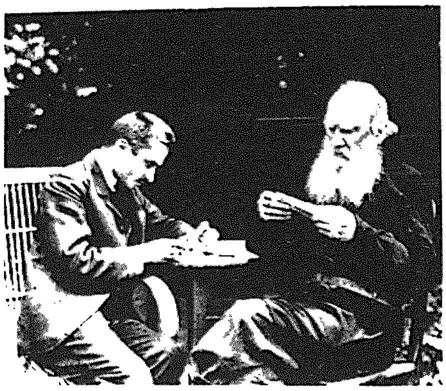
Wer bis hierher gelesen hat, wird gemerkt haben, daß wir mit dieser Nummer langsam auf Photosatz umsteigen, daß dies nicht ohne Pannen geht, merkt ihr hier. Daß es für die Lesbarkeit unserer Zeitschrift und für eure Augen von Vorteil ist, hoffen wir; daß es den SF weiter verbreiten hilft natürlich auch.

(4)Einen Überblick über die Alternativschulbewegung mit ausführlichen Literaturangaben vermittelt der Band von R. Knauer/E.Krohn/P.Höner: Lernen geht auch anders. Reader zu Alternativschulen und Alternativ-Pädagogik. München 1978, 1982.

(5)George Dennison: Lernen und Freiheit. Aus der Praxis der First Street School. Frankfurt 1971 (engl.1969).

Weitere Literatur kann gegen Rückporto beim SF angefordert werden.

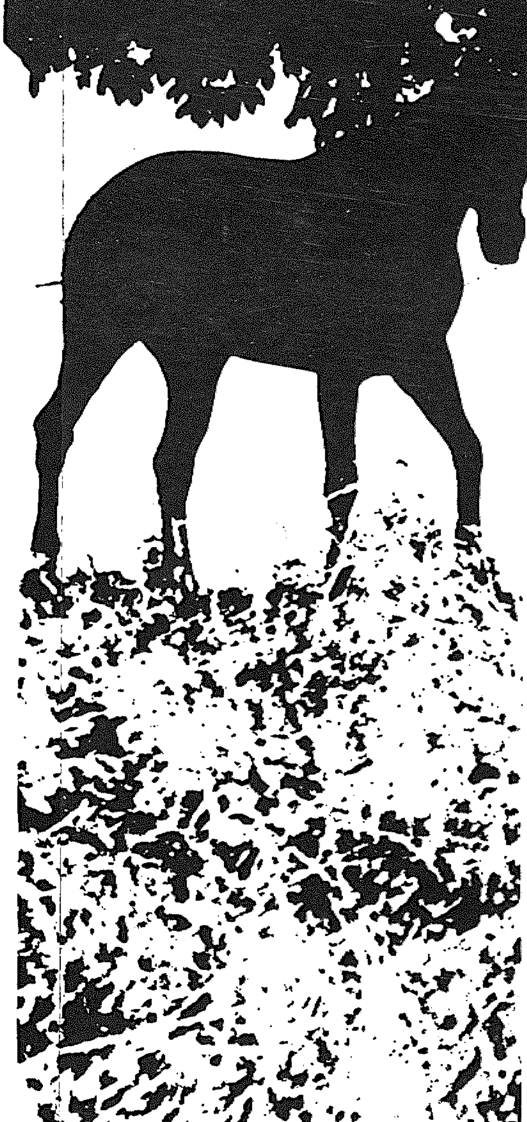




Johannes Agnoli, Professor am Fachbereich Politologie der Freien Universität Berlin, versteht sich im Sinne eines undogmatischen Marxismus. Er wurde sowohl durch sein Engagement innerhalb der 68' Studentenbewegung ("Transformation der Demokratie"), als auch durch Veröffentlichungen, die sich mit der praktischen Neubestimmung des Marxismus, sowie seiner Authentizität beschäftigen, bekannt.

Das Interview führte Wolfram Beyer vom LIBERTÄREN FORUM BERLIN. Das Libertäre Forum wird von der Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK Berlin) und der Freien Arbeiter Union (FAU Berlin, Anarcho-Syndikalisten) getragen.

Das Interview mit JOHANNES AGNOLI

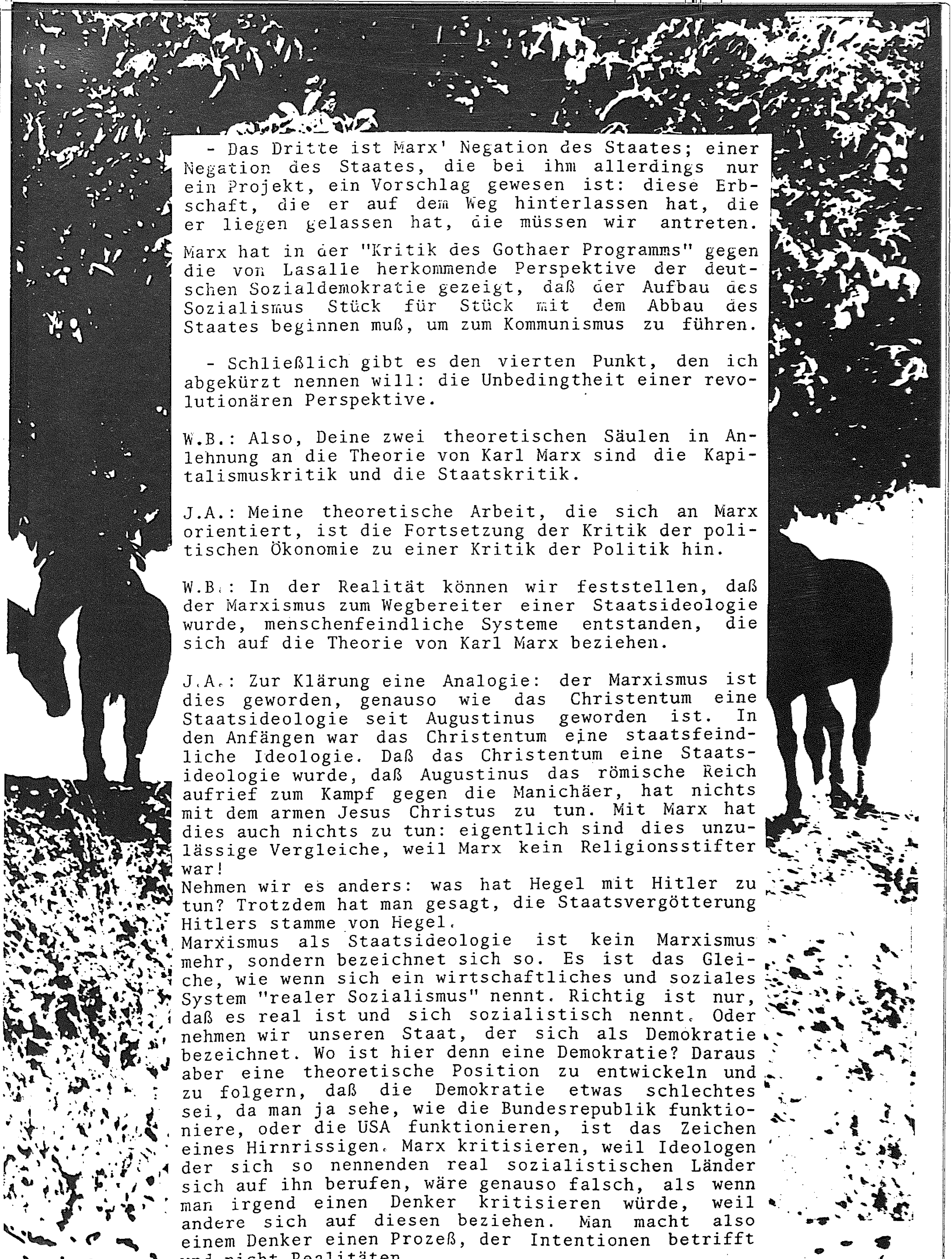


W.B.: Johannes, Du verstehst Dich als ein Marxist, aber es gibt ja den Marxismus nicht, sondern verschiedene Ausprägungen. Wie würdest Du Deine Position in diesem Zusammenhang sehen?

J.A.: Da gibt es eine ganz einfache Antwort: da es den Marxismus nicht gibt, bin ich auch kein - Marxist. Marxismus ist für mich ein Kampfbegriff: ich bin ein Marxist, wenn ich auf Gegner kommunistischer revolutionärer Positionen treffe. Aber sonst bin ich einer, der, wie Kant sagte, sich seines Verstandes bedient.
Etwas anderes ist es mit der Frage, wie es mit den Theorien von Marx bestimmt sei. Marx ist für mich ein ganz normaler Mensch, "Sohn einer Mutter", wie man auf italienisch sagt. Also muß er auch Fehler gemacht haben. Ich lese Marx nicht in er Annahme, alles würde stimmen, sondern irgendwo müssen auch Fehler sein, man muß ihn also kritisch lesen. Ich halte jedoch vier Positionen in seiner Theorie für unverzichtbar:

- Erstens seine Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. Er hat den Kern der Sache begriffen und richtig analysiert. Da brauchen wir nur Ergänzungsarbeit zu leisten.

- Zweitens die Schlußfolgerung aus seiner Analyse. Es ist nicht die geschichtsphilosophische Schlußfolgerung, es müsse zum Kommunismus kommen, sondern die Schlußfolgerung: die Produktionsweise ist zerstörerisch, ist menschenfeindlich, also muß sie abgeschafft werden. Sie ist nicht nur menschenfeindlich, sondern auch naturfeindlich. Kritik am Fortschritt und an der Akkumulation orientierten Technik ist auch bei Marx zu finden. Ich habe mich gefragt, warum wir das nicht früher gemerkt haben. Sehr einfach, ich habe das "Kapital" vor 20 Jahren gelesen. Damals war die Ökologie kein Problem und wir haben diese Seite der Analyse überlesen. Marx hat aber schon festgestellt: daß die Kapitalverwertung die Menschen ausbeutet und die Natur zerstört.



- Das Dritte ist Marx' Negation des Staates; einer Negation des Staates, die bei ihm allerdings nur ein Projekt, ein Vorschlag gewesen ist: diese Erbschaft, die er auf dem Weg hinterlassen hat, die er liegen gelassen hat, die müssen wir antreten.

Marx hat in der "Kritik des Gothaer Programms" gegen die von Lasalle herkommende Perspektive der deutschen Sozialdemokratie gezeigt, daß der Aufbau des Sozialismus Stück für Stück mit dem Abbau des Staates beginnen muß, um zum Kommunismus zu führen.

- Schließlich gibt es den vierten Punkt, den ich abgekürzt nennen will: die Unbedingtheit einer revolutionären Perspektive.

W.B.: Also, Deine zwei theoretischen Säulen in Anlehnung an die Theorie von Karl Marx sind die Kapitalismuskritik und die Staatskritik.

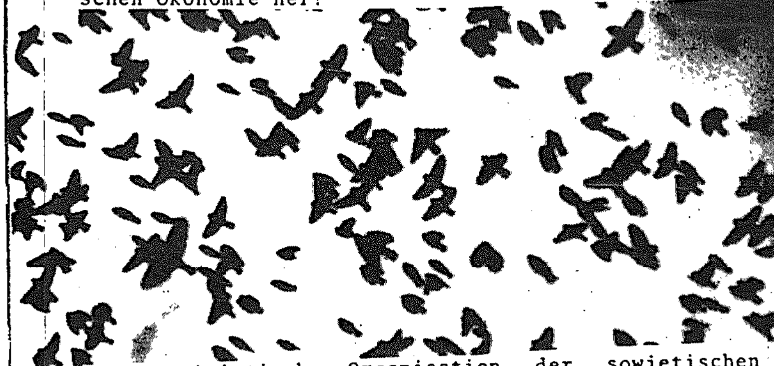
J.A.: Meine theoretische Arbeit, die sich an Marx orientiert, ist die Fortsetzung der Kritik der politischen Ökonomie zu einer Kritik der Politik hin.

W.B.: In der Realität können wir feststellen, daß der Marxismus zum Wegbereiter einer Staatsideologie wurde, menschenfeindliche Systeme entstanden, die sich auf die Theorie von Karl Marx beziehen.

J.A.: Zur Klärung eine Analogie: der Marxismus ist dies geworden, genauso wie das Christentum eine Staatsideologie seit Augustinus geworden ist. In den Anfängen war das Christentum eine staatsfeindliche Ideologie. Daß das Christentum eine Staatsideologie wurde, daß Augustinus das römische Reich aufrief zum Kampf gegen die Manichäer, hat nichts mit dem armen Jesus Christus zu tun. Mit Marx hat dies auch nichts zu tun: eigentlich sind dies unzulässige Vergleiche, weil Marx kein Religionsstifter war!
Nehmen wir es anders: was hat Hegel mit Hitler zu tun? Trotzdem hat man gesagt, die Staatsvergötterung Hitlers stamme von Hegel.
Marxismus als Staatsideologie ist kein Marxismus mehr, sondern bezeichnet sich so. Es ist das Gleiche, wie wenn sich ein wirtschaftliches und soziales System "realer Sozialismus" nennt. Richtig ist nur, daß es real ist und sich sozialistisch nennt. Oder nehmen wir unseren Staat, der sich als Demokratie bezeichnet. Wo ist hier denn eine Demokratie? Daraus aber eine theoretische Position zu entwickeln und zu folgern, daß die Demokratie etwas schlechtes sei, da man ja sehe, wie die Bundesrepublik funktioniere, oder die USA funktionieren, ist das Zeichen eines Hirnrissigen. Marx kritisieren, weil Ideologen der sich so nennenden real sozialistischen Länder sich auf ihn berufen, wäre genauso falsch, als wenn man irgend einen Denker kritisieren würde, weil andere sich auf diesen beziehen. Man macht also einem Denker einen Prozeß, der Intentionen betrifft und nicht Realitäten.

W.B.: Aber bei Marx gibt es sehr konkrete Hinweise und Bezugspunkte für die marxistischen Ideologen, die damit ihre Ausprägung von Marxismus begründen.

J.A.: ...konkrete Hinweise? Man hat aus einigen Bemerkungen einen theoretischen Berg gemacht. Bei Marx gibt es eine Stelle, die das Ende des Kapitalismus mit dem berühmten Wort beschreibt: der Expropriation der Expropriateure. Stell Dir mal vor, diese Stelle ist etwa ein dutzend Zeilen lang, steht völlig verloren im "Kapital". Ein paar Zeilen in einem Werk mit ein paar tausend Seiten, und daraus hat man ein ganzes System gemacht.
Es ist genauso wie mit dem Begriff "Diktatur des Proletariats". Der Begriff taucht bei Marx vielleicht drei oder viermal auf; jeweils eine Zeile, und daraus hat man ein politisches System konstruieren legitimieren wollen. Die Inhalte dieses Systems kommen nicht von Marxens kritik der politischen Ökonomie her!



Die leninistische Organisation der sowjetischen Gesellschaft übernimmt vielmehr das Organisationsmodell der kapitalistischen Produktion. Lenin war begeistert von der Organisation der Trusts und der Deutschen Reichspost. Stalin hat die klassische Formulierung geprägt: Die Sowjetunion sei revolutionärer russischer Impuls plus amerikanische Sachlichkeit. Hier gibt es einen weiteren Grund, weshalb die Oktoberrevolution am Ende gescheitert ist.

W.B.: Für Marxisten ist die Frage des revolutionären Subjekts eindeutig bestimmt mit der Arbeiterklasse und wird als wichtiger Bestandteil der Theorie von Marx angesehen.

J.A.: Die Frage des revolutionären Subjekts ist für mich eine rein akademische Frage. Revolutionäres Subjekt ist das Subjekt, das die Revolution vor hat.
Das revolutionäre Subjekt kann nicht abgeleitet werden von einem abstrakt analysierten Produktions- und Reproduktionsprozeß. Auf einer Konferenz in Agape, nördlich von Turin, mit den damals noch existierenden Basiskomitees der norditalienischen Fabriken, wurde die Frage nach dem revolutionären Subjekt gestellt. Das Mitglied einer Basisgruppe von Alfa Romeo antwortete darauf, daß sich die Antwort am Tage X herausstellen würde, nämlich, wer dann auf der Seite der "revolutionären Barrikade" stehen würde, auch wenn jemand im Beruf ein Pfaffe sei.
Wenn jemand einwenden würde, dies sei nicht mehr marxistisch, dann würde ich antworten: das ist mir doch egal.
Was ich bei meinen hochverehrten orthodoxen Genossen als komisch empfinde, ist der Legitimationsdruck, unter den sie sich freiwillig und ohne Grund stellen. Ganz gleich, was sie sagen: alles muß mit Marx übereinstimmen.

Leo Kofler zum Beispiel, ein Mensch, den ich sehr schätze; ebenso wie seine interessante Analyse, eine Kombination von Soziologie, Kritik der politischen Ökonomie und Psychoanalyse. Er könnte doch einfach seine Thesen darstellen, sagen, daß nach seiner Auffassung die Sache so und so ist. Aber er steht unter dem Legitimationsdruck und muß daher beteuern: seine Aussage stünde in völliger Übereinstimmung mit Marx. Als ob das der Nachweis der Wahrheit wäre.
Da denke ich anders. Wenn in meinen Seminaren die Marxistische Gruppe auftaucht und sagt:"Johannes, was Du sagst stimmt nicht mit Marx überein", dann antworte ich: umsoschlimmer für Marx!

W.B.: Was hälst Du von der anarchistischen Praxis, sich aus diesem Gesellschaftssystem auszukoppeln und "Inseln der Freiheit" zu gründen?

J.A.: Dagegen ist nichts einzuwenden. Nicht etwa deshalb, weil es "im Prinzip" systematisch richtig sei, sondern weil die Zeit wirklich so weit ist. Die Zeit ist wirklich so weit, daß ein Aussteigen sozusagen ein konkreter Schritt sein könnte, wenn dies Massencharakter annimmt. Nur wird auch daraus ein Dogma gemacht.
Viele Anarchisten konstruieren aus einem unsystematischen Konglomerat von Impulsen, Ideen, Vorstellungen, Perspektiven und Projekten ein Denksystem.
Ich bin der Ansicht, daß die romanischen Länder gut beraten sind, wenn sie Anarchie sagen und nicht Anarchismus. Ich glaube, daß es auch das Gute an Marx gewesen ist, wie auch an der Anarchie, nur Entwürfe, Vorschläge zu machen. Marx selbst bezeichnet sein Werk "Das Kapital" als Entwurf: er war damit überhaupt nicht zufrieden - das sehr zurecht!

W.B.: Woher nimmst Du die Gewißheit, daß die Zeit wirklich so weit ist, um Perspektiven einer anderen Gesellschaft heute schon zu leben? Vor ca. 50 Jahren haben auch schon Marxisten behauptet, daß der Kapitalismus am Ende sei...

J.A.:...nun, die Gewißheit, sie kommt in der Tat aus Marxens Analyse.
Ich sehe z.B. die Entwicklung des technischen Fortschritts. Sie hat eine Höhe erreicht, bei der sich das Kapital selber frißt. Marx meinte einmal, wenn es vollautomatische Fabriken gibt, dann können diese Fabriken tatsächlich nur Gebrauchswerte herstellen, und keine Tauschwerte. Wenn kein Mensch mehr arbeitet, dann bekommt niemand mehr Lohn, und dann gibt es Keinen Markt mehr.
Wir befinden uns allerdings in einer endemischen Krise, die Marx noch unbekannt war - bekannt höchstens in der verkürzten Form des Dilemas: entweder Revolution oder Untergang aller Klassen.

Nun zur Krise: In diesem Jahr soll es z.B. mit der Wirtschaft wieder aufwärts gehen. Dies bedeutet aber nicht den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Es geht aufwärts mit der Rationalisierung und der tech-



nischen Innovation, d.h., es wird nächstes Jahr mehr produziert und es wird mehr Arbeitslose geben. Der Wirtschaftszyklus ist aber aus den Fugen geraten. Ein normaler Wirtschaftszyklus hat immer einen normalen Regenerationscharakter: Niedergang der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und dann wieder Akkumulation. Dies ist durch die technische Innovatin unterbrochen worden, die zwar dafür sorgt, daß die Produktion wieder angekurbelt wird, ohne zugleich die Akkunulation zu garantieren. Früher war ich ein Kritiker der Theorie des "tendenziellen Falls der Profitrate". Jetzt merke ich aber, daß etwas daran richtig ist, in der Tat: es wird immer mehr produziert, aber nicht mehr so geschwind akkumuliert wie früher. Es fehlt der absorbierende Markt. Dieser war seit jeher nie der Luxussektor des Marktes gewesen, sondern der Massenmarkt (z.B.: die Massenproduktion von Autos hat zur Akkumulation des Kapitals in diesem Sektor geführt). Ausgerechnet diejenigen, die normal konsumieren, stehen jetzt da ohne Lohn. Sie können sich zwar elementare Güter leisten, sie haben aber nicht mehr die absorbierende Funktion, die sie früher hatten.

W.B.: Welche Funktion haben die Länder der sog. 3.Welt in diesem Zusammenhang?

J.A.: Hier ist kein Geld und auch kein Markt vorhanden. Die 3.Welt hat nur eine funktion als peripherer Kapitalismus. Er produziert mit ungeheurem Profitzuwachs Güter, die aber dort keine Profitrealisierung haben, weil der Markt dafür fehlt.
Was nutzt dem Volkswagenkonzern in Brasilien bei extrem niedrigen Löhnen zu produzieren, wenn kein Mensch dort Autos kaufen kann. Brasilianische Arbeitskraft ist noch keine brasilianische Kaufkraft. Daher die enorme Verschuldung dieser Länder.



W.B.: Von anarchistischer Seite wird oft kritisiert, daß Marxisten mit wissenschaftlichen Eindeutigkeiten operieren. Es wird kritisiert, daß die marxistische Auffassung von der Beherrschung der Natur auch eine Beherrschung, bzw. Unterdrückung des Menschen impliziert.

J.A.: In der Realität gibt es auf der einen Seite die technologische Innovation, die zerstörerisch ist. Auf der anderen Seite ist es ebenso eindeutig, daß eine Weltgesellschaft von vier Milliarden Menschen ohne technologische Innovation zum allgemeinen Sterben verurteilt wäre. Das sind Widersprüche, die ich für wichtiger halte als die Frage, ob sich ein Unterdrückungssystem aus Marxens Texten ergibt.

In den mitteleuropäischen, kulturellen Traditionen gibt es bestimmte Denkverfestigungen, die es in anderen Kulturen nicht gibt. Eine Denkverfestigung ist z.B. der Begriff "Vater Staat"; es gibt keinen anderen Kulturkreis, der diesen Ausdruck kennt. Bei der "Mutter Natur" ist es das Gleiche. In Italien wird die Natur z.B. "Stiefmutter" genannt. In Ländern, in denen Naturkatastrophen an der Tagesordnung sind, hat man von der Natur keinen idyllischen Begriff. In Deutschland wächst alles von selber. Der süditalienische Bauer muß das ganze Jahr arbeiten, um ein bißchen Wein zu gewinnen. Weil es entweder bittere Kälte, große Wolkenbrüche oder im Sommer absolute Hitze gibt. Dort ist die Natur keine Mutter mehr.

W.B.: ...hier mischt sich aber der Marxismus ein und gibt für die Naturbeherrschung eine Ideologie vor...

J.A.:... nein, nicht der Marxismus, sondern der Mensch mischt sich ein und stellt sich die Aufgabe, mit der Natur fertig zu werden. Ich bin zwar auch ein Naturwesen. Aber als Naturwesen will ich auch weiterleben und dies ist mein gutes Recht. Die Humanisierung der Natur halte ich für unerläßlich. Alles andere ist für mich politische Romantik oder Natursentimentalität. Bei Marx geht es aber um die Wiedereingliederung des Menschen in die Natur und um die Humanisierung der Natur. Der Mensch muß wieder sein Bewußtsein als Naturwesen bekommen, und die Natur muß eine menschenfreundliche Natur sein. Dieses Projekt finde ich vollkommen richtig. Die These von der Beherrschung der Natur steht in der Bibel und hat mit Marx nichts zu tun!

Man muß unterscheiden zwischen der Konfrontation des Menschen mit der Natur und der Notwendigkeit, in der Tat "Dämme" zu bauen, und der ungehemmten Ausnutzung der Natur.
Die Atomkraft ist übrigens nicht eine die Natur zügelnde Kraft, sondern setzt Naturgewalten frei. Sie ist nicht eine Humanisierung der Natur, sondern setzt Naturkräfte frei, die man nicht mehr beherrschen kann. Damit wurden nicht Dämme errichtet, sondern "Dämme" gebrochen. Naturbeherrschung im Sinne der Selbstverteidigung des Menschen als Naturwesen bedeutet etwas ganz anderes. Durch die Atomkraft schafft der Mensch der unkontrollierten technisierten Naturgewalt freie Bahn.

W.B.: Ein anderes Problem sehe ich im historischen Materialismus, dem Fortschrittsdenken bei Marx, aus dem eine Schlußfolgerung gezogen werden könnte, fortschrittshemmende Kräfte in der Gesellschaft zu eleminieren und damit Unterdrückung zu rechtfertigen...

J.A.:...und die Anarchisten? Wir müssen der Freiheit die Gasse frei machen, werfen Bomben und erschießen auch Leute. Bitte schön, wo ist der Unterschied? Als ob die Anarchisten nicht unter dem gleichen geschichtsphilosophischen Druck stünden: daß am Ende die Freiheit kommen muß. Sie haben zwar kein System gehabt wie Hegel, der sagte, Geschichte ist Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, aber im Grunde war die Richtung die gleiche.

W.B.: Sicherlich war dies eine historische Phase im Anarchismus, aber dennoch ist die Toleranz ein wichtiges anarchistisches Prinzip. Ich möchte noch mal auf meine vorherige Frage zurückkommen und sie mit der Behauptung ergänzen, daß Toleranz und Fortschrittsdenken schwer miteinander zu vereinbaren sind...

J.A.:...das ist eine völlig unzulässige intellektuelle Operatin, und zwar deshalb, weil es Kreislaufdenker gibt, die genauso zur Brutalität in der Politik geraten haben. Machiavelli war z.B. ein Kreislaufdenker (es gibt keinen Fortschritt, es gibt immer nur die Wiederkehr des Gleichen).
Es gibt eine Theorie, die meint: die Geschichte sei auf ein Ziel hin orientiert, und um dieses Ziels willen seien "Menschenopfer unerhört", notwendig, wie Goethe sagte. Das interessante ist aber, daß auch Menschenopfer von Systemen oder Regimen oder Bewegungen verursacht wurden, die überhaupt kein absolutes Ziel in der Geschichte kannten.
Nehmen wir den Faschismus, der den Krieg um des Krieges willen führte, Zerstörung um der Zerstörung willen propagierte. Eine Parole der spanischen Frankisten war, "viva la muerte" (es lebe der Tot). Anders gesagt, die Konzentrationslager sind nicht die Folge von Luthers Reformation, wie man nach 1945 sagte. Genauso, wie das Gulagsystem nicht die Folge des Denken von Karl Marx ist.

Eine andere Frage ist viel fruchtbringender: ist die Geschichtskonstruktion bei Marx in sich stringent, ist sie widerlegt worden, oder kann sie vorläufig beiseite gelegt werden?

W.B.: Für eine revolutionäre Perspektive ist wohl die geschichtsphilosophische Ausgangsbasis wichtig. Im "Schwarz-Roten Kalenda" 1984 steht: "Was Du auch tust, tue es aktiv! Bequemlichkeit und Stillstand sind das Ende von Bewegung." Was hälst Du von der Position: "die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts".

J.A.: Dies kann politische Romantik sein, in dem Sinne, daß es sehr schön klingt.
Andererseits warne ich aber vor dieser Haltung, denn es gehört zu genuinen Wesen des italienischen Faschismus: die Bewegung ist alles, Krieg um des Krieges willen.
Genauso gefährlich ist es, zu sagen, das Ziel sei alles und die Bewegung nichts.
In der Geschichte hat dies häufig dazu geführt, daß das Ziel-Mittel-Verhältnis zerstört wurde. Ich möchte hier die Sowjetunion anführen. Es werden Mittel benutzt, die das Ziel von vornherein zerstören, anstatt es zu antizipieren. Die Inhalte der Bewegung werden nicht bedingt durch ein bestimmtes Ziel. Es müßte eigentlich die Assoziation der Freien und Gleichen sein, aber dies ist völlig verloren gegangen. Die Sowjetgesellschaft bewegt sich von selbst, bewegt sich, um sich selber am Leben zu halten, sich selber zu expandieren. In diesem Sinn



ist es auch "richtig", daß Dissidenten unterdrückt werden. Hauptsache die Bewegung lebt.

Auch im Alltagsdenken meinen wir, es werden Opfer gebracht, um des Ziels Willen, und dann merken wir auf einmal, daß es genau umgekehrt ist. Die Opfer sind da, weil man das Ziel aus den Augen verloren hat. In der Sowjetunion geht es nicht darum, eine kommunistische Gesellschaft zu errichten, sondern darum, die Macht, die man hat, zu erhalten. Das ist Bewegung ohne Ziel.

Auch die kapitalistische Akkumulation ist eine typische Bewegung ohne Ziel. Sie ist um der Akkumulation willen da. Es wird produziert, um zu tauschen, nicht um Massenbedürfnisse zu befriedigen.

W.B.: Wie würdest Du den Begriff Staat bestimmen?

J.A.: Der Staat ist eine historische Erscheinung. Herrschaft hat es immer gegeben, aber den Staat im modernen Sinne des Wortes gibt es erst seit dem 16.Jahrhundert. Man kann schon sagen, daß geschichtlich die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, der Machtantritt der Bourgeoisie mit der Ausbildung des modernen Staates gebündelt voranschreiten.
In diesem Zusammenhang neige ich sehr unmarxistisch zur Ansicht, daß die organisatorische Frage des Staates schon vor der Kapital-Akkumulation geklärt wurde. Es gab zwar schon das Handelskapital aber die Theorie des souveränen Staates wurde vor der kapitalistischen Akkumulation entwickelt. Dies ist eine sehr erfreuliche Bestätigung, daß der menschliche Geist antizipieren kann.

Der Staat ist für mich nicht ein Wesen außerhalb der Geschichte, sondern die Organisationsform einer kapitalistisch produzierenden und bürgerlich verfaßten Gesellschaft. Das ist der Staat.

W.B.:... auch im real existierenden Sozialismus?

J.A.: Das ist für mich Staatskapitalismus. Wenn Lenin glaubte, etwas prezises gesagt zu haben, mit dem Satz, der proletarische Staat sei der bourgeoise Staat ohne Bourgeoisie, dann hat er wirklich das Richtige getroffen. Man hat zwar die Bourgeoisie als Klasse abgeschafft, man hat die Eigentumsverhältnisse verändert, aber nicht die Produktionsweise.

W.B.:...und wie könnte eine Überwindung des Staates aussehen?

J.A.: Ich versuche immer das berühmte Wort "Absterber des Staates" in Kategorien zu übersetzen, die auch den Inhalt angeben: Abschaffung des Staates bedeutet, den objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion, zu eleminieren.

Unsere gesellschaftliche Reproduktion, oder im Alltagsdeutsch, unsere ganze Existenz wird durch einen objektiven Zwang geregelt, organisiert etc. Das Ende des Staates signalisiert nichts anderes als eine gesellschaftliche Reproduktion und gesellschaftliche Prozesse, die optimal zwanglos sind.
Ich sage optimal, weil es schwierig ist, bestimmte Grenzen zu ziehen. Ein Problem sehe ich z.B. im Naturzwang, der inzwischen gesellschaftlich geworden ist. Darunter haben z.B. die Frauen zu leiden. Du kannst also den objektiven Zwang der Gesellschaft politisch, gesellschaftlich, ökonomisch Aufheben, biologisch aber nicht. Die gesellschaftliche Reproduktion ist auch daran gebunden, daß Frauen Kinder bekommen, auch ein objektiver Zwang. Hierbei geht es darum, diesen Zwang so weit wie möglich zu humanisieren, zu befreien von den gesellschaftlichen Zwängen.
Befreiung vom Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion ist nicht idyllisch gemeint. Konflikte wird es immer geben, und es muß immer wieder nach Möglichkeiten gesucht werden, Konflikte zu lösen. Grundlegend dabei ist, den Herrschaftscharakter dieser Konflikte aufzuheben. Gesellschaftliche Konflikte als Herrschaftskonflikte sind z.B. die Klassenkämpfe im klassischen Sinne.
Man hört immer wieder, daß die Abschaffung des Staates eine Utopie sei. Meiner Einschätzung nach ist es aber der einzig realistische Weg für eine humanere Zukunft.

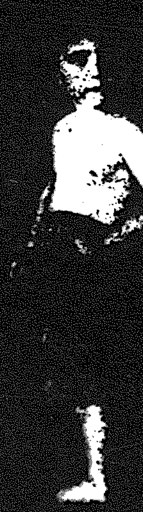
W.B.: Es gibt die Auffassung, daß mit der Konfrontation und dem direkten Kampf mit der Polizei als vollstrecker staatlicher Gewalt, damit der Staat bekämpft wird...

J.A.: Es ist ein Fehler, Polizisten zu verteufeln. Sie üben ihren Beruf aus. Natürlich, da ich gegen den Staat bin, bin ich auch gegen Polizei, aber ich verteufele die Polizisten nicht.

Bekämpfung des Machtapparats Staat? Die "Roten Brigaden" in Italien sind darin gescheitert, obwohl sie am Anfang einen großen sozialen Hintergrund hatten. Es ist wirklich sinnlos, den bewaffneten Kampf gegen den Waffenträger, den Staat, aufzunehmen. Er wird immer der stärkere sein.
Also muß man sich eine andere Strategie überlegen. Es gibt dazu viele Überlegungen der Autonomie-Bewegung in Italien. Die Gehorsamsverweigerung wäre eine Strategie. Ich halte den richtig praktizierten Ungehorsam für einen möglichen Weg. Natürlich muß jeder tun, was er kann, aber auch wissen, daß der moderne Staat in der Lage ist, individuellen Ungehorsam zu brechen. Trotzalledem können Nadelstiche in dieser Hinsicht einen Grad erreichen, wo sie unerträglich werden.

W.B.: Siehst Du in der Gegenwart nur eine Nadelstichtaktik, oder gibt es Deiner Auffassung nach einen praktischen Hebel zur Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse?

J.A.: ... vorläufig nur Nadelstiche. Es kommt aber darauf an, wie sich die Situation weiterentwickelt. Ich bin etwas pessimistisch oder optimistisch mit Trauerflor, wie Ernst Bloch einmal sagte. Denn Marx hat in einem Punkt leider Recht behalten gegenüber Bakunin: die Institutionen sind stärker als der Wille des Einzelnen. Die Institutionen entwickeln eine eigene Dynamik und Klebrigkeit.
Wenn man bedenkt, daß die Grünen als Fundamentalopposition in den Bundestag kamen und sich jetzt als prinzipiell koalitionsfähig bezeichnen, merkt man, wie die Institution die Menschen einkassiert. Ich war schon damals gegen den Langen Marsch durch die Institutionen.
Also vorläufig geht es darum, die Loyalität zu bestimmten Ordnungen aufzukündigen. Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung ist ein wichtiges Mittel. Ich betone vorläufig und wende mich damit gegen eine Hypothese der bürgerlichen Wissenschaft, bzw. der Soziologie, Revolutionen seien nicht mehr möglich. Sicherlich ist es Prophetie zu sagen, die Revolution kommt! Dies hat sich bisher nicht bewahrheitet.



ABER DIE HYPOTHESE, DASS ES KEINE REVOLUTIONEN MEHR GEBEN WIRD IST AUCH NUR EINE PROPHETIE, UM DIE WIR UNS NICHT ZU KÜMMERN BRAUCHEN.

Silvio Gesell -

"der Marx der Anarchisten" - ein Faschist!

von Horst Blume

Ob bei Sparkassendirektoren oder Anarchisten, bei Nazis, Grünen, Neoliberalen oder bei der SPD - überall kann man sie finden, diese merkwürdigen Anhänger von Silvio Gesell. Oft ist von ihm nur bekannt, daß er irgendetwas mit dem Geld vorhatte und Wirtschaftsfachmann gewesen sei. In seinem 380seitigen Hauptwerk "Die Natürliche Wirtschaftsordnung" (NWO) schreibt er geschwätzig und sich in vielen Einzelheiten verlierend, was in knappen Worten folgenden Inhalt hat: Alle sozialen Probleme hängen mit der Beherrschung des Geldumlaufs zusammen.

Die heutigen Funktionen des Geldes - Tauschmittel, Wertbestimmung und Wertbewahrung (Hortung) - schließen sich teilweise gegenseitig aus. Geld, das gehortet wird, kann nicht dem Warentausch dienen; also auch nicht durch Konsum die Wirtschaft ankurbeln. Da bei normalen Waren durch Verderb (etc.) eine Wertminderung eintritt, bei Geld aber nicht, hat das Geld ein Privileg. Es liegt kein Werteverfall vor. Das Geldkapital ist durch seine Zurückhaltbarkeit den Waren überlegen und kann einen Zins fordern. Das auf diese Weise ohne Arbeit erworbene Einkommen ist zum einen Quelle der Ausbeutung zum anderen Ursache für Wirtschaftskrisen. Sind die Gewinne der Unternehmen geringer als der Zinssatz bei der Bank, entfällt für sie der Anreiz, Güter für den Markt zu produzieren. Sie legen deswegen in zinstragendem Kapital an (Hortung) und investieren nicht mehr.

In dieser Situation hilft Gesell weiter. Er löst das Problem, indem er dem Geld durch eine Nationalbank einen allmählichen Werteverlust zufügen läßt. Er nennt es dann Schwundgeld. Jährlich verliert es einen bestimmten Prozentsatz an Wert und zwingt dadurch die Geldbesitzer, es möglichst schnell auszugeben, um ohne Wertverlust davonzukommen. "Das Geld soll rollen immerzu rollen", um auf diese Weise die Marktwirtschaft anzukurbeln.

Bei Gesells Bodenrechtsreform geht es ihm um die Abschaffung ungerechter Bodenpreissteigerungen. Ein Bodenamt kauft kurz und bündig den gesamten Grund und Boden auf und verpachtet ihn an interessierte Nutzer. Aus den eingenommenen Bodenpachten wird dann ein besonderes Prunkstück der gesellschen Lehre zur "Hochzucht des Menschengeschlechts" bezahlt: der Mutterlohn. Der (Sozial)Staat soll allerdings weitgehend abgebaut werden, jeder soll gefälligst für sich selber sorgen, der Tüchtige wird es schon schaffen!

Soweit ein erster Einblick in Gesells Theorie. Sie wird verständlicher, wenn sie auf dem Hintergrund seines Lebens betrachtet wird. Er lebte von 1862 bis 1930 die meiste Zeit als Kaufmann und pflegte politische und menschliche Probleme aus diesem Blickwinkel zu betrachten. 1886 wanderte er nach Argentinien aus, bringt es zum Großindustriellen, wird unter dem Einfluß der Ideen von Pfarrer Kneip Vegetarier und beschäftigt sich mit Wirtschaftsfragen.

Im Jahre 1900 kehrte er nach Weimar zurück, wirtschftete für eine kurze Zeit in der Schweiz als Bauer und kehrte nach Argentinien zurück. Während des 1. Weltkrieges lebte er wieder in der Schweiz und betätigte sich als Hurrapatriot. Als 1919 die Bayrische Räterepublik ausgerufen wurde und die Revolutionäre um einen Finanzminister verlegen waren, holte man ihn nach München. Mühsam und Landauer hielten einiges von ihm, berief er sich doch in seinen Schriften auf Proudhon und Stirner. Die Räterepublik hielt sich nur 8 Tage und viele Revolutionäre mußten bei den Auseinandersetzungen ihr Leben lassen oder kamen jahrelang ins Gefängnis. In Gesell erkannten die Herrschenden jedoch einen der Ihren wieder und sprachen ihn frei. in der Folgezeit arbeitete er mit den verschiedenen Freiwirtschaftsverbänden, die sich seine Lehre zu eigen gemacht haben, zusammen.

Während der Wirtschaftskrise der 20er Jahre bestand ein großes Interesse an Wirtschafts- und Währungsfragen und es erwies sich als Vorteil für die Gesellianer, mit einer bereits ausformulierten Theorie aufwarten zu können. Durch diesen Umstand begünstigt entstanden zahlreiche Kontakte zu so verschiedenen Gruppierungen wie Anarchisten, völkische Vereinigungen und der SPD.

Bevor wir zu dem zentralen Ansatzpunkt der gesellschen Theorie - dem Zins - kommen, sollten wir hinterfragen, was Gesell zu einigen elementaren sozialistischen und anarchistischen Grundsätzen zu sagen hat; d. h. zu dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, dem Arbeitsertrag und der Entfremdung in der kapitalistischen Wirtschaft. Ein sicherlich einmaliges Kuriosum dürfte Gesells Definition des Arbeiters sein:"Als Arbeiter im Sinne dieser Abhandlung gilt jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt. Bauern, Handwerker, Geistliche, Soldaten, Offiziere, Könige sind Arbeiter in unserem Sinne." (NWO S.39) Von hier aus bis hin zum Anerkennen des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist nur ein kleiner Schritt. An jeder beliebigen Stelle seines Werkes kann man es nachlesen: in seinem Gesellschaftsmodell gibt es Unternehmer, die durch einige Änderungen des Währungssystems zu einem bestimmten Verhalten bewegt werden sollen und Arbeiter, die der brutalen Logik des kapitalistischen Systems ausgesetzt werden und selber sehen müssen, wie sie damit klarkommen. "Absatz, Absatz, das ist es, was wir Unternehmer brauchen, regelmäßigen, gesicherten Absatz, Aufträge auf lange Zeit im voraus, denn auf Regelmäßigkeit des Absatzes der Waren ist die Industrie angewiesen. Wir können doch nicht jeden Augenblick unsere eingearbeiteten Leute entlassen, jedesmal, wenn der Absatz stockt, um kurze Zeit darauf neue, ungeschulte Leute einzustellen." (NWO S. 261)

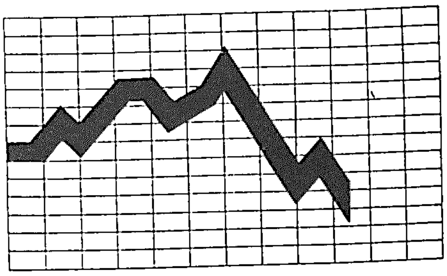
In der Frage der Entlohnung von Arbeit sieht Gesell nicht eine Angleichung der weit auseinanderklaffenden Lohnschere und gegenseitige Rücksichtsnahme vor, sondern bevorzugt Auslese und Hierachie:"Die Arbeitserträge werden vielleicht verdoppelt, aber nicht geebnet. Das Gleichmachen der Arbeitserträgnisse ist Sache der Kommunisten. (...) Demnach werden fleißige, tüchtige Arbeiter einen ihrer größeren Arbeitsleistung genau entsprechend größeren Arbeitsertrag heimbringen." (NWO S. 41)

"Das Wirtschaftswesen ist die organisierte Selbsterhaltung. Aus sich heraus hat es sich auszugestalten, nach einer inneren Notwendigkeit - immer durch das Tun des Menschen. Daß wir nicht irgendwie wirtschaftlich verfahren: nach religiösen oder ästhetischen Richtlinien, sondern Wirtschaftliches wirtschaftlich betreiben, sachgemäß,



das gibt der Wirtschaft ihre 'Natürlichkeit'. Besser ist: Wirtschaft hat, wie jeder Betrieb, ihre Eigengesetzlichkeit. Was immer wir tun, wir müssen diese Eigengesetzlichkeit sich frei entfalten lassen. Wirtschaft ist in sich frei. Freiwirtschaft." (NWO S. 21)
Nach diesen ersten makaberen Kostproben aus seiner Theorie wollen wir uns dem zentralen Punkt seiner Lehre, dem Zins, zuwenden. Der Gesellanhänger Kurt Kessler umreist das Problem folgendermaßen: "Der grundsätzliche Fehler unseres Geldsystems ist also die Möglichkeit der Geldhortung, durch sie wird sowohl eine Instabilität der Währung (inländische Kaufkraft des Geldes) wie auch der Konjunktur (Rückgang des allgemeinen Geschäftsganges, der Produktion und der Arbeitsplätze) bewirkt. (...) Die Lösung dieses für Freiheit und Frieden so entscheidenden Problems kann nur darin liegen, daß man durch eine Reform das Geld auf die Stufe der Waren herabdrückt. Und das würde bedeuten, dem Geld einen allmählichen Wertverlust zuzufügen. (...) Es leuchtet ein, daß das Geld durch die Umlaufsicherung einer steten Anbietungspflicht unterliegt. Und das führt natürlich dazu, daß das Zinsniveau sich der Nullgrenze nähern wird. (...) Um die Bedeutung der beschriebenen Maßnahmenmen auch in sozialpolitischer Hinsicht würdigen zu können, muß besonders darauf hingewiesen werden, daß Zins leistungsloses Einkommen ist und damit auf der Ausbeutung fremden Arbeitsertrages beruht. Das Verschwinden des Zinses stellt die soziale Gerechtigkeit her, und es wird ganz allgemein das Rechtsbewußtsein in bezug auf Eigentum und Eigentumsdelikte stärken, wenn es keine legal geduldete Ausbeutung mehr gibt." (1)
Die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise wird also nicht in der Tatsache gesehen, daß die unrechtmäßigen Eigentümer an den Produktionsmitteln Mittels politischer und militärischer Gewalt die Nichteigentümer daran hindern, Produktionsweise und Einkommensverteilung nach ihrem Interesse zu organisieren. Gesell macht allein die Zirkulationsprobleme des Geldes verantwortlich für Ausbeutung und Wirtschaftskrisen. Ausschließlich von dieser Möglichkeit ausgehend,kann die Lösung des Problems nur durch eine schnellere Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und Zinssenkung herbeigeführt werden. Indem er in der Formulierung seiner Frage die zu beweisende Lösung miteinschließt, kann er natürlich leicht die Selbstverständlichkeit seiner Schlußfolgerungen "beweisen". Mit einer Selbstverwaltung der Produzenten hat Gesell nicht das Geringste im Sinne. Seine "Reformen" sollen als währungspolitische Kurskorrekturen innerhalb des kapitalistischen Systems stattfinden, ohne dabei die Eigentumsverhältnisse anzutasten. Aber selbst wenn wir uns ein Stück weit auf seine Logik einlassen würden, könnten wirklich durch Zinssenkung die Unternehmen ohne weiteres zum Investieren gebracht werden und durch so eine geringfügige Mechanismusänderung die Wirtschaft angekurbelt werden, wie Gesell uns das verspricht??
Ernest Mandel, Professor für Nationalökonomie in Brüssel bewertet diese Möglichkeit folgendermaßen:
"Die Notenbanken können tatsächlich zu einer Ausweitung des Kredits seitens der Geschäftsbanken, was als stimulierendes Mittel für die Wiederbelebung im Falle einer Depression angesehen wird, ermutigen, indem sie das Volumen des Banknotenumlaufs durch eine Senkung des Zinsfußes vergrößern. Der Einfluß des Zinssatzes auf die Wirtschaftskonjunktur darf jedoch nicht überschätzt werden.Nachforschungen in den USA haben ergeben, daß der Zins, den der Unternehmer dort zahlt, nur ein sehr unbedeutendes Element der Produktionskosten darstellt: 0,4% des Selbstkostenpreises von Fertigwaren; 0,8% des Selbstkostenpreises von Bergbauprodukten und 0,2% der Distributionskosten.(...)
Aber diese Theoretiker vergessen, daß man, wenn die Profitrate im gleichen Augenblick steigt, wo die Absatzmärkte schrumpfen, den Rückgang der Investitionstätigkeit nicht aufhalten kann.Was den Unternehmer in Wirklichkeit interessiert, ist nicht der theoretische Profit, den er sich aus einer bestimmten Lohnhöhe, einem gegebenen Zinsfuß und bestimmten Herstellungskosten ableiten kann, sondern der wirkliche Profit, den er zu realisieren hofft, wenn er diesen Selbstkostenpreis mit den Absatzmöglichkeiten seiner Waren vergleicht: Ein höheres Einkommens- und Profitniveau kann eine notwendige Bedingung für Investitionen sein; aber es kann keine hinreichende Bedingung sein. Man mag sich fragen, ob Unternehmen so wenig Scharfblick besitzen, um ihre Kapazität lediglich auf der Basis ständig hoher Profite auszudehnen. Wenn sie nicht mit ihrer vollen Kapazität gearbeitet haben, wenn sie nicht einen Bestand an unerledigten Aufträgen haben, wenn sie infolge Kapitalmangels nicht in der Lage (oder nicht darauf eingestellt) waren, sich zu vergrößern, und wenn sie nicht einen späteren Anstieg ihrer Verkäufe erwarten können, gehen die Investitionen (auf dem Höhepunkt des Booms) eher zurück, selbst wenn die Profite hoch bleiben." (2)
Und nun stellen wir uns die Durchführung der gesellschen Geldentwertung einmal praktisch vor; was wären die Folgen seiner vorgeschlagenen Maßnahmen, würden sie Wirklichkeit? "Um dem Schwund zu entgehen, werden die Unternehmer kurz vor dem Geldsteuertermin entlohnen. Die Arbeiter müssen nun versuchen, ihrerseits noch schnell vor dem Fälligkeitsdatum einzukaufen. Da nun aber die Geschäftsleute sicher keine große Lust verspüren, den Schwund zu tragen, würden die Ge-

schäfte einfach geschlossen. Wer zieht den kürzeren bei der ganzen Angelegenheit?" (3)



DIE NEOLIBERALE THEORIE GESELLS

In der Wirtschaftspolitik der westlichen Welt werden im Wesentlichen neoliberale und neokeynesianische Theorien gegenübergestellt. Während neokeynesische Maßnahmen in der Geldschöpfung und Umverteilung des Reichtums zugunsten auch der Lohnabhängigen einen Ausweg aus der Krise suchen, will die neoliberale Theorie den Sozialstaat abbauen und nur die wirtschaftlich Starken und Leistungsfähigen überleben lassen. In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Europa eine im wesentlichen sozialdemokratisch geprägte keynesianische Wirtschaftspolitik getrieben. In England und den USA vollzogen sich aber in den letzten Jahren bemerkenswerte Umorientierungen der Regierungen hin zum Neoliberalismus. War der in Chile von brutaler staatlicher Unterdrückung begleitete neoliberale Weg bisher nicht gesellschaftsfähig, beginnt er jetzt Punkte zu sammeln, indem er seine Finger in die offenen Wunden der keynesianischen Praxis legt: Der für die Verteilung der Sozialleistungen benötigte Verwaltungsapparat arbeitet ineffizient und in Folge der Krise gibt es immer weniger zu verteilen.

Den Grundzügen des Neoliberalismus von Friedmann und Hajek stimmen die heutigen Gesellanhänger in der "Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft" zu: "Die von ihr vertretene Freiwirtschaftliche Theorie ist auch auf den Gedanken des klassisch-liberalen Eigennutzes zurückzuführen; Privatinitiative, Konkurrenz, freie Wechselkurse, Währungsstabilität sind die Grundlagen des marktwirtschaftlichen Konzepts. Staatseingriff, Staatsschulden, Sozialimitation jedoch zerstören das System von Leistung und Gegenleistung. Der Unternehmer als Spezialist für das Angebot an Gütern und Diensten in der Volkswirtschaft sollte nicht in Pflicht genommen werden für Mängel, die ihm nicht anzulasten sind. All dies vertritt prinzipiell die Freiwirtschaftslehre seit 1900." (4)

Die kapitalistischen Marktgesetze wurden von Gesell immer wieder fanatisch als höchste Form aller Weltgerechtigkeit gefeiert und lieferten so den Unternehmern ein willkommene wirtschaftstheoretische Rechtfertigung für ihre Ausbeutungsstrategien:

"Also die Nachfrage nach Geld scheiden wir vollständig von allen menschlichen Bedürfnissen, Unternehmungen, Handlungen, Marktverhältnissen usw., wir entziehen sie dem Wertnebel, der sie bisher umhüllte, und setzen sie thronend auf den Berg von Waren, womit die Arbeitsteilung den Markt ununterbrochen beschickt - weithin für alle sichtbar, greifbar und meßbar." (NWO S. 173) Imperialistische Eroberungspolitik, wie sie seit Jahrzehnten von den westlichen Industriestaaten betrieben wird, finden ganz im Sinne Gesells statt: "In Tälern und auf Inseln wohnende oder durch Mauern und Zölle abgeschlossene Völker verkümmern, sterben aus. Handelsvölker dagegen, die mit allen Erzeugnissen der Erde ihr Blut würzen, bleiben frisch, vermehren sich und erobern die Welt." (NWO S. 117)

Durch seine Äußerung "Die Manchesterschule war auf dem richtigen Wege und auch das, was man von Darwin her später in diese Lehre hineintrug, war richtig" (NWO S. 14), stellt er sich bewußt und mit allen Konsequenzen hinter die schlimmsten Ausbeutungsformen, die die Menschen in jüngster Geschichte erlebt haben. Nach seinem Leitspruch "Die Rechte der Massen können niemals eng genug begrenzt werden" (NWO S. 83), handelten faschistische Diktaturen. Konservativ-reaktionäre Regierungen in England und den USA betreiben heute in diesem Sinne nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern auch noch Ordnungs- und Gesellschaftspolitik. Dabei springt ein zusätzlicher Vorteil für die Unternehmer heraus. In den Wirtschaftsprozess darf nicht durch Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Arbeiter eingegriffen werden. Sollten aber Teile der Bevölkerung dieses marktwirtschaftliche System angreifen (Gesell würde sagen "manipulieren") wollen, so haben die Neoliberalen nichts dagegen einzuwenden, wenn nach bewährter Methode vom Staat Ordnungspolitik gegen die Bevölkerung betrieben wird. "Dieser prinzipiellen Unterscheidung von Ordnungspolitik (erlaubt) und Prozeßpolitik (nicht erlaubt) des Staates folgt die feinsinnig -zynische Unterscheidung zwischen einem autoritären und totalitären System: Das erste ist durchaus akzeptabel im neoliberalen Sinne, da zur Erhaltung der Ordnung Autorität von seiten des Staates unabdingbar ist. Das letztere jedoch ist dadurch gekennzeichnet, daß der Staat nicht nur die Ordnung sichert, sondern in alle Bereiche der gesellschaftlichen Totalität eingreift, also auch in die Marktprozesse. (...) In diesem Sinne ist das Chile Pinochets ein autoritäres und mithin akzeptables Regime, während Cuba als totalitäres Regime bekämpft und möglichst eleminiert werden müsse." (5)

Eine wichtige und nicht unbeabsichtigte Folge des Gesellschen Liberalismus ist die Zerschlagung der Interessenvertretungen und ihrer organisierten Macht. Während die Interessen der Unternehmer schon durch ihr Streben nach Gewinn definiert sind und einer quasi-gewerkschaftlichen Organisation im Grunde nicht mehr bedürfen, sollen die anderen Schichten- und Klassenangehörigen individualisiert und gegenüber der Logik des kapitalistischen Marktes wehrlos gemacht werden:
"Die Völker, Staaten, Rassen, Sprachgemeinschaften, religiösen Verbände, wirtschaftlichen Körperschaften, die auch nur im geringsten den Freilandbegriff einzuengen suchen, werden geächtet, in Bann getan und für vogelfrei erklärt." (NWO S. 92)

Während bei der Anwendung der keynesianischen Theorie immerhin noch einige soziale Vergünstigungen für die unteren Schichten durch Klassenkompromisse herausgeholt werden können, steht bei Gesell die blanke Morddrohung. Die freiwirtschaftliche Rechtfertigung für so ein Vorgehen - der beste Kontrolleur eines Kapitalisten ist ein anderer Kapitalist - ist im Zeitalter der multinationaler Konzerne und der Monopole längst überholt und durch die Wirklichkeit widerlegt.

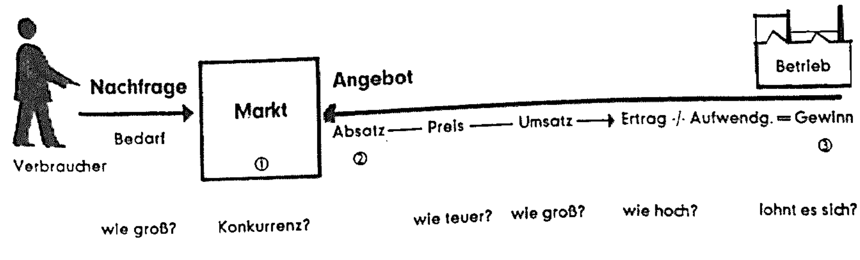
Elmar Altvater ist voll und ganz zuzustimmen, wenn er zusammenfassend sagt: "Der Neoliberalismus stellt sich also als eine Theorie dar, die eindeutig und kompromißlos den Primat der Ökonomie vor allen anderen Entscheidungskriterien, Wünsche und Hoffnungen stellt. Gegen die ökonomischen Gesetze gibt es keine Auflehnung; die Verwertung des Eigentums läßt keine anderen Prinzipien neben sich zu.(...) Die Kategorie der (ökonomischen) Notwendigkeit soll unangefochten über die Kategorie der Möglichkeit, des Machbaren, Dominanz gewinnen. (...) Der praktische Neoliberalismus von heute ist eine lebensbedrohliche Konzeption. Er muß theoretisch und praktisch bekämpft werden." (6)



Gedenktafel am Geburtshaus Silvio Gesells

GESELL UND DER FASCHISMUS

Die Zeit, in der Gesell seine sogenannte "Natürliche Wirtschaftsordnung" schrieb, war vorherrschend von einem unersättlichen Revanchismus geprägt und er war da keine Ausnahme. So ließ er seinen bluttriefenden Gefühlen "freien" Lauf, wenn es ihm um nationalstaatliche Ansprüche auf bestimmte Territorien ging: "Blutverlust! Wäre es doch nur gemeiner Blutverlust! Eine gewöhnliche Wunde heilt; man schneidet ein Ohr, eine Hand ab; der Blutstrom versiegt, die Wunde vernarbt. Aber die Wunde, die uns die Amputati-





on eines Grundstückes am Leibe hinterläßt, eitert ewig, vernarbt nie. An jedem Zinszahlungstage springt die Wunde immer wieder auf, und das rote goldene Blut fließt in Strömen ab. Bis aufs Weiße wird da der Mensch geschröpft, blutleer wankt er einher. Das Abschneiden eines Grundstückes von unserem Leibe ist der blutigste aller Eingriffe, er hinterläßt eine jauchige, klaffende Wunde, die nur unter der Bedingung heilen kann, daß das geraubte Glied wieder angesetzt wird." (NWO S. 118)
Seltsamerweise halten seine Anhänger ihn für einen Pazifisten und begründen das so: "'Ich glaube nicht', so sagte er, 'daß eine Heeresverstärkung an sich eine Gefährdung des Friedens bedeutet.' Er meint, wenn das ganze Volk bewaffnet sei und dasselbe auch jenseits der Grenze der Fall sei, dann sei der Friede gesichert." (7) - Hier werden die Begriffe Pazifismus und Militarismus auf den Kopf gestellt. Und zwar genauso,wie von den Rechtsradikalen die Begriffe 'rechts' und 'links' so sehr in ihr Gegenteil verdreht werden (z.B.:"Kommunisten sind in Wirklichkeit Reaktionäre"), um eine in dieser Weise angerichtete Verwirrung für die Werbung neuer unbedarfter Anhänger zu nutzen.
Der Antisemitismus ist als wichtiges Kennzeichen rechtsradikaler Ideologie ebenfalls Bestandteil der Gesellschen Gesellschaftsauffassung und wird geschickt mit seinen monetären Vorstellungen vermischt. Das herkömmliche und aus seiner Sicht schlechte Geldwesen kommt angeblich "aus der Zeit der Babylonier, Hebräer, Griechen und Römer" (NWO S. 313). Dem Gesellkritiker Peter Elger fällt dabei auf:"Die Entstehung unseres Geldes wird also in nichtgermanischen Völkern angesiedelt, was wiederum für die politische Entwicklung der Gesellschen Anhänger von entscheidender Bedeutung ist. Als ich in freiwirtschaftlichen Zeitungen von unserem semitischen Geldwesen las, begriff ich die Bedeutung dieser Stelle. Gesell hat seine Bezüge zur rechtsradikalen Ideologie streckenweise sehr gut getarnt. Er drückt diese in gehobenem Niveau aus. So taucht das Wort Jude kaum in der 'Natürlichen Wirtschaftsordnung' auf. Er spricht vornehmer vom ---Zinsnehmer!!"(8)
Es ist bestimmt kein Zufall, daß Gesells Wirtschaftspläne von Anfang an in der NSDAP beachtet wurden und sogar Gregor und Otto Straßer beeindruckten. "Auch im Bamberger Programm, einem der wichtigsten Frühzeugnisse der NSDAP, finden sich neben der auffallenden Bevorzugung der Agrar- vor der Industriewirtschaft Forderungen, die auch die Gesellschen Hauptforderungen nach einer Boden- und Währungsreform aufgreifen. Die Freigeld-Theorien wurden 1931, nachdem sich die verschiedenen Silvio-Gesell-Gruppen und -Vereine aufgelöst hatten und deren Anhänger zumeist der NSDAP zugelaufen waren, in zunehmendem Maße auf allen Ebenen der nationalsozialistischen Partei diskutiert." (9) Die Auflösung der Freiwirtschaftsvereine 1931 wurde von heutigen Gesellanhängern bestritten, aber unbestreitbar bleibt eine intensive gegenseitige theoretische und organisatorische Verzahnung zwischen Freiwirtschaftlern und Rechtsradikalen in der Weimarer Republik. (10)
Ein bezeichnendes Kapitel stellt das Bestreben von Gesellanhängern dar, Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der regierenden NSDAP zu gewinnen. Dazu muß man wissen, daß Gesell und seine Anhänger bei der Wahl ihrer Bündnispartner gar nicht zimperlich sind. Ihnen kommt es darauf an, die entscheidenden wirtschaftspolitischen Posten einer Regierung innezuhaben. "Unter welcher Flagge diese Regelungen durchzuführen waren, das war ihm völlig gleichgültig. Jede Regierungsform, mag sie abgestempelt sein wie immer, die ihm zu einer Verwirklichung dieses für ihn entscheidenden Anliegens die Möglichkeit geboten hätte, würde von ihm akzeptiert." (11)
1964 wurde von der Freisozialen Union (FSU), der Partei der heutigen Gesellanhänger, die Broschüre herausgegeben: "Die Blutnacht vom 30.Juni 1934. Hintergründe der Röhm-Affäre." In ihr plaudert ein Gesellanhänger der gehobenen Klasse, wie er sich führenden Nazis zur Verfügung stellt, die Freigeldtheorie zu erläutern, um sie gegebenenfalls zum NS-Wirtschaftsprogramm werden zu lassen. "Die Bereitwilligkeit, neue Wege, die nicht vom Marxismus her, oder zu ihm führten, zu prüfen, war erfreulich offen"(S. 8), nimmt er zufrieden zur Kenntnis. Und die Vernichtung von Tausenden von Menschen erscheint ihm nur als geringfügiger Makel gegenüber den "segensreichen" Möglichkeiten, die sich eröffnen würden, wenn Hitler nur seinem Wirtschaftskonzept zustimmen würde.
Völlig unkommentiert verbreitet die FSU in dieser Broschüre auch heute noch: "Sie hielten wohl die Zerschlagung der Linksopposition für nötig, waren auch für Schlägereien und Schandtaten gegen die Juden meistens

zu haben. Aber neben diesen aufgestauten Gefühlen, die sich in Gewaltakten entladen wollten, war viel ehrliches Wollen vorhanden." (S. 19) Der selbstkritische Gesellanhänger Hugo Kierdorf vertrat nach der Veröffentlichung dieser Broschüre die Ansicht, daß das Instrument der Gesellschen Reformen in der Hand eines totalitären Regimes zu der unmenschlichsten tyrannischen Sklaverei hätte führen müssen (12). Die Mehrheit der Gesellianer bewies daraufhin einmal mehr ihre Uneinsichtigkeit und bezichtigten Kierdorf der "böswilligen Kritik". Genau die gleiche Grundeinstellung wie in der Röhm-Broschüre trifft man heute bei Gesellanhängern in den GRÜNEN an, wenn sie sich gegen den Vorwurf der "rechten Tendenz" zur Wehr setzen wollen:"Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben. Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können..."(13) - Das in der Tat!!

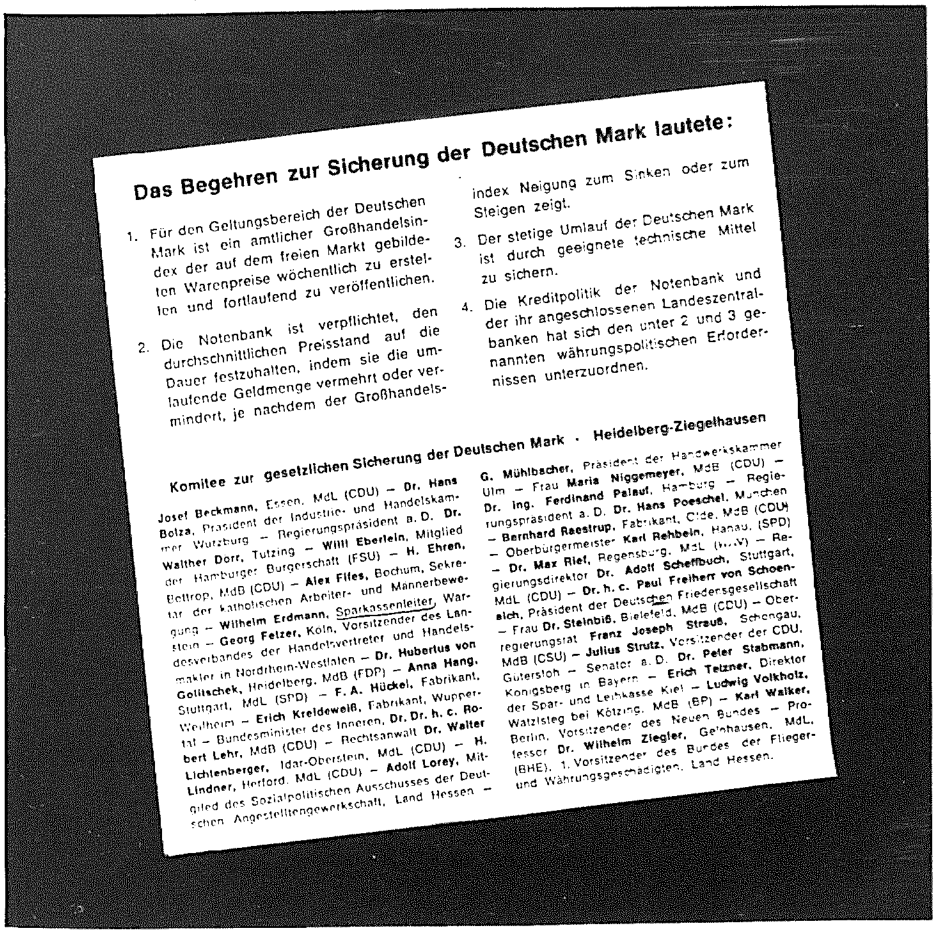
Doch zurück zur Situation nach 1933. Während Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten in Konzentrationslager wanderten, hielten sich die Gesellanhänger in ihrer großen Mehrheit recht gut über Wasser. Günter Bartsch's Darstellung des weiteren Weges der "Anarcho-Liberalen", wie er sie nennt, entbehrt nicht eines hintergründigen Zynismus, wenn er schreibt: "Am wendigsten und am erfolgreichsten waren die Anhänger Silvio Gesells.(...)Ungeachtet des Verbots der Freiwirtschaftsbewegung Gesells fand sich 1938 - nach dem Münchner Abkommen - ein freiwirtschaftlicher Arbeitskreis zusammen. Er beriet zunächst über die Voraussetzungen der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung Deutschlands unter den Verhältnissen des Nationalsozialismus.(!!!) Seine wichtigsten Köpfe waren Dr. Otto Lautenbach, Karl Walker und Dr. Franz Hochstetter. Dank ihrer Initiative wurde der Arbeitskreis zu einer ständigen, wenn auch unregelmäßig tagenden Körperschaft. In den Jahren 1943/44 entwarfen sie ein Sofortprogramm zur finanziellen und wirschaftlichen Überwindung der Kriegsfolgen. Es wurde vom freiwirtschaftlichen Arbeitskreis im Sommer 1944 bestätigt. Dieses Sofortprogramm diente den Anhängern Silvio Gesells nach dem deutschen Zusammenbruch(!!) im Mai 1945 als Basis für die Neuaufnahme ihrer Tätigkeit." (14)

So wurde denn 1945 die Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF), die Vorläuferin der heutigen Freisozialen Union (FSU), gegründet. Sie erhielt 1946 in Hamburg mit 20.034 Stimmen 0,7%. In dem Artikel 10 des Verfassungsvorschlags der RSF heißt es für die Gesellanhänger in wiedereinmal so typischer Weise:

"Der Grund und Boden gehört allen gemeinsam. Das Recht zur Benutzung und Bearbeitung des Grund und Bodens und zur Ausbeutung der Bodenschätze muß durch die Zahlung einer Bodenbenutzungsgebühr an eine öffentliche Bodenverwaltung erworben werden.Diese Gebühr wird in der Höhe erhoben, in der auch andere Bewerber um den gleichen Boden sie zu zahlen bereit sind. Wer die im freien Wettbewerb festgestellte Bodennutzungsgebühr nicht zahlen kann oder will, muß das Recht der Bodennutzung abtreten." - Wer würde wohl die geforderte Bodenbenutzungsgebühr im restaurierten westdeutschen Kapitalismus zahlen können, der mittellose Arbeiter oder der seine Privilegien und Gelder behaltende Unternehmer??

Ja, wer so lammfromm dem Kapitalismus huldigt, bekommt dafür - trotz "Zinstick" - eine Belohnung. Der Gesellanhänger Otto Lautenbach wird mit Ludwig Erhard zum Herausgeber der Zeitschrift "Währung und Wirtschaft" (15). Einem feinen "Anarcho-Liberalismus" hat da Günter Bartsch seine Schubladenkategorisierung verpaßt!Ob die so in eine Schublade gesteckten ihm dies noch einmal verzeihen werden? - Immerhin fanden 1952 zahlreiche Mitglieder der als Nachfolgeorganisation der NSDAP verbotenen "Sozialistischen Reichspartei" (SRP) bereitwillige Aufnahme in der FSU. Der spätere Generalsekretär der FSU, Ferdinand Böttger kam so zu seiner neuen parteipolitischen Heimat.(16) Die FSU machte 1951 noch einmal von sich reden, als sie es geschafft hat, mit Franz Joseph Strauß und zahlreichen anderen Honoratioren aus Politik und Wirtschaft in dem "Komitee zur gesetzlilchen Sicherung der Deutschen Mark" zusammenzuarbeiten.(17) Die FSU gibt es noch heute. Nach eigenen Angaben hat sie ca. 1000 Mitglieder. In ihrer monatlichen Zeitschrift "Der Dritte Weg" wird auf übelste Weise auf alles, was links ist eingedroschen und ihr Inhalt unterscheidet sich nicht im geringsten von der Demagogie der NPD. Selbst die nicht ganz so rechts stehende Schwesterpartei "Liberalsozialistische Partei" (LSPS), die heute mit drei Sitzen im Nationalrat der Schweiz vertreten ist, hat sich in ihrem Mitteilungsblatt "Evolution" im Dezember 1977 von einigen "neonazistischen Ausrutschern" der FSU distanziert. Nach dem Motto "Wir Deutschen haben unter dem polnischen Chauvinismus Schlimmes erleiden müssen"(18) wird auch an den unmöglichsten Stellen nach "Deutschenhaß" gesucht. Auf dem FSU-Parteitag 1977 wurde ernsthaft diskutiert, ob die Frau des NS-Massenmörders Kappler wegen ihrer "Befreiungstat" für ihren von den italienischen Behörden festgehaltenen Mann das Bundesverdienstkreuz erhalten soll.

In einem offenen Brief an das "Nationalpolitische Studienalmanach" (Schotten) definiert die FSU ihr Verhältnis zum Nationalismus folgendermaßen:"Das Nationalbewußtsein möchten wir als einen zweifellos starken Impuls vorwiegend im kulturellen Bereich angesiedelt wissen und wünschen einen lebendigen Austausch verschiedener verschiedener Volkskulturen bei bewußter Pflege der nationalen Kulturgüter. Entschieden wenden wir uns gegen die einseitige Diffamierung des deutschen Namens in Vergangenheit und Gegenwart."(19) Daß es noch viel schlimmer kommen kann, beweist ein neuerer "Diskussionsbeitrag": "Um überleben zu können, muß jedes Volk weltweit und geopolitisch denken. Das gilt in erster Linie für unser deut-



Das Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark lautete:

1. Für den Geltungsbereich der Deutschen Mark ist ein amtlicher Großhandelsindex der auf dem freien Markt gebildeten Warenpreise wöchentlich zu erstellen und fortlaufend zu veröffentlichen.

2. Die Notenbank ist verpflichtet, den durchschnittlichen Preisstand auf die Dauer festzuhalten, indem sie die umlaufende Geldmenge vermehrt oder vermindert, je nachdem der Großhandelsindex Neigung zum Sinken oder zum Steigen zeigt.

3. Der stetige Umlauf der Deutschen Mark ist durch geeignete technische Mittel zu sichern.

4. Die Kreditpolitik der Notenbank und der ihr angeschlossenen Landeszentralbanken hat sich den unter 2 und 3 genannten währungspolitischen Erfordernissen unterzuordnen.

Komitee zur gesetzlichen Sicherung der Deutschen Mark · Heidelberg-Ziegelhausen

Josef Beckmann, Essen, MdL (CDU) – **Dr. Hans Bolza**, Präsident der Industrie- und Handelskammer Würzburg – Regierungspräsident a. D. **Dr. Walther Dorr**, Tutzing – **Willi Eberlein**, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (FSU) – **H. Ehren**, Bottrop, MdB (CDU) – **Alex Files**, Bochum, Sekretär der katholischen Arbeiter- und Männerbewegung – **Wilhelm Erdmann**, Sparkassenleiter, Warstein – **Georg Felzer**, Köln, Vorsitzender des Landesverbandes der Handelsvertreter und Handelsmakler in Nordrhein-Westfalen – **Dr. Hubertus von Gollitschek**, Heidelberg, MdB (FDP) – **Anna Hang**, Stuttgart, MdL (SPD) – **F. A. Hückel**, Fabrikant, Weilheim – **Erich Kreideweiß**, Fabrikant, Wuppertal – Bundesminister des Inneren, **Dr. Dr. h. c. Robert Lehr**, MdB (CDU) – Rechtsanwalt **Dr. Walter Lichtenberger**, Idar-Oberstein, MdL (CDU) – **H. Lindner**, Herford, MdL (CDU) – **Adolf Lorey**, Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Land Hessen – **G. Mühlbacher**, Präsident der Handwerkskammer Ulm – Frau **Maria Niggemeyer**, MdB (CDU) – **Dr. Ing. Ferdinand Palauf**, Hamburg – Regierungspräsident a. D. **Dr. Hans Poeschel**, München – **Bernhard Raestrup**, Fabrikant, Olde, MdB (CDU) – Oberbürgermeister **Karl Rehbein**, Hanau, (SPD) – **Dr. Max Rief**, Regensburg, MdL (WAV) – Regierungsdirektor **Dr. Adolf Scheffbuch**, Stuttgart, MdL (CDU) – **Dr. h. c. Paul Freiherr von Schoenaich**, Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft – Frau **Dr. Steinbiß**, Bielefeld, MdB (CDU) – Oberregierungsrat **Franz Joseph Strauß**, Schongau, MdB (CSU) – **Julius Strutz**, Vorsitzender der CDU, Gütersloh – Senator a. D. **Dr. Peter Stabmann**, Königsberg in Bayern – **Erich Telzner**, Direktor der Spar- und Leihkasse Kiel – **Ludwig Volkholz**, Watzlsteg bei Kötzing, MdB (BP) – **Karl Walker**, Berlin, Vorsitzender des Neuen Bundes – Professor **Dr. Wilhelm Ziegler**, Gelnhausen, MdL (BHE), 1. Vorsitzender des Bundes der Fliegerund Währungsgeschädigten, Land Hessen.

sches Volk. Sein Lebenswille muß gefördert werden. Wir müssen uns völkisch orientieren im wahrsten Sinne des Wortes. Solche Kräfte dürfen nicht mehr als neo-nazistisch verschrien werden." (20)

GESELL UND DIE LINKE

Auch in der SPD der Weimarer Republik hatte Gesell eine beachtenswerte Anhängerschaft. Der Thüringer SPD-Landtagsabgeordnete Erich Mäder hat mit seinem damaligen Parteikollegen und späteren FSU-Mitglied Johannes Schumann versucht, die SPD auf die Freiwirtschaftslehre einzuschwören. Im Nachhinein schreibt Schumann: "Nachdem jahrelange Bemühungen um eine interne Klärung am Widerstand gewisser 'Experten' gescheitert waren, entschlossen mein Freund Erich Mäder und ich uns zur Herausgabe eines Buches "Arbeiterklasse und Geldpolitik", das in einem Thüringer SPD-Verlag erschien, und einer gleichlautenden Schriftenreihe, die immerhin eine Auflage von 50.000 Exemplaren erreichte - aber Ende 1932 zu unserer Maßregelung führte, da 'niemand zwei Herren dienen könne'"(21) Als 1931 auf dem Leipziger Parteitag der SPD ein von zehntausenden SPD-Mitgliedern eingereichter Antrag die Abkehr von der Deflationspolitik forderte und Mäder das Wort verlangte, durfte er nicht reden und diese Initiative wurde abgewürgt.(22)
Auf die teilweise gute Zusammenarbeit des freiwirtschaftlich orientierten "Ring Revolutionärer Jugend"(RJR) und ihrer Zeitschrift "Der Ring" mit Kommunisten weist Peter Elger hin:"Der 'Ring' ist jedoch das irritierendste Produkt der FFF-Bewegung (Freiland, Freigeld, Freiwirtschaft; d.Verf.). Der faschistischen Verankerung ist man sich nicht im geringsten bewußt. Im Gegenteil. Das führte so weit, die Kommunisten und revolutionären Anarchisten als Bundesbrüder anzuerkennen (Verbindung lief über Ablehnung des Kapitalismus), der Unterschied lag in dem anzustrebenden Wirtschaftszustand.(...) Im Februar 1926 wurde der korporative Beitritt des RJR zur Roten Hilfe vollzogen. Im gleichen Monat wurden einhunderttausend achtseitige Tagungsaufrufe für die 3. Ostertagung im März in Kassel in linksorientierten Gruppen (u.a. kommunistische Jugend) verteilt. Auf dieser Tagung stellte der Rotfrontkämpferbund den Saalschutz."(23) Diskussionen und Auseinandersetzungen gab es auch mit dem damaligen KPD-Reichstagsabgeordneten Karl Korsch.
Nach dem 2. Weltkrieg wurden etliche Mitglieder linkssozialistischer Gruppierungen in Hessen, die in der Tradition der SAP und der KPO standen, von Gesellideen beeinflußt, ohne sie in der Regel ganz zu übernehmen. Der Vorsitzende der größten Gruppierung "Arbeiter Partei" (AP) Galm hatte Kontakte zur FSU. Auch in der titoistisch angehauchten "Unabhängigen Arbeiterpartei"(UAP) gab es Gesellanhänger. Spätestens Mitte der 50er Jahre verschwanden diese Gruppierungen vollends von der Bildfläche. (24)



Durch seine Berufung auf Proudhon und Stirner ("Die natürliche Wirtschaftsordnung wird darum auf dem Eigennutz aufgebaut sein."-NWO S.13) in seinen Schriften machte Gesell auch auf Landauer und Mühsam Eindruck; sein Eintreten für den Abbau des Staates machte ihn auch für Anarchisten symphatisch. Da sich die Akteure der Münchener Räterepublik währungs- und wirtschaftspolitisch nicht viel zutrauten, griffen sie zu dem Strohhalm Silvio Gesell und er wurde für wenige Tage Finanzminister. In der anarchistischen Literatur wird folglich sein Name in diesem Zusammenhang nur kurz erwähnt. Viel Zeit hatte er wirklich nicht, sodaß er seine "Reformen" nicht verwirklichen konnte. Im Nachhinein hatte Gesell alle Mühe, diese peinliche "Entgleisung" seinen in der Mehrheit rechtsgerichteten Anhängern zu erklären. Die offizielle freiwirtschaftliche Geschichtsschreibung hört sich ganz im Sinne Gesells so an:
"Die frevelhafte Inflationspolitik der November-'Sieger' führte zu einem wirtschaftlichen und infolgedessen auch politischen Chaos - auch in München. Auf dessen trüben Wellen kamen linke Revoluzzer - die aber gar nicht wußten, was sie nun praktisch tun sollten - zur Macht. Wie glaubwürdig überliefert ist, suchten sie nach jemandem, der 'etwas vom Gelde verstünde' und einer von ihnen erinnerte sich 'an einen Silvio Gesell' bei Berlin. Man fragte also bei diesem an - und Gesell fuhr nach München."(25)
Die nachträglichen Distanzierungen Gesells von der Politik der Räterepublikaner verhinderten aber nicht, daß trotzdem etliche Anarchisten, u. a. auch Erich Mühsam, seiner Freiwirtschaftsidee positiv gegenüberstanden. Ein weiterer Grund für dieses Verhalten ist sicherlich, daß die Gesellanhänger mit "interessanten" Geldexperimenten während der Weimarer Republik aufwarten konnten, als es von anarchistischer Seite im deutschsprachigen Raum nicht mehr viel zu bewegen gab und es bergab ging. In der kleinen Gemeinde Wörgel/Tirol ergriff 1932 der sozialdemokratische Bürgermeister Unterguggenberger die Initiative und gab in Verbindung mit der örtlichen Raiffeisen-Bezirkskasse als Geldersatz Arbeitswertscheine heraus, die einem monatlichen Wertverlust unterlagen. Durch den so bewirkten schnellen Geldumlauf wurde die Wirtschaft der Gemeinde belebt und während des gut einjährigen Experiments bekamen ein Drittel der Arbeitslosen wieder Arbeit. In der Folge von Gedenkveranstaltungen und Festvorträgen "50 Jahre Wörgeler Freigeld" zeigen sich auch heute noch Antroposophen und Ökologen beeindruckt.(26) Von 1926 bis 1931 propagierten die Freiwirtschaftler einen "Geldstreik" und brachten als Privatgeld die "Wära" in Umlauf, die vor allen Dingen von kleineren Kaufleuten benutzt wurde. "Zur Freigeldbewegung bekannten sich verschiedene Experimente mit privaten Verrechnungssystemen: Ausgleichskassen der dreißiger Jahre, der (nach wie vor aktive)

DER DRITTE WEG

FREISOZIALE ORDNUNG JENSEITS VON KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS-KOMMUNISMUS

Schweizer 'WIR-Wirtschaftsring' sowie die bundesdeutsche ARGO-Organisation (Nordheim) und der SAG Giroverkehr (Vaduz) der fünfziger und sechziger Jahre."(27) Mit einer anarchistischen Gesellschaftsauffassung haben dererlei Geldbewegungen allerdings herzlich wenig zu tun. Trotzdem versuchen einige Leute Silvio Gesell zum "Marx der Anarchisten" zu machen. In der Nr. 90 der Zeitschrift "883" (28) versprechen sie nicht wenig, was dabei herauskommen soll: "Eine Marktwirtschaft mit wirklichem Wettbewerb, aber ohne Konkurrenz bis aufs Messer, bedingt durch Wirtschaftsmonopole, periodisch wiederkehrende Krisen, Absatz-

883 Nr. 90 in allen linken Buchläden! Mit der Darstellung einer anarchistischen Marktwirtschaft ohne Ausbeutung, Krisen und Wachstumszwänge als Basis autonomer Kommunen.

(TAZ vom 3.6. 83)

stockungen und Arbeitslosigkeit, aber auch ohne erzwungene tägliche, 8-stündige Schufterei in Fabrikzuchthäusern, Büros und Konsumtempeln; eine Marktwirtschaft mit sinnvollen, an den wirklichen Bedürfnissen der Verbraucher orientierten Leistungen, aber ohne Verselbständigung des Leistungsprinzips; eine Marktwirtschaft mit Leistungsgerechtigkeit, die die Ausbeutung jenen, die produktive Leistungen erbringen, durch eine Handvoll parasitärer Kapitalrentner ausschließt; eine Marktwirtschaft ohne Steuerprivilegien für Wohlhabende und Reiche..." ...die es in der zu erstrebenden Zukunftsgesellschaft dieser "Anarchisten" immerhin noch gibt, denn sonst würden sie ja nicht erwähnt.

Ich halte es für ein unmögliches Unterfangen, Gesells faschismusähnliche Ausbeutungswirtschaft mal eben zu einer "anarchistischen Marktwirtschaft" umzufrisieren. Es ist gar nicht die Frage, ob etwa wirtschaftliche Instrumentarien zur Erreichung eines schnelleren Geldumlaufs "richtig" oder "falsch" sein können. Dererlei Techniken schweben nicht wertfrei im luftleeren Raum, um von anarchistischen Theorieproduzenten beliebig aufgegriffen und in ihr Lehrgebäude eingefügt zu werden. Die 883-Anarchisten finden Gesells Theorie interessant und bemerkenswert, haben an diesem oder jenem noch ein bißchen hinzuzufügen oder zu verändern. Sie schrecken wirklich vor nichts zurück und verlieren dabei den Blick für die politische und soziale Aggressivität, die der unternehmerfreundliche Mittelstand mit Gesells Argumentationshilfe gegen jede sozialistische Bewegung richtet, wenn er seine Privilegien bedroht sieht. Da nutzen auch dumme Anbiederungsversuche in Form einer Ablehnung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nichts!

Die scheinbar plötzliche Popularität von von Gesell unter Anarchisten und Grünen sollte Anlaß sein, die Ursachen hierfür zu suchen. Zum Einen ist offensichtlich Gesells Hauptwerk "Die Natürliche Wirtschaftsordnung" in den seltensten Fällen gelesen worden, sodaß man sich auf das verlassen hat, was Gesellanhänger vorgesetzt haben. Zum Zweiten kennen sich offensichtlich nicht viele von uns in volkswirtschaftlichen Fragen aus und überlassen das Gebiet lieber einem Spezialisten, nämlich Gesell.

Wenn von bestimmten Anarchisten einem dahergelaufenen faschistoiden Demagogen die Ausgestaltung unserer Wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen überlassen wird, so zeugt das nicht nur von mangelndem Durchblick auf nur diesem Gebiet, sondern stellt auch eine ungeheuerliche Verhöhnung der Opfer des Faschismus dar. In Zukunft sollten wir versuchen, die zweifellos vorhandenen richtigen anarchistischen Grundlagen für die heutige Zeit weiter zuentwickeln und zu präzisieren, damit solche blamablen Fehltritte nicht mehr passieren und keiner mehr auf die Idee kommen könnte, daß das ganze Spektakel um Gesell irgendetwas mit Anarchismus oder Selbstverwaltungssozialismus zu tun habe. Eine solche Erkenntnis wäre freilich nicht neu, sie hat schon 1927 ausführlich in das FAUD-Organ "Die Internationale" Eingang gefunden:

"Das Freigeld läßt den Unternehmern die Produktionsmittel und läßt ihnen dadurch das Vorrecht, genau so zu verfahren, wie sie es heute auch machen. Die Abschaffung der Ausbeutung bleibt eine Frage der Macht und darüber hinaus eine Frage der Fähigkeit, wieweit die Gesamtheit aller Arbeitenden in der Lage ist, Produktion und Konsumtion nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln."

* * *



Freiwirtschaftliche Zeichnung mit kleinem Fehler...

ANMERKUNGEN:

(1) Kurt Kessler:"Mut zur Reform des Geldes". Diagnosen 7/83. Diese immer mehr im rechtsradikalen und obskurantistischen Sumpf versackende Zeitschrift (Titelstory 7/83: "War Hitler ein schottischer Freimaurer?") enthält regelmäßig Artikel von Gesellanhängern.
(2) Ernest Mandel: "Marxistische Wirtschaftstheorie" S.311 und 441
(3) Peter Elger: "Die Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung Silvio Gesells bis Ende der Weimarer Republik." (Diplomarbeit 1978) Seite 69. Diese 270seitige Arbeit ist eine gründliche Aufarbeitung von Silvio Gesells Wirken.
(4) Felix G. Binn:"Keynes passé? - Vivat Friedmann?", mtg Nr.33, Seite4.
(5) Elmar Altvater:"Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution." Prokla Nr.44, Seite 13.
(6) Elmar Altvater,siehe 5, Seite 22
(7) Kurt Keßler in "Der Dritte Weg" 10/1980, Seite 8
(8) Peter Elger,siehe 3, Seite 41
(9) "Silvio Gesell - Prophet eines dritten Weges?" Diagnosen 12/1980,S.18.
(10) Peter Elger nennt in seiner Diplomarbeit hierfür Dutzende von Beispielen, eines davon:"Ab 2. Jahreshälfte 1924 wird unter den Gesellianern die Arbeitsdienstpflicht erörtert. Größtenteils ist man dafür, da nach ihrer Lehrauffassung der Zins durch ungehemmte Arbeit beseitigt wird. Arbeitsdienstpflicht wird als Reichsarbeitsdienst verstanden. Damit gehören die Gesellianer zu den ersten Befürwortern."(Seite 208)
(11) siehe 7, Seite 9
(12) Hugo Kierdorf in "Glaube und Tat" Nr. 3/1964
(13) "Ultrarechte Tendenzen" bei den Mitgliedern des Arbeitskreises Dritter Weg NWO? - Eine Stellungnahme von Tristan Abromeit zum Vorwurf des KV Verden. Seite 8. Abromeit bezeichnet sich in dieser Broschüre als Anarchist.
(14) Günter Bartsch:"Anarchismus in Deutschland, Bd.1", Seite 80.
(15) siehe 14, Seite 89
(16) siehe 3, Seite 236
(17) Der Dritte Weg 3/1980, Seite 2.
(18) Der Dritte Weg Nr. 9/1979,S. 13.
(19) Der Dritte Weg 8/1979, S. 9
(20) Der Dritte Weg 10/11 1983, S.27
(21) siehe 17, Seite 11
(22) Der Dritte Weg 1/1980, S. 5
(23) siehe 3, Seite 217
(24) Bernd Klemm:"Die Arbeiter-Partei" SOAK-Verlag.
(25) Der Dritte Weg 10/1979
(26) Jedermann Nr.451, Seite 6 bis 7 Öko-Journal Nr. 5/83 Seite 6
(27) Der Dritte Weg 10/1980, Professor Dr. Oswald Hahn.
(28) 883-Bezug: Rhizom-Buchladen, Eisenacherstr. 57, 1 Berlin 62, 3.- DM.



Der Weg der USA aus der Krise

Hochzinspolitik und Dollarkurs

Die Weltwirtschaftskrise hält mittlerweile schon seit mehreren Jahren an und keinerlei Aufschwungstendenz ist sichtbar. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Situation der imperialistischen Staaten stagniert, die der abhängigen Staater verschlechtert sich ständig. Allein 35 Millionen Arbeitslose in den imperialistischen Ländern selbst, eine Gesamtverschuldung der abhängigen Länder von insgesamt 700 Mrd. $ (1), Umschuldungsverhandlungen, Moratorien und immer neue Abwertungen der Währungen der abhängigen Länder und in geringerem Maße auch einiger imperialistischer Länder wie Frankreich zeigen die Schärfe der Krise. Seit 1980 schrumpft der Welthandel zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg und die Preise für Rohstoffe sind auf dem niedrigsten Stand seit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren. Vor allem die abhängigen Länder stecken in der Zwickmühle hoher Verschuldung, die mit gesteigerten Exporten abgezahlt werden sollte. Aufgrund der Krise wird dieses zunehmend unmöglich. Die Banken vergeben keine neuen Kredite mehr an die abhängigen Länder, sondern hangeln sich nur noch durch akrobatische Umschuldungsverhandlungen.

Und doch gibt es offensichtlich auch Nutznießer der Krise. Der Dollarkurs erreichte in den letzten Tagen einen Stand wie vor 10 Jahren. Die Geschäftsabschlüsse der Großbanken in den imperialistischen Staaten verzeichnen allesamt Rekordgewinne und einige Multinationale Konzerne schwellen durch Fusionen und Aufkäufe enorm an.

Die Krise in den imperialistischen Staaten

Es ist offensichtlich, daß die aktuelle Krise in den imperialistischen Ländern ihren wesentlichen Grund in der Überakkumulation des Kapitals hat. Kaum eine Branche, die nicht mit „Strukturproblemen" zu kämpfen hat, was unter anderem heißt, daß Überkapazitäten abgebaut werden sollen. Gleichzeitig verursachte die Krise einen gewaltigen Rationalisierungsschub, besonders durch den Einsatz elektronischer Datenverarbeitung. Dies konnte zwar in einigen Branchen produktionsneutral geschehen, doch ist in vielen Branchen auch das Beibehalten des aktuellen Produktionsniveaus nicht mehr profitabel. Ein klassischer Weg, diesem Dilemma zu entgehen, ist der Export und die Produktion im Ausland im Kampf um die Weltmärkte. Praktisch alle imperialistischen Staaten steigerten in der Krise Mitte der siebziger Jahre und in den letzten zwei Jahren die Exporte im Verhältnis zu ihrem Bruttosozialprodukt (2). Ebenso stieg der Anteil der Profite aus dem Ausland. Die amerikanischen Großbanken liegen hierbei weit

an der Spitze. 1981 veröffentlichten Citicorp, Chase Manhattan und Morgan Gewinne von 18, 11 und 7 Milliarden US-$, die zu 62, 65 und 63% im Ausland erzielt wurden. Für die vierzehn größten Bankinstitute der USA beläuft sich der Anteil von Profiten aus dem Ausland auf durchschnittlich 54% (3). Bei den amerikanischen Großkonzernen sieht es nicht viel anders aus. Die Ölkonzerne liegen deutlich an der Spitze mit 84%, Atlantic Richfield und z.B. Exxon mit 70%. Bei PanAm sind es 70, bei IBM 45, bei Dow Chemicals 48, bei Ford 41 und bei Coca Cola 59%. Die Liste ließe sich noch beliebig fortführen, aber es finden sich bei den Großkonzernen kaum Anteile unter 40% (3).

Ein anders wesentliches Element der Krise ist die sprunghafte Zunahme der Fusionen und Aufkäufe, die vor allem in den USA den Monopolisierungsgrad rasant gesteigert hat. Nach einem Bericht des amerikanischen Senats betrug 1972 die Summe der Fusionen und Aufkäufe 1,5 Mrd. US-$. Bis 1977 schnellte sie auf 6 Mrd. und erreichte 1981 die schwindelnde Höhe von 82 Mrd. Allein der Kauf von Conoco durch Du Pont betrug 7 Mrd. und war damit ebenso hoch wie die Gesamtsumme von 1977. Diese Orgie des Kannibalismus rief trotz Überkapitalisierung der meisten Großkonzerne einen großen Kreditbedarf hervor. Die Banken konnten an sogenannte „erste Adressen" Kredite vergeben, deren Rückzahlung sie sich sicher sein konnten. Der Effekt war aber eine erste sprunghafte Erhöhung der Bankzinsen. Der Präsident von Seagram, der selbst eine Fusion von 7,5 Mrd. in die Wege leitete, erklärte diesen Prozeß und vor allem dessen staatliche Unterstützung folgendermaßen: *„Bei den jüngsten Aufkäufen, deren Zeuge wir sind und die sich noch fortsetzen werden, wurden Milliarden Dollar bei den Banken kurzfristig ausgeliehen, um die Übernahme einer Gesellschaft durch eine andere zu finanzieren. Während eine große Zahl von potentiellen Darlehenssuchenden sich um Kredite bewirbt, steigt der Zins. Dieses passiert, während die Bundesbank feststellt, daß die Inflation ein schlimmeres Übel als die Rezession sei und sich weigert, die Geldmenge zu erhöhen."* (4) Das bedeutet, daß die Banken mit staatlicher Unterstützung dafür sorgen konnten, daß ihr ausgeliehenes Geld nicht an Wert verlor, und sie die stattlichen Zinsen voll einstreichen konnten und können. Durch diesen Mechanismus wird das Bankkapital zum Nutznießer der in der Krise sprunghaft steigenden Monopolisierung.

Ein anderes wesentliches Moment, die Krise zu überwinden, besteht speziell für die USA in der Aufrüstung. Da bis 1987 ca. 1.900 Mrd. $ für die Kriegsproduktion ausgegeben werden sollen, ist der amerikanische Haushalt rasant in die Miesen gerutscht und wird dies noch auf Jahre bleiben. (5) Der Zweck ist staatlich bewirkter Profit für die Rüstungsindustrie und eine Scheinkonjunktur in den betroffenen Branchen. Das langfristige Ziel ist, mit dieser Hochrüstung einen 3. Weltkrieg führen zu können, der den USA neue Märkte und Profitquellen erschließt.

Bis zu diesem Punkt ergibt sich eine starke Parallele zur Situation der imperialistischen Staaten und vor allem der USA zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929/30. Um dem Verfall der Industrieproduktion entgegenzuwirken, wurde in allen Staaten die Rüstungsproduktion angekurbelt und sich auf einen gewaltsamen Ausweg aus der Krise vorbereitet. Dieses ist schon von Beginn des Jahres 1930 nachzuweisen (6). Üblicherweise wurden solche Rüstungsanstrengungen mit Kriegsanleihen finanziert, die eine starke Inflation nach sich zogen. Die Finanzierung der Kriegsrüstung der USA dagegen erfolgt über das Mittel der Hochzinspolitik auf Kosten seiner imperialistischen Konkurrenten. Wie erwähnt, darf die Inflation nicht ansteigen, da die Banken sonst erhebliche Verluste in ihren Kreditgeschäften zu verzeichnen hätten. Daher wird mit hohen Zinsen ausländisches Kapital in die USA gezogen. Wer heute einen amerikanischen Bundesschatzbrief erwirbt, kann mit 12% Zinsen an der Aufstellung der Pershing und Cruise misseles mitverdienen. Ebenso wird natürlich über den Hochzins die Ausbeutung der Dritten Welt in Form der Verschuldung drastisch gesteigert. M.Feldstein, einer der ökonomischen Berater der Reagan-Administration, schätzt für 1983 den Zustrom ausländischen Kapitals auf ca. 1% des Bruttosozialproduktes (25 Mrd. $), was eine äußerst bedeutsame Summe ist verglichen mit der nationalen Sparquote von 2% (7). Die Hochzinspolitik zieht eine enorme Aufwertung des Dollar nach sich, die in den letzten Wochen ihre bisher größten Blüten trieb. Dieser Dollarkurs bewirkt binnenwirtschaftlich eine Erhöung der Importe, da diese billiger werden und damit eine weitere Welle von Konkursen und Zusammenbrüchen amerikanischer kleiner und mittlerer Firmen, die sich gegen die ausländischen Waren nicht behaupten können. Dieses wird wiederum die Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen. Beide Effekte werden von der Reagan-Regierung bewußt in Kauf genommen (7) und der Direktor des GATT (Organisation der UNO für Zoll und Handelsfragen) faßte dies in die zynische Formel: *„Die Arbeitslosigkeit ist, so könnte man sagen, der Preis, den wir für die Freiheit zahlen und für den Fortschritt, der die Freiheit ermöglicht"* (3). Dies auf dem Hintergrund von 12 Millionen Arbeitslosen in den USA!

Außenpolitisch bedeutet der hohe Dollarkurs verbunden mit der Hochzinspolitik eine Verteuerung der Importe der anderen Länder, die in Dollar abgewickelt werden. Dies betrifft z.B. den gesamten Ölhandel. Vor allem wird aber zusätzlich die Schuldenlast der vom Imperialismus abhängigen Länder erhöht. Insofern dient diese Wirtschaftpolitik in vieler Hinsicht dem Ziel der USA, in der Krise einen Weg zu finden, wieder die absolute Vormachtstellung gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten zu erreichen, die sie direkt nach dem 2. Weltkrieg hatte und zugleich zu einem entscheidenden militärischen Schlag gegen die UdSSR ausholen zu können.

Da trotz aller Beteuerungen auf Gipfeltreffen wie in Williamsburg die

USA keineswegs von diesem Wirtschaftskurs abgehen, mehrt sich die Kritik der EG. Doch auch die einhelligen Proteste der Bundesregierung und der SPD können nichts daran ändern, daß das Kapital immer dahin fließt, wo der größte Profit winkt.

Die Auswirkungen auf die Län der der „3. Welt"

Die Weltwirtschaftskrise macht sich in den abhängigen Ländern vor allem in dem Rückgang der Exporterlöse bemerkbar, der sowohl durch den Verfall der Preise als auch durch verringerte Nachfrage verursacht wird. Hinzu kommt eine protektionistische Politik, die die imperialistische Länder seit jeher verfolgen, die aber in der Krise drastisch zugenommen hat, wie sich auch an den Auseinandersetzungen zwischenden USA und der EG in Bezug auf den Agrarmarkt gezeigt hat. Wie schon erwähnt, sind die Rohstoffpreise die niedrigsten seit der Weltwirtschafskrise 1929, und auch das einzige bisher wirksame Rohstoffkartell in abhängigen Ländern, die OPEC, ist stark geschwächt. Am deutlichsten ist dieses an ihren Einnahmen zu erkennen. Sie fielen von 102 Mrd. $ im Jahre 1980 auf ganze 12 Mrd. $ für 1982! (8)

Es herrscht ein unerklärter Krieg der imperialistischen Staaten auf dem Gebiet der Rohstoffe. Entsprechend konnte auch als Ergebnis der Welthandels-Konferenz UNCTAD in Belgrad nur beschriebenes Papier vorgewiesen werden. Während die EG und Japan noch wohlklingende Worte von notwendiger Partnerschaft verloren, machten die Vertreter der USA während der ganzen Konferenz deutlich, daß sie noch nicht einmal zum Verhandeln gekommen waren, sondern nur um die US-Positionen vorzutragen.

Der Preisverfall der Rohstoffe geht einher mit einem kontinuierlichen Anstieg der Preise für Industrieprodukte. Dadurch verschlechtern sich für die abhängigen Staaten die sogenannten „terms of trade" erheblich. Da bis zum heutigen Tage die Preise für alle metallischen und nicht-metallischen Rohstoffe an den Börsen in London, New York usw. festgesetzt werden, treten die rohstoffproduzierenden Länder auch bei teilweise oder ganz nationalisierter Produktion als Konkurrenten auf diesen Börsen auf, die gegeneinander ausgespielt werden können. Bei Überangebot oder mangelnder Nachfrage kommt es daher in Krisen zu drastischen Preiseinbrüchen. Da die industriellen Güter zum überwiegenden Teil in Bezug auf Herstellung und Vertrieb in der Hand der multinationalen Konzerne sind, können dagegen auch in Krisenzeiten hohe Monopolpreise aufrechterhalten werden.

Vom Preisverfall sind aktuell praktisch alle Rohstoffe betroffen. Beispielsweise ging der Preis für Zucker von Oktober 1980 bis Ende 1982 von 40 auf 6 cent pro Pfund zurück (9). Kupfer fiel von Februar 1980 bis Juni 1982 von 140 auf 54 cent. Ähnliches gilt für Kakao, Mais, Soja und Kaffee. Halten konnten sich praktisch nur die Preise für Wolle und Zinn. Sogar die US-Landwirtschaft ist durch den Preisverfall des Soja- und Weizenpreises in starke Bedrängnis geraten.

Solche Preisstürze haben für abhängige Länder, die entweder als Erbe des Kolonialismus oder späterer Einwirkungen des Imperialismus vom Export eines oder weniger Rohstoffe abhängig sind, katastrophale Folgen. Dieses trifft sogar solche sogenannten Schwellenländer wie Brasilien, das stark vom Export von Kaffee, Soja, Zucker und Kakao abhängig ist. Besonders betroffen sind von dieser Situation auch die Elfenbeinküste, die im wesentlichen Kaffee, Kakao und Zucker exportiert, Malaysia mit Zinn, Kautschuk und Palmöl, Sambia und Chile mit Kupfer, Zaire mit Kupfer und Kobalt sowie Kolumbien mit Kaffee und Ghana mit Kakao.

Die aktuelle Krise ist derartig, daß einige Rohstoffkonzerne teilweise unter die Kontrolle der Ölkonzerne gerieten. Für den Bereich der Aluminiumherstellung betrifft dieses Kennecott, Le Nickel und Anaconda (10).

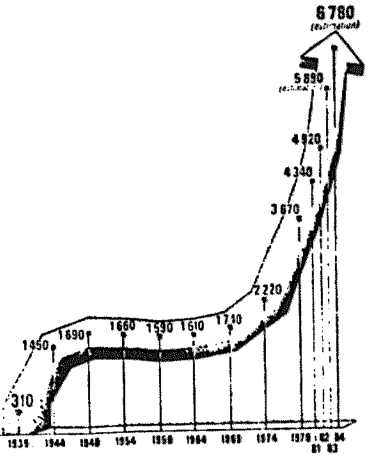
Um Preisschwankungen zu entgehen, werden schon seit Anfang des Jahrhunderts Diskussionen um Fonds für bestimmte Rohstoffe geführt, die eine gewisse Pufferfunktion ausüben sollen. Ermuntert durch die Existenz der OPEC würden in den sechziger und siebziger Jahren zusätzlich verschiedene Zusammenschlüsse versucht, die den produzierenden Ländern Rückhalt geben sollten. Die bekanntesten Beispiele sind die „Gruppe von Bogota" für Kaffee, die CIPEC, ein Zusammenschluß Kupfer exportierender Staaten und die Förderstaaten von Zinn unter der Führung von Malaysia. All diese Bemühungen sind erfolglos geblieben.

Auch die im Rahmen der UNCTAD geschlossenen Rohstoffabkommen blieben bisher uneffektiv. Das Kautschukabkommen wurde beispielsweise 1979 geschlossen und sieht ein Ausgleichslager von 400.000 Tonnen vor, das zur Stützung der Preise gefüllt wer den kann. Doch konnte das Abkommen nicht verhindern, daß Anfang dieses Jahres die Preise auf den niedrigsten Stand seit 1981 fielen. Auch das Kaffeeabkommen, das seit 1976 besteht, hat nicht verhindern können, daß seit 1982 der Mindestpreis unterschritten wurde. Gleiches trifft auch auf das Kakaoabkommen zu, das seit 1980 in Kraft ist und zu keinem Zeitpunkt die Mindestpreise halten konnte. Erschwerend kommt hier hinzu, daß das wichtigste Erzeugerland, die Elfenbeinküste und das größte Verbraucherland, die USA, dem Abkommen gar nicht beigetreten sind (11).

Das Zuckerabkommen von 1977 wurde von der EB zunichte gemacht. Zwischen dem Zucker aus Rohr und aus Rüben besteht seit Jahren ein harter Konkurrenzkampf. Rübenzucker wird vor allem in der EG und den USA angebaut, Rohzucker in den abhängigenLändern. Gegen Rohrzucker in den abhängigen Ländern. Gegen Rohrzucker hat die EG hohe Zollschranken, subventioniert aber die eigene Rübenproduktion mit fast 2 Mrd. DM, um sie konkurrenzfähig auf den Weltmarkt bringen zu können. Dies ist der entscheidende Grund, warum bei stagnierendem Verbrauch der Weltmarktpreise seit 1982 in den Keller gesackt ist (12).

Auch das Zinnabkommen, erst seit Juli 1982 in Kraft, ist bisher völlig wirkungslos. Der Zinnpreis konnte bisher nicht über dem Mindestpreis gehalten werden. Dies liegt vor allem daran, daß bei Preissteigerungen die USA aus ihrem strategischen Vorratslager Zinn auf den Markt warfen und den Preis erfolgreich drückten. Die USA als bedeutendster Zinnverbraucher sind dem Abkommen natürlich nicht beigetreten (11).

Ein Weg, der wachsenden Preisschere zwischen Rohstoffen und Industrieprodukten zu entgehen, wäre die Weiterverarbeitung im eigenen Lande. Doch entgegen den Reden Lambsdorffs auf der UNCTAD-Konferenz über den nötigen Freihandel, schützen sich die imperialistischen Länder durch gestaffelte Zollsysteme gegen die Einfuhr von Fertigwaren und Zwischenprodukten. In der EG z.B. liegen die Zölle für Kakaobohnen bei 2%, für Kakao-Pulver bei 54% und für Schokolade bei 12%. Zudem ist der Handel mit Rohstoffen fest in imperialistischer Hand. Beispielsweise teilen sich über die Hälfte des Weltzuckerhandels drei britische und drei US-Firmen (12).



Die Staatsschulden der USA haben sich in 20 Jahren pro Einwohner vervierfacht.

Ein gemeinsamer Rohstofffond, der 1942 schon von Keynes angeregt wurde, konnte ab Juni 1980 ratifiziert werden. Da aber vor allem die USA ihre Absicht erklärt haben, nicht beizutreten, wird er wirkungslos bleiben.

Es bleibt in der Krise vor allem für die abhängigen Länder eine äußerst düstere Perspektive. Die hohe Verschuldung, die mit Exporten finanziert werden sollte, wird immer drückender, da Exporte kaum noch Erlöse bringen. Der Verlust ihrer Erlöse aus Exporten führte in den abhängigen Ländern zu einem drastischen Rückgang der Importe. 1981 gingen noch ca. 20% der Exporte aus imperialistischen Ländern in abhängige Länder (ohne die OPEC-Staaten). Bis Anfang 1982 fiel diese Rate auf ca. 13% (8). Diese Entwicklung vertieft zweifelsohne die Krise in den imperialistischen Staaten noch mehr, da sich deren Exporte verringern.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die USA versuchen, auf Kosten ihrer imperialistischen Konkurrenten und der abhängigen Länder, die Krise zu überwinden. Hierbei hat sich innerhalb der USA das Finanzkapital mit einer brutalen Politik durchsetzen können, die gleichzeitig im Inneren auf Verelendung und Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern und Farmern setzt und außenpolitisch die eigene Aufrüstung durch die imperialistischen Konkurrenten finanzieren läßt, was diese gleichzeitig schwächen soll.

Die aktuelle US-Politik setzt gleichermaßen auf Sieg im wirtschaftlichen wie militärischen Bereich. Das Bankkapital und auch hier vor allem das US-Kapital, das heute durch Hochzinspolitik und dadurch überhöhtem Dollarkurs die Ausbeutung der abhängigen Länder schlagartig gesteigert hat, wird in den nächsten Jahren in der Sackgasse der Unmöglichkeit der Rückzahlung dieser Schulden aufgrund fehlender Exporterlöse stecken. Doch wäre dieses erstens nichts Neues für den Imperialismus — auch 1929 erklärten sich zahlreiche Länder für zahlungsunfähig (6) — zweitens wird schlicht nach der Devise verfahren, diesen Hochzinskurs solange weiterzufahren wie nur irgend möglich. Bisher sind jedenfalls die Großbanken die unbestreitbaren Gewinner der Krise.

Anmerkungen

1. Weltbankchef Clausen in einer Rede am 24.2.83 in Harvard, USA
2. Vereinigung der Schweizer Banken, Tatsachen und Trends, September 1981
3. Trade and Development, UNCTAD, Genf, 1982
4. New York Times, 29.9.82
5. Spiegel, 20/83
6. E.Varga, Ausgewählte Schriften, Bd.2
7. Le Monde Diplomatique (LMD), Juli 83
8. LMD, Juni 83
9. LMD, Mai 83
10. LMD, Mai 83
11. FAZ, 9.6.83
12. FR, 11.6.83
13. Schweers, Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung, 1980

Aus: Arbeiterkampf Nr. 237, 5.Sept.83

PROJEKT-MESSE 1983 bei der ASH-Krebsmühle in Oberursel

von Gerhard Kern

In der Zeit vom 19.-27.August fand in Oberursel, bei Frankfurt, eine Messe alternativer Projekte statt. Organisiert hatte das "taz Betriebszeitungstreffen". 95 Projekte fanden sich mit ca. 45 Ständen auf dem Gelände der Arbeiterselbsthilfe ein. Was sich hier traf, kann man/frau unter dem Begriff SELBSTVERWALTETE BETRIEBE im weitesten Sinne zusammenfassen.Kommunen, wie der Reininghof, Finkhof, die Ufa-Fabrik Berlin; Vereine wie Netzwerk e.V. und Leben e.V. oder die verschiedensten Handwerkskollektive, insbesondere auf dem Gebiet der alternativen Technologie waren vertreten.Leider fehlten Projekte aus den Gebieten der Medizin, Biologie und Ökonomie fast vollständig und die Sozialarbeit war ebenfalls unterrepräsentiert.

Insgesamt betrachtet, möchte ich von einem großartigen, vielleicht auch beispielhaftem, Gemeinschaftserlebnis (-ergebnis/-erfolg) sprechen, da es immerhin gelungen war, die gesamte Organisation und Bewältigung dieses Messegeschehens gemeinsam, - d.h. mit allen Ausstellern -, zu leisten. Ein Beweis für die Möglichkeit der Co-Evolution oder Gegenseitigen Hilfe.

Am Abend eines jeden Tages trafen sich die Aktiven im nicht immer pünktlich beginnenden Plenum und legten die Arbeitsaufteilung für den nächsten Tag fest. Nach anfänglichen Schwierigkeiten lief es dann fast reibungslos. Auch das finanzielle Risiko wurde gemeinsam getragen, mit der Aussicht, daß bei einem nicht erwarteten Überschuß eine von allen bejahte Aktion betrieben würde (z.B. Erstellung einer Broschüre).

Unerwartet in dem erlebten Ausmaß war die Teilnahme der Öffentlichkeit. Schon bei der Pressekonferenz vor der Eröffnung der Messe war fast alles was "Rang und Namen" hat anwesend und im Verlaufe der Woche gaben sich die Medienvertreter die "Türklinke in die Hand". Tageszeitungen, Wochenschriften, Rundfunk und TV waren zugegen und berichteten mehr oder weniger qualifiziert. Starkes Interesse an den Theorie-und Praxisansätzen der Subkultur war permanent erlebbar und gründete unter anderem auch in der Unfähigkeit des Kapitalismus mit den heute auftretenden Krisen umzugehen. An zwei Abenden war denn auch der Versuch gestartet, bei gut besuchten Fernsehdiskussionen im ASHeigenen Circuszelt, mit den Vertretern der ANDEREN SEITE gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen, - was verständlicherweise nicht gelang, da ein selbstbestimmtes Leben oder selbstverwaltetes Leben nicht im Sinne der Staatsvertretung jedweden Kolorits sein kann.

Der schwarze Faden, der sich für mich durchs ganze Messegeschehen zog, war eigentlich die Suche und auch ansatzweise das Finden der Menschen von einer anderen Lebens-und Arbeitsqualität. Das scheint mir gerade der Wert des Unterfangens zu sein, daß hier und heute die Menschen BEGINNEN Anarchie zu leben, wenn das auch immer nur in hohen Potenzen sein kann. Und es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß der größte Teil der Kommunen, Betriebe und Vereine, wenn auch nicht immer bewußt, anarchistische Grundzüge hat. Daher sollte auch die Entwicklung der Gegenökonomie unser ganzes Interesse und selbstverständlich auch Beteiligung haben. Wobei natürlich an weiterführenden gesellschaftsverändernden Theorien von libertärer Seite, ohne Rückgriff auf die Klassiker, gearbeitet werden muß.

OFFENER BRIEF IRANISCHER ASYLANTEN

Seitdem das Khomeni-Regime seine Macht im Iran festigen konnte und sich die politischen Verhältnisse immer mehr verschärft haben (allein von 1979 bis 1981: 1600 Hinrichtungen laut AI), hat die Emigration iranischer Oppositioneller in die BRD rasch zugenommen. Die Situation dieser Emigranten hat sich im Zuge der neuen Ausländerpolitik unter Zimmermann stark verschlechtert. Wie die anderen Asylanten auch, leben die iranischen Flüchtlinge kaserniert in Lagern, als Objekte deutscher Bürokratie, in Ungewissheit und unter ungeheurem ökonomischen Druck.

Das monatliche Taschengeld eines kasernierten Asylbewerbers beträgt zur Zeit 70.-DM.

Den Flüchtlingen ist es verboten die Stadt oder den Landkreis, in dem sich das Lager befindet, ohne Erlaubnis zu verlassen. Einzelne Asylanträge befinden sich seit zwei Jahren "in Bearbeitung". Der ungewisse Ausgang des Asylverfahrens bedeutet eine ungeheure psychische Belastung.

Um den Rechtsweg zu beschleunigen werden Anwälte benötigt, doch die können von 70.-DM kaum bezahlt werden.

Erst wenn Emigranten Asyl bekommen haben, können Sie einen Sprachkurs besuchen. Dadurch verstärkt sich ihre kulturelle Isolierung; die Asylanten leben als unbekannte Fremde in einem Ghetto, das sie nicht verlassen dürfen, das sie aus Geldmangel und Behördenwillkür weder sprachlich noch räumlich durchbrechen können. So werden sie, "die Asylanten", ein Fremdkörper im "gesunden Volksempfinden der Deutschen" und bieten sich als Sündenböcke an, auf die sich die gesellschaftlichen Konflikte abwälzen lassen.

RADIO LIBERTAIRE ERFOLGREICH!

Nach zwei Jahren ununterbrochener Kämpfe und Umschwüngen (Verbot, Beschlagnahme...) hat RADIO LIBERTAIRE es endlich geschafft, daß die Stimme der Anarchisten legitim auf der UKW Frequenz anerkannt ist.

Sobald die 103.9 mhz frei ist, wird RADIO LIBERTAIRE von 3-6 Uhr/ 13-17 Uhr / 19-24 Uhr senden. Bis es soweit ist, wird RADIO LIBERTAIRE weiter auf 89.5 mhz senden.

Dieser Erfolg ist das Resultat tausender Bemühungen in Frankreich und im Ausland von allen, die für die "Stimme ohne Herren" kämpfen.

Remon (FAF)

******

Zur Aktualität Gustav Landauers

von Hans-Jürgen Degen

I

Im Mittelpunkt von Gustav Landauers Leben steht die "Revolution": Erfassung, Veränderung und Ausleben der Totalität der menschlichen Natur - "Die Revolution bezieht sich auf das gesamte Mitleben der Menschen". Folgerichtig ist die Revolution bei Landauer nicht teilbar; weder Staat noch Wirtschaft sind revolutionär separierbar: Nur wenn das "Gemenge ... (aller) Erscheinungsformen des Mitlebens" verändert wird, ist Revolution.

Martin Bubers, auf Landauer gemünzter Ausspruch: "Wir wollen nicht Revolution, wir sind Revolution" zeigt die enorme Diskrepanz der Landauerschen zu allen anderen Revolutionsauffassungen. Revolution ist für Landauer kein einmaliger, isolierter Akt. Sie ist permanente Aktion: Wir müssen "noch einmal und noch mehr als einmal ins Bad der Revolution steigen". Revolution ist eine Lebensauffassung, eine Haltung, ein Verwirklichen des Erkannten, des Gewollten: "Wollen - wirklich wollen - ist aber dasselbe wie tun." Also ist die Antizipation des Landauerschen Sozialismus, des Anarchismus in der Gegenwart möglich. Landauer will die Zukunftsgesellschaft schon mitten in der Gegenwart installieren. Für "Erkennende" ist dies zwingend. Dieser voluntaristische Revolutionsbegriff ist getragen von Landauers unverrückbarem Glauben an unmittelbare Wirkung von Aufklärung, von unmittelbarer Freisetzung der bisher ruhenden kreativen Kräfte des Menschen.

Nicht äußere Attribute - soziales Elend, terroristische Unterdrückung usw. - sind Revolutionsmotivationen: "Die äußere Not schafft niemals Befreiung und Kultur; nur wenn über die Menschen die innere Not und Notwendigkeit kommt, raffen sie sich auf zur errettenden Tat." Landauer geht es primär um "innere Nötigung", nicht um oberflächliche Veränderung. Sein Revolutionsverständnis zielt ab auf Revolutionierung des "Geistes". Es ist keine zielorientierte Revolution im Sinne von perfekter Konstruktion der neuen Gesellschaft. Vielmehr geht es um Aufhebung tradierter Denk- und Lebensgewohnheiten; es geht um Einheit und Verschmelzung von Gewolltem und Gelebten; um Beseitigung der heute paralysierten Persönlichkeit. Landauer: "Bisher fiel alles auseinander in ein armes, schwächlich aktives Ich und eine unnahbare, starre, leblos passive Welt. Seien wir jetzt das Medium der Welt, aktiv und passiv in einem. Bisher haben wir uns begnügt, die Welt in den Menschengeist, besser gesagt in den Hirngeist zu verwandeln; verwandeln wir uns jetzt in den Weltgeist."



DER SOZIALIST

ORGAN DES SOZIALISTISCHEN BUNDES

1. JAHRGANG | BERLIN, DEN 1. DEZEMBER 1909 | NUMMER 20

Leo Tolstois Rede gegen den Krieg

[illegible]

Auf dem Frieden-Kongreß, der in diesem September in Stockholm tagen sollte, wollte Leo Tolstoi eine Ansprache an die Delegierten halten. Der Kongreß fand nicht statt. Tolstoi hat jetzt den Wunsch, zu gleicher Zeit allen Völkern mitzuteilen, was damals zu sagen er verhindert worden war. Der „Sozialist" ist gebeten worden, den Völkern Deutschlands und der Schweiz Tolstois Worte mitzuteilen. Wir kommen unsrer Menschenpflicht, die Worte des großen verehrungswürdigen Mannes weiterzugeben, wie er es will, hiermit getreulich nach. Wir lassen von seinen Worten keine Silbe weg; wir fügen kein Wort hinzu.

Geliebte Brüder!

Wir haben uns hier versammelt, um gegen den Krieg zu kämpfen. Gegen den Krieg, das will heissen, gegen das, wofür sämtliche Völker der Erde, Millionen und Millionen von Menschen, einigen Dutzenden, manchmal bloss einem einzigen Menschen nicht nur Milliarden von Rubeln, Talern, Franken, Jens, die einen grossen Teil ihrer Arbeit repräsentieren, sondern auch sich selbst, ihr Leben uneingeschränkt zur Verfügung stellen. Und nun wollen wir, ein Dutzend Privatmenschen, die aus verschiedenen Enden der Erde zusammengekommen sind, ohne alle besonderen Privilegien, vor allem ohne jede Macht über jemanden, kämpfen; und wenn wir kämpfen wollen, so hoffen wir auch zu siegen über diese ungeheuere Macht nicht etwa nur einer, sondern aller Regierungen, die über Milliarden Geldes und über Armeen von Millionen Menschen verfügen und es nur zu gut wissen, dass die Ausnahmestellung, die sie, d. h. die Menschen, welche die Regierung bilden, einnehmen, einzig und allein auf dem Militär beruht —, auf dem Militär, welches nur dann Sinn und Bedeutung hat, wenn der Krieg besteht, derselbe Krieg, gegen den wir kämpfen wollen und den wir vernichten möchten.

Bei solchen ungleichen Kräften muss ein Kampf als Wahnsinn erscheinen. Macht man sich aber die Bedeutung der Kampfmittel, die sich in den Händen jener, die wir bekämpfen wollen, und die sich in unseren Händen befinden, klar, so werden wir nicht darüber staunen, dass wir uns zum Kampf entschliessen, sondern darüber, dass das, was wir bekämpfen wollen, überhaupt noch besteht. In ihren Händen befinden sich Milliarden von Geld, Millionen williger Soldaten, in unsern Händen befindet sich nur ein Mittel, aber das allermächtigste Mittel der Welt — die Wahrheit.

Und deshalb mögen unsere Kräfte noch so gering erscheinen im Vergleich mit den Kräften unserer Gegner, unser Sieg ist ebenso gewiss, wie der Sieg des Lichtes der aufgehenden Sonne über die Finsternis der Nacht.

Unser Sieg ist gewiss, aber nur unter einer Bedingung — unter der Bedingung, dass wir die Wahrheit verkündigen und sie rückhaltlos, ohne alle Umschweife, ohne jede Konzession, ohne jede Milderung heraussagen. Diese Wahrheit aber ist so einfach, so klar, so einleuchtend, so verbindlich nicht bloss für den Christen, sondern für jeden vernünftigen Menschen, dass man sie nur in ihrer ganzen Bedeutung auszusprechen braucht, auf dass die Menschen ihr nicht mehr zuwider handeln können.

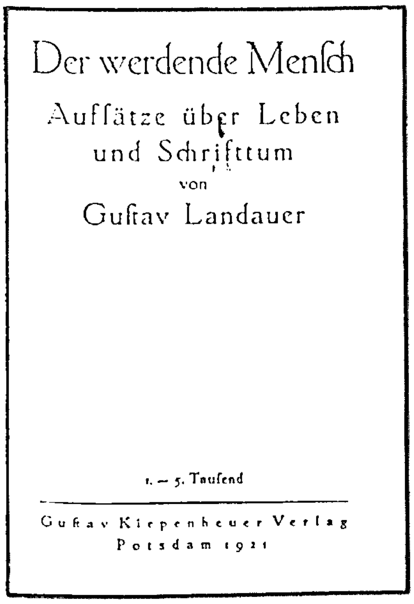
Diese Wahrheit ist in ihrer vollen Bedeutung in dem enthalten, was Jahrtausende vor uns in dem Gesetz, das wir das Gesetz Gottes nennen, in zwei Worten gesagt ist: Töte nicht. Diese Wahrheit besagt, dass der Mensch unter keinen Umständen und unter keinerlei Vorwand einen andern töten kann oder darf.

Diese Wahrheit ist so klar, so allgemein anerkannt, so verpflichtend, dass sie nur klar und bestimmt vor den Menschen aufgestellt zu werden braucht, damit das Uebel, das Krieg heisst, vollkommen unmöglich werde. Und deshalb glaube ich, dass wir, die hier zum Weltkongress versammelt sind, wenn wir diese Wahrheit nicht klar und bestimmt aussprechen, sondern uns an die Regierungen wenden und ihnen allerlei Massnahmen vorschlagen, um die Uebel des Krieges zu verringern und die Kriege seltener zu machen, auf diese Weise jenen Menschen gleichen, die mit dem Torschlüssel in den Händen gegen die Mauern Sturm laufen, die, sie wissen es wohl, ihre Anstrengung nicht zu stürzen vermag. Wir wissen, dass alle diese Menschen gar kein Verlangen danach haben, ihresgleichen zu töten, zumeist sogar die Veranlassung nicht kennen, auf die hin man sie zur Ausführung dieser Tat zwingt, die ihnen widerlich ist; dass ihnen ihre Lage, in der sie Bedrückung und Zwang erleiden, zur Last fällt; wir wissen, dass die Mordtaten, die von Zeit zu Zeit von diesen Menschen verübt werden, auf Befehl der Regierung geschehen, wissen, dass das Bestehen der Regierung durch die Armeen bedingt wird. Und nun finden wir, die wir die Vernichtung des Krieges anstreben, nichts Zweckmässigeres zu seiner Aufhebung, als ihnen anzuraten, — ja, wem denn? den Regierungen, die bloss durch das Militär, also durch den Krieg bestehen, — solche Massregeln zu ergreifen, die den Krieg vernichten sollen, d. h. wir raten den Regierungen, sich selbst zu vernichten.

Die Regierungen werden mit Befriedigung all solche Reden hören, denn sie wissen nicht nur, dass derlei Erörterungen den Krieg nicht vernichten und ihre Macht

Für Landauer erschöpft sich also Revolution nicht in der äußeren Veränderung politischer und wirtschaftlicher Institutionen. In der Revolution "erwacht" für ihn "immer wieder das Bild und das Gefühl der positiven Einung durch verbindende Eigenschaft, durch Liebe, die Kraft ist." Um Neugeburt des Menschen, um "Erhöhung" des Lebens und somit um "Erhebung" der Menschen ist ihm zu tun. Die Revolution verwandelt spontan die, die sie tragen; und sie zielt selbstverständlich ab auf die, die sie verwerfen. Deren Gewinnung ist unabdingbar für ihre Durchsetzung; ihre Eliminierung wäre Widerlegung des moralischen Anspruchs vom neuen Menschen, wäre Zerstörung des konstruktiven revolutionären Umbruchs. So kann die Revolution als Ergebnis auch nur eine pluralistische Gesellschaft, eine dynamische Gesellschaftsformation, eine jederzeit wieder revolutionär veränderbare sein. Nivellierungsprozesse sind dieser fremd. Das wäre Rückfall in vorrevolutionäre, staatlich-kapitalistische Stadien.

Die (notwendige) revolutionäre Ungeduld - von Apologeten und Verwaltern "historischer Missionen" als "kleinbürgerliches" Attribut verdammt - ist symptomatisch für Landauer: "...immer warten, immer nach den anderen sehen, immer von einem Äußeren Heil und Erlösung erwarten. Das ist das Grundübel dieser Zeit."
Landauers Appell ist an das Individuum gerichtet. Es ist zu "Beginnen" im Hier und Jetzt. Unmittelbare Veränderung des Individuums sollte nach Erkennen unhaltbarer Zustände einsetzen. Landauer. "Vom Individuum beginnt alles; und am Individuum liegt alles." Das läuft den tradierten Revolutionsstrategien zuwider. Die Absage an mechanistische Geschichtsprozesse, an Vorherbestimmtheit und Sinn von Geschichte ist bei Landauer evident. Revolution ist nicht Aufgabe einer Klasse, einer revolutionären Elite. Die Absage an den proletarischen Mythos marxistischer Terminologie ist somit konsequent. Denn um Sammlung, um Formierung all derer, "die es im Kapitalismus nicht mehr aushalten", geht es. Der Deformation des psychischen Daseins, der Paralysierung der



Der werdende Mensch

Aufsätze über Leben und Schrifttum

von

Gustav Landauer

1.–5. Tausend

Gustav Kiepenheuer Verlag Potsdam 1921

Im letztwilligen Auftrag des Verfassers herausgegeben von Martin Buber.

Persönlichkeit durch das kapitalistische System, ist Bewußtwerdung entgegenzusetzen. Das gespaltene Bewußtsein ist zum Erleben des Totalität des Lebens zu überwinden.

Landauer ist "Prophet" der Ganzheit; er ist Traditionalist; er ist ein konsequenter Konservativer: Sein Revolutionsverständnis integriert alle Facetten menschlichen Daseins: Geschichte ist nicht erstarrte Vergangenheit; sie ist stetiges Werden, ist Gegenwart, ist schon Zukunft; gegenwärtiges Tun ist Vergangenheitsreflektion; verschüttete Bewußtseinssphären, Daseins- und Lebensformen, soweit sie konstruktiv gestalten, sind rückzuführen in die Gegenwart. Zukunft ist nur so möglich.

Für Landauer ist der gesamte Geschichtsprozeß Veränderungsprozeß, der auf Zukunft gerichtet ist: "Vergangenheit ist Zukunft."Landauers Rückgriff auf Ordnungsprinzipien des Mittelalters - auf gewisse Produktionsprozesse, auf Gemeindestrukturen, auf "Gebundenheit" und solidarisches Miteinander u.a. - ist daher für sein Revolutionsziel logisch. Daß ihm das u.a. das Odium eines "mittelständischen Revolutionärs" (Marxist/Leninist H.G.Helms) einbrachte, wundert nicht. Die Utopie, der "utopische Sozialismus" findet in Landauer seinen entschiedenen Bekenner. Der Geruch des Abseitigen, popularisiert durch Verdikte marxistischer Schulen, war/ist ihm damit sicher.

II

"Mit Recht hat man gesagt, in einem positiven Sinn sei jeder planende Verstand utopisch." (Martin Buber) Landauers Begriff der Utopie ist, was sein soll. Also eine konstruktive Utopie: Sie will in der Gegenwart einen Teil der möglichen Zukunft realisieren. Das Transponieren von Vergangenheit in die Gegenwart und von Gegenwärtigem in die Zukunft ist KOntinuität in der Durchsetzung revolutionären Wollens. Neue Wirklichkeiten werden geschaffen. Die Aufsprengung aller bestehenden Denksysteme ist dazu unumgänglich; ihre Erstarrung muß dialektisch aufgehoben werden: Der Geschichtsprozeß ist eine unendlich-permanente Folge von Erreichtem und Utopie, von Utopie und zu Erreichendem ... .

Die Revolution ist für Landauer ein gesellschaftliches Prinzip; ein Prinzip von bewußtgewordenen Menschen, welches Verleugnung, das AUfgeben von falschem Bewußtsein, von falschem Leben impliziert. Das setzt Leidensfähigkeit voraus. Leiden an der sinnlosen, sinnentstellenden (Un)Ordnung herrschender gesellschaftlicher Zustände. Es setzt voraus: gelebte Halbheiten, widersinnige Kompromisse, die Einbindung in das nivellierende kapitalistische System zu verwerfen. Das setzt einfach Absagen voraus; Bruch mit Gewohnheiten, Bequemlichkeiten, mit Menschen, die (noch) nicht bereit sind, Wege der Kompromißlosigkeit einzuschlagen. Die Mittelmäßigkeit produziert den "realistischen" Typus Mensch - nicht den revolutionären, den utopisch orientierten. Der revolutionär utopische Mensch ist immer zuerst ein einsamer Typus. Die Fähigkeit zur Einsamkeit ist Fähigkeit zur Intuition. Diese prägt den revolutionären Charakter.

Die "Vernunft" der Landauerschen Utopie ist Erkennen realer "Verhältnisse" gesellschaftlicher Gegenwart. Seine "Vernunft" ist Sehnsucht nach Realisierung eines anderen, selbstbestimmten Lebens, einer gerechten Gesellschaftsordnung. Seine "Vernunft" ist philosophisch realistisch: Er appalliert an sie, um gesellschaftliche Verhältnisse herbeiführen zu können, die eben dieser "Vernunft" entsprechen. Diese Utopie ist immer unzeitgemäß. Gerade auch deshalb hat der Revolutionär Landauer den unwiderstehlichen Drang, die "innere Notwendigkeit" zum Appell, zum "Aufruf", zur Verkündung des als richtig Erkannten - zur Utopie seines freiheitlichen Sozialismus.

Der Marxismus, den Landauer auf seine spezifisch polemisch-deklamierende provozierende Art zerpflückte, ist nicht als "Travestie des Geistes". Der marxistischen Wissenschaftsbesessenheit setzt er sich als "Wissenschaftsschwindler" aus. Er ist der Utopist! - Landauers Utopie ist "die scheinbar zur Unzeitgemäßheit verurteilte Anstrengung des Geistes", die die "zukünftige Struktur der Gesellschaft" vorbereitet (Martin Buber).

Landauers radikal-intellektuelles Bekenntnis, seine Forderung nach relativ vollkommener Gerechtigkeit, nach relativer Gleichheit, nach totaler Freiheit steht diametral den tradierten Gesellschaftsformationen entgegen. Für die scheinbare Unrealisierbarkeit solcher "Utopie" steht eben der geistige Zustand des modernen Massenmenschen. Eingebunden in ein Geflecht von Abhängigkeiten, Zwängen, Normen ist der Mensch weit entfernt von selbständigem Denken und Handeln. Hier setzt die Landauersche Forderung nach Individualisierung, nach Auflehnung, nach Schaffung neuer, anderer Wirklichkeiten - also



nach Utopie - an. Die Chance der Realisierbarkeit seines utopischen Gesellschaftsentwurfs ist nur denkbar auf einem geistig-ethischen Niveau. Das muß weit über dem heute gängigen liegen: "das Mitleben der Menschen zur Bindung in Freiheit aus gemeinsamem Geiste".

"Jede Utopie ... setzt sich aus zwei Elementen zusammen: aus der Reaktion gegen die Topie, aus der sie erwächst, und aus der Erinnerung an sämtliche bekannten früheren Utopien. Utopien sind immer nur scheintot, und bei einer Erschütterung ihres Sarges, der Topie, leben sie ...wieder auf." (Landauer)

III

Landauer war kein systematischer Theoretiker. Einen geschlossenen Gesellschaftsentwurf hat er nie vorgelegt. Den kalten Rationalisten mit ihrer das Leben ertränkenden "Wissenschaft", ihren Abstraktionen, Kategorisierungen setzte er Emotionalität und Handeln entgegen. Er stellte extreme Anforderungen an sich, an seine Mitmenschen. Und das ergibt sich aus der Logik seiner Lebensauffassung: extreme Markierungen abzu-



stecken, radikale Abgrenzungen zu ziehen - damit das Mögliche, das Erreichbare, angesichts des rigorosen Anspruchs, eben noch vertretbar bleibt. Das Fehlen eines abgeschlossenen gesellschaftstheoretischen Systems läßt Landauer eben die Möglichkeit offen, sein Wollen, seine Forderungen nach "Unmöglichem" zu stellen! Teile dieser Unmöglichkeitsforderungen, dieser Utopie, sind zu jeder Zeit, in jedem Stadium der Geschichte zu realisieren.
Der gängige, unreflektierte Fortschritts- und Wissenschaftsglaube ist für Landauer nichts als negative Destruktion: Verschüttung, Verhinderung lebendiger, in der Gegenwart sich permanent gestaltender Zukunft. Der Absage an die hohlen Fortschrittsideologien folgt die Forderung nach Rückbesinnung auf den "Geist": An die "Stelle des Geistes (ist) ein elendes und gemeines Surrogat getreten: ...ein überaus absonderlicher und komischer Wissenschaftsaberglaube". Reduzierung der Menschheitsgeschichte auf Entwicklungsgeschichte, die Vorherbestimmtheit postuliert, ist menschlicher Natur fremd. Schöpfer dieser Absurdität ist aber wiederum blinde Fortschrittsvergötterung, die dem Marxismus immanent, die bei ihm amprägnantesten ist: "Der Vater des Marxismus ist der Dampf. Alte Weiber prophezeihen aus dem Kaffeesatz. Karl Marx prophezeiht aus dem Dampf"!

Falsch verstandener Fortschritt bedeutet Abtrennung der Menschen von ihrer natürlichen Umwelt. Dagegen eröffnet der Rückgriff auf den "Geist" die Sicht für alte, verlorengegangene Beziehungen der Menschen: den Wiederanschluß an seine natürliche Umwelt. Der weitgehende Rückzug aus den Abhängigkeits- und Trennungsgeflechten kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen ermöglicht das Wiederanknüpfen an zerstörte und vergessene Beziehungen. Der idealistische, der (wert-)konservative Impetus Landauers ist Aufdeckung des Dilemmas des "Menschseins" in einer durchindustrialisierten und perfektionistischen Welt. Der Mensch ist in dieser Welt entfremdet; er ist verstrickt im Dschungel von Administrationen, ausgetüftelten Sozialsystemen. Unter dem Schirm des alles dominierenden Staates kann er sich nur durch "neue Beziehungen" regenerieren. Die Bewußtseinsstufen, die der entfremdete Mensch hierbei überwinden muß, sind Wiederfindungsprozesse. Zu diesen sind die Menschen nach Landauer permanent fähig, wenn sie nur "wollen".
Landauers idealistisches Menschenbild scheint in Beziehung zu unserer realen Welt nichts als anachronistisch. Aber warum sollte sich nicht, wie Landauer fragte, das "Fremde .... das wir bisher als Außenwelt liegen ließen ... in unser Eigenes verwandeln. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege, durch die Schärfung und Verfeinerung all unserer Intensitäten, auch zu neuen Sinnen, zu neuen Bildern, von denen wir heute noch keine Ahnung haben".

So wie Landauers Begriff vom Menschen komplexhaft und äußerst kompliziert ist, so nicht minder sein Weltbild. Die erfaßte äußere Welt muß "etwas



Ola Enstad, OSLO

Psychisches bedeuten". So muß also die Welt aus einer "unendlich komplizierten Kreuzung psychischer Herrschaftssysteme" bestehen. Aber "alle Weltanschauungen ... (erscheinen) kläglich, weil sie mit Hilfe von Abstraktionen ... versuchten, die Welt auf eine einfache, möglichst moralische Formel zu bringen. Die Welt ist aber nicht einfach." Also ist die Forderung Landauers an sich selbst, an den Revolutionär: sich der Kompliziertheit, der Vielfältigkeit der Welt zu stellen, um bestehen zu können; sich ihr zu stellen, sie nicht als Ausschnitt hinzunehmen, um sich Vereinnahmungen erwehren zu können. Die Komplexität der Welt, der Gesellschaften ist "Wahrheit". Für Teilwahrheiten ist kein Platz mehr!

IV

Der Revolutionär ist primär ein Einsamer. Die notwendige Individualisierung in der Massengesellschaft bedeutet Bewahrung, Zurückwerfung auf wesentlich Erkanntes, zu Erfahrendes. Wird der revolutionäre Prozeß virulent, so tritt der Revolutionär vermehrt in Beziehung zu seiner Umwelt. Der Revolutionär ist ein Mensch, der sich aus allen tradierten Bindungen, die seinem "falschen Leben" seine Falschheit verleihen, löst: "an Blut und Boden, an Vater und Mutter, von der Loyalität gegenüber dem Staat, der Klasse, Rasse, Partei oder Religion" (Erich Fromm). Der Revolutionär, der nicht "die Gefahr der Niederlage, der Vereinsamung, des Rückschlags ... auf sich nimmt, wird nie zum Siege kommen" (Landauer).

Der Konsequenz absoluter Bindungslosigkeit gegenüber verfestigten Verhaltensmustern/Traditionen stellt sich Landauer: Indem er sich von Überholtem abwendet, in schroffer Opposition steht, findet gleichzeitig Annäherung statt. Landauer definiert die "Dinge" neu; er findet zu ihnen ein neues Verhältnis. Der Revolutionär wendet sie revolutionär. Der neue, andere Gehalt der Dinge gibt dem Vorhandenen neue Inhalte. Den Scheinbindungen im Industriezeitalter stellt Landauer "Bindung" gegenüber: Familie, Genossenschaften, Gemeinde, Landschaft (Region) ... . Die Rückführung zur "gewachsenen Bindung" wird so zur Wiederaufschließung "richtigen Lebens". Landauers "tägliche Revolution von unten auf" (Diego Abad de Santillan) ist Praxis der Neu- und Andersgestaltung des täglichen Lebens.

Die Individualisierung der Menschen, der Gesellschaft ist Voraussetzung der "täglichen Revolution". Landauers Metapher: "Durch Absonderung zur Gemeinschaft" macht dies deutlich. Die "autoritären Zufallsgemeinschaften" der Geschichte sind losgelöst von "natürlichen Traditionen". Diese sind vom Staat/Kapitalismus verschüttet. Durch Bildung neuer Gemeinschaften (z.B. in der Produktionsphäre) müssen sie offengelegt, wieder erfahren werden. Die konsequente "Absonderung" vom Staat, ist die von falscher Gemeinschaft. Der Staat, diese Bündelung aller anti-freiheitlichen Tendenzen, ist gemeinschaftshindernd und entwurzelt dadurch die Individuen. Als Vereinzelte, als von der natürlichen Gemeinschaft Versprengte, sind sie willfährige Marionetten des Staates. Gegen diesen Nivellierungsprozeß müssen sich die neuen Gemeinschaften, die "Bünde" formieren. Diese sollen den Staat zersetzen. Nur so können wieder "organische" Gesellschaften rekonstruiert werden. Landauer verstand diesen - revolutionären - Prozeß als a-politisch. Politik im traditionellen Verständnis (Parlamentarismus, Eroberung der Staatsmacht etc.) widerte ihn an. So sah er in der Politik der marxistischen Parteien keine Alternative zu bürgerlicher Politik und Staat. Nichts anderes sind für ihn diese Parteien als Ersatzfiguren im gleichen Spiel: der Eroberung der politischen Macht, Durchsetzung der Staatsräson ... . Die Ausübung politischer Macht ist ein Ausdruck vorherrschender "Geistlosigkeit". Denn "der Staat ist das Surrogat des Geistes". "Die Staaten mit ihren Grenzen, die Nationen mit ihren Gegensätzen sind Ersatzmittel für Volks- und Gemeinschaftsgeist...". (Anmerkung d.T.: in einem "Aktualisierungs"-Artikel wäre es doch wohl eigentlich angebracht, solche Begriffe wie "Volks- und Gemeinschaftsgeist", die aufgrund deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert nur allzu schwer im Mund liegen, neu zu fassen, eben entsprechend ihrer Inhalte zu "aktualisieren". Oder??)

Nach Landauer "sitzt" der Staat "nie im Innern der einzelnen, er ist nie zur Individualgemeinschaft geworden, nir Freiwilligkeit gewesen." An Stelle von Freiwilligkeit setzt der Staat "Zentralismus" und "Disziplin". Und: "Früher einmal gab es Gemeinden, Stammensbünde, Gilden, Brüderschaften, Korporationen, Gesellschaften, und sie alle schichteten sich zur Gesellschaft. Heute gibt es Zwang, Buchstaben, Staat."

Landauer stellt der Totalvereinnahmung des modernen Staates die Konzeption seines Kultursozialismus entgegen. "Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbständig wirtschaftenden und untereinander tauschenden Gemeinden.

Unser Menschengedeihen, unsere Existenz hängt jetz davon ab, daß die Einheit des einzelnen und die Einheit der Familie, die uns allein noch an natürlichen Verbänden geblieben sind (wobei die patriarchalische Familie

ja nun auch nicht gerade das "Natürliche" ist; d.T.), sich wieder steigert zur Einheit der Gemeinde, der Grundform jeder Gesellschaft.
Wollen wir die Gesellschaft, so gilt es, sie zu erbauen, gilt es, sie zu üben.
Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Gesellschaften von Gesellschaften; ein Bund von Bünden von Bünden; ein Gemeinwesen von Gemeinschaften von Gemeinden; eine Republik von Republiken von Republiken.
Da nur ist Freiheit und Ordnung, da nur ist Geist; ein Geist, welcher Selbständigkeit und Gemeinschaft, Verbindung und Unabhängigkeit ist."

V

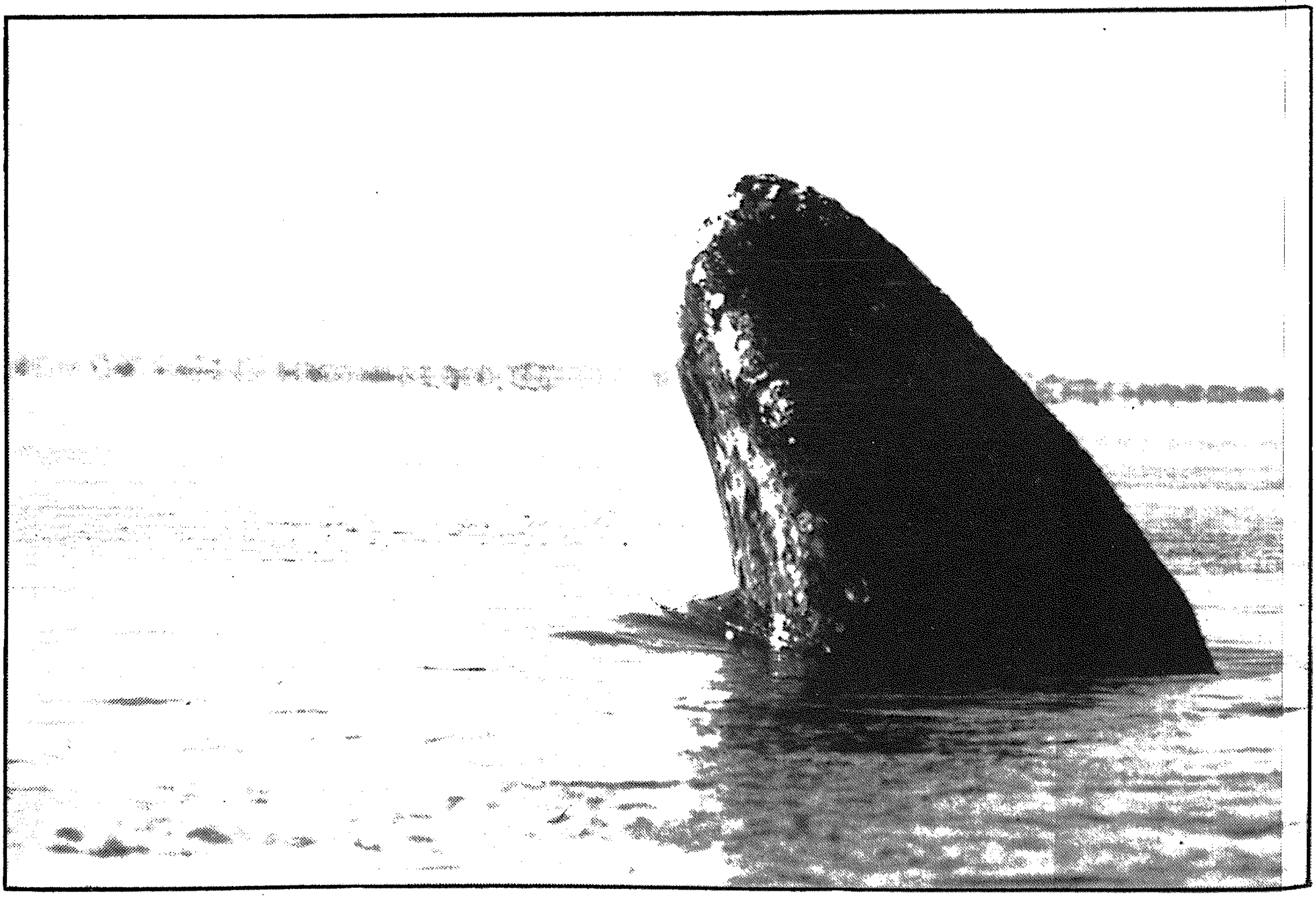
Seinem Selbstverständnis nach konnte Landauer seinen "Kultursozialismus" nicht als vollendete, abgeschlossene Gesellschaftsordnung ansehen: Sozialismus ist immer nur "werdender Sozialismus". So beruht auch das Hauptgewicht seiner Theorie mehr oder weniger auf sozialrevolutionärer Taktik: mitten in der kapitalistischen Gesellschaft gilt es, "Vorformen" der kommenden sozialistischen zu praktizieren. Dieser Experimentalsozialismus "muß überall zugleich ansetzen, das eine tun und das andere nicht lassen ..." Das revolutionäre Subjekt ist hierbei nicht das Proletariat; die proletarische Klasse ist ebenso wie jede andere bar jeder historischen Mission.

Landauer geht es primär um die Köpfe, um die Psyche der Menschen. Die Revolutionierung, die Wiederbeherrschbarkeit des "Geistes" ist Vorbedingung jeglichen "Beginnens", jeglichen Aufbruchs in eine neue Gesellschaft. Erziehung zum Sozialismus bedeutet also Umformung des Geistes, Radikalisierung. Die Umwandlung der Psyche aber ist wiederum nur in Wechselwirkung mit sozialistischen Pioniermodellen - den "Vorformen" - möglich. Und erst die Revolution eröffnet dann dem sich neuformenden Menschen die Möglichkeit voller Entfaltung.

Landauers "Sozialismus der Tat" bedeutet Handeln aus konkreten Situationen heraus: "keine Erwartung, keine Abstraktion. ... er wollte zuerst Klarheit über die Wirklichkeit, in der wir sind ..., von der wir auszugehen haben...". (Martin Buber)

In den "Dreißig sozialistischen Thesen" (1907) hat Landauer seinen Kultursozialismus konzipiert: "Sozialismus ... faßt ... (eine) Willensrichtung zusammen, die auf eine bestimmte ... Umwandlung der gesellschaftlichen Zustände, der Gesinnung, Herstellung und Verteilung der Lebens- und Kulturgüter abzielen". Gegenläufig zum auf Zentralismus zielenden Staat muß "Mannigfaltigkeit, Nuancierung" sein: "eine ... ins Allgemeine und Weite und ebenso ins Einzelne und überallhin gehende Tendenz wie der Sozialismus, (der) nicht einheitlich sein kann, sondern vielfach verzweigt, zersplittert und differenziert". "Der Sozialismus will ... Zustände schaffen, in denen jeder durch seine Arbeit und den zu seiner Obhut gehörenden ... nicht nur ein erträgliches, nicht nur ein genußreiches, sondern ein kulturerfülltes Leben schaffen kann." Dieser Sozialismus kann nicht "im Staat ... Wirklichkeit werden, sondern draußen, außerhalb des Staates, zunächst, solange diese überalterte Albernheit, dieser organisierte Übergriff, dieser Riesentölpel noch besteht, neben dem Staat." Neben dem Staat aber besteht immer noch die Gemeinde als eine der "Grundformen" der sozialistischen Gesellschaft: "Es gibt im Gemeinschaftsleben der Menschen unserer Zeit nur ein zweckmäßiges Raumgebilde: die Gemeinde und den Gemindeverband". Dagegen steht unversöhnlich der Staat: "Der Staat ... ist nicht eine ausgedehnte Örtlichkeit, wie die Gemeinde eine beschränkte ist ...". Staat ist aber auch nicht identifizierber mit "Land und Boden": "Der Saat ist kein Land. Land ist (lediglich) Boden". Staat ist nur "ein wirrer Haufen von Zwecken, die durch Geschichte, Herkommen und Gewalt ineinandergenestelt sind." Dies muß entwirrt werden: "Wir müssen den Knäuel Staat auflösen, wir müssen scheiden und trennen und destruktiv sein."

Der Landauersche Sozialismus ist Absage an jegliche Fortschrittsvision, an jegliche deterministische Wirtschafts- oder Gesellschaftsform. Logisch ist daher seine Auffassung: "daß der Sozialismus in jeder Form der Wirtschaft und Technik möglich und geboten ist; daß er nicht an Weltmarktgroßindustrie gebunden ist, daß er die industrielle und kaufmännische Technik des Kapitalismus so wenig brauchen kann wie die Gesinnung, aus der diese Mißform sich gebildet hat; daß er, weil er anfangen muß und die Verwirklichung des Geistes und der Tugend nie massenhaft und normal, sondern nur als Aufopferung der Wenigen und Aufbruch der Pioniere kommt, aus kleinen Verhältnissen, aus Armut und Arbeitsfreude heraus sich von der Verworfenheit los-



losen muß; daß wir um seinetwillen, um unsrer Rettung und um des Erlernens der Gerechtigkeit und Gemeinschaft willen zur Ländlichkeit zurückkehren müssen und zu einer Vereinigung von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft."

Die Einübung des Sozialismus schon heute in den kapitalistischen Gesellschaften steht im krassen Gegensatz zu allen anderen sozialistischen Konzeptionen, zu allen politisch-ökonomischen Erlösungsphilosophien wie z.B. der des Marxismus. Zu erwarten, daß nach einem einmaligen Gewaltakt - der politisch-ökonomischen Revolution/ Umwälzung - quasi der neue Mensch als Phönix aus den untergehenden kapitalistischen Gesellschaften aufsteigt! - Sozialismus, für Landauer immer Ausdruck einer "Willenstendenz", muß erfahren, muß erlebt, muß gelebt, muß verinnerlicht sein. Sozialismus ist keine Parteisache. Proletarische Parteimassen sind Marionetten ihrer Funktionäre, ihrer quasi anonym handelnden Zentralen. Die Massenmentalität, die sich hier manifestiert, ist autoritär-staatlich, ist reaktionär. Sie ist Widerspiegelung herrschender Denk- und Handlungsschablonen, auf den vom herrschenden System vorgegebenen Bahnen den bürgerlichen Staat zu transformieren in den marxistisch-leninistischen-kommunistischen. Die Aufsprengung "aller bisherigen Gesellschaft" (Marx/Engels) wird damit zur Farce. Die notwendig uktivität, "Zerstörung", Auflösung aller Herrschaftsstrukturen ist hier nicht das Ziel. Landauers Sozialismus aber will Destruktion, will Auflösung und - will Rekonstruktion: Auflösung der zur Reaktion gewordenen Gesellschaften und ihrer Staaten; Rekonstruktion der Gesellschaften durch Zerlegung in ihre ursprünglichen Formationen und deren Föderalismus. Diese sozialistische Gesellschaft ist pluralistisch.

"Der Sozialismus ist eine Kulturbewegung, ist ein Kampf um Schönheit, Größe, Fülle der Völker. Niemand kann ihn verstehen, keiner kann ihn führen, wem der Sozialismus nicht aus den Jahrhunderten und Jahrtausenden herkommt. Wer den Sozialismus nicht als einen Weitergang langer und schwerer Geschichte erfaßt, weiß nichts von ihm; und damit ist schon gesagt ... daß keinerlei Tagespolitiker Sozialisten sein können. Der Sozialist erfaßt das Ganze der Gesellschaft und der Vergangenheit; hat es im Gefühl und im Wissen, woher wir kommen, und bestimmt danach, wohin wir gehen.

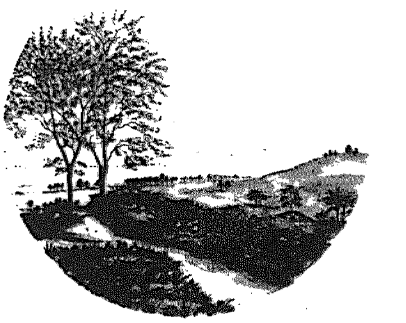
Das ist das Kennzeichen des Sozialisten im Gegensatz zum Politiker: daß er auf's Ganze geht; daß er unsere Zustände in ihrer Gesamtheit, in ihrer Gewordenheiterfaßt; daß er das Allgemeine denkt. Daran schließt sich dann an, daß er das Ganze unserer Mitlebensform ablehnt, daß ihm nicht im Sinn ruht, daß er nichts zu verwirklichen anstrebt, als das Ganze, das Allgemeine, das Prinzipielle. (...) Der Sozialist also muß im Denken, Fühlen und Wollen ein Zusammensehender, ein das Vielfache Sammelnder sein" (Landauer).

VI

Es bedarf einer Besinnung auf Leben und Werk Gustav Landauers. Es bedarf einer Anknüpfung an die von Landauer gelebte Radikalität, der Aufhebung der Trennung von Bewußtsein/Wollen und "politischer" Praxis.

Damit ist auch schon die Aktualität Landauers gegeben: Theorie und Praxis in Einklang zu bringen. Sein Sozialismus/Anarchismus ist immer Praxis für die Gegenwart. Ohne den Tagesaktualitäten zu entfliehen, weisen jedoch Landauers Konzepte der "Produktionsgenossenschaften", der "Sozialistischen Siedlungen" über seine Zeit hinaus und in unsere hinein. Seine Konzeption des "Gemeindesozialismus", der "Föderation von "selbständigen Republiken" behält, angesichts massiver Zentralisierungen in Wirtschaft und Staat, wenn auch modifiziert, seine Aktualität. (An welchen Stellen wären denn nun diese Modifizierungen vorzunehmen? Da wird's doch erst richtig interessant ... Anm. d.T.)

Landauers auf Pierre-Joseph Proudhon und Peter Kropotkin fußende Auffassungen verknüpfte er "stets mit spezifischen deutschen Geistestraditionen" (Helmut Rüdiger). Ebenfalls ist sein jüdisches Bekenntnis nicht aus seinem Denken/Leben wegzudenken: Seine Schriften, seine Diktion, sein Pathos, seine Urteils/Verurteilungsschärfe, sein "Prophetentum", sein "Messianismus" sind nur aus seinem Judentum heraus zu verstehen.



Gustav Landauer (geb. 1870 in Karlsruhe, ermordet 1919 in München) war - an bürgerlichen Maßstäben gemessen- ein Gescheiterter; in bürgerlichen Berufen konnte er keinen Halt, keine Erfüllung finden. Seinem Wesen nach war er "Privatgelehrter". Neben seinen grundlegenden Schriften ("Skepsis und Mystik", "Aufruf zum Sozialismus"), ohne die sein ganzes Leben und Wirken nicht zu verstehen ist, veröffentlichte er zahlreiche Aufsätze zu politischen, philosophischen und soziologischenFragen. Mit seiner verschollenen Schrift: "Ein Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse" (1895) gab er den Anstoß zur Gründung der ersten Berliner Konsumgenossenschaft "Befreiung". Mit seinen Vorträgen: "Aufruf zum Sozialismus" (1911) ging es ihm um Sammlung der durch Staat und Kapitalismus Erniedrigten, Verzweifelten, Gescheiterten, Erkennenden ... im von ihm gegründeten "Sozialistischen Bund". Für diesen warb er unermüdlich mit seinen "12 Artikeln des Sozialistischen Bundes" (1908) und in der von ihm geleiteten/bestimmten Zeitschrift "Der Sozialist" (1909-1915).

Als Dichter und Novellist trat Landauer schon früh hervor: 1893 "Der Todesprediger"(Roman), 1903 der Novellenband "Macht und Mächte". Der Künstler und Philosoph kommt zum Ausdruck in: "Rechenschaft" (1919), "der werdende Mensch" (1921), "Beginnen" (1924). Nicht mehr vollenden konnte er sein Shakespearebuch, von dem jedoch zwei Bände aus dem Nachlaß erschienen.

Der Philosoph-Künstler-"Politiker" Landauer hat sich sein ganzes Leben von der Tagespolitik ferngehalten; sozusagen bewahrt. In seinem letztem Lebensjahr sah er jedoch die Chance zur Realisierung seines freiheitlichen Sozialismus. Beim Umsturz 1918 folgt Landauer einer Bitte des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner, sich an der neuen revolutionären Regierung Bayerns zu beteiligen. Im November 1918 wird er Mitglied des provisorischen Nationalrats. Später Volksbeauftragter für Volksaufklärung. 1919 gehört er mit Erich Mühsam, Ernst Toller Ernst Niekisch, Silvio Gesell ... dem Zentralrat der "Bayerischen Räterepublik" an. Nach Einnahme Münchens durch Regierungstruppen(die "Weissen") wird er gefangen und am 2. Mai 1919 von SOldaten dieser Truppen ermordet.

Gustav Landauer hat mit seinem Leben und Wirken, mit seinen theoretischen Entwürfen, seiner politischen Praxis offengelegt:

Alle Theorien, alles Gedachte hat nur dann wirklichen Sinn, ist nur dann den Menschen von Nutzen, wenn daraus adäquates Handeln hervorgehen kann. Allerdings ist Landauers Werk weit entfernt davon, Rezeptfundus für Identifikations-"Revolutionäre" mit Nur-Rezeptions-Gehirnen zu sein.

"Das Wichtige und Bleibende der Ideen Landauers ... ist seine Betonung der menschlichen Initiative und sein Apell an die Iniative der Sozialisten" (Helmut Rüdiger).

VII

"Jetzt ist die Zeit, wo das Wirkliche sich als unmöglich herausstellt und wo das Unmögliche Wirklichkeit werden soll." (Gustav Landauer)

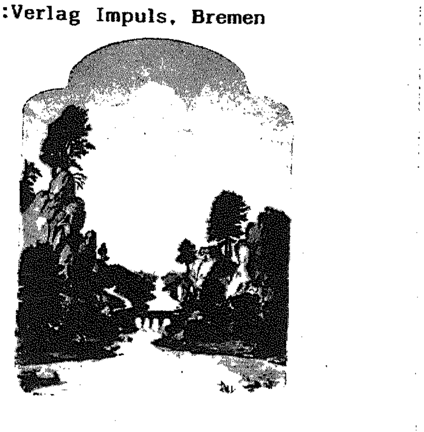
Im Buchhändler erhältliche Bücher von Gustav Landauer:

Aufruf zum Sozialismus/ Entstaatlichung. Für eine herrschaftslose Gesellschaft/ Beginnen. Aufsätze über Sozialismus/ Der werdende Mensch. Aufsätze über Leben und Schrifttum/ Skepsis und Mystik. Versuche im Anschluß an Mauthners Sprachkritik/ Meister Eckharts Mystische Schriften/
:alle im Verlag Büchse der Pandora

Revolution
:Karin Kramer Verlag, Berlin

Erkenntnis und Befreiung. Ausgewählte Reden und Aufsätze
:edition Suhrkamp

Rechenschaft. Aufsätze aus der Zeitschrift "Der Sozialist"
:Verlag Impuls, Bremen



Verlage

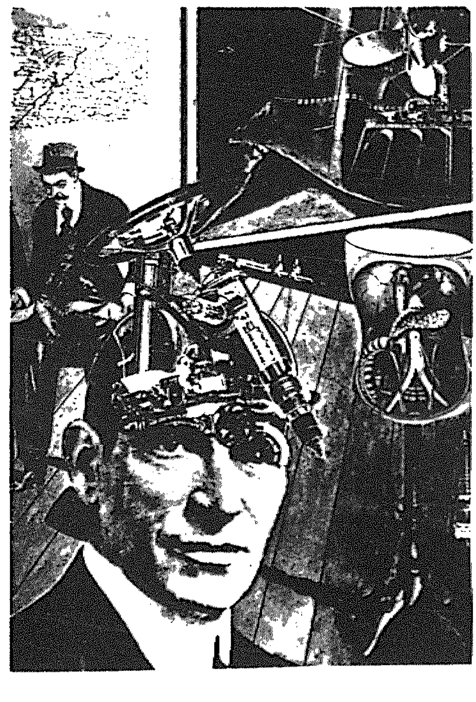
ANARCHO-VERLAGSTREFFEN im Rahmen der Frankfurter Gegenbuchmesse: Es standen drei Punkte zur Diskussion: Vertrieb, gemeinsame Projekte, gemeinsame Werbung.
Ausführlicher konnten jedoch nur die ersten beiden Punkte diskutiert werden da sich vor allem um den Punkt Vertriebsprobleme eine hitzige Diskussion entwickelte, wo letztendlich zwar keine sofortigen Ergebnisse erzielt wurden, aber wenigstens die Standpunkte der anwesenden Verlage (Rhizom, Guhl, Regenbogen, Anares, Monte Verita, Libertad) geklärt wurden.

(Die Meinungsverschiedenheit dreht sich um die Art des Vertriebs: entweder wie bisher, wobei Regenbogen die Mehrheit der Anarchoverlage zentral ausliefert, mit Vertreterreisen, Prospekten etc. oder nach einem Genossenschaftsmodell von Anares, das eine Dezentralisierung nach Gebieten vorsieht; ein Vorschlag, der jedoch auf kräftemäßige und finanzielle Grenzen stößt und deshalb z.T. abgelehnt wird. SF-Red.)

Im Bereich gemeinsame Verlagsproduktion wurden zwei Projekte vorgestellt:
- Skirda:Geschichte der Machno-Bewegung und Machnos weiteres Schicksal im Exil bis zu seinem Tod
Dieses Buch, das derzeit vom Verlag Die Freie Gesellschaft, Marburg übersetzt wird, soll in Gemeinschaft mit Anares herausgegeben werden. Wer bis zum Sommer 84 Finanzierungshilfen geben kann, wende sich an einen der beiden Verlage.
- P.J.Proudhon: Mehrbändige Ausgabe der wichtigsten Werke, wobei im ersten Anlauf die interessantesten Sachen über Anarchismus/Ökonomie erscheinen sollen. Geplant wäre pro Halbjahr ein Band; bisher beteiligt sind Verlag Die Freie Gesellschaft,Marburg und Monte Verita,Wien. Beteiligungsmöglichkeiten sind vorhanden und erwünscht.

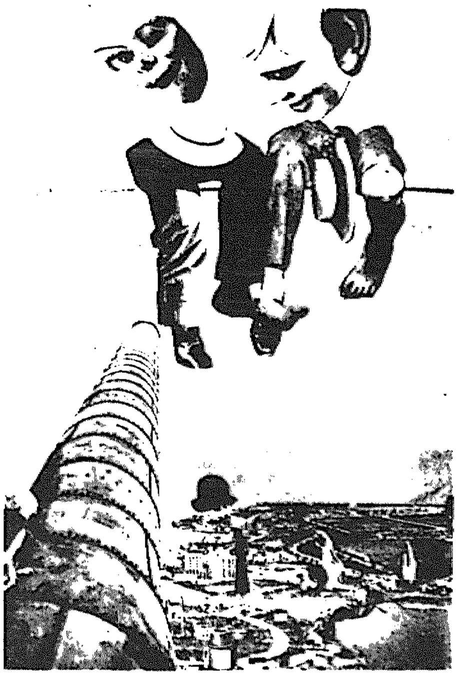
Gekürzt aus einem Rundschreiben von Peter Stipkovics, Wien.

«Tatlin en casa» (1919-1920), Hausmann.



Der Verlag Lambert Schneider (bekannt als Martin Buber Verlag) bringt nun nach langer Ankündigung doch eine WERKAUSGABE von GUSTAV LANDAUER in 15 Taschenbuchbänden heraus.
Hrsg. von Norbert Altenhofer, Hannelore Delf, Carel ter Haar, Eva Schichtel und Andreas Seiverth. 1984 erscheinen "POLITISCHE SCHRIFTEN" Bd.2: Sozialistisches Beginnen. Politische Programme 1906-1914; ca.900 S.;ca.32.- Der Band soll u.a. den "Aufruf zum Sozialismus" enthalten, dazu die wichtigsten Kritiken und Landauers Antworten.
Und:"LITERARISCHE UND KULTURKRITISCHE SCHRIFTEN":Bd.11/12: Briefe aus der Französischen Revolution. Je ca. 500 S.
Die mit diesen drei Bänden beginnende Landauer-Werkausgabe wird insgesamt in drei Bereiche gegliedert sein: Politische Schriften (4 Bände), Literarische und kulturkritische Schriften (8 Bände) und Briefe, Autobiographien, Lebenszeugnisse (3 Bände).

«Desde arriba», Hannah Höch.



Neuerscheinungen

Beim SF eingetroffene Neuerscheinungen die Leser interessieren könnten; diese Einrichtung können alle interessierten Verlage wahrnehmen:
* Paul Geiersbach: Wie Mutlu Öztürk schwimmen lernen muß. Ein Lebenslauf Dietz Nachf.; tb 12.80DM, Bonn 1983
* Paul Koschemann: Das Attentat auf den Polizei-Oberst Krause in Berlin. Beitrag zur Geschichte anarchistischer Prozesse. a-verbal-Verlag Berlin 1983
* Max Schütte: August Reinsdorf und die Niederwald-Verschwörung; 28.9.1883 a-verbal-Verlag Berlin 1983
* Augustin Souchy: Nacht über Spanien (vom Autor autorisierte Ausgabe!); Anarcho-Syndikalisten in Revolution und Bürgerkrieg 1936-39; mit 2 Buchbesprechungen zu Durutti, Photos; 16.- Trotzdem-Verlag Reutlingen 1983; 280 Seiten
* Peter Kropotkin: Der Anarchismus, mit einer Einführung von Helge Mertl, Winddruck-Verlag Siegen 1983, 7.80DM
* Gottfried Gummerer: Weltbild ohne Dogma; john-fisch-Verlag 1983; 25.-
* Helge Mertl: Von Scherben und Bildern (Gedichte); Winddruck Verlag Siegen 1983; 8.-; 64 S.
* Geheimdokument des Komitees von SANTA FE; Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba; Berlin 1983, 48 S. 3.- (kann als Kopie beim SF bestellt werden; Porto+Kopiergeld beilegen!)
* Roel van Duyn: Provo! Libertad Verlag Berlin 1983; 3.50DM
* Leo Tolstoi: Patriotismus und Regierung (2.Aufl.) 2.50DM, Libertad Verlag Berlin 1983
* Gustav Landauer: Stelle dich, Sozialist! (2.Aufl.), Libertad Verlag Berlin 1983

tip für FRANZÖSISCH-Lesende/Sprechende:
Le Q-Lotte
64 rue Maisonneuve, app.4
Québec
Que G12 2C3
KANADA

ACHTUNG:

KUNST BZW. KULTUR - SONDERNUMMER:

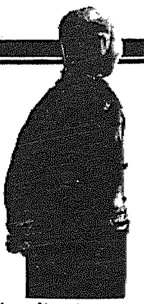
Der SF plant für 1984 eine Sondernummer, zu der wir ausdrücklich um Mitarbeiter/innen werben. Das Thema heißt "Kunst als subversive Kraft", "Kunst zwischen Revolte und Vereinnahmung" bzw. "Selbstverständnis anarchistischer Kunst".

Wir erwarten Beiträge zum Theater, Literatur, Kulturtheorie, Musik, Malerei etc. wir akzeptieren Photos, Zeichnungen, Artikel und vereinzelt sogar Gedichte. Erlaubt ist, was dazugehört: vom biographischen Beitrag über einen anarchistischen Expressionisten bis zum Erfahrungsbericht eines Straßenmusikanten oder Wandmalers von der Theorie über die Aufhebung der Entfremdung mittels der Kunst bis zum Vorschlag einer Umsetzung dieser Gedanken für den Menschen und gegen die Institutionen. Wahre Kunst ist frei

«Dada-ERnst» (1920-21), Hannah Höch.



antibürgerlich und antistaatlich... und frühestens nach dem Tod des Künstlers vereinnahmbar und heilig zu sprechen...
EINSENDESCHLUß: 1.6.84, also - worauf wartet ihr???



Ausbildungsverbot für Anarchisten

von Andreij Wilde

"Nichts außerhalb des Staates-
nichts gegen den Staat-
alles für den Staat!"
-Mussolini-

Dieser Beitrag könnte auch mit "In eigener Sache" überschrieben sein, denn gleich 2 Redakteure des SCHWARZEN FADENS werden in Baden-Württemberg daran gehindert, ihr 2.Staatsexamen fürs Lehramt zu erwerben, indem sie erst gar nicht zum sogenannten Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

Als "Begründung" dient die Existenz des SF. Unter den Vorhaltungen finden sich Artikel aus dem SF, Anzeigen in anderen "extremistischen" Zeitungen wie die Frankfurter AKTION oder ein Leserbrief in der "anarchistischen Zeitschrift GRASWURZELREVOLUTION". Im Fall von Fri Kamann wird mit vollem Ernst das Interview mit Augustin Souchy (SF-Nr.8) als Beweis für die Verfassungswidrigkeit angeführt.

Doch ausführlicher: für die Tätigkeit als Lehrer ist die 2.Ausbildungsphase, das Referendariat, vorgeschrieben, d.h. auch für Privatschulen, Freie Schulen oder Schulen innerhalb der EG. Aus diesem Grund gab es bislang "nur" Berufsverbot, d.h. die Verweigerung der Verbeamtung *nach* der Ausbildung. Von einer solchen Maßnahme gingen die Mitarbeiter des SF, Fri Kamann und Wolfgang Haug, "selbstverständlich" aus; – von einem Ausbildungsverbot hingegen, war nirgends zuvor die Rede gewesen, dabei handelt es sich offensichtlich um einen Versuchsballon das Berufsverbot auszuweiten.

Nachdem die Bewerbungen regelgerecht eingereicht worden waren, folgten sogenannte "Anhörungen", in denen "Geständnisse" der Verhörer auftauchten, wie *"ich muß zugeben, daß ich meine Vorstellung über Anarchismus aus der BILD-Zeitung hatte"* oder *"Sie machen mir ja nicht den Eindruck, als würden Sie bei einer Ablehnung am nächsten Tag kommen und das Kultusministerium in die Luft sprengen."* oder *"eine ganz persönliche Frage, nicht fürs Protokoll bestimmt, finden Sie nicht, daß ihre Ansichten zu idealistisch sind, vor allem, wenn einem dies persönlichen Schaden bringt"* usw.

Die Ausführungen wären fortsetzbar. Inhaltlich drehten sich die Vorhaltungen um einen dokumentierten Artikel zu den Berliner Hausbesetzungen, erarbeitet von einem größeren Kollektiv (dem die beiden Betroffenen ironischerweise nicht angehörten!) auf dem Berliner Kronstadt-Kongreß; um die grundsätzliche Mitarbeit am SF, um die Gesetzestreue (Notstandsgesetze, § 218 !! usw.), um die Herbstaktionen der Friedensbewegung etc.

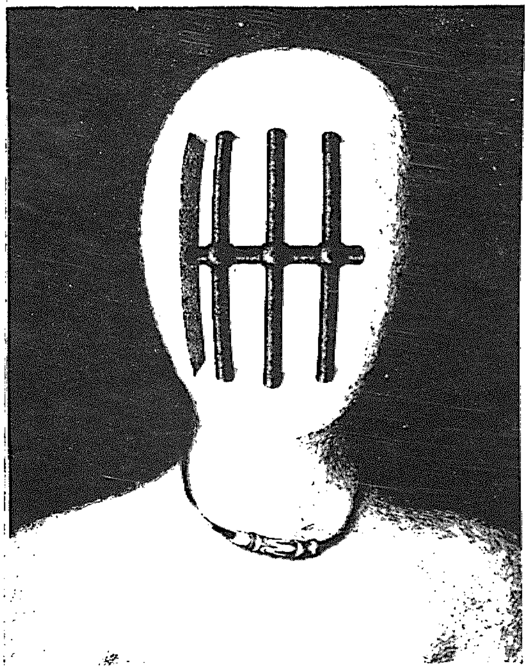
Das 'Mittel' zum üblen Zweck (der Staat hat schließlich das AUSBILDUNGSMONOPOL in Sachen 'Lehrer') ist das Beamtenrecht.

"Das Beamtenrecht fordert der Verfassung entsprechend von dem Beamten, daß er für diese freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie sie vom Bundesverfassungsgericht im einzelnen definiert wurde (vgl.BVerfGE 2/1/12 und Bd.5, 85/140ff.), eintritt, d.h. innerhalb und außerhalb des Dienstes durch Wort oder sonstiges Verhalten, also in auch äußerlich erkennbarer Weise aktiv zu diesen elementarischen Verfassungsgrundsätzen steht und gegebenenfalls den Umständen entsprechend angemessen für ihre Aufrechterhaltung handelt (vgl. BVerfGE 28, 36, 49; 10, 213/215 ff)."

D.h. es genügt nicht, die eigenen Anschauungen aus der Schule rauszuhalten, es reicht nicht aus zu schweigen, sondern man darf auch nicht in den Verdacht kommen, etwas anders zu denken. Um einen solchen Verdacht auszuräumen, muß der Angeklagte Beweise erbringen. Der Trick des Staates liegt in seiner Koppelung der Ausbildung mit dem Beamtenrecht, d.h. er erklärt ganz einfach, daß die Ausbildung in einem "Beamtenverhältnis auf Widerruf" stattfinde, um auf diesem Weg seine Gesetze den Betroffenen überzustülpen. Eine Ausbildung auf Angestelltenbasis wird abgelehnt;



FOTO: Welf, Tübingen



der tiefere Grund dafür dürfte der rein Finanzielle sein: Als "Beamter auf Widerruf" bezahlt der Staat nicht die Sozialleistungen, die er für einen "Angestellten" bezahlen müßte. Das bedeutet, daß ein am Ende der Ausbildung arbeitslos werdender "Angestellter" das Recht auf Arbeitslosengeld hätte – ein "Beamter auf Widerruf" jedoch Sozialhilfe beantragen muß. Ein anderer Grund für die Inanspruchnahme des Beamtenrechts liegt natürlich in den griffigeren Disziplinierungsmitteln, mit denen das Obrigkeitsbewußtsein leichter in den Köpfen zu verankern ist.

Um den Grad der Anpassungsforderung zu verdeutlichen sei hier der Kern aus dem Ablehnungsbescheid für Wolfgang Haug zitiert; gezeichnet vom Oberschulamtspräsidenten Mäck:

"Sie treten in diesen Dokumentationen [gemeint sind SF-Artikel aus den Nrn. 0, 3, 4; Anm.d.A.] für die Ziele der Anarcho-Syndikalisten, d.h. für die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ein. Danach soll die staatliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland völlig beseitigt und an deren Stelle eine 'herrschafts- und gewaltfreie' [das Gegenteil ist immer der heutige Staat, Anm.d.A.] Organisation unabhängiger Individuen gesetzt werden.

Bei dem mit Ihnen geführten Gespräch am 19.7.83 haben Sie dies auch weiter verdeutlicht. In diesem Gespräch haben Sie u.a. ausgeführt, daß Sie unter Anarchismus die Selbstverwaltung mit kleinen Einheiten und dezentraler Struktur verstehen. Bei Ihrer Auffassung handle es sich zwar um Gedankenexperimente, die aber – allerdings freiwillig – in die Tat umgesetzt werden sollen. Diese Basisdemokratie, die Sie sich vorstellen, würde nach Jhren eigenen Angaben einen anderen Staat als unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen, d.h. Sie setzen sich aktiv, wenn auch nach Jhren eigenen Angaben auf freiwilliger Basis, für die Abschaffung unserer grundgesetzlich garantierten freiheitlichen Grundordnung ein, in dem Sie eine "auf Selbstverwaltung beruhende Gesellschaft" anstreben. Diese anarchistischen Zielsetzungen sind als verfassungsfeindlich einzustufen und stehen damit im krassen Widerspruch zu den Forderungen des § 6 Abs. 1 Nr.2 LBG, wonach ein Beamter die Gewähr dafür bieten muß, daß er jederzeit aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt."

Der Staat setzt sich also absolut. Sein Status quo ist – wie man es ja auch seit Jahren zuhören bekommt – der freiheitlichste Staat auf deutschem Boden, den es je gab. Was liegt also näher als Forderungen nach einem MEHR an Freiheit kurzerhand zu verbieten? Eine Evolution darf – wie in jedem Herrschaftsmechanismus – nicht stattfinden; entwickelt sie sich doch, dann muß sie auch im "freiheitlichsten" Staat unterdrückt werden; und die Freiheit ist nun auch wirklich selbst schuld, wenn sie sich solch einem freiheitlichen Staat entgegenstellt, das ist doch einfach zu idealistisch, anzunehmen ...

... es würde ohne soziale Revolution gehen.



Nachruf

Ende des Jahres und zum Jahresbeginn starben gleich 3 ältere Genossen/innen. Wir trauern um Diego Abad de Santillàn, Margret Reimers und Augustin Souchy.

Santillàn (geb. 1897 in Spanien) arbeitete in den anarchistischen Bewegungen Argentiniens und Spaniens; er lebte zwischen 1912-1918 in Spanien; 1918-1931 in Argentinien, half bei dem Aufbau der F.O.R.A. (anarchosyndikalistische Gewerkschaft). Ab 1931 zurück in Spanien trat er der FAI bei und entwickelte sich zum Wirtschaftsexperten der Anarchosyndikalisten. Nach dem Ende des Bürgerkriegs betätigte er sich vorwiegend in seinem Beruf als Historiker und lebte in Buenos Aires, bis er nach Francos Tod abermals nach Barcelona zurückkehrte. Augustin Souchy teilte uns Anfang Dezember telefonisch mit, daß er vor 4 Wochen gestorben sei und kündigte einen Nachruf an, der in der schwedischen Zeitung ARBETRAREN und im SF erscheinen sollte.

Seit 1936-39 war Souchy eng mit Santillàn befreundet, so war auch jeweils einer (von vier) Durchschlägen von Souchy's Arbeiten, die häufig von Margret Reimers für den augenkranken Souchy angefertigt wurden, für Santillàn bestimmt. Margret Reimers, die zusammen mit Otto Reimers u.a. die Zeitschriften ZEITGEIST und NEUES BEGINNEN herausgab, starb im Dezember 83 an Krebs. Aus ihrem, mit Otto gemeinsam geführten, Briefwechsel mit Augustin Souchy ist zu ersehen, daß sie jederzeit ihre Hilfe anbot, wenn es z.B. in den frühen 70ern galt Souchy's Manuskripte druckfertig zu bearbeiten, zu vervielfältigen etc. Sie war auch dafür verantwortlich, daß Souchy 1974 seinem "Lateinamerika-Buch" noch ein Vorwort beifügte.

Augustin Souchy selbst starb am 1.1.84 gegen 10.30 Uhr im Rotkreuzkrankenhaus in München, in dem er seit einem Schwächeanfall Anfang Dezember gelegen hatte. Wir kannten Augustin seit langem persönlich und bewunderten seine ungebrochene Aktivität und sein großes Wissen; so war er, 91jährig, auch noch 4 Tage vor seinem Tod voller Pläne und bedauerte, daß er seine für Januar und Februar feststehenden Vortragstermine wohl verschieben müsse. So überarbeitete er, trotz seiner sehr eingeschränkten Sehfähigkeit, in den letzten 2 Monaten seine Kibbuzim-Broschüre sowie sein 1935 auf spanisch erschienes Buch über Erich Mühsam, die er beide 1984 - letzteres zu Mühsams 50.Todestag - bei uns erscheinen lassen wollte.

Über sein Leben an dieser Stelle berichten zu wollen, wäre ein vergebliches Unterfangen. Über sein Schreiben und sein politisches Engagement, sagte er selbst:

"Meine Darstellung mögen einigen zu radikal, anderen nicht revolutionär genug sein; sie ist empirisch, nicht doktrinär. Ich begann als dogmatischer Idealist, ich endete als idealistischer Realist, der sich bemühte an der Verwirklichung humanitärer Sozialideale mitzuhelfen. Meine innere Unabhängikeit habe ich nie einem äußeren Abhängigkeitsverhältnis geopfert."

Daß der Humanist und Anarchist Souchy sich trotz seiner reichhaltigen Erfahrung nie einbildete, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein, - ein Grund für sein Unverständnis gegenüber wortradikalen jungen Genossen der frühen 70er Jahre - belegt das Gedicht des Spaniers Campoamar, das er seinem Lateinamerika-Buch am Ende des von Margret Reimers inspirierten Vorworts voranstellte:

"In dieser trügerischen Welt
ist nichts Wahrheit und nichts Lüge;
alles, was man dafür hält,
trägt der Farbenbrille Züge."

***

Wolfgang Haug - für alle im Trotzdem-Verlag und in der SF-Redaktion

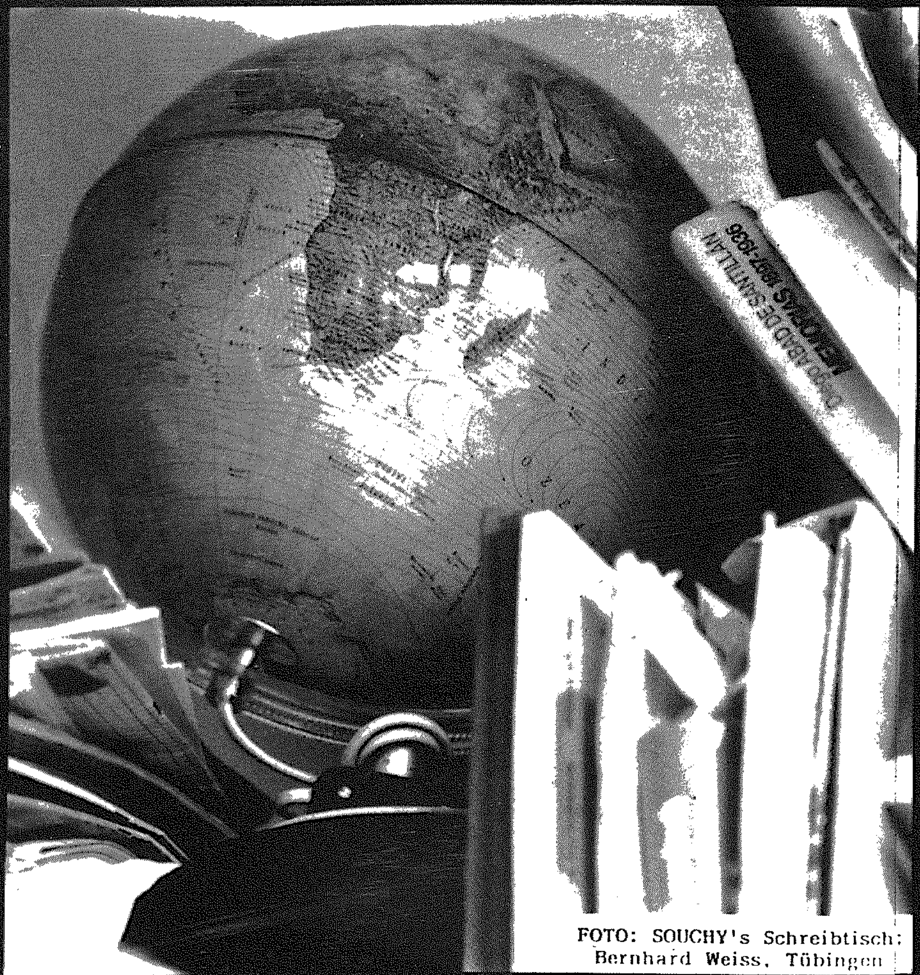


FOTO: SOUCHY's Schreibtisch: Bernhard Weiss, Tübingen

Am 4./5.Dezember 83 führte unser Freund Horst Stowasser (adz Wetzlar) ein - nunmehr letztes - Interview mit Augustin Souchy, das mehr Souchys eigenes Leben, weniger die recht gut publizierten politischen Stationen, zum Gegenstand hat. Wir werden dieses Gespräch in der nächsten Nummer des SCHWARZEN FADENS abdrucken.

****

FILM

Mittwoch, 29. Februar 1984, 22.40 Uhr "Die lange Hoffnung von 1936" - ein Gespräch mit Augustin Souchy und Clara Thalmann im ZDF.

120 JAHRE IAA

von Augustin Souchy

Der 28.September 1864 ist ein wichtiger Gedenktag für die internationale Arbeiterbewegung. An diesem Tag versammelten sich in London sozialistisch gesinnte Arbeiter verschiedener Länder um die Gründung eines internationalen Bundes zu besprechen. Das liberale England war damals als Mutterland des Kapitalismus und der modernen Industrie der geeignetste Boden für eine solche Zusammenkunft. In der britischen Hauptstadt hatten auch politische Emigranten aus den reaktionären Ländern Kontinentaleuropas Asyl gefunden, die zu dem Gelingen eines solchen Unternehmens nicht wenig beitragen konnten. Einer dieser Emigranten war der seit 15 Jahren in London lebende Karl Marx.

Er gehörte zwar nicht zu den Initiatoren der Konferenz, doch die Einberufer hatten den Verfasser des "Kommunistischen Manifests" eingeladen und Marx "assistierte", wie er am 4. November 1864 seinem Freund Friedrich Engels schrieb, "als stumme Figur auf der Plattform". Obwohl Marx keinen aktiven Anteil an den Verhandlungen nahm, wurde er in den vorbereitenden Ausschuß gewählt, der den Auftrag erhielt, Prinzipienerklärung und Statuten für den neuen Bund auszuarbeiten. Karl Marx unterzog sich erfolgreich dieser Aufgabe. Der von ihm ausgearbeitete und mit wenig Änderungen angenommene Entwurf, der in den Annalen der Arbeiterbewegung unter dem Namen "Inauguraladresse" eingegangen ist, hat geschichtliche Bedeutung erlangt.



Die internationale Arbeiterbewegung bestand, einschließlich ihrer antiautoritären Nachfolge-Organisation, nicht länger als 11 Jahre. Ihre Kongresse waren geistig überaus fruchtbar. In den Berichten und Diskussionen der Delegierten spiegelt sich die Problematik der sozialen Unruhe jener Zeit und der jungen Arbeiterbewegung mit ihrer sozialistischen Zielsetzung und ihren teils revolutionären, teils reformistischen Lösungsversuchen der sozialen Probleme wieder. Vieles von dem, was damals leidenschaftlich gefordert wurde und als revolutionär und verwegen galt, ist inzwischen längst auf friedlichem Wege verwirklicht worden. Doch die Ausbeutung als solche ist keineswegs gänzlich beseitigt, die Unterschiede zwischen arm und reich sind, besonders in den unterentwickelten Ländern immer noch kraß, und nicht selten müssen die Massen der Nichtprivilegierten immer noch für ihre Rechte in gleicher Weise kämpfen wie die Proletarier vor hundertundzwanzig Jahren.

Das Studium der Geschichte der 1.Internationale trägt viel zum Verständnis der Entwicklung in den kommunistischen Ländern bei und zeigt auch den Ursprung und die geistigen Quellen der Sozialreformen, die heute zum Allgemeingut der Menschheit gehören. Es kann daher der jungen Generation der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht warm genug empfohlen werden. Hier kann man nur eine zusammengedrängte Quintessenz aus der Geschichte der Internationale geben:

Der 1.Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation fand vom 3. bis 8. September 1866 in Genf statt. In der angenommenen Grundsatzerklärung wird gesagt:

1). daß die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein muß

2). daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter die Aneignung der Rohstoffe und Arbeitswerkzeuge die Quelle der Knechtschaft in allen ihren Formen, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Unterdrückung ist, und daß daher

3). die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse das große Ziel ist, dem jede politische Bewegung als Mittel untergeordnet werden müsse.

Der Kongreß beschloß, der Internationalen Arbeiter-Assoziation eine Leitung unter dem Namen Generalrat zu geben und wählte London als Sitz des Generalrats, dessen leitender Kopf Karl Marx wurde.

Auf dem 2.Kongreß der Internationale vom 2.-7.September 1867 in Lausanne, handelte es sich darum, ein praktisches Programm aufzustellen, das von den Sektionen in den verschiedenen Ländern nach möglichst einheitlichen Gesichtspunkten propagiert werden könnte. Die von sozialistischen Idealen beseelten Delegierten forderten die Abschaffung der Privatmonopole, sowie die Überführung der Transport-und Zirkulationsmittel in die Hände des Staates. Die französischen Delegierten forderten, in Übereinstimmung mit ihren proudhonistischen Ideen, die Gründung von Produktions-und Konsumgenossenschaften, um die Arbeiter in die Lage zu versetzen, sich als Produzenten und Konsumenten besser gegen den Monopolkapitalismus verteidigen zu können.

Der Kongreß erklärte, daß die politischen Freiheiten als Vorbedingung für die soziale Emanzipation der Arbeiter betrachtet werden müsse. Auch zum Kriege nahm der Kongreß Stellung. In der Resolution über diesen Punkt wird gesagt, daß Kriege nur dann aufhören würden, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch eine neue, sozialistische ersetzt sein würde.

Im Sommer 1868 trat Michail Bakunin, Europas großer Revolutionär der Internationale bei. Er brachte eine Anzahl seiner politischen Gesinnungsgenossen, Friedens- und Freiheitsfreunde mit, wodurch die Internationale einen stärkeren Auftrieb erhielt. Das Auftreten einer so markanten Persönlichkeit konnte auf die Entwicklung der Internationale nicht ohne Nachwirkungen bleiben. Karl Marx hatte nun einen Gegenspieler, der ihm an Gelehrsamkeit zwar nicht gewachsen, an revolutionärem Elan aber und an Beeinflußungsvermögen weit überlegen war. Marx und Bakunin gingen bei der Beurteilung der sozialen Probleme von verschiedenen Gesichtspunkten aus. War der Blick des einen auf die Entwicklung der Produktionsverhältnisse gerichtet, die er gesetzmäßig-objektiv und unabänderlich sah, so erblickte der andere im Streben der Menschen nach politischer und individueller Freiheit und nach sozialem Glück den wichtigsten Hebel, den man in Bewegung setzen mußte, um die soziale Emanzipation zu erreichen. Hier standen sich zwei heterogene Richtungen gegenüber, deren Konfrontation in den darauffolgenden Jahren zu scharfen Auseinandersetzungen führen mußte.



Vallotton *Bakunin*

Auf dem 3.Kongreß in Brüssel vom 6. bis 13.September 1868 wurde das Problem der Überführung des Privateigentums in Gesellschaftseigentum nochmals in aller Schärfe diskutiert. Der Kongreß sprach sich mit Mehrheit für die Vergesellschaftung der Maschinen und sonstigen Produktionsmittel im Sinne der Statuten aus. Indessen kam es bei der Frage, was man unter dem Begriff "Vergesellschaftung" verstehen soll, zu Meinungsverschiedenheiten. Während einige darunter die Verstaatlichung verstanden, meinte der Antragsteller de Paepe damit die Gründung von Produktionsgenossenschaften durch die werktätigen Massen in Stadt und Land.
Später traten die Gegensätzlichkeiten beider Tendenzen stärker in Erscheinung. (Diese Gegensätze bestehen auch heute noch. Unentwegte Anhänger der Verstaatlichung sind gegenwärtig nur die dogmatischen Kommunisten, während die demokratischen und freiheitlichen Sozialisten die totalitäre Staatswirtschaft ablehnen.)

Inzwischen hatte die Internationale an Bedeutung und Einfluß zugenommen. In der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Frankreich und Spanien gründetem sich neue Sektionen. Angeregt von den neuen Ideen, kämpften die Arbeiter in ganz Europa und auch in den Vereinigten Staaten Nordamerikas für die Besserstellung ihrer elenden Lage. Die Internationale Arbeiter-Assoziation gab den kämpfenden Arbeitern ihre moralische Hilfe und organisierte Geldsammlungen für die Streikenden. In wenigen Jahren war die Internationale zu einer geistigen Macht geworden, der von der kapitalistischen Welt ein okulter Mythos angedichtet wurde, dessen Stärke vielfach absichtlich übertrieben und überschätzt worden war. Der organisatorische Aufbau der 1.Internationale war unvollkommen. Es gehörten ihr allgemeine Arbeitervereine, berufliche Zusammenschlüße und auch kulturpolitische Gruppen an. Die Trennung von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien war nicht überall vollzogen. Die Genfer Uhrmacher z.B., eine wichtige Sektion in der Internationale, hatten ein Wahlbündnis mit der bürgerlichen Radikalen Partei.

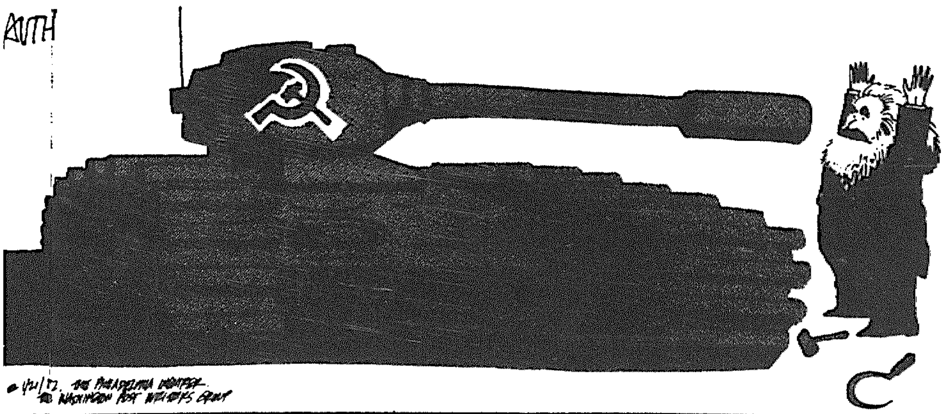
Die Anzahl der mandatierten Kongreßteilnehmer kam nie an die 100 heran und bei der Abstimmung hatte jeder Delegierte, einerlei von welchem Lande er kam, oder wie wenig Mitglieder er auch vertreten mochte, eine Stimme. Dieser Abstimmungsmodus, der bei der losen Organisationsform freilich unvermeidlich war, führte mitunter zu einseitig gefaßten Beschlüssen. Doch trotz dieser organisatorischen Unzulänglichkeiten wurden auf den Kongressen der 1.Internationale die geistigen Waffen für die zukünftigen Kämpfe der Arbeiterbewegung geschmiedet.

Der 4.Kongreß der Internationale in Basel vom 5. bis 12. September 1869 war der Höhepunkt der Bewegung. Hier diskutierten die Delegierten soziale Probleme, die nicht nur in dem seither verflossenen Jahrhundert die Geister bewegten, sondern auch in den kommenden Zeiten aktuellen Wert haben werden. Karl Marx war persönlich nicht erschienen, hatte jedoch seine Vorschläge schriftlich eingereicht, die von seinen Anhängern, Wilhelm Liebknecht und August Bebel aus Deutschland, Greulich aus der Schweiz und anderen vertreten wurden.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war die von Bakunin geforderte Abschaffung des Erbrechts. Karl Marx setzte ihr eine abgemilderte Form des Erbrechts und die Forderung auf eine progressive Erbschaftssteuer entgegen. Bei der Abstimmung erhielt keiner der beiden Vorschläge die erforderliche Stimmenmehrheit, so daß keine Entscheidung hierüber gefällt werden konnte.

Von größter politischer Bedeutung war die Frage der Beteiligung an den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften. Ein Teil der Delegierten - Deutsche, Schweizer, Engländer - war für die Wahlbeteiligung, ein anderer Teil - hauptsächlich Spanier, Italiener und Franzosen dagegen. Der Belgier Hins war dagegen, weil er meinte, die Internationale müsse eine neue Gesellschaftsordnung außerhalb des bürgerlichen Staates aufbauen. Der Schweizer Greulich dagegen glaubte nicht an einen reinen Arbeiterstaat; für ihn war der Arbeiter auch Bürger und durch tausend Bande mit der bürgerlichen Welt verbunden. Da eine Einigkeit zwischen beiden Auffassungen nicht möglich war, überließ es der Kongreß jeder Sektion, nach eigenem Ermessen zu handeln.

Bei der Diskussion über die Bedeutung der Gewerkschaften traten gleichfalls zwei Meinungen zutage. Eine Gruppe sah in den Gewerkschaften Werkzeuge zur Verteidigung der materiellen und sozialen Interessen der Arbeiter, ohne sozialistische Zielsetzung. Die andere Gruppe wollte, daß die Gewerkschaften sich auch darauf vorbereiten sollten, nach der sozialen Revolution die Produktion und die ganze Wirtschaft zu organisieren. Der Kongreß stimmte über diese auseinandergehenden Auffassungen nicht ab. In der über die Gewerkschaften angenommenen Resolution werden die Arbeiter zur Bildung von Kampfkassen sowie zur Organisierung von örtlichen Gewerkschaftskartellen und beruflichen sowie industriellen Landesverbänden aufgefordert. Diese Stellungnahme des Kongresses bereitete den Boden für die moderne Gewerkschaftsbewegung auf örtlicher, industrieller, nationaler und internationaler Ebene.



Auch das große Problem über Privat- oder Kollektiveigentum in der Landwirtschaft wurde zur Diskussion gestellt. Ausgehend von der gemeinsamen sozialistischen Grundauffassung erklärten sich alle Delegierten für die Abschaffung des Privateigentums und die Einführung des Kollektiveigentums an Grund und Boden.

Nur die französischen Mutualisten hielten an der Idee des individuellen Kleinbauernbesitzes fest. Die Kollektivisten waren sich aber keineswegs über die Form des Gemeinbesitzes und auch nicht über die Organisierung der Produktion einig. Einige von ihnen wollten unter Kolletivierung ganz einfach Verstaatlichung verstehen, andere dagegen setzten sich für die Bildung von freiwilligen Produktionsgenossenschaften ein. Wie bei den bereits erwähnten anderen Punkten wurde auch hierbei keine Einigung erzielt.
(Auch heute noch haben beide Richtungen ihre Anhänger. Doch nach den Erfahrungen der russischen Kolchosen und Sowchosen, der Zwangsgenossenschaften in der DDR und der rotchinesischen Landkommunen etc. einerseits und dem Experiment der reiwilligen Kollektive während des spanischen Bürgerkriegs, der israelischen Kibbuzim und den vielen Bauerngenossenschaften in allen Ländern der westlichen Welt andererseits kann über die Frage der Vorzugswürdigkeit des einen oder anderen Systems kein Zweifel mehr bestehen.)

Nach dem Baseler Kongreß ging es mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation bergab. Der deutsch-französische Krieg 1870 und die Pariser Kommune 1871 mit der darauffolgenden Reaktion machten in diesen beiden Jahren Kongresse der Internationale unmöglich. Die sozialistischen Züge, die sich in der Pariser Kommune zeigten waren zweifellos vom Geiste der Internationale beeinflußt worden. Doch in der Zäsur der beiden Reaktionsjahre traten, wie das in solchen Zeiten häufig der Fall ist, die Gegensätze schärfer in Erscheinung. Zentralisten und Föderalisten innerhalb der Internationale konnten sich nicht mehr verstehen. Auch die persönlichen Intrigen gegen Bakunin, an denen Karl Marx, wie selbst sein Schüler Eduard Bernstein später feststellte, maßgebend beteiligt war, vergifteten das Klima gegenseitigen Vertrauens, ohne das ein fruchtbares Zusammenarbeiten nicht möglich war.

Über den vom 2.-7.September 1872 in Haag abgehaltenen 5.Kongreß ist nichts Erbauliches zu sagen. Der Generalrat hatte durch einseitige Auslese der Delegierten den Ausschluß mehrerer prominenter Mitglieder der Internationale erreicht. das hatte verhängnisvolle Folgen. Fast alle Sektionen verurteilten dieses Vorgehen. Die schweizerischen, italienischen, französischen und spanischen Sektionen traten am 15.September des gleichen Jahres in St.Imier in der Schweiz zu einem Sonderkongreß zusammen. Dieser Kongreß sprach dem Londoner Generalrat das Recht "gesetzgeberischer Vollmachten" ab und erklärte, daß die Internationale sich auf Freundschaft und Solidarität aufbauen müsse. Der Kongreß faßte außerdem einen bedeutsamen Beschluß. Er erklärte sich gegen die Diktatur des Proletariats, in der er, wie in jeder anderen Diktatur, die Unterdrückung der Freiheit auch für die Arbeiter sah. Das war eine geradezu prophetische Erkenntnis!

Die "Antiautoritären", wie sich die freiheitlichen Sozialisten nannten, hielten noch fünf weitere Jahreskongresse ab. Der Generalrat berief für den September 1873 einen Kongreß in Genf ein, der aber, nach Karl Marx eigenem Eingeständnis, ein Fiasko war. Der Generalrat war inzwischen von London nach New York verlegt worden, wo er nach kurzem Schattendasein das Zeitliche segnete.

Michail Bakunin zog sich nach dem Kongreß von St.Imier aus Gesundheitsgründen aus der Internationale zurück. Das letzte Treffen der Antiautoritären fand vom 6.-8.September 1877 in Verviers in Belgien statt. Im Anschluß daran trafen sich die "Antiautoritären" und "Autoritären" zum letzten Mal in Gent in einer gemeinsamen Sitzung. Die Gegensätze hatten im Laufe der Jahre an Schärfe verloren, die sachlichen Divergenzen aber über Ziel und Taktik bestanden weiter. Auch die Zeiten hatten sich geändert; neue Perspektiven zeichneten sich am Horizont der sozialen Entwicklung ab. Die Genter Tagung beschloß, eine gemeinsame Korrespondenzstelle für den Austausch von statistischen Angaben über Löhne und Preise, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen einzusetzen. Das zusammengetragene Material sollte den Arbeiterorganisationen aller Länder und aller Richtungen zugute kommen. Das Büro hatte keine Lebensdauer, doch der Plan war gut und erwies sich als fruchtbar; er wurde von einer neuen Generation aufgenommen und fand seine Verwirklichung im Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Obwohl eine europäische Schöpfung, erreichten die geistigen Ausstrahlungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation alle Kontinente. Die Internationale gab den Arbeitern aller Länder unversiegbare Kampfimpulse. Ihr großes Ziel, die ersehnte Völkerverbrüderung, konnte sie nicht verwirklichen, ihre grundlegenden Ideen aber leben weiter.



Deutsche Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg – eine 1. Fortsetzung

von Wolfgang Haug

Ein erster Artikel zum selben Thema in SF-Nr.11 stellte ein Dokument der Gruppe DAS vom September 1936 vor und arbeitete kurz einige der bis dahin (uns) bekannten Daten, Fakten und Ausschnitte aus Lebensläufen auf. Der SF endete den Beitrag mit dem noch gültigen (!) Aufruf, uns weiteres Material zum Thema zur Verfügung zu stellen. Daraus ergab sich eine Zusammenarbeit mit Hans Jürgen Degen, die auch noch für eine weitere Fortsetzung gut sein dürfte!

Doch soll diesmal ein gelungener Beitrag von unverhoffter Seite, nämlich sozialdemokratischer, im Mittelpunkt stehen: Von der FRIEDRICH EBERT STIFTUNG gefördert, entstand PATRIK VON ZUR MÜHLENS Buch "Spanien war ihre Hoffnung – Die deutsche Linke im Spanienkrieg".

Zur Mühlen durchstöberte die zugänglichen Archive in Holland, der BRD und Spanien und erhielt so, auch wenn in der UDSSR und der DDR sicher noch viel interessantes Material zu finden sein dürfte, einen recht gut Eindruck von allen politischen Richtungen, die sich am Bürgerkrieg auf republikanischer Seite beteiligten. Für den Bereich "anarchistische Milizen" erwies sich das "Archivo Historico Nacional – Seccion Guerra Civil" in Salamanca als am ergibigsten; für "anarchistische Propaganda" der Rudolf Rocker-Nachlaß mit Briefen Helmut Rüdigers im IISG Amsterdam.

Zur Mühlen arbeitet zunächst – als Einleitung – die Ursachen des Spanienkriegs heraus und schildert Spanien als untypisches Emigrationsland (rechte Regierung!), das trotzdem gerade Anarchisten anzog (aufgrund der starken Stellung der CNT). Anschließend trennt z.Mühlen in "Deutsche Anarchosyndikalisten"; "Deutsche Sozialdemokratie"; "KPD im Spanischen Bürgerkrieg"; "Kommunistische Geheimpolizei in Spanien" –u.a. der deutsche "Servicio Alfredo Herz"; die "Internationalen Brigaden" und "Nach dem Spanienkriege" – d.h. Internierung in Frankreich, KZ und Spuren nach 1945.

Bereits 1933, unmittelbar nach dem Reichtagsbrand und den darauffolgenden Verhaftungen, waren viele politisch denkende und handelnde Deutsche ins Exil gegangen, darunter bis Ende 1933 65000 Juden, die z.T. zweifellos ebenfalls aus politischer Überzeugung handelten, was jedoch bezeichnenderweise nicht erforscht wurde, 8000 Kommunisten, 6000 Sozialdemokraten und 5000, denen unterschiedliche politische und sonstige Motive zugeschrieben werden. Unter den Ausnahmefällen, die sofort nach Spanien gingen, befanden sich z.B. der expressionistische Schriftsteller Karl Otten (Mitglied in Mühsams Gruppe TAT, als Reisender im Griechenland-Krieg, Mitarbeiter bei Pfemferts AKTION, linksradikaler Pazifist, Mitherausgeber der Zeitschrift GEGNER usw.), der während seines Aufenthalts in Mallorca den Franco-Putsch erlebte, von dem deutschen Generalgouverneur denunziert verhaftet wurde und die Auseinandersetzung auf der Insel in dem sehr lesenswerten Roman "Torquemadas Schatten" verarbeitete. (Konkret Verlag 1980 und Fischer tb 1982).

Publizistisch Tätige hinterlassen zumeist ihre eigenen Quellen, so daß ihr Weg immer einigermaßen nachgezeichnet werden kann; deshalb soll hier nicht weiter von Helmut Rüdiger die Rede sein, der seit Juli 1936 in der "Informationsstelle der CNT" tätig war, später Propagandist der Gruppe DAS wurde, sowie Herausgeber ihrer spanischen Ausgabe von "SOZIALE REVOLUTION" war, die in einer 1000er Auflage an der Front verbreitet wurde. Auch nicht von Augustin Souchy, dessen Tätigkeit aus seinen Büchern recht gut bekannt ist.

Oftmals typischer für den historischen Ablauf sind die Lebensausschnitte nichtpublizierender Genossen; gerade sie transparent zu machen, wäre eine Absicht dieser Artikelreihe im SF.

Partik v.z.Mühlen ist es nur in einigen Fällen gelungen, genaueres über solche Menschen herauszufinden; dies soll seine Arbeit keineswegs entwerten, denn er liefert gutes Material und er liefert es weitgehend vorurteilsfrei – nur leider: es ist zu wenig. D.h. Patrik v.z.Mühlens Buch sollte mehr als eine Ausgangsquelle für weitere Nachforschung verstanden werden, zumindest was die anarchistischen Interessen an dem Thema anbetrifft.Zwar arbeitet z.Mühlen sicherlich die Informationen aus diversen Archiven in seine Darstellung ein, aber dabei bleibt es auch; d.h. es handelt sich um ein wissenschaftliches Buch, der journalistische Teil – nämlich das Aufspüren etwaiger Überlebender und darüber das Zusammentragen von authentischem Material der Beteiligten-fehlt, sieht man von brieflichen Kontakten etwa zu Rolf Reventlow und Willy Brandt oder Augustin Souchy ab. So bezieht v.z.Mühlen zwangsläufig seine erforschten Informationen aus Verhörakten, nicht zuletzt der GESTAPO. Zieht man diese Quelle überhaupt heran, so bleibt ihr Gehalt natürlich unsicher, denn Vertuschungen, Korrekturen etc. der Verhörten dürften eher zu erwarten sein, als das naive Ausplaudern der Wahrheit. Die folgenden, in den SF übernommenen Angaben über die Personen stammen deshalb nur zum Teil aus z.Mühlens Buch, als zusätzliche Quellen dienten "Anarchosyndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr", sowie die Zusammenarbeit mit Hans Jürgen Degen, der über diesen Gegenstand "Wir sind es leid Ketten zu tragen..." mitherausgab und zusätzliches Material sammelte, so z.B. das DAS-Dokument, das wir im Anschluß abdrucken.

LEBENSLÄUFE

Mit am meisten fand v.z.Mühlen über den damals 40jährigen Duisburger WILLY WINKELMANN aus dem Stadtteil Hamborn. Von Beruf Buchhalter war er, wie sein späteres Urteil zeigte bereits vor 1933 wegen anarchistischer Tätigkeit straffällig geworden. Im Mai 1936 gelangte er nach Barcelona und fand "als Packer beim CNT-Organ SOLIDARIDAD OBRERA eine Anstellung" (S.35 bei z.Mühlen). Als Mitglied der Gruppe DAS beteiligte er sich bei der Beschlagnahmung des Lokal "Münchner Bräustübel" in der Altstadt Barcelonas (das als kollektivierte "Suppenschmiede" weitergeführt wurde,vgl.SF-11).

Wichtig für unsere Urlauber

Um eine reibungslose Unterbringung von unverhofft in Barcelona eintreffenden Urlaubern aus der Internationalen Kolonne zu sichern haben wir zwei Soldatenheine geschaffen. Die notwendige Ordnung in diesen Heimen wird durch zwei gewählte Delegierte aufrecht erhalten, die auch die Zuweisungen an die einzelnen Adressen vornehmen. Die Delegierten sind durch das Büro der DAS-Gruppe zu erreichen. Genossen die abends nach 7 Uhr in Barcelona eintreffen, müssen sich für die erste Nacht in einem Hotel einquartieren, wozu sie die Möglichkeit haben, da sie an der Front ausbezahlt werden. Am nächsten Morgen ab 9 Uhr ist das Büro der Gruppe geöffnet und die Kameraden erhalten sofort ihre Anweisung. Diese Massnahme ist getroffen worden, weil es wiederholt vorgekommen ist, dass abends spät Urlauber eintrafen, die man für die erste Nacht nur provisorisch unterbringen konnte. Um zu vermeiden, dass man die von der Fahrt ermüdeten Kameraden in der Nacht noch von einer Stelle zur anderen schicken muss, halten wir diese Regelung für die beste.

Deutscher Informationsdienst

Allen Interessenten geben wir bekannt, dass die CNT-FAI einen laufenden deutschen Informationsdienst herausgibt, der seit dem 25. Juli bis heute in 28 Nummern erschienen ist. Er enthält wichtiges Material zur Information über die Lage in Spanien, insbesondere über die Entwicklung in Katalonien und Levante. Der Informationsdienst erscheint von jetzt ab regelmässig jeden Montag und Donnerstag.

Interessenten wenden sich an: Redacción del Boletín Alemán de la CNT-FAI, Vía Buenaventura Durruti 32-34 4.°, Barcelona.

Deutsche Radiosendungen

Das Nationalkomitee der CNT veranstaltet über den Sender CNT-FAI-Barcelona regelmässige Auslandssendungen in zahlreichen Sprachen. Die Sendungen erfolgen auf Welle 42,88 jeden Abend von 9,30 Uhr bis 12 Uhr nachts (mitteleuropäische Zeit: eine Stunde später). Deutsche Sendungen:

Dienstag, Donnerstag, Sonntag 9,30 Uhr nachts spanischer Zeit.

Zusammen mit FERDINAND "NANTE" GÖTZE und anderen zerstörte er den deutschen Club "Germania", verhaftete Nazis und besetzte das deutsche Generalkonsulat. Nach der Bildung anarchistischer Milizen trat er zeitweilig als "Polit-Kommissar" in Erscheinung; in dieser Eigenschaft ist eine harte Diskussion mit dem KPD-Funktionär Hans Beimler beim Aufbau der 'Gruppe Thälmann' belegt. Winkelmann wie Souchy arbeiteten so eng mit der CNT zusammen, daß sie von den Kommunisten unbehelligt blieben; bei einem späteren Verhör 1940 durch die Gestapo gab Winkelmann 37 Namen deutscher Anarchisten an, von denen 19 zeitweilig in kommunistischen Gefängnissen gesessen hatten. Vom Volksgerichtshof Berlin wurde er zu 12 Jahren KZ verurteilt; ein Urteil, das die "normale Strafe" für "Rotspanienkämpfer" von 2-3 Jahren deutlich übertraf; zu seiner Begründung wurde auf seine anarchosyndikalistische Tätigkeit von vor 1933 verwiesen.

Das Ehepaar ELLI und FERDINAND GÖTZE aus Leipzig, das zuvor schon viel von der Widerstandsarbeit nach 33 im Reich getragen hatte, gehörten ebenfalls zu den aktivisten Mitgliedern der Gruppe DAS; neben den bereits genannten Aktivitäten wird die Verhaftung eines deutschen Lufthansa-Kapitäns durch "Nante" erwähnt. Elli Götze arbeitete zusammen mit anderen (?) deutschen Frauen im Ausländerdienst der CNT/FAI, d.h. sie registrierten die Deutschen, stellten ihnen Ausweise aus etc. Irgendwann zwischen 36 und 37 trat "Nante" aus der Gruppe DAS aus und schloß sich der "Sozial Revolutionären Deutschen Freiheitsbewegung" an. P.v.z.Mühlen weiß nichts über seine Rolle zu berichten, er hält einen Eugen Scheyer (laut frz. Internierungslager-Quellen ein SPD-Mitglied; für die KPD ein "Schwarze Front-Mann Otto Strassers" bzw. ein "Trotzkist") für die treibende Kraft. Ein Brief "Nantes" an den Kasseler Willy Paul (aus dem Archiv H.J.Degens) bestätigt seine Mitgliedschaft in der neuen Gruppe: "...oder waren die von Dir mit uns geteilten neuen Ansichten bei Dir nur ein Blitzlicht - was ich nicht hoffe, obwohl ich weiß, daß es immer bequemer ist, mit in dem alten gewöhnlichen Trott zu marschieren. Glaube also immer noch, daß Du Dich uns ideelich verbunden fühlst."

In diesem Brief tauchen neben Scheyer, bei dem es sich mit ziemlicher Sicherheit wirklich um einen "Otto Strasser-Mann" gehandelt hat, ein vermutlicher Anarchist Schwientek und ein Kopp auf. Die Gruppe firmierte zwar unter dem Briefkopf "Barcelona und Oslo", dürfte jedoch unter 10 Mitgliedern gehabt haben. "Nannte" lebt heute in Stockholm, nach unserem Informationsstand wurde er von einigen, ebenfalls nach Schweden emigrierten DAS-Leuten gemieden, obwohl er sich nach wie vor zum Anarchismus bekennt.

Der eigentliche Gründer der Gruppe DAS kam aus Darmstadt und hieß GUSTAV DOSTER. Im November 1933 war er nach Holland emigriert und arbeitete zusammen mit FRED SCHRÖDER (vgl. SF-11) aus Kassel, der eine "Auslands stelle" gegründet hatte. Sie schmuggelten Material ins Reich, schleusten Flüchtlinge heraus und gründeten schließlich auch die Gruppe DAS. (Weiteres zum Fluchthilfeunternehmen findet sich in: Anarchosyndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr; EMS-KOPP-Verlag,Meppen; auch beim SF bestellbar). In Spanien geriet Doster wiederum gemeinsam mit dem Ehepaar Schröder in das Tscheka-Gefängnis im ehemaligen Kloster von Segorbe. Aus diesem kam er erst im April 1938 raus und suchte die nach Paris ausgewichenen Genossen auf. Doster emigrierte später ebenfalls nach Schweden. Der nachfolgende Bericht über die Gruppe DAS stammt nach unserer Ansicht aufgrund des Inhalts, der erhobenen Vorwürfe und der Sprache vermutlich von ihm.

Ebenfalls in Segorbe saß "MICHEL" MICHAELIS er war (vgl.SF-11) im Oktober 37 ohne Haftbefehl in Barcelona festgenommen worden; zusammen mit Doster und drei anderen wurde er im April 38 freigelassen. Drei der 5 reisten nach Paris weiter - vgl. nachfolgenden Text: so handelte es sich um Doster, HELMUTH KRISCHEY und EMIL HESSENTHALER - ;Michaelis blieb. Da er nicht in die "Interbrigaden" wollte, wurde er spanischer Staatsbürger und gelangte so in eine anarchistische Einheit der regulären Armee. Daß er der politische Anführer der "Centuria Erich Mühsam" war,wurde bereits berichtet; z.Mühlen erwähnt zusätzlich einen militärischen Leiter. In dieser Miliz befanden sich auch OSKAR ZIMMERMANN, ein Anarchist aus Stuttgart, von dem in SF-11 berichtet wurde, daß er häufig mit den Schweizern Eichmann und Thalmann politischen Streit hatte; JOSEPH SCHEUNGRAB aus dem niederbayrischen Holzkamm: ein 28jähriger, der mit einer Fahrkarte der IAA von Paris nach Barcelona geschickt worden war, in der Bakunin-Kaserne landete und Ende Oktober 36 zur Columna Durruti nach Pina del Ebro geschickt wurde. Er wurde hauptsächlich als LKW-Fahrer eingesetzt; nach einer Verwundung, desertierte er Ende 37. Bei Durruti arbeitete auch der Karlsruher Schriftsteller Carl Einstein als technischer Leiter; über die Aragon-Front findet sich ein lebhafter Bericht von ihm in SOZIALE REVOLUTION Nr.12, 1.5.1937.

CARL EINSTEIN war im Sommer 36 nach Spanien gekommen und bei Helmut Rüdiger eingezogen. Bereits im Juli 36 schloß er sich Durrutis Miliz an; nach dessen Tod hielt Einstein die Totenrede über der CNT-Sender in Barcelona; einer Rede, in der Einstein gegen die Militarisierung der Milizen Stellung bezog. Nachdem die Milizen schließlich in die "Volksarmee" eingegliedert waren, dürfte Einstein die Front verlassen haben; Spanien verließ er jedoch erst mit dem Flüchtlingsstrom 39. In Frankreich interniert, brachte sich Einstein beim Vor-



marsch der deutschen Truppen 1940 um.

ICH WEIß, WAS PASSIEREN WIRD. MAN WIRD MICH INTERNIEREN, UND FRANZÖSISCHE GENDARMEN WERDEN UNS BEWACHEN. EINEN SCHÖNEN TAGS WERDEN ES SS-LEUTE SEIN. ABER DAS WILL ICH NICHT. JE ME FOUTRAI A L'EAU. ICH WERDE MICH INS WASSER WERFEN."

(Einstein in seinem Romanfragment "Bebuquin II"; 1934-36)

"ohne Umgehung der Zensur zur Post" gegeben worden war. Diese Vermutung stützt sich auf die Tatsache, daß Doster von einem "Funktionär der Gruppe" spricht und Arthur Lewin als DAS-Sekretär galt.

****

Quellen:

- Patrik von zur Mühlen: Spanien war ihre Hoffnung - Die deutsche Linke im Spanienkrieg; Verlag Neue Gesellschaft Bonn, 1983, 292 S.; 29.80DM
- SCHWARZER FADEN Nr.11



Negras tormentas agitan los aires,
nubes oscuras nos impiden ver;
aunque nos espere el dolor y la muerte
contra el enemigo nos manda el deber.

El bien mas preciado
es la libertad
hay que defenderla
con fe y valor.
Alta la bandera
revolucionaria
que del triunfo sin cesar nos lleva en pos.

¡En pié, pueblo obrero,
a la batalla;
hay que derrocar
a la reacción!
¡¡A las barricadas!!
¡¡A las barricadas!!
por el triunfo de la Confederación.

Über andere deutsche Anarchisten (Johann Würfels aus Duisburg, Christian Hornig aus Bad Kissingen, Juliano Schwab, Helmut Klose, Mauricio Lipschulz oder auch die in P.v.z.Mühlens Buch nicht erwähnten Helmuth Krischey, Emil Hessenthaler, Egon Jhlfeld, Arnold Engels, Willi Paul aus Kassel etc.) soll erst dann weiteres im SF berichtet werden, wenn sich mehr Informationen angesammelt haben. (Dies ist eine Einladung zur Mitarbeit)

Noch kurz jedoch zu Arthur Lewin aus Leipzig, der im nachfolgenden Dokument erwähnt wird: obwohl er seit Anfang Juli 36 in der "Informationsstelle der CNT" tätig gewesen war, bekam er es mit der kommunistischen Geheimpolizei zu tun und wurde 1937 als "Faschist" ausgewiesen, ohne daß die CNT sich rührte. Ein möglicher Grund für die Inaktivität der CNT und die Vorbehalte, die in Dosters Bericht gegen ihn auftauchen, mag der Brief und seine Folgen gewesen sein, der

- Anarchosyndikalistischer Widerstand an Rhein und Ruhr; Hrsg.v.Rolf Theissen, Peter Walter, J.Wilhelms; Emskopp-Verlag Meppen 1980;11.50DM
- EXIL 3/82 (u.a.über Carl Einstein)
- DER SPIEGEL 15/82 (über Carl Einstein)
- Mikrofilmabschrift: "DAS-Betrachtungen" (aus Helmut Rüdigers Nachlaß)

EINIGE BETRACHTUNGEN IN SACHEN GRUPPEN DAS

(Ohne stilistische Verbesserungen abgedruckt:)

"Die erste illegale Reichskonferenz der "FREIEN ARBEITER UNION DEUTSCHLANDS" (ANARCHO-SYNDIKALISTEN) und der DEUTSCHEN ANARCHO-SYNDIKALISTEN im AUSLANDE (Gruppen DAS) fand an Pfingsten 1934 in Amsterdam statt.

Es waren vertreten: Die Geschäftskommission der FAUD (A-S), der Bezirk Sachsen-Thüringen, Berlin, Rheinland-Westfalen, die Gruppe Holland der DAS, die Zentralstelle der DAS, der Delegierte des Süd-Westdeutschen Bezirkes wurde an der Grenze verhaftet. Durch Schreiben, in welchen sie ihre Meinung zur Tagesordnung zum Ausdruck brachten, waren vertreten die Gruppen Stockholm und Paris, der Bezirk Saargebiet. Für die IAA war der Genosse Müller-Lehning, für die holländische Organisation (NSV) der Genosse Aug. Rousso anwesend.

Der Delegierte der GK der FAUD begrüßte die Initiative der Zentralstelle zur Zusammenrufung dieser Konferenz, obwohl sie keinen Auftrag von der Mutterorganisation dazu hatte. Er ist beauftragt, nachträglich dieses Mandat zu bestätigen. Es wird beschlossen: Der SITZ der FREIEN ARBEITER UNION DEUTSCHLANDS (A-S) bleibt in Deutschland.

Die Zentralstelle der DAS im Auslande ist nur ausführendes Organ des Willens der Reichsorganisation. Nur in Fragen der Emigrantengruppen ist die Zentralstelle massgebend. Die DAS im Auslande trete nicht als selbstständige Organisation auf. Mitglieder der Gruppen DAS können nur werden Mitglieder der FAUD(A-S), die aus zwingenden Gründen Deutschland verlassen mußten und dies im Auftrag oder im Wissen ihrer Heimatorganisation taten. Wenn die Möglichkeit der Herausgabe einer Presse besteht, so hat dies in Verbindung mit der Mutterorganisation zu geschehen.

Dieses ist so der ungefähre Inhalt der Beschlüße der Konferenz in Hinsicht der Tätigkeit und Aufgaben der Gruppen DAS.

Diese Beschlüße der 1.illegalen Reichskonferenz, die bis heute durch keine anderen aufgehoben sind, wurden erstmalig durchbrochen durch die Gruppe Barcelona der DAS nach dem 19.Juli 1936. Es wurden im Rausche der spanischen Ereignisse eine ganze Reihe von neuen Mitgliedern aufgenommen, und was schlimmer ist, mit Funktionen beauftragt, die sie in gar keinem Fall hätten besetzen dürfen. Ein kleines Beispiel:

"Es wird beschlossen, den früheren kommunistischen Genossen Egon Ihlfeld in die Gruppe aufzunehmen. In der nächsten Versammlung macht sich die Neuwahl einer Zentralstelle der DAS notwendig. (Man hatte ohne die FAUD zu befragen die Zentralstelle von Amsterdam nach Barcelona verlegt.) Der erst eine Woche zur Organisation gehörige Gen. Ihlfeld wird vorgeschlagen als Vorsitzender. Der Gen. Ihlfeld, der übrigens im Laufe der spanischen Ereignisse bewies, daß er ein guter zuverlässiger Genosse ist, lehnte diese ihm angebotene Funktion mit der Begründung, daß er vielzu wenig vom Syndikalismus und seinem Aufbau kenne, daß er noch viel weniger von der deutschen illegalen Bewegung kenne, ab. Ihlfeld führte weiter aus, daß er diese Haltung der Gruppe DAS nicht Verstände einen neuen Genossen, den so gut wie niemand kenne, mit einer derartigen Funktion zu betrauen. Zu einer derartigen Funktion könnten und müßten seiner Ansicht nach nur alte und vertrauenswürdige, langjährige Genossen, die man auch in Deutschland kennt, Verwendung finden.

So geschah es in vielen anderen Dingen, und es fand sich nicht immer ein Genosse wie Ihlfeld, der das nötige Gefühl für Verantwortung hatte.

Die Gruppen DAS, die dann, bis auf wenige Ausnahmen alle in Spanien anwesend waren, - teils an der Front, teils in Fabriken oder in der Polizei, in der Gruppe DAS oder beim Komitee Regional beschäftigt waren, gaben zusammen die grosse Gruppe DAS BARCELONA.

Die Gruppe DAS BARCELONA hat, trotz vieler Warnungen einer Minderheit, eine Tätigkeit, die weit über ihren Aufgabenbereich hinausgeht, entfaltet. Anstatt sich darauf zu beschränken, mit den vorhandenen Kräften und Mitteln einen deutschsprachigen Propagandaapparat, Presse, Radio Verlag zu schaffen, so zu organisieren, daß auch bei einem eventuellen Fehlschlagen der spanischen Revolution, eine Fortsetzung dieser deutschsprachigen Propaganda möglich gewesen wäre, hatte sie den Ehrgeiz in der spanischen Revolution eine Rolle zu spielen. Die Minderheit in der Gruppe DAS, d.h. die Genossen, die verantwortliche Arbeit leisteten, versuchte immer und immer wieder eine Reorganisation in dieser Hinsicht zu Stande zu bringen. Die Mehrheit der Mitglieder verhinderten jedoch eine derartige Reorganisation. Als nach den Maiereignissen und unter dem Eindruck der Konterrevolution es endlich zu gewissen Umorganisationen kam, zeigte es sich, daß es zu spät war. Hinzu kam noch, daß ein Funktionär der Gruppe, über die Verhandlungen dieser verschiedenen Versammlungen einen brieflichen Bericht sandte an einen Freund an der holländischen Grenze. Diesen Brief jedoch ohne Umgehung der Zensur zur Post gab. Dieser Brief wurde von irgendeinem kommunistischen Zensor an die Polizei gegeben. Der Brief sollte kurze Zeit später eine Rolle gegen die verhafteten Genossen der Gruppe spielen.

Am 26. Juni begann die Liquidierung der Gruppe DAS durch die Polizei bzw durch die kommunistischen Polizeistellen innerhalb des Departementos Especial de Informacion del Estado. Die völlige Liquidierung der Gruppe Barcelona geschah jedoch durch die Gruppe selber. Sie verließen Spanien und räumten den kommunistischen Konterrevolutionären das Feld. Dabei spielte die Tatsache, daß eine Anzahl ihrer Genossen in den Klauen der Tscheka in höchster Gefahr waren, keine Rolle. Anstatt zusammen mit den übrigen ausländischen Seccionen der CNT den Kampf aufzunehmen gegen Tscheka und Kommunisten, räumte man das Feld.

Daß die CNT und FAI Versuche der Gruppe DAS nicht unterstützt haben soll, fand seine Ursache wohl in der Stellung der Gruppe zu beiden Organisationen.

In all der Arbeit in Spanien hatte die Gruppe DAS BARCELONA keinerlei Verbindung mit der deutschen Organisation, abgesehen davon, daß der Gen. RUBE. im Auftrag der IAA einige Genossen in Deutschland besuchte, und einige Zeitungen und Broschüren über die holländische Grenze nach Deutschland gelangten. Einige Genossen, die direkt von Deutschland kamen, konnten auch nur unvollkommenen Bericht geben über die organisatorische Lage der FAUD. Ihre Verbindung ging im besten Falle zu einem geschlossenen Bezirk. Durch RUBE. wurde von größeren Verhaftungen in Berlin, Sachsen und Rheinland-Westfalen berichtet. (Die Prozesse gegen diese Genossen haben nun stattgefunden und mit großen Zuchthausstrafen geendigt.)

Im Gefängnis von Segorbe, wo die verhafteten Genossen der Gruppe DAS zum ersten Mal seit Monaten Gelegenheit hatten zusammen zu sein und ihre Lage, ihre Verhaftung und ihre Ursachen zu besprechen und zu diskutieren, kam zum Ausdruck, daß sie keinen Teil mehr ausmachen wollen von der Gruppe DAS ohne eine gründliche Reinigung und Reorganisation, dahingehend, daß 1. organisatorisch: das Selbstständige organisatorische Bestehen einer ausländischen deutschen Organisation aufhört, 2. die Zentralstelle auf das zurückgebracht wird, was die erste illegale Reichskonferenz in Amsterdam beschlossen hat; 3. die Mitglieder der Gruppen DAS sich den entsprechenden Landesorganisationen anschließen in deren Ländern sie sich befinden. Sind mehrere Genossen an einem Ort, so können sie sich innerhalb der örtlichen Organisation zu einer deutschsprachigen Organisation zusammenschließen und eine entsprechende Arbeit leisten, die von der betr. Landesorganisation materiell und ideel unterstützt wird. 4. Personell: Die Gruppen DAS, bis auf einige Ausnahmen, auf den Stand von vor dem 19. Juli 1936 zurückzubringen.

Nach ihrer Freilassung hatten die Gen. Helmuth Kirschey, Emil Hessenthaler, Gustl Doster eine Zusammenkunft mit den sich in Paris befindlichen Mitgliedern der ehemaligen Barcelonaer Gruppe die von der IAA anerkannt wird. (Es gibt in Paris eine zweite Gruppe DAS, die von der CGTSR anerkannt und unterstützt, die Gründe davon sind uns im großen Ganzen unbekannt). In dieser Versammlung gaben die Pariser Genossen uns einen Bericht über die Ereignisse nach unserer Verhaftung Die Freigelassenen gaben einen Bericht über die Zeit ihrer Gefangenschaft, ihrer Verhöre und den sich daraus ergebenden Konsequenzen. Ferner brachten sie ihre Verwunderung zum Ausdruck: daß der Genosse Arthur Levin das Mandat der deutschen Organisation zum Kongreß der IAA vom Dezember 1937 hatte, obwohl eine Mitgliederversammlung vom Ende Mai 1937 (welche stattfand im Comite de Defensa der Barriada Gracia) beschlossen hatte, daß der Gen. Levin keinerlei Funktion mehr in der Gruppe begleiten darf; - daß der Genosse Isak Aufseher noch immer Teil der Gruppe ausmacht; - daß sie zu der Zentralstelle in Stockholm mit Fred Schröder als Mitglied keinerlei Vertrauen besitzen; - daß sie die Gruppen DAS nicht mehr als feste Organisation zu sehen wünschen, sondern daß man eine Verbindungsstelle schaffen soll ("Korrespondenzstelle") mit der die Genossen in Verbindung stehen. Die Korrespondenzstelle steht in Verbindung mit der IAA und Deutschland.

Daß die Mitglieder der Gruppen DAS sich den Landesorganisationen ihrer jeweiligen Emigrationsländer anschließen sollen und innerhalb dieser Organisationen arbeiten sollen.

Die Genossen der Pariser Gruppe lehnten diese Meinung der freigelassenen Genossen ab und wollen die Aufrechterhaltung eines eigenen deutschen Organisationskörpers im Auslande.

Der Gen. Rüdiger selber, redete auch mehr einer losen Verbindung das Wort wie einer geschlossenen Organisation. Er kam jedoch aus anderen Gründen zu dem Ergebnis wie die freigelassenen Genossen.

***

NACHTRAG: Die Mehrheit, der sich in Stockholm befindlichen deutschen Genossen, alles langjährige Mitglieder der FAUD (AS) sind derselben Meinung wie die (freigelassenen,A.d.SF) Genossen sie in Paris vertraten und machen keinen Teil der Gruppe DAS STOCKHOLM mehr aus.

****

Die Nr.3/82 der Zeitschrift »EXIL – Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse« (Edita Koch, Goethestr.122, 6457 Maintal-2) enthält neben Arbeiten zu Heinrich Mann oder Südtirol gleich zwei Beiträge, die uns näher interessieren: Hartmut Geerken schreibt über den Stirnianer Anselm Ruest, Heidemarie Oehm über den Schriftsteller Carl Einstein. Beide Freunde und Mitarbeiter von Franz Pfemferts AKTION.

Anselm Ruest (ein Pseudonym aus den Buchstaben seines wirklichen Namens - Ernst Samuel; 1878-1943) schrieb 1906 „Stirner-Brevier. Die Stärke des Einsamen" (Verlag Hermann Seemann Nachf. Berlin 1919); begründete 1911 die AKTION Pfemferts mit, 1912/13 die Zeitschrift „Die Bücherei Maiandros", 1919-25 die Zeitschrift „Der Einzige" zusammen mit dem Stirnerianer Mynona (d.i. Salamo Friedländer). Bis 1933 beschäftigte er sich mit Max Stirner oder individualistischen Metaphysikern wie Julius Bahnsen; ab dem 6.Mai 33 begann seine Exilzeit in Frankreich. Dort beteiligte sich Ruest an der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Kunst und Literatur im Ausland"; las aus Büchern verfolgter deutscher Schriftsteller, wie z.B. David Luschnat; hielt Vorträge und Reden im „Schutzverband Deutscher Schriftsteller in Paris" oder bei der Gedächtnisfeier für den ermordeten Erich Mühsam (neben Ruest nahmen Erich Weinert, Egon Erwin Kisch, Anna Seghers und Augustin Souchy als Redner teil. Diese Angaben aus: Alfred Kantorowicz: Politik und Literatur im Exil. dtv 1983).
1939 betraf Anselm Ruest das typisch französische (?) Schicksal deutscher linker Emigranten: ab September wurde er zuerst in einem Amphitheater (die chilenischen Stadien sind so neu nun auch wieder nicht!), dann in einem Zirkuszelt, später in einer Scheune bei Blois interniert. 1940 gings in ein Lager bei Montargis, im Juni ins Lager Les Milles bei Aix, von dort ins Lager St.Nicolas, von wo er aufgrund seiner zerstörten Gesundheit entlassen wurde. Am 18.11.1943 starb Anselm Ruest in Carpentras an seinen Krankheiten.
Geerken veröffentlicht eine Aufzeichnung Ruests „Der Transport", in der Ruest eine Fahrt im Viehwaggon von einem Lager ins andere beschreibt.

Über Carl Einsteins (1885-1940) Zeit im Spanischen Bürgerkrieg findet sich an anderer Stelle dieser Nummer näheres.
Heidemarie Oehms Beitrag geht daneben sehr ausführlich auf Einsteins autobiographisch gefärbten Nachlaßroman „Bebuquin II" ein. Der zugrundeliegende Pessimismus wird in dem Vorhaben deutlich, einen Roman zu schreiben, in dem gezeigt wird „wie eine romantisch anarchisch ziellose Generation aufwächst, die verlieren muß". Oehms These ist, daß „in der wachsenden Vereinsamung des Exils, für Einstein wie für viele andere Autoren, die Beschäftigung mit der eigenen Biographie eine Form der Identitätssicherung in einer sprachlich und kulturell ungewohnten Umgebung" sei. Daß Einstein über die Darstellung der eigenen Biographie Gesellschaftskritik betreibt, wird bereits bei seiner Beschreibung der Karlsruher Jugendzeit deutlich:



Carl Einstein

Für die AKTION gezeichnet von Max Oppenheimer

„In dieser mittleren Stadt, worin mittlere Menschen wohnten, die einige andere zum Wahnsinn und in Verzweiflung trieben, zogen die Strassen unerbittlich und linealklar gerichtet durch eine müde ausgeweitete Flachlandschaft... Sie war vor längerem von einem kleinen, gealterten Despoten gebaut worden, der hier im Nichtstun gänzlich gesichert ruhen wollte. Und die Stadt war ein komfortables, leicht überschaubares Zuchthaus, in dessen glatten geraden Strassenkorridoren niemand dem Blick der Obrigkeit sich entziehen konnte." Und zum Landes"vater" gehört als verlängerter Arm auch schon in Einsteins Erkenntnis der "Familienvater": *„Ein reizbarer neurasthenisch streitsüchtiger Tyrann frass die besten Stücke in sich hinein und fühlte seine Macht umso stärker, je stiller die Kinder an der dunklen Ecke des Tisches kauerten. Jede Fröhlichkeit beleidigte den Alten, der seinen Schoppen nahm und über den Ernst und die Regeln des Lebens dozierte."*

Einstein war in einer traditionell-jüdischen Familie groß geworden; Familie, Schule und Wilhelminismus zwangen – ihn wie andere – zur Anpassung oder zur Revolte. So verließ Einstein bereits 1903 ohne Schulabschluß und mit abgebrochener Bankhandelslehre Karlsruhe und lebte seitdem in der Berliner Boheme. Die Revolte entstand aus der erfahrenen Unterdrückung eines Individuums; auch wenn es zahlreiche solcher Individuen gab, selbst wenn es eine (vergleichbar mit den Jahren 1965-75) ganze Generation betraf, so blieb diese Erfahrung vereinzelt. Das Individuum trat die Flucht nach vorn an, es eignete sich Fähigkeiten an, um in der künstlerischen antibürgerlichen Boheme zu bestehen, um politisch die Vereinzelung zu überwinden. Die Biographie zahlreicher Schriftsteller und Künstler zeigt diesen Versuch: vergleiche etwa Franz Jungs Engagement in der KAPD (sowie später seine pessimistische Grundhaltung), Franz Pfemferts und Oskar Kanehls in der AAUE, Erich Mühsams bei den Anarchisten u.v.a.m. Ihren Optimismus und ihre Überzeugungskraft bezogen sie aus der Symbiose, d.h. besser deren Grad mit der sie ihre persönliche antibürgerliche Revolte mit sozialen Massenbewegungen in Übereinstimmung bringen konnten. Gelang dies nicht, d.h. z.B. blieb diese Übereinstimmung nur von kurzer Dauer (etwa Räterepublik, Novemberrevolution etc.) kam es auf die Fähigkeit des einzelnen an, mit diesem Widerspruch zu leben. Für Carl Einstein schien dieser Widerspruch wichtiger zu sein als andere Inhalte. Er wollte sich nicht darum drücken, ihn deutlich zu thematisieren:

„Zeigen wie die landschaft der jugend zergeht; doch diese kinder werden vergeblich person. sie sind die letzten individualisten. gleichzeitig die übersteigersten. so gehen sie in all die kollektiven strömungen ihrer zeit – trotz allem – als anarchische individualisten ... aber mit der massengruppierung wissen sie auch nichts anzufangen. so sind sie dauernds von revolte geladen; verlieren jedoch auch ihre individualen erwerbungen, sinken ab ... sie schwanken nur zwischen verlangen nach einordnung und rekonstruktion ihrer kindheit."

„Einordnung" in den revolutionären Kampf, d.h. für Einstein 1919 Presseoffizier des Soldatenrats in Brüssel sowie Beteiligung an den Spartakus-Aktionen in Berlin. Die Basis für eine Symbiose bildete die Absicht die „bürgerliche Realität" radikal zu verändern; der erfahrene Widerspruch bestand in der Nichtzugehörigkeit zur Arbeiterschaft, in der Frage nach dem Sin eines Künstlers, Intellektuellen, nach der Existenzberechtigung einer Boheme in einer spartakistischen Gesellschaft. Für Einstein löst sich dieser Widerspruch nicht: er kann und will weder seine Existenz in einer Massenbewegung nivellieren, noch diese arrogant auf sein Niveau "erziehen". Heidemarie Oehm faßt diese Beobachtungen ähnlich zusammen: *„Sein radikaler Individualismus, der als Protest gegen die Standardisierung des Individuums in der industriellen Gesellschaft entstanden ist, kann die Berührung mit einer Massenbewegung jedoch nur zeitweilig ertragen..."*

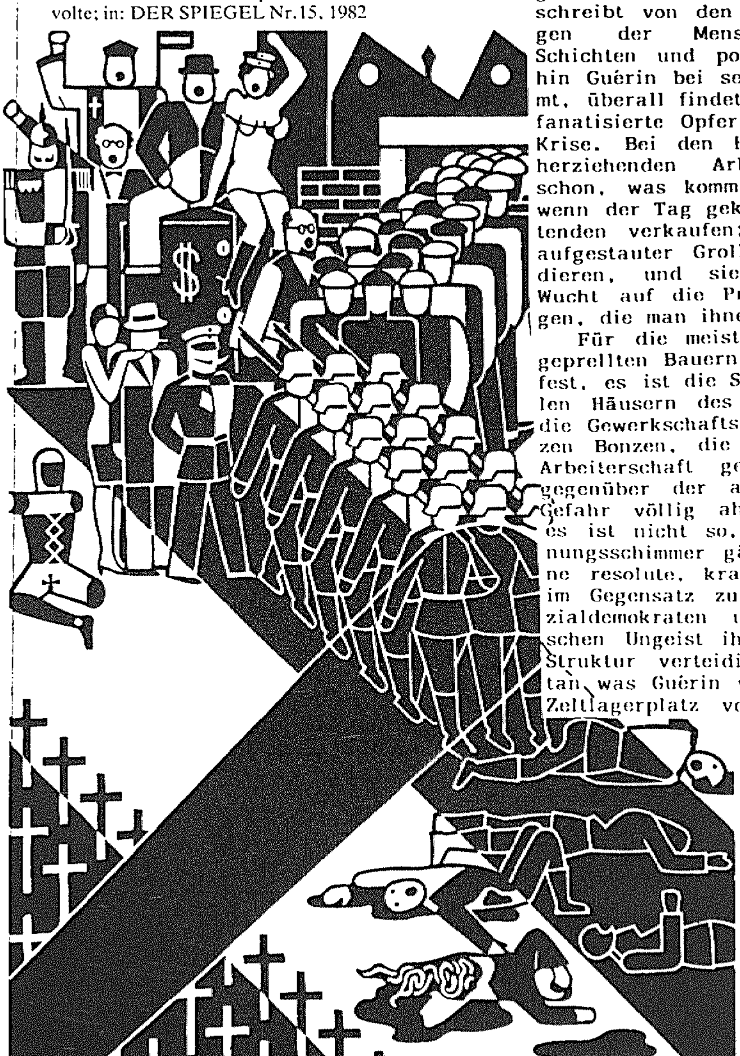
Die Suche nach einer Ausbalancierung von „ästethischer Revolte und revolutionärer Lebenspraxis" führte Einstein zu den Surrealisten und schließlich nach Spanien. Dort – ganz im Gegensatz zur "einordnenden" deutschen Sozialdemokratie und zum deutschen Kommunismus – fand sich in den anarchosyndikalistischen Gruppierungen, eine Masse, die Kollektivität und Individualität politisch zu verbinden suchte. Einstein landete also folgerichtig bei dem charismatischen Durutti; – und, nach dessen Tod und demScheitern der Anarchisten 1939 - am Ende seiner eigenen Anstrengungen den Optimismus wiederzuerlangen.

Denn was in Deutschland als neue Massenbewegung auftrat, konnte nur noch mit individueller Flucht, zur Not mit Selbstmord beantwortet werden. Es war für Einstein eine selbstverständliche Entscheidung, weil er in den Nazis genau jene – jetzt pervertiert überstiegerte – Bürgerlichkeit sah, vor der er (und seine anarchische Generation der Expressionisten, Dadaisten, Surrealisten etc.) immer geflohen war bzw. gegen die er immer gekämpft hatte:

"Wann immer eine bürgerliche Reaktion einsetzt, appelliert man an den alten Idealismus. Die kleinbürgerlichen Reaktionäre von heute schaffen banale, ideologische Bedürfnisse und sprechen ideal pathetisch. Dies ist logisch, da man der radikalen Phrase zum Trotz die tatsächlichen sozialen Konflikte nicht lösen will oder kann. Jede bürgerliche Regierung lanciert die idealistische Parole gegen den ökonomischen Materialismus, um auf Fiktionen sich zu stützen. Diese idealistisch reaktionäre Tendenz, z.B. der Nazi, bietet einen gewissen Anreiz für die ideal dressierten Intellektuellen. Hier erblicken sie die Chance, daß das gewünschte Primat der Fiktionen erhalten bleibe, wodurch ihr eigener Einfluß verbürgt wird."

Wolfgang Haug

Weitere Lektüre zu Carl Einstein:
– Versuch einer Gesamtausgabe im MEDEA-VERLAG Berlin
– Carl Einstein: Gesammelte Werke in Einzelausgaben (1 Band) Hg. Sibylle Penkert; Rowohlt Verlag 1973
– Carl Einstein. Beiträge zu einer Monographie. Diss. Göttingen 1967 von Sibylle Penkert
– Schriften von Carl Einstein; Hg. Ernst Nef; 1962
– Karl H. Wieser: Der Sprachartist der totalen Revolte; in: DER SPIEGEL Nr.15, 1982



Grafik von Gerd Arntz

Guerins "Die braune Pest" – Rezension

von Horst Blume

50 Jahre nach der Machtergreifung des Faschismus steht uns wiederum eine Weltwirtschaftskrise bevor; bürgerliche Freiheiten werden zunehmend beschnitten, die Regierungen wälzen die Last der Krise auf die arbeitende Bevölkerung ab. Ausländische Arbeiter werden zu Sündenböcken abgestempelt, nationalistische Stimmungen breiten sich aus und korrespondieren in gefährlicher Weise mit Teilen einer Friedensbewegung, die von einem wiedervereinten und waffenfreien Deutschland träumt... Alles schon einmal dagewesen? - Eine faschistische Machtergreifung steht in keinem europäischen Land bevor, doch werden die Zeiten nach der Wende härter und man tut gut daran, die Entstehungsbedingungen des Faschismus aufzuarbeiten, um im Hier und Jetzt richtige Entscheidungen fällen zu können. Die offizielle Geschichtsschreibung stellt fälschlicherweise noch den Faschismus als eine anti-bürgerliche, antidemokratische Bewegung dar, die absolut nichts mit der bürgerlichen Gesellschaft zu tun habe, aus der er sich entwickelt hat.

In seiner Reise ins "Innere" der Deutschen im Jahre 1932 und 1933 hilft Daniel Guérin durch seine lockere, einfache Erzählweise auch dem in der Geschichte nicht so Bewanderten, komplizierte Zusammenhänge zu durchschauen. In seinem Buch finden wir keine verkürzten Gegenüberstellungen von miteinander konkurrierenden Programmen und Theorien, sondern er schreibt von den Hoffnungen und Sorgen der Menschen verschiedener Schichten und politischen Lager. Wohin Guérin bei seiner Reise auch kommt, überall findet er aufgebrachte und fanatisierte Opfer der kapitalistischen Krise. Bei den Hunderttausenden umherziehenden Arbeitslosen ahnt er schon, was kommt: "Die werden sich, wenn der Tag gekommen, dem Meistbietenden verkaufen; oder ihr zu lange aufgestauter Groll wird brutal explodieren, und sie werden mit voller Wucht auf die Prügelknaben losschlagen, die man ihnen vorwirft."

Für die meisten von der Inflation geprellten Bauern steht ihr Sündenbock fest, es ist die SPD. In den prunkvollen Häusern des Volkes - so wurden die Gewerkschaftshäuser genannt - sitzen Bonzen, die nichts mehr mit der Arbeiterschaft gemeinsam haben und gegenüber der aufkommenden braunen Gefahr völlig ahnungslos sind. Aber es ist nicht so, daß es keinen Hoffnungsschimmer gäbe. Noch kämpfte eine resolute, kraftvolle Bewegung, die im Gegensatz zu den angepassten Sozialdemokraten und dem nationalistischen Ungeist ihre eigene Kultur und Struktur verteidigte. Besonders angetan was Guérin von Kuhle Wampe, dem Zeltlagerplatz von Berliner Arbeitslosen. Doch immer stärker wurden diese Siedlungen mit ihren kleinen Hütten und Gärten von der Reaktion bedroht.

Kommunisten und nationalsozialisten, die Guérin in der gleichen Schlange vor dem Arbeitsamt sieht, überbieten sich gegenseitig in ihrem Haß gegen das System. Verwirrte treten von einem Lager in das andere über, denn das Schlagwort der "nationalen Befreiung" haben auch die sonst so internationalistisch gesonnenen Kommunisten in der Hoffnung übernommen, neue Anhänger zu gewinnen. Guérin spürt in seinen zahlreichen Erlebnissen, daß diese gefährliche Verbindung von zwei Gegensätzen den Nazis die Möglichkeit gegeben hat, in Teilen der Arbeiterbewegung Eingang zu finden, um so ihre Massenbasis in genau dem Umfang zu erweitern, der zu ihrer Machtergreifung noch nötig war. Lieder und Symbole der Arbeiterbewegung wurden vom Faschismus schnell übernommen und mit anderen Inhalten versehen. Wie es geschehen konnte, daß die Masse der Arbeitslosen und der vom Ruin bedrohte Mittelstand aus der Not heraus sich die Juden als Sündenbock vorsetzen ließ, deutet er so:

"Hitler hat nichts Neues ersonnen; er hat nur gehört, formuliert, erahnt, welches Ventil der Antisemitismus dem Antikapitalismus der Massen böte."

Bei seiner 2.Reise nach der Machtergreifung des Faschismus beschreibt Guérin erschüttert die unzähligen Demütigungen, die fortschrittliche Menschen über sich ergehen lassen mußten - und es sollte noch viel schlimmer kommen. In dem Ausspruch eines davongekommenen Gefolterten "Nie wieder werde ich Politik machen, niemals wieder..." kündigt sich das an, was sich fortschrittliche Menschen heute immer noch von der Mehrheit der Bevölkerung sagen lassen müssen.

Auffallend ist bei Guérin, daß er in seinem Buch die Anarchisten mit keiner Silbe erwähnt. Sie sind viel zu wenige geworden, als daß sie auf den gang der Ereignisse einen nennenswerten Einfluß hätten ausüben können.

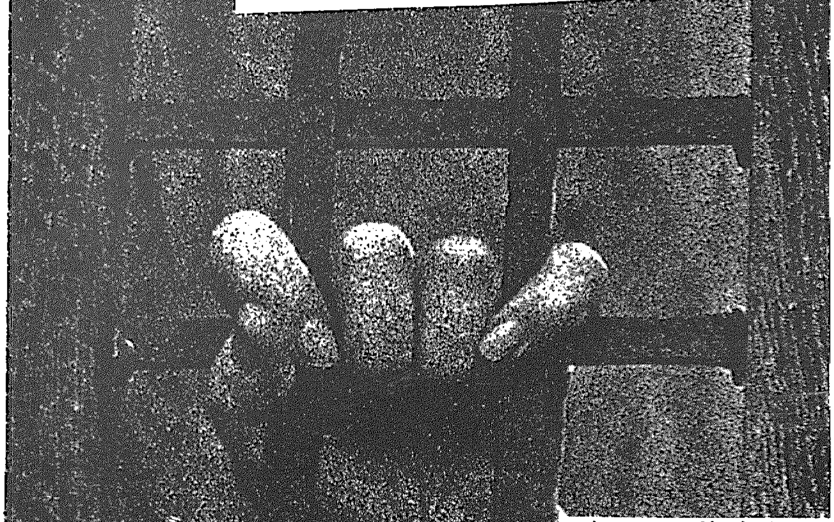
Im Anhang erhält der Leser noch einen guten Überblick über die bisherige Arbeit von Guérin. Als Autor des Buches "Anarchismus" ist er in der BRD bekannt geworden. Er hat im Gegensatz zu vielen anderen Anarchisten die grundlegende Bedeutung von Marx für den Sozialismus anerkannt, allerdings nie auf eine Kritik autoritärer Elemente in seiner Lehre verzichtet. Eine erfrischende Unvoreingenommenheit dokumentierte Guérin ebenfalls, indem er gemeinsam mit dem Trotzkisten Ernest Mandel ein Buch über die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals geschrieben hat.

Daß die faschistische Vergangenheit auch heute noch zum Teil haargenau nach denselben Herrschaftsmechanismen wie damals weiterwirkt, macht Benseler in seinem Nachwort deutlich. Mit Guérins "Die braune Pest" legt der (man muß wohl schon sagen ehemalige) KBW-Verlag Sendler ein Buch vor, das sich durch seine originelle und populäre Geschichtsschreibung positiv von der Faschismus-Bücherschwemme abhebt.

Sendler-Verlag, Mainzer Landstr. 147, 6 Frankfurt 11, 144 S., 18.-DM

Dafür kämpfen, daß der Himmel ganz wird!

von Klaus Bittermann



Das, was an theoretischer Diskussion aus Italien hier publiziert wurde, war völlig natürlich immer einer Selektion unterworfen, die die entsprechenden Verlage und Zeitschriften vorgenommen haben. Daran ist erstmal nichts zu beklagen, nur scheint in der publizistischen Landschaft, die sich dieses Themas angenommen hat zwischen der politischen Prominenz eines Negri (dessen neustes Buch noch nicht erschienen bereits im FREIBEUTER Nr.17 besprochen wurde) und der Geschichtsaufarbeitung des harten Operaismus in der Zeitschrift AUTONOMIE für keine andere Dimension Platz zu sein, noch mehr, bisher fragte man sich, ob es eine andere Dimension überhaupt gibt. Daß sich die italienische Diskussion nicht darauf beschränkt, beweist ein kürzlich im Rhizom-Verlag erschienenes Buch: "Für eine Gesellschaft ohne Knäste - Texte aus Italien" (144 S. 12.-DM).

Die Situation in Italien ist in groben Zügen bekannt; mehr als 4000 politische Gefangene sind nur ein allzudeutlicher Beweis für das bisher völlig unterschätzte Repressionspotential des italienischen Staates. Gefangene, die z.T. zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt wurden, reflektieren hier die Gründe ihrer Niederlage, aber in einer Weise, die überrascht, denn sie brechen mit ihrer Vergangenheit nicht gleichzeitig mit ihrer Identität, wie der Reuige, ebensowenig wie sie sich vom bewaffneten Kampf überhaupt distanzieren (wie die Gefangenen des 7.April). Sie suchen nach neuen theoretischen Ansätzen, die der Loslösung des bewaffneten Kampfes von der Realität des Lebens der Massen entgegenwirken. In erster Linie fällt hier der "klare Bruch mit der operaistischen Fabrikorientierung und mit dem ökonomistischen Determinismus marxistisch-leninistischer Prägung, ebensosehr aber auch mit dem Subjektivismus" auf.

Dies alles war nur mehr oder weniger Ausdruck von der Krise der Poitik, die nach ihrem Zusammenbruch entweder zur Unbeugsamkeit des "harten Kerns" führte, in die Reue oder in die Distanzierung. "Dem bewaffneten Kampf ist es nicht gelungen, die Komplexität der antagonistischen Ausdrucksformen zu erfassen, aufgrund seines monolithischen und notwendigerweise selektiven Charakters, inmitten des immensen Reichtums des sozialen Antagonismus. Es ist ihm nicht gelungen, soziale Organisationsprojekte aufzubauen, die die Qualität der Transformationen und der Lebens-und Beziehungsverhältnisse auf das Heute hin verschoben hätten. Er hat die Macht nicht entmachtet, sondern sogar ihre Substanz verstärkt."

Nach dieser sehr klaren und harten - aus den inneren Strukturen des bewaffneten Kampfes kommenden - Kritik, stellt sich für sie die Frage nach den Inhalten des Programms der Befreiung von der Arbeit neu. Es gilt die soziale Transformationspraxis neu zu entdecken, die auf dem Terrain der Befriedigung und Bereicherung der sozialen Bedürfnisse kämpft.

"Wir haben bei der Verfolgung der eklatanten revolutionären Neugestaltung die aufgewachsene Pluralität der sozialen Subjekte entdeckt, und damit ihre unterirdische, unaufhaltsame revolutionäre Transformationsmacht...Wir haben diese 10 Jahre gebraucht, um die Kulturrevolution zum Abschluß zu bringen, die uns aus der typisch italienischen Rückständigkeit des Mythos des 19.Jh's von der 'jakobinischen' politischen Revolution befreit hat."



Die hier nur angedeutete Diskussion versucht sich bereits in der Sprache der herrschenden Reglementierung zu entziehen und fordert durch ihre offene Perspektive zu einer Kontroverse heraus. Nichts Vergleichbares scheint es mir hier zu geben, deshalb umso geratener, sich mit der SPERRIGKEIT der Texte auseinanderzusetzen, nicht zuletzt deshalb, weil neben der bisher unbekannten Dimension der Texte auch viel Unstimmiges zu finden ist. Wenn die "Gesellschaft des Knasts" z.B. - abgeleitet von der "Gesellschaft des Spektakels" - zur zentralen Frage gemacht wird, ist dies für den Gefangenen nur allzu verständlich, entspringt aber dennoch nur einem Wunschdenken. Das heißt nicht, die Frage des Knasts nicht auf die Tagesordnung zu setzen, denn bekanntlich kann man die Stärke einer Bewegung immer am Verhältnis zu ihren Gefangenen ablesen, aber dort, wo die Bewegung draußen faktisch zerschlagen ist, entspricht die Hoffnung in den Gefängniszellen auf das diffuse Aufbegehren jugendlicher Marginalisierter in den letzten Jahren einem spezifischen Wunsch, die Revolution innerhalb der Gefängnismauern zu organisieren. In diesem Zusammenhang die Ereignisse von Nürnberg vom 5./6. März 81 mit einer Bewegung von Besitzlosen zu identifizieren, in der sich der Knast als zentrales Territorium der Offensive für die Befreiung veran kert, nimmt sich geradezu grotesk aus. Trotzdem zeigt sich hier eine andere, eine unbekannte und bisher verschwiegene Seite der italienischen Diskussion des bewaffneten Kampfes und seiner Aufhebung.

*****

****

Uff, die Frage sei erlaubt, wie man mit SPERRIGER Sprache an die "Realität des Lebens der Massen" heranzukommen gedenkt?

also: Transformationsmacht=Fähigkeit zur Überwindung bestehender Verhältnisse; Antagonismus=unversöhnlicher Gegensatz verschiedener Klassen; antagonistisch=einzelne gegensätzliche Erscheinungen;monolithisch=eine feste geschlossene Einheit bildend;Avantgardia Operaia=politische Bewegung mit autonomer marxistischer Tendenz;vgl. SF, Nr.11, Interview mit Paolo Finzi.

Ein Setzer

****

Akte „§ 129a only"

Stuttgarter ‚Blättle' durchsucht

Am 10.10. wurde erneut das Stuttgarter "s'blättle" durchsucht. Aus dem Zeitungsbüro wurden Schriftmaterial, Kassenbuch, Verkaufsstellenkartei, Druckvorlagen mitgenommen; bei der Druckerei Fantasia Druckplatten, Montagebögen, Korrespondenz mit politischen Gefangenen.
Zusätzlich wurden die Wohnungen (in Stuttgart und Berlin) des presserechtlich Verantwortlichen durchsucht und dieser vorübergehend festgenommen.
Ermittelt wird mit §129a (Werbung für die "Unnennbaren") und §90a (Verunglimpfung derer, die definieren, was unnennbar ist.)

Anlaß war diesmal der Artikel "Nachtrag zum EG-Gipfel" in der Juli/August Nummer.(S.7-8)

Der Staatsschutz hat bestimmte Tabuzonen abgesteckt, die nicht berührt werden dürfen; was dies - außer Einschüchterung für einen Sinn haben soll - ist unerfindlich.
Unter diesen Maulkorb fallen vor allem die Forderung nach Zusammenlegung aller politischen Gefangenen; wer sie also ausspricht ist Werbeträger und darf als vogelfrei behandelt werden.??
Wir können uns dies nur mit der Eigendynamik der Herren Staatsschützer erklären, sie brauchen ihren Todfeind zur Selbstrechtfertigung; und wenn dieser Todfeind nur noch selten mehr zustandebringt als papierene Forderungen, so muß man schnell die "legale RAF" konstruieren. Ist man erst einmal soweit, dann finden sich auch wieder Erfolge...da werden dann "erstaunlich tiefe Einbrüche ins Innere des Terrorismus erzielt", wenn man mal wieder ein links-alternatives Projekt ausgeräumt hat.

KNASTBLATT IN GEFAHR!

Die Kosten für dieses famose Blatt übersteigen schon längst die finanziellen Möglichkeiten der Macher/innen... ca. 1200.-pro Monat...
Für alle, die das KNASTBLATT noch nicht kennen: es handelt sich um ein Flugblatt, das vierzehntägig mit 20 000 Auflage erscheint. Den Schwerpunkt bilden unterdrückte Nachrichten aus dem Knast, zu Prozessen etc.
Wer es beziehen will, wende sich an: Kleiner Roter Traktor, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61.
SPENDEN an: Ralf Axel Simon, deutsche Bank, Zweigstelle 51; Ktonr. 1022201.



RÜSSELSHEIMER FESTNAHMEN

Am Freitag, 16.12.83, wurden im Raum Rüsselsheim 9 Personen festgenommen. 8 Wohnungen durchsucht, die alternative Reperaturwerkstatt "Freiwerk" und eine Garage ebenso. Dabei wurde das "Freiwerk" bis in die Nacht von LKA-Experten auseinandermontiert und z.T. abtransportiert. Einige dieser Sachen waren dann abends in den Nachrichtensendungen zu sehen, ungefähr in dem Tenor "ein Feuerlöscher mit dem kann man..., ein Wecker mit dem kann man..."

Bis Freitag Abend waren 6 Leute wieder freigelassen, 3 wurden am darauffolgenden Samstag dem Haftrichter aus Karlsruhe vorgeführt und sitzen seitdem in Frankfurt Preungesheim...

Elmar wurde an seiner Arbeitsstelle (Zivildienst) am 19.12. festgenommen. Alle vier sind angeklagt eine terroristische Vereinigung in Rüsselsheim gegründet zu haben, Sprengstoffanschläge vorbereitet zu haben, zwei sollen für die RAF geworben haben...

Über die vier hinaus wurden willkürlich Freunde von ihnen und Leute aus ihren Wohngemeinschaften "vorläufig festgenommen". Am "Freiwerk" warteten zivile LKA'ler und verfolgten Leute von da aus; Leute, die dort hinfuhren; sie überwachten die Wohnungen der Verhafteten und nahmen jeden fest, der/die dorthin kamen und zwei wurden festgenommen, weil sie in einem Auto fuhren, das bis vor 2 Monaten auf Michael (Brandy) angemeldet war.

Wer so oder ähnlich mit den Verhafteten in Verbindung gebracht wurde, hatte oder hat (!) mit Festnahme und Hausdurchsuchungen zu rechnen:

"Noch sind die Ermittlungen nicht abgeschlossen und weitere Verhaftungen nach Ansicht der Bundesanwaltschaft durchaus möglich, sofern die Untersuchungen die Beteiligung weiterer "Militanter" erkennen lassen." (Mainspitze, Rüsselsheimer Zeitung, am 21.12.)

Um die Anklage der Gründung und Mitgliedschaft einer "Terroristischen Vereinigung" aufrecht erhalten zu können (dazu gehören mindestens 3 Personen mit dem gemeinschaftlichen Ziel Anschläge durchzuführen), konstruiert die BA diesen politischen Zusammenhang von Joachim, Michael (Brandy), Elmar und Dieter (Waggi) ohne Differenzierung. Wir, die sie alle kennen, Freunde von ihnen sind und teilweise gemeinsame politische Arbeit in Rüsselsheim mit ihnen gemacht haben, wissen, daß dies nicht stimmt!

Die Pläne und Fotos, die als Beweise für vorbereitete Sprengstoffanschläge dargestellt werden, sind Teil einer Dokumentation über die militärische Infrastruktur im Rhein-Main-Gebiet, die u.a. im Hessenkolleg in Rüsselsheim ausgestellt war. Seit es die Friedensbewegung und Ansätze zu einer breiten antimilitaristischen Arbeit in der BRD gibt, sind unzählige Broschüren und Dokumentationen über militärische Einrichtungen zusammengetragen und veröffentlicht worden.

In Rüsselsheim haben wir eine Knastgruppe gegründet: c/o Freies Kulturcafe, An der Wied 1, 6090 Rüsselsheim. Wir brauchen jede Menge Geld für die Unterstützung der Gefangenen, Rechtsanwälte etc.: Kreissparkasse Groß-Gerau, BLZ 50852553, Ktonr 1127380 - K.Flamme (Spendenkonto der Angehörigen).

(Ausschnitte aus: Presseerklärung der Rüsselsheimer Freunde der Verhafteten)

KLEINANZEIGEN und ANTIQUARISCHES:

Wir richten ab sofort eine Rubrik Kleinanzeigen ein; pro Anzeigenzeile 1.-DM gegen Vorauskasse. Bei antiquarischen Angeboten nehmen wir die Angebote gegen 10% vom Verkaufserlös in den SF auf. Bestellen könnt ihr gegen Rechnung; ist der Titel o.ä. verkauft, erfolgt keine Benachrichtigung; falls ihr bereits Geld beigelegt habt, wird es allerdings zurückgeschickt.

GESUCHT:

Material zu Franz Pfemfert; Zeitungsausschnitte, Briefe etc. Exemplare der Zeitschriften "DEMOKRAT" und "AKTION" (1910-1932). Angebote auch von Kopien erwünscht. An Red. SF.

KARL-LIEBKNECHT-FRIEDENSPREIS

Auf Anregung des im April 1983 verstorbenen Schriftstellers und ehemaligen Reichstagsabgeordneten Peter Maslowski, wird der unabhängige Arbeitskreis KARL LIEBKNECHT ab 1984 einen 500.-DM dotierten KARL-LIEBKNECHT-FRIEDENSPREIS vergeben. Mit diesem Preis sollen Einzel- oder Gruppeninitiativen ausgezeichnet werden, deren Arbeit ansonsten kaum die angemessene Beachtung findet.
Der Friedenspreis wird jeweils am 2. Dezember in Frankfurt verliehen. (Am 2.12.84 jährt sich zum 70.Male der Tag, an dem der Sozialdemokrat Dr. Karl Liebknecht als einziger Reichstagsabgeordneter weitere Kriegskredite ablehnte.)

Peter Bernhardi

****

SUCHE

Anarcho-bzw. linksradikale Zeitschriften aus den 70er Jahren, z.B. ZEITGEIST, AKRATIE, DIE FREIE PRESSE).
Ulrich Kaiser, Goethestr.19,4440 Rheine

***



Hautnah!

Mit Eintracht war nicht viel

Zum Foto „Blockade-Eintracht"
Welch schönes Bild, ein Polizist sitzt händchenhaltend mit mir vor dem Verteidigungsministerium. Waren wir also doch mehr als erwartet? Wenn ja – wieso hat es dann mit der Blockade nicht so richtig geklappt? Wieso schleppten mich immer wieder irgendwelche „Grüne Blockierer" von der Straße? Hatten die im „Eifer des Gefechts" etwas durcheinandergebracht? Und überhaupt, wir hatten doch ausgemacht, daß wir friedlich, ohne Waffen und so, das war doch Konsens! Mindestens die Hälfte der von Ihrem Redakteuer als so friedlich geschilderten „Blockierer" hatte, wie mir scheint eine etwas anders geartete Auffassung von gewaltfreien Aktionen. Die hatten Helme, Schlagstöcke, Pistolen, von Wasserwerfern und ähnlichem Gerät ganz zu schweigen. Namentlich der „Grüne-Block", ich meine die mit den weißen Helmen, hielt sich an fast nichts, was abgemacht war. Vielleicht waren das die „Autonomen", von denen man in letzter Zeit soviel gehört hat. Aber da muß ich schon sagen, das waren ja richtige Kaderorganisationen, die wurden doch bezahlt. Nun ja, mit manchen konnte man ja noch reden und mäßigend auf sie einwirken, ein paar allerdings die waren richtig verhetzt.

Einmal, da am Haupteingang, da konnte man sich einfach nicht einigen, und da hatten die so Hunde dabei (ohne Beißkorb), und die haben sie dann auf so eine ganz kleine Gruppe von den „anderen Demonstranten"... – also, da konnte einem schon Angst werden, daß da auch niemand eingegriffen hat. Ich beginne auch zu verstehen, daß sich manche von uns, jetzt auch schon Helme und so Zeug mitnehmen. Man weiß ja nie, wie bei der Polizei grad die Stimmung ist.

Also, um es deutlich zu sagen, mit der Eintracht war da in Bonn nicht so viel. Nur ein Polizist, der da nicht mehr mitmacht, um dann mit uns gemeinsam gegen den Rüstungswahnsinn anzugehen, ist für mich ein guter Polizist. Der auf dem Photo, gehört wohl kaum dazu. Wie es zustande kam, steht auf einem anderen Blatt. Bedauernswerter Weise stand von all dem nichts in der Zeitung.

Jörg Bahret, Dusslingen



Blockade-Eintracht

Die Protest-Blockaden, die die Friedensbewegung gestern vor einigen Bonner Ministerien organisierte, verliefen ohne größere Zwischenfälle. Vor dem Verteidigungsministerium saßen Friedensfreunde und Polizisten einträchtig beisammen (Bild). Viele der Mitarbeiter auf der Hardthöhe waren schon um 5 Uhr zur Arbeit erschienen, um einer Blockade zu entgehen. Die Zahl der etwa 3000 Demonstranten hatte sich bis zum Nachmittag auf etwa die Hälfte reduziert. An der Aktion nahmen auch der Schriftsteller Heinrich Böll und Abgeordnete der Bundestagsfraktion Grünen teil. Das Entwicklungshilfeministerium war ebenfalls schon kurz nach 6 Uhr von mehreren hundert Demonstranten teilweise blockiert. Die Blockade wurde unter Zurücklassen einer Mahnwache gegen 9 Uhr abgebrochen. Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) wertete die Aktionen vor seinem Ministerium als gescheitert. Er war kurz nach 8 Uhr im Dienstwagen vor dem Ministerium eingetroffen und von Demonstranten mit einem schrillen Pfeifkonzert empfangen worden. Friedlich verlief auch eine Mahnwache gegenüber dem Bundeskanzleramt. Unter dem Motto „Es ist fünf vor zwölf – blockiert die politischen Sprengköpfe" bildeten die etwa 200 Demonstranten am Rande der verkehrsreichen Straße eine Menschenkette. Etwa 2000 Menschen protestierten vor der Bundeswehr-Führungsakademie im Hamburger Nobelviertel Blankenese. Offiziere der Akademie gingen zu den Demonstranten und diskutierten mit ihnen

dpa

Schön wär's gewesen

Zum Foto „Blockade-Eintracht"
Da kann ich nur sagen schön wär's gewesen,wenn es so gewesen wäre. Dieser Polizist kam ganz und gar nicht freiwillig in diese Situation. Die Geschichte hat sich ein bißchen anders zugetragen, als die dpa-Meldung es behauptet.

Minister Wörner hatte gegen uns Blockkierer am 21. Oktober 1983 ungefähr 3500 Polizisten bestellt und bekommen, die uns 2500 Blokkierer nicht erlauben wollten, das Verteidigungsministerium erfolgreich dicht zu machen. Sie schafften es immer wieder, insbesondere am Adenauerdamm, uns von den Auffahrten zu tragen und uns in ihre „schützende" Mitte zu nehmen.

Wir waren eine Gruppe von acht Menschen, denen dieser Verlauf des Tages nicht gefiel. So stellten wir uns einfach mal als lebende Menschenkette hinter die Polizisten. Es stellte sich sofort heraus, daß unser bloßes Dastehen denen sehr unangenehm war. Sie versuchten uns abzudrängen, die Kette aufzureißen.

Der grün uniformierte Mensch, der gleich darauf das Opfer der Fotografen wurde, versuchte es mehr auf die scherzhafte Art und Weise. Er drängt sich in unsere Kette mit den Worten, er wollte auch mitmachen. Da kam einer von uns spontan auf die Idee, wenn der schon so tun will als ob, dann geben wir ihm die Gelegenheit und lassen ihn mal mit uns auf die Straße sitzen. Wir setzten uns rechts und links und er konnte nicht viel anders, als mit nach unten zu gehen. So entstand das Bild.

Wir würden nicht behaupten wollen, daß dieser Mann sich freiwillig zu uns gesetzt hat, er hat sich in einer von ihm provozierten Situation von uns überrumpeln lassen. Am Freitagmorgen fand ich das noch lustig, nachdem, was die dpa mit ihrer Meldung daraus gemacht hat, kann ich nicht mehr so lachen wie auf dem Bild.

Minister Wörner gab am Freitagmorgen eine große Pressekonferenz vor seinem Haupttor. Zu uns Blokkierer kamen keine Reporter, die uns mal gefragt hätten, wie wir die Blockade einschätzen. Wir waren gut für Bildmaterial und Sensationen.

Nach all den Erfahrungen dieses Sommers mit der Presse und den Medien möchte ich an eine wahrheitsgetreue Berichterstattung nicht mehr so recht glauben. Zu oft mußte ich hinterher in der Zeitung Verdrehtes lesen. Wenn ihr Reporter euch nur immer fünf Minuten Zeit nehmen würdet und die Beteiligten mal fragten, dann wäre schon viel gewonnen.

Cäcilia Lutz, Kusterdingen-Wankheim

ALTE AUSGABEN DES SF:

Um neueren Abonnenten die Gelegenheit zu geben, ihre Sammlung zu vervollständigen und bei Bekannten und Interessierten zu einem günstigen Preis für den SF zu werben, machen wir folgendes Angebot: Für 5 alte Ausgaben schickt ihr uns 10 DM (Schein, Überweisung, Briefmarken). Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei; zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der lieferbaren Ausgaben:

Nr. 3: (44 Seiten)
* Reagan in Amerika * Zum Nachrüstungsbeschluß * Berliner Häuserkampf * Spießrutenlaufen in Zürich * Die Freiheit der Frauen als Bedrohung * Frage nach dem anarchistischen Subjekt * Die 'österreichische Ökonomieschule * Radikale Ökologie und Landbau

Nr. 4: (44 Seiten)
* Kronstadt-Kongress * Knast * B. Travens Identität * Guatemala * Guatemala * Migros-Genossenschaft (Schweiz) * Atomwaffenversuche * Sozialdarwinismus, Hayek/Friedmann-Diskussion * Buchbesprechungen (anarchistische Jugendbewegung 1918-33)

Nr. 6: (48 Seiten)
* Heroin * Thesen zu Polen * Anarchisten und Friedensbewegung in England * Abschaffung des Asylrechts * Startbahn West * Ländliche Utopie * Gaston Leval * CNT-Rundreise * Spartakus - Gegengeschichte des Altertums

Nr.7: (32 Seiten)
* Hambacher Fest * Spanischer Bürgerkrieg im Dokumentarfilm * Freie Liebe? * Knast * Anarchistische Föderation - Diskussionsaufruf

Nr. 0, 1, 2, 5 vergriffen!
Nr. 8 nur noch wenige Exemplare!

Nr.8: (40 Seiten)
* Interview mit Augustin Souchy * Grüner Anarchismus?? und Organisationsdiskussion * Soziale Verteidigung * Selbstverwaltung und Technik (Chomsky) * Militärmacht UdSSR (Castoriadis) * Bauern gegen Agrarfabriken * Radio Libertaire Paris * Anarchistische Antikriegsbewegung:Bonn oder Berlin?

Nr.9: (56 Seiten)
* Nationalrevolutionäre aus anarchistischer Sicht * Föderationsdiskussion * Zwiespältiges zur Palästinenserfrage * Die subversive Utopie * Rudolf Rocker * Gegenbuchmesse * Professionalisierung der Alternativprojekte * Politische Ökologie (Huber-Kritik) * Die Illusion der progressiven Steuer * Sozialismus oder Barbarei (Castoriadis) * Situation der polnischen Anarchisten

Nr.10: (56 Seiten)
* Kabelfernsehen * Volkszählung * Parlamentarisierung des Protests * Grüne Anarchisten in NRW * Linkssozialisten * Nationalrevolutionäre-Diskussion * SB-Thesen zur Friedens-Bewegung * CNT: Ein aktueller Bericht * Chile: Neue Widerstandsformen * Indianer/Samen * Siedlungsbewegung und Rätezeit * Boheme und Anarchie * Sozialstaatsdemontage * Kasernenblockade

Nr.11: (56 Seiten)
* Soziale Bewegung * Folter in der Türkei * FLI-Gründungstreffen * Ausländerfeindlichkeit * Agraropposition in der BRD * Holocaust-Mentalität in der NATO * Interview mit Revista Anarchica * Organisationsdebatte * Gruppe DAS in Spanien 36/37 *Gandhi u.a.

Nr.12: (64 Seiten)
* Kriegsbewegung und Friedensgefahr * Das COB-Programm der NATO * Anarchafeminismus * Stalker * Schwalba-Hoth * THTR-Demo * Marx - 100 Jahre * Anmerkungen zum Staat * R.Luxemburg * Das anarchistische schwarze Kreuz * Freie Radios * Gegen den Mythos - am Beispiel CNT * CNT-Spaltung heute * Georg Orwell * Verlage *Leserkritik * hautnah * Kleinanzeigen

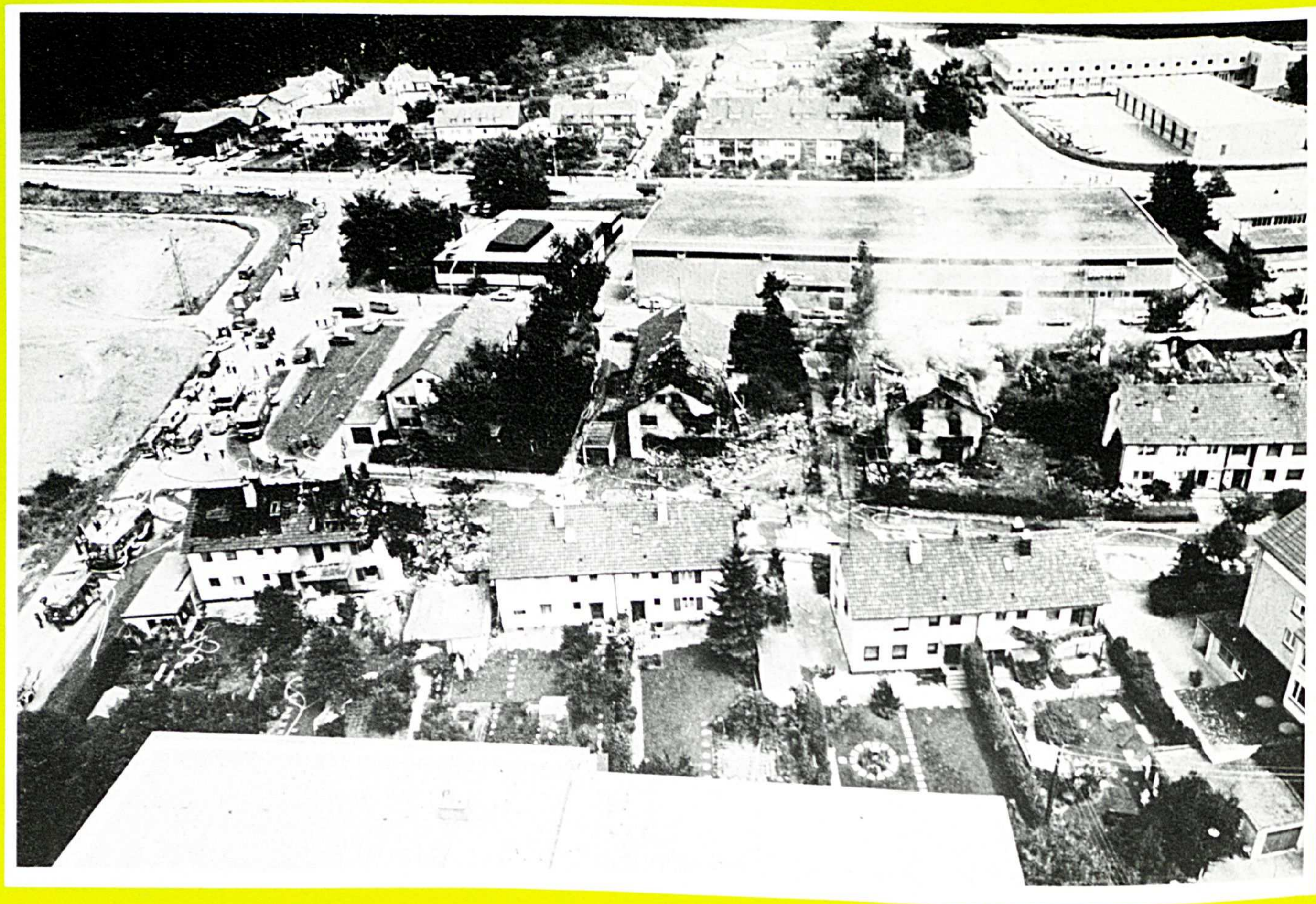


4 Nummern SF: 15.-DM
8 Nummern SF: 30.-DM
FLI-Mitgliedsbeitrag: 20.-DM

Postscheckkonto Stuttgart, F.Kamann, Kontonummer: 574 63 - 703

Red. Schwarzer Faden
Obere Weibermarktstraße 3
7410 Reutlingen

FOTO: W.KNAPP.Karlsruhe



Aufnahme: dpa

Absturz eines Mirage-Düsenjägers auf eine Arbeitersiedlung in Biberach/Baden-Württemberg am 28.6.83. Insgesamt waren 7 Menschen ums Leben gekommen, 3 schwebten in Lebensgefahr. 7 weitere wurden verletzt.
Die Mirage kollidierte mit einem Sportflugzeug, weil die Luftwaffen sich nicht an die ihnen zugewiesenen Flugzeiten und Flughöhen halten. Diese Art FRIEDEN kann sich deshalb täglich wiederholen.